

**Die Europapolitik der CDU/CSU in der Opposition  
von 1998 bis 2002**

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. rer. soc.)  
des Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften der  
Justus-Liebig-Universität Gießen

**Betreuung: Prof. Dr. R. Seidelmann**

vorgelegt von

**Dipl.-Sozialwissenschaftlerin**

**Tanja Althaus  
aus Biebertal**

April 2009

## **Vorwort**

Ich danke Prof. Dr. R. Seidelmann, der meine Arbeit betreute und stets hilfreich und motivierend zur Seite stand.

Ganz besonderer Dank gilt meinem Ehemann Dennis Althaus, der mir in der Endphase der Arbeit den Rücken freihielt und mich unterstützte, meinen Eltern Elke und Wolfgang Plüschke, die mich stets in meinen Promotionsabsichten bestärkten sowie meiner Tochter Sara Mailin, die mich in jeder Arbeitspause mit einem strahlenden Lächeln begrüßte. Ihnen möchte ich diese Arbeit widmen.

Biebertal, im Juli 2009

Tanja Althaus

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	
<b>1 EINLEITUNG</b>	<b>7</b>
<b>1.1 Zielsetzung und Leitfragen</b>	<b>7</b>
1.1.1 Forschungsgegenstand	7
1.1.2 Fragestellung	8
<b>1.2 Struktur und Konzeption der Forschungsarbeit</b>	<b>9</b>
<b>1.3 Quellenlage</b>	<b>11</b>
<b>2 DEUTSCHE EUROPAPOLITIK BIS 1998</b>	<b>12</b>
<b>2.1 Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren</b>	<b>13</b>
2.1.1 Die Europapolitik Konrad Adenauers	13
2.1.1.1 Souveränität durch Integration	14
2.1.1.2 Handlungsspielräume und Kanzlerkompetenzen	16
2.1.1.3 Stationen Deutscher Europapolitik von 1949-1963	17
2.1.2 Die Europapolitik Ludwig Erhards	20
2.1.3 Die Europapolitik unter Kurt Georg Kiesinger	22
<b>2.2 Deutsche Europapolitik der ersten sozialdemokratischen Kanzler</b>	<b>24</b>
2.2.1 Willy Brandt	25
2.2.2 Helmut Schmidt	27
<b>2.3 Die erste Oppositionszeit der CDU/CSU</b>	<b>29</b>
2.3.1 Die CDU/CSU in der Opposition von 1969 bis 1982	29
2.3.2 Der Oppositionsführer Helmut Kohl 1976-1982	34
<b>2.4 Deutsche Europapolitik unter Bundeskanzler Helmut Kohl</b>	<b>39</b>
2.4.1 Die 80er Jahre	39
2.4.2 Die Deutsche Wiedervereinigung und Europa	42
2.4.3 Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Eine Frage von Kontinuität und Wandel	43
2.4.4 Weiche Faktoren in der Europapolitik Helmut Kohls	45

<b>2.5</b>	<b>Fazit</b>	<b>48</b>
<b>3</b>	<b>SKIZZIERUNG POLITISCHER INHALTE DER EUROPAPOLITIK UNTER BUNDESKANZLER GERHARD SCHRÖDER</b>	<b>50</b>
<b>3.1</b>	<b>Die deutsche Ratspräsidentschaft</b>	<b>55</b>
3.1.1	Die Agenda 2000-Beschlüsse	56
3.1.2	Der Kölner Gipfel	57
3.1.3	Bewertung der Ratspräsidentschaft	58
<b>3.2</b>	<b>Deutschlands Positionen zur Reform der europäischen Institutionen</b>	<b>59</b>
3.2.1	Die Regierungskonferenz 2000	60
3.2.2	Der Gipfel von Nizza	61
<b>3.3</b>	<b>Deutschlands Engagement für die Erweiterung der EU um die Staaten Mittel- und Osteuropas</b>	<b>63</b>
<b>3.4</b>	<b>Deutschlands Positionen in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik</b>	<b>65</b>
3.4.1	GASP	65
3.4.2	ESVP	66
3.4.3	Der Einfluss des Kosovo-Konfliktes	67
3.4.4	Veränderter außenpolitischer Einfluss Deutschlands?	68
<b>3.5</b>	<b>Der deutsche Beitrag zu neuen Integrationspolitiken</b>	<b>68</b>
<b>3.6</b>	<b>Finalitätsvorstellungen für die Europäische Union</b>	<b>70</b>
3.6.1	Joschka Fischer: „Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“	71
3.6.2	Johannes Rau: „Plädoyer für eine europäische Verfassung“	73
3.6.3	Das „Schröder-Papier“	74
3.6.4	Wolfgang Clement: „Europa gestalten – nicht verwalten“	75
<b>3.7</b>	<b>Fazit</b>	<b>75</b>

<b>4</b>	<b>DIE EUROPAPOLITIK DER CDU/CSU IN DER OPPOSITION VON 1998-2002</b>	<b>77</b>
<b>4.1</b>	<b>Stellenwert der Europapolitik im Bundestagswahlkampf 1998</b>	<b>77</b>
4.1.1	Ausgangslage	77
4.1.2	Die Kanzlerkandidaten	78
4.1.3	Wahlkampforganisation	80
4.1.4	Stellenwert der Europapolitik	81
4.1.5	Ergebnis der Bundestagswahl 1998	84
4.1.6	Fazit	84
<b>4.2</b>	<b>Die Entwicklung der CDU und CSU zwischen 1998 und 2002</b>	<b>85</b>
4.2.1	Die Ausgangslage der CDU/CSU nach der Wahlniederlage	85
4.2.2	Die Entwicklung in der CDU	88
4.2.3	Die Entwicklung der CSU	91
4.2.4	Das Binnenverhältnis von CDU und CSU	96
4.2.5	Fazit	97
<b>4.3</b>	<b>Europawahl 1999 – Eine „Denkzettelwahl“</b>	<b>98</b>
4.3.1	Rolle von Europa im Wahlkampf	99
4.3.2	Der Charakter der Europawahl 1999	103
4.3.3	Interesse an Europapolitik	104
4.3.3.1	Einstellungen zur Europäischen Union	105
4.3.3.2	Bedeutung der Europawahl	105
4.3.3.3	Der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung	106
4.3.4	Ergebnis der Europawahl	106
4.3.5	Wahlbeteiligung bei den Europawahlen	108
4.3.6	Fazit	110
<b>4.4</b>	<b>Handlungsspielräume der CDU/CSU Bundestagsfraktion in der Opposition</b>	<b>112</b>
4.4.1	Aufgaben der parlamentarischen Opposition in Deutschland: Kritik, Kontrolle und Alternativen	112
4.4.2	Mitwirkungsrechte und Kontrollinstrumente	115
4.4.2.1	Anfragen	116
4.4.2.1.1	Große Anfragen	117

4.4.2.1.2	Kleine Anfragen	118
4.4.2.1.3	Sonstige Fragen	121
4.4.2.2	Anträge	121
4.4.2.3	Aktuelle Stunden	128
4.4.2.4	Regierungsbefragungen	129
4.4.2.5	Gesetzgebungsvorhaben	131
4.4.2.6	Weiteres oppositionelles Verhalten in der 14. Wahlperiode	133
4.4.3	Fazit	135
<b>4.5</b>	<b>Positionen zur Europapolitik</b>	<b>136</b>
4.5.1	Positionen der Parteien CDU und CSU	136
4.5.1.1	Positionen der CDU	136
4.5.1.1.1	Themenschwerpunkt Europäische Integration	140
4.5.1.1.2	Themenschwerpunkt Erweiterung der EU	141
4.5.1.1.3	Reform der europäischen Institutionen	142
4.5.1.2	Positionen der CSU	147
4.5.1.2.1	Themenschwerpunkt Europäische Integration und Handlungsfähigkeit der EU	147
4.5.1.2.2	Themenschwerpunkt Erweiterung der EU	147
4.5.1.2.3	Themenschwerpunkt Reform der Institutionen	148
4.5.2	Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Europapolitik	150
4.5.2.1	Themenschwerpunkt Europäische Integration und Handlungsfähigkeit der EU	150
4.5.2.2	Themenschwerpunkt Erweiterung der Europäischen Union	151
4.5.2.3	Themenschwerpunkt Reform der europäischen Union	154
4.5.3	Positionen der deutschen EVP-Abgeordneten zur Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung	156
4.5.3.1	„Blauer Brief“ für Deutschland?	156
4.5.3.2	Kein „Feeling“ für Europa	158
4.5.3.3	Europapolitische Fehlleistungen	161
4.5.3.4	Vorwurf: Die Bundesregierung vereitelt deutsche Interessen	162
4.5.3.5	Widersprüche und fehlende Abstimmung	165
4.5.4	Positionen der B-Länder im Bundesrat	166
4.5.4.1	Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat	167

4.5.4.2	Bundesratsvorsitzende der CDU	168
4.5.4.2.1	Roland Koch in der Funktion als Bundesratspräsident	169
4.5.4.2.2	Kurt Biedenkopf in der Funktion als Bundesratspräsident	170
4.5.5	Finalität der EU	172
4.5.6	Fazit	175
<b>4.6</b>	<b>Der Stellenwert der Europapolitik im Bundestagswahlkampf 2002</b>	<b>177</b>
4.6.1	Ausgangslage	177
4.6.2	Die Kanzlerkandidatenfrage 2002	180
4.6.3	Wahlkampforganisation	180
4.6.4	Stellenwert der Europapolitik	183
4.6.5	Ergebnis der Bundestagswahl 2002	186
4.6.5.1	Wahlergebnis	186
4.6.5.2	Wahlbeteiligung	188
4.6.6	Fazit	188
<b>5</b>	<b>ABSCHLIEßENDE BETRACHTUNGEN</b>	<b>189</b>
	<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>194</b>
	<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>195</b>
	<b>ANHANG</b>	<b>197</b>
	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>205</b>
	Aufsätze, Artikel, Monographien und Sammelbände	205
	Quellen: Dokumente, Reden und Programme	213
	<b>ERKLÄRUNG</b>	<b>219</b>

# **1 Einleitung**

Die deutsche Europapolitik scheint, wie auch die deutsche Außenpolitik, von großem Konsens zwischen den Volksparteien geprägt zu sein. Die Union sieht sich in der Tradition des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer und dessen Vision der europäischen Einigung. Unter dem christdemokratischen Bundeskanzler Helmut Kohl wurde das Fernziel aller vorherigen deutschen Bundesregierungen, die Wiedervereinigung, vollzogen. In Folge der Bundestagswahl im September 1998 ging die Ära Kohl zu Ende. Es stellt sich die Frage, wie sich der Wechsel der Union von der Regierungs- in die Oppositionsrolle vollzog und welche Veränderungen in der Parteiorganisation und den Parteipositionen dieser Wechsel bewirkte. Konnte sich die Union nach sechzehn Jahren an der Regierung mit dem Machtverlust abfinden?

Am 27. September 1998 wählte Deutschland in der Bundestagswahl den Wechsel, von den Sozialdemokraten erwartete man einen Aufbruch. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine Bundesregierung komplett abgewählt. Kanzlerkandidat der CDU/CSU war zum fünften Mal in Folge Bundeskanzler Helmut Kohl, welcher mittlerweile sechzehn Jahre im Amt war. Der SPD Kandidat und niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder trat zum ersten Mal an.

Die Frage, welche Auswirkungen dieser Wechsel auf die internationalen Beziehungen Deutschlands und speziell auf die Europapolitik haben würde, fand im Vorfeld der Wahl kaum Beachtung. Beherrschendes Thema des Wahlkampfes war die Wirtschaftspolitik und insbesondere die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

## **1.1 Zielsetzung und Leitfragen**

### **1.1.1 Forschungsgegenstand**

Im Mittelpunkt dieser Dissertation steht die Europapolitik der CDU/CSU in der Opposition von 1998 bis 2002, also die 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

Es wird der Versuch unternommen, den Verlauf der Europapolitik der CDU/CSU in der Opposition zu analysieren und Einschätzungen über Strategien und



Vorgehensweisen anzubieten. Der Untersuchungszeitraum konzentriert sich zwar auf die Entwicklungen von 1998 bis 2002, mitunter ist es zum Verständnis der gegenwärtigen Situation jedoch notwendig, historische Entwicklungen oder Begebenheiten mit einzubeziehen.

Deutsche Europapolitik wird dabei als auf die europäische Einigung im Rahmen der EU zielende Politik verstanden.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, wie sich die Unionsparteien CDU und CSU auf dem komplexen Feld der Europapolitik seit der Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 programmatisch und personell entwickelt haben. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, ob es eine grundlegende Wende, einen Paradigmenwechsel in der Europapolitik gegeben hat oder ob nicht vielmehr ein hohes Maß an inhaltlicher Kontinuität in den Positionen und Zielen vorherrscht. Um dies feststellen zu können, muss geklärt werden, welche Positionen die Union zu den einzelnen, politisch thematisierten Sachverhalten eingenommen hat, welche Ursachen und Ereignisse diese Haltungen beeinflusst haben und bei welchen Einzelpunkten sich inhaltliche Kontinuität oder Neupositionierungen erkennen lassen.

Die Intention dieser Arbeit ist es, einen Beitrag zur Parteienforschung im allgemeinen und zur CDU/CSU-Forschung im speziellen zu leisten. Im Mittelpunkt steht die inhaltliche und programmatische Entwicklung der CDU/CSU in einem Politikfeld, in diesem Fall in der Europapolitik.

### **1.1.2 Fragestellung**

Bei der Analyse stehen drei Leitfragen im Vordergrund:

1. Was sind Generallinien der Europapolitik in der CDU und CSU in der Opposition und wie üben die CDU/CSU ihre Oppositionsrolle aus?

Gibt es Unterschiede zwischen der CDU und der CSU beispielsweise im Entscheidungsprozess, der Handlungsweise oder der Parteiorganisation? Welchen Stellenwert nimmt die Europapolitik in der Meinungsbildung der Parteien ein. Welcher Stellenwert kommt europapolitischen Themen insbesondere in den Wahlkämpfen zu?

2. Gibt es Unterschiede politisch inhaltlicher Art zwischen Oppositions- und Regierungsrolle der CDU/CSU? Haben sich die Positionen bzgl. der Europapolitik durch den Wechsel verändert? Gibt es Unterschiede organisatorischer Art? Wurde die Parteiorganisation durch den Wechsel in die Opposition maßgeblich beeinflusst? Sind schließlich Unterschiede im strategischen Einsatz von Mitteln und Instrumenten auszumachen? Wie haben sich die Mitwirkungsmöglichkeiten durch den Wechsel in die Opposition verändert? Welche Mitwirkungsmöglichkeiten standen der Union in der Opposition zur Verfügung und wie hat sie diese genutzt?
  
3. Wie stellt sich die Europapolitik in der Opposition im Vergleich zu derjenigen der vorangegangenen Jahrzehnte dar? Wie verhält sie sich im Vergleich zur amtierenden Bundesregierung? Lassen sich langfristige Trends identifizieren?

Die wesentliche Annahme, die dieser Arbeit zugrunde liegt, besteht darin, dass die europapolitische Strategie der CDU/CSU unabhängig von Regierungsverantwortung oder Opposition beibehalten wird.

## **1.2 Struktur und Konzeption der Forschungsarbeit**

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Studie konzentriert sich auf die Entwicklungen seit 1998 bis 2002. Da es mitunter zum Verständnis der gegenwärtigen Situation notwendig ist, historische Entwicklungen oder Begebenheiten mit einzubeziehen, erfolgt im zweiten Kapitel ein historischer Überblick über die Europapolitik der Bundeskanzler der Bundesrepublik seit ihrer Gründung. In dieser Arbeit finden Entwicklungen bis einschließlich Dezember 2008 Berücksichtigung.

Nach dieser einführenden Darstellung des methodischen Vorgehens und des Forschungsstandes wird im zweiten Kapitel die deutsche Europapolitik von ihren Anfängen bis 1998 skizziert, dieser Teil untergliedert sich in vier Abschnitte. In den ersten beiden Unterpunkten wird zum einen die Europapolitik der christdemokratischen Kanzler und anschließend die der sozialdemokratischen

Kanzler der Bundesrepublik beschrieben. Punkt drei befasst sich mit der ersten Oppositionszeit der Unionsparteien und ein vierter Punkt behandelt die deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl. Nach der kurzen Skizzierung der europapolitischen Inhalte werden Muster, politische Werte und Interessen der einzelnen Regierungen in einem fünften Punkt zusammengefasst.

Das dritte Kapitel skizziert die politischen Inhalte der Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Neben der Darstellung der allgemeinen europapolitischen Konzeption werden wichtige Positionen der Legislaturperiode herausgestellt. In diesem Kapitel geht es sowohl um die Darstellung bzw. Analyse der Europapolitik der rot/grünen Regierung, sowie auch um die Darstellung der Rahmenbedingungen die dadurch für die CDU/CSU geschaffen wurden.

Kapitel vier beschäftigt sich mit dem Kernpunkt der Arbeit, der Europapolitik der CDU/CSU in der Opposition. Es wird der Zeitraum von 1998 bis 2002 betrachtet. Es werden die Positionen der Parteien sowie die der Bundestagsfraktion, der B-Länder<sup>1</sup> im Bundesrat und der deutschen EVP-Abgeordneten Beachtung finden. Besondere Beachtung wird dabei dem Stellenwert der Europapolitik im Wahlkampf zuteil. Die Analyse der Auseinandersetzung mit der Europapolitik im Wahlkampf soll zeigen, welche Beachtung der Europapolitik in den jeweiligen Wahlkämpfen zukommt.

Es handelt sich dabei um eine klassische, empirische Analyse der CDU/CSU in der Oppositionsrolle in einem durch die Legislaturperiode klar umrissenen Zeitabschnitt. Dabei sollen unter Berücksichtigung der Literaturlage nicht nur Sekundärliteratur, sondern insbesondere die zur Verfügung stehenden Quellen genutzt werden. Solche Dokumente sind z.B. Bundestagsprotokolle, Reden führender Parteimitglieder, Wahlprogramme, und Parteitagsbeschlüsse der Parteien.

Hierbei erstellt die Autorin umfangreiche Übersichten der in diesem Kontext interessanten Dokumente und wertet aus, inwieweit sie sich inhaltlich mit verschiedenen Themenschwerpunkten im Zusammenhang mit der Europapolitik befassen.

---

<sup>1</sup> Als B-Länder werden die von der CDU oder CSU geführten Bundesländer bezeichnet.

Ziel dieser Vorgehensweise ist es, erstens herauszuarbeiten, welche Informationen veröffentlicht wurden, die eine Änderung oder Beibehaltung der Strategie bezüglich der Europapolitik implizieren. Zweitens soll durch eine Analyse der Kontrolltätigkeiten der Opposition im Bundestag aufgezeigt werden, inwieweit die Einflussmöglichkeiten für europapolitische Themen genutzt wurden. Diese Analyse der Kontrolltätigkeiten der CDU/CSU im Bundestag befasst sich u.a. mit: Anfragen, Anträgen und Regierungsbefragungen.

Bei der Analyse der behandelten Periode gibt es also einen doppelten Fokus.

Der erste Fokus ist inhaltlicher Natur und stellt auf die europapolitischen Inhalte der CDU/CSU ab. Der zweite Fokus bezieht sich auf die Rolle der CDU/CSU als Oppositionspartei bzw. auf die gegebenen Grenzen und Möglichkeiten und wie die Union diese ausschöpft.

In einem fünften Kapitel „Abschließende Betrachtungen“ werden die Erkenntnisse der vorangegangenen Untersuchungen zusammengefasst. Der Fokus liegt hierbei auf der Rolle der Europapolitik in der Oppositionsstrategie der Union. Ein Vergleich der europapolitischen Strategien zum einen mit den Inhalten aus den vorangegangenen Regierungsphasen, vor allem der unter Helmut Kohl und zum anderen mit den Inhalten der in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages amtierenden sozialdemokratischen Bundesregierung soll darstellen, ob sich die europapolitischen Inhalte mit der Annahme der Oppositionsrolle geändert haben.

### **1.3 Quellenlage**

Während die Europapolitik der CDU/CSU bis zum Ende der Regierungszeit Helmut Kohls in der Literatur weitreichend behandelt wurde, liegen zur anschließenden Oppositionszeit weniger Veröffentlichungen vor.

Ziel der vorliegenden Studie ist die Analyse des Verlaufs der Europapolitik der CDU/CSU in der Opposition. In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion finden sich zu diesen Fragen nur wenige Annahmen und Arbeitshypothesen.

Um die Analyse der Veröffentlichungen der CDU/CSU nach für die Europapolitik relevanten Kriterien zu strukturieren, wurden die im Untersuchungszeitraum veröffentlichten Dokumente auf ihre inhaltliche Beschäftigung mit verschiedenen

Themenschwerpunkten im Zusammenhang mit der Europapolitik untersucht. Ziel dieser Vorgehensweise ist es herauszuarbeiten, welche Informationen veröffentlicht wurden, die eine Änderung oder Beibehaltung der Strategie bzgl. der Europapolitik implizieren.

Anhand der durch die Analyse gewonnenen Erkenntnisse soll versucht werden, Schlussfolgerungen über die Bedingungen und Gründe für das Verhalten der CDU/CSU, europapolitische Entscheidungen betreffend, zu ziehen.

## **2 Deutsche Europapolitik bis 1998**

Das folgende Kapitel skizziert zunächst die Leitlinien deutscher Europapolitik von den Anfängen in den 50er Jahren bis 1982 und darauf aufbauend die Europapolitik der Kanzlerschaft Helmut Kohls mit besonderem Augenmerk auf die deutsche Europapolitik nach 1989/90.

Diese Arbeit kann keine Gesamtdarstellung leisten, sondern macht sich zur Aufgabe, die Grundtendenzen und Entwicklungen, gegliedert nach Kanzler-Epochen, darzustellen, auf deren Basis sich die zukünftige Politik entwickeln konnte.

Es ist hilfreich, vorab die Entwicklung der Kräfteverhältnisse im Bundestag und des Wählerverhaltens genauer zu betrachten. Zwischen 1961 und 1983 waren nur drei Parteien im Bundestag vertreten. Die „kleine“ FDP konnte zweimal für einen Regierungswechsel sorgen. Noch in den siebziger Jahren konnten die Volksparteien CDU und SPD über 90 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen.<sup>2</sup> Dies hat sich im Laufe der Jahre geändert. Wahlen werden heute „in der Mitte“ entschieden, durch Wähler, die häufiger und leichter zwischen den fünf im Bundestag vertretenen Parteien wechseln.

---

<sup>2</sup> Vgl. Hartenstein, Wolfgang (2002): Fünf Jahrzehnte Wahlen in der Bundesrepublik: Stabilität und Wandel. Ausdruck aus dem Internet-Angebot der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte (B 21/2002). Online abrufbar unter: [http://www.bpb.de/publikationen/3WNLSH,0,F%FCnf\\_Jahrzehnte\\_Wahlen\\_in\\_der\\_Bundesrepublik:\\_Stabilit%EA4t\\_und\\_Wandel.html](http://www.bpb.de/publikationen/3WNLSH,0,F%FCnf_Jahrzehnte_Wahlen_in_der_Bundesrepublik:_Stabilit%EA4t_und_Wandel.html). Zuletzt geprüft am 08.12.2008.

## 2.1 Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren

Seit Gründung der Bundesrepublik bestimmte der Wunsch nach europäischer Integration maßgeblich die Bemühungen in der deutschen Außenpolitik. Das Ziel der Einbindung in ein vereintes Europa und der Mitwirkung an der Entwicklung der Europäischen Union wurden in der Präambel und in Artikel 23 des deutschen Grundgesetzes festgeschrieben.<sup>3</sup> Deutsche Europapolitik in den 50er und 60er Jahren musste sich stets an den politischen Umständen und dem Willen der Partnerstaaten orientieren. Die 50er Jahre waren diesbezüglich ereignisreicher, da die 60er Jahre von europapolitischer Stagnation geprägt waren.<sup>4</sup> Es soll nun ein Überblick der europapolitischen Konzeption der drei christdemokratischen Bundeskanzler folgen, wobei Konrad Adenauer der größte Raum gegeben wird. Auf die Grundlagen, die Adenauer in den Anfangsjahren der jungen Republik gelegt hat, berufen sich vornehmlich christdemokratische Politiker noch Jahrzehnte später.

### 2.1.1 Die Europapolitik Konrad Adenauers

„Im Anfang war Adenauer“<sup>5</sup>

Konrad Adenauer war der CDU kurz nach ihrer Gründung beigetreten und wurde am 5. Februar 1946 zum Vorsitzenden der rheinischen CDU und kurz darauf zum Vorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt. Adenauer übernahm im Oktober 1946 die Führung der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. 1948

---

<sup>3</sup> „Im Bewußtsein seiner Verantwortung [...], als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen [...]“ (Präambel GG) und „Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der EU mit [...]“. (Art. 23 GG). Die verfassungstextlichen Rahmenbedingungen für den Zeitraum bis 1992 finden sich in Artikel 24 Abs. 1 GG. Deutscher Bundestag (2007): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Stand Januar 2007. Herausgegeben von Deutscher Bundestag - Referat Öffentlichkeitsarbeit. Online verfügbar unter [http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/gg\\_jan2007.pdf](http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/gg_jan2007.pdf), zuletzt aktualisiert am 14.03.2007, zuletzt geprüft am 06.01.2009.

<sup>4</sup> Siehe Kapitel 2.1.2 und 2.1.3.

<sup>5</sup> Baring, Arnulf (1969): Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München-Wien 1969. Zitiert nach Schukraft, Corina: Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren: Weichenstellungen unter Konrad Adenauer und Bewahrung des Status quo unter seinen Nachfolgern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder Leske + Budrich, Opladen 2002.

wurde er zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates gewählt, dessen Aufgabe es war, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auszuarbeiten.<sup>6</sup>

Bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 wurde Konrad Adenauer mit 54,5 Prozent der Stimmen als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt. Überraschend erreichte die SPD nur 29,2 Prozent der Stimmen und auch die CDU blieb mit 25,2 unter der 30-Prozent-Hürde, erreichte aber zusammen mit der CSU<sup>7</sup> 31 Prozent und stellte somit die stärkste Fraktion. Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt.<sup>8</sup>

Die Grundlagen, die der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer<sup>9</sup> (1949-1963) in den 50er Jahren legte, bestimmten auch den Kurs seiner Nachfolger in den darauffolgenden Jahrzehnten. Seine Vision eines geeinten Europas bedingte seine kontinuierliche und konsequente Politik der Westintegration.<sup>10</sup>

Grundlinien der Europapolitik Adenauers waren die Westanbindung der Bundesrepublik, die Verbesserung der Beziehung zu Frankreich sowie gute politische Verbindungen zu den USA zu unterhalten.

### **2.1.1.1 Souveränität durch Integration**

Die konsequente außen- und sicherheitspolitische Anbindung an den Westen stellte für Adenauer die einzige Möglichkeit dar, um Frieden in Deutschland und Europa zu

---

<sup>6</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung: Biografie Konrad Adenauer. 05.01.1876-19.04.1967. Online abrufbar über die Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: <http://www.kas.de/wf/de/71.3717/>. Zuletzt überprüft am 21.02.2009.

<sup>7</sup> Die CSU erreichte 5,8 Prozent.

<sup>8</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Internetauftritt: [http://www.bpb.de/themen/QQSEUT,0,0,Bundestagswahlen\\_19492005.html](http://www.bpb.de/themen/QQSEUT,0,0,Bundestagswahlen_19492005.html). Zuletzt überprüft am 21.02.2009. Vgl. Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor: Kanzler, Krisen, Koalitionen. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. 1. Aufl. München: Pantheon, 2006, S. 30. sowie weitere Internetrecherche.

<sup>9</sup> Im Rahmen dieser Arbeit kann nicht detailliert auf alle Aspekte der Europapolitik von Konrad Adenauer eingegangen werden, vgl. hierzu z.B.: Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor: Kanzler, Krisen, Koalitionen. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. 1. Aufl. München: Pantheon, 2006 sowie Schukraft, Corina (2002): Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren: Weichenstellungen unter Konrad Adenauer und Bewahrung des Status quo unter seinen Nachfolgern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. S. 11. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder Leske + Budrich, Opladen 2002.

<sup>10</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 11.

sichern. Zugleich setzte er auf eine „Politik der Stärke“ gegenüber der Sowjetunion.<sup>11</sup> Adenauer verteidigte sein Streben nach einem vereinten Europa Kritikern gegenüber, die darin ein Hindernis für die deutsche Wiedervereinigung sahen, als notwendige Voraussetzung eben dieser.<sup>12</sup>

„Ein wiedervereintes Deutschland war für Adenauer nur im Rahmen eines vereinten Europas denkbar.“<sup>13</sup>

Der Wunsch nach der Wiedervereinigung war den beiden großen deutschen Parteien gemein. Ihre Vertreter Konrad Adenauer und Kurt Schumacher bauten auf die sogenannte Magnettheorie, nach der ein funktionierender Kapitalismus im Westen, der zu Wohlstand in der Bevölkerung führt, die Menschen im Osten anziehen und letztendlich zur Wiedervereinigung führen werde.<sup>14</sup>

Nach SCHUHKRAFT lässt sich die Regierungszeit Adenauers aus europapolitischer Perspektive in zwei Phasen einteilen. In der ersten Phase sei es dem Kanzler gelungen, die durch das Besatzungsstatut in ihrer Handlungsfähigkeit sehr stark eingeschränkte Bundesrepublik zumindest formal als gleichberechtigte Partnerin im westlichen Staatensystem zu etablieren. Die konsequente Politik der Westbindung führte schon Mitte der 50er Jahre zum Erfolg: Die Bundesrepublik erhielt im Mai 1955 die volle Macht eines souveränen Staates.<sup>15</sup> In der zweiten Phase (1955-1963) sei es Adenauer nach schweren europapolitischen Rückschlägen darum gegangen, die europäische Einigung auf jede nur erdenkliche Weise voranzubringen. Trotz des Festhaltens am Fernziel einer Politischen Union, sei er bereit gewesen, zunächst die wirtschaftliche Integration in Form der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)<sup>16</sup> zu fördern.<sup>17</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen, S. 28.

<sup>12</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): Deutsche Europapolitik der Regierung Schröder 1998 - 2002. Von den strategischen Hügeln zur Mühsal der Ebene. Hamburg: Kovac (Schriften zur Europapolitik, 3). S. 22.

<sup>13</sup> Schukraft, Corina (2002): S. 11.

<sup>14</sup> Vgl. Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen. S. 28.

<sup>15</sup> „Die alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung blieben bestehen. Außerdem wurden die Truppen der Westmächte auch weiterhin in der Bundesrepublik stationiert, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.“ Schukraft, Corina (2002): S. 11.

<sup>16</sup> Im Folgenden wird die Abkürzung „EWG“ verwendet.

<sup>17</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 11.



Im Mittelpunkt von Adenauers Europapolitik stand auch die Aussöhnung mit Frankreich<sup>18</sup>, „Europäische Einigung und deutsch-französische Verständigung bedingten sich gegenseitig.“<sup>19</sup>

Im Gegensatz zur Ruhrfrage blieb die Saarfrage bis Mitte der 50er Jahre ein dauerhafter Streitpunkt in den deutsch-französischen Beziehungen, da es zunächst nicht gelang, Frankreich für die Idee einer Europäisierung zu gewinnen.<sup>20</sup>

Nur eine fest in Europa integrierte Bundesrepublik konnte, nach Adenauer, aus einer Position der Stärke heraus, die Frage der deutschen Einheit verhandeln. Hierzu musste Vertrauen und schließlich auch Souveränität zurückgewonnen werden, wobei oberste Priorität der Westintegration zukam. Parallel sollte die Einbindung der Bundesrepublik in ein vereintes Westeuropa eine enge Verbindung zur Schutzmacht USA betrieben werden.<sup>21</sup> Eine Verbindung westdeutscher und europäischer Interessen, vielfach als „Primat der verflochtenen Interessen“<sup>22</sup> bezeichnet, war dabei Adenauers Ziel.

#### **2.1.1.2 Handlungsspielräume und Kanzlerkompetenzen**

Nahezu alle politischen Maßnahmen, die Bundesrepublik Deutschland betreffend, waren von der Zustimmung der westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs abhängig. Erst mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts, der Ratifizierung der Pariser Verträge und des Inkrafttretens des Deutschlandvertrages im Mai 1955 wurde die Bundesrepublik formell ein Souveräner Staat.<sup>23</sup> Zu Beginn der Regierungszeit Konrad Adenauers war eine eigenständige deutsche Europapolitik aufgrund des Besatzungsstatutes nicht möglich, da die Kontrolle für die politischen und wirtschaftlichen Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland bei der

---

<sup>18</sup> Elysée-Vertrag

<sup>19</sup> Schukraft, Corina (2002): S. 13.

<sup>20</sup> Die Tatsache, dass das Saarland neben der Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied dem Europarat beitrug, wurde vom SPD-Oppositionsführer Kurt Schuhmacher als Anerkennung französischer Annexionsforderungen scharf kritisiert. Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 16.

<sup>21</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 13f.

<sup>22</sup> Korte, Karl-Rudolf (2000): Deutschland in der EU, in: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der Europäischen Integration, Bonn 2000, S. 100-105, hier S. 105.

<sup>23</sup> Die volle Souveränität erlangte die Bundesrepublik erst 1990 mit der Wiedervereinigung und dem Zwei-plus-vier-Vertrag.

Alliierten Hohen Kommission lag. „Von Außenpolitik konnte eigentlich zunächst überhaupt keine Rede sein,“<sup>24</sup> denn die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik wurde von außen vorgegeben. Trotzdem gelang es Adenauer seine Außen- und Europapolitik trotz der Einschränkungen vergleichsweise eigenständig zu verfolgen und die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch mehr und mehr handlungsfähig zu machen. Die in Artikel 65 GG festgelegte Richtlinienkompetenz ermöglichte Konrad Adenauers eine große Entscheidungsfreiheit in außenpolitischen Fragen in seiner Funktion als Bundeskanzler.

Da es in den Anfangsjahren der Bundesrepublik aufgrund der besatzungsrechtlichen Bestimmungen kein Außenministerium gab, konzentrierte sich die Außenpolitik in der Person Adenauers. 1951 übernahm der Kanzler selbst das Ressort in dem neu gegründeten Außenministerium, das sich mit der im Kanzleramt eingerichteten Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten die äußeren Kompetenzen teilen sollte. Auch als 1955 Heinrich von Brentano Außenminister wurde, blieb die Vorherrschaft Adenauers in der Außenpolitik bestehen. Brentano entwickelte keine eigenständige Außenpolitik gegenüber Kanzleramt und Wirtschaftsministerium. Dies gelang erst Gerhard Schröder, der 1961 das Außenressort übernahm. Sowohl Schröder<sup>25</sup>, als auch Willy Brandt<sup>26</sup> setzten eigene außenpolitische Akzente.<sup>27</sup>

### **2.1.1.3 Stationen Deutscher Europapolitik von 1949-1963**

#### *Der Schuman-Plan – Erster Schritt auf dem Weg ins geeinte Europa*

Am 9.5.1950 legte der französische Außenminister Robert Schuman einen Plan zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)<sup>28</sup> vor. Demnach sollte die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und

---

<sup>24</sup> Baring, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Zitiert nach Schukraft, Corina (2002): S. 14.

<sup>25</sup> Außenminister in den letzten Jahren der Amtszeit Adenauers und unter Ludwig Erhard.

<sup>26</sup> Außenminister in der Großen Koalition.

<sup>27</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 16.

<sup>28</sup> Auch Montanunion genannt. Im Folgenden wird die Abkürzung „EGKS“ verwendet.

Stahlproduktion unter eine gemeinsame supranationale Aufsichtsbehörde (Haute Autorité) gestellt werden.<sup>29</sup>

Dies wurde von den Gewerkschaften kritisiert und auch die SPD sprach sich gegen die EGKS aus. Adenauer selbst jedoch begrüßte die initiative des französischen Außenministers „von ganzem Herzen“. Im Bundestag wurde der Vertrag in namentlicher Abstimmung am 11.1.1952 mit 232 gegen 142 Stimmen bei drei Enthaltungen ratifiziert. Die SPD stimmte geschlossen dagegen. Für Adenauer war die EGKS der erste Schritt auf dem Weg in ein geeintes Europa mit hohem ideellen Wert.<sup>30</sup>

Der Schuman-Plan gilt als erster, entscheidender Schritt der Europäischen Integration, der Tag seiner Vorstellung wird jährlich als Europatag gefeiert und gilt als Geburtstag der Europäischen Union.<sup>31</sup>

### *Der Pleven-Plan*

Am 24.10.1950 legte der französische Ministerpräsident René Pleven einen Plan für die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)<sup>32</sup> vor. Adenauer reagierte zunächst verhalten auf die Vorschläge Plevens, denen er aber prinzipiell zustimmte. Gründe hierfür waren die Ablehnung der Wiederbewaffnung in der Bevölkerung und die ungelösten Probleme bei den laufenden EGKS-Verhandlungen.<sup>33</sup> Zwar wurde der Bundesrepublik mit dem Beitritt zur EVG auch die Herstellung der äußeren Souveränität in Aussicht gestellt<sup>34</sup>, doch der Plan scheiterte am 30. August 1954, da die französische Nationalversammlung ihn nicht ratifizierte.

---

<sup>29</sup> Vgl. Zandonella, Bruno (2005): Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2005. Online verfügbar unter: [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=USJR16](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=USJR16). Zuletzt geprüft am 06.01.2009.

<sup>30</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 19.

<sup>31</sup> Vgl. Zandonella, Bruno: Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2005. Online verfügbar unter: [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=USJR16](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=USJR16). Zuletzt geprüft am 06.01.2009.

<sup>32</sup> Im Folgenden wird die Abkürzung „EVG“ verwendet.

<sup>33</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 21.

<sup>34</sup> Vgl. Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen. S. 41.

### *Die Stalinnote*

Ostberlin wollte die sich abzeichnende Verankerung der Bundesrepublik im Westen nicht tatenlos hinzunehmen, also schlug der Kreml-Chef Josef Stalin am 10. März höchstpersönlich die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands im Rahmen einer Viermächte-Konferenz vor.

Adenauer lehnte die sogenannte Stalinnote entschieden ab. Da sie die deutsche Einheit nur unter der Bedingung der Neutralität offerierte, sah er sie als bloßes Störmanöver der EVG-Verhandlungen an, die unmittelbar vor ihrem Abschluss standen.<sup>35</sup>

### *Die Europäische politische Gemeinschaft*

Am 10. September 1952 beschlossen die Konferenz der Außenminister auf der Tagung des Rates der EGKS in Luxemburg, auf Initiative Robert Schumans sowie Alcide de Gasperi, die Mitgliedern der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes für eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)<sup>36</sup> zu beauftragen.<sup>37</sup> Die Versammlung konnte am 10.03.1953 vom Ausschuss den Entwurf für eine Verfassung Europas annehmen, jedoch kam in den Folgemonaten auf Außenministerebene keine Einigung zustande.

Endgültig scheiterte die EVG am 30.8.1954, als sich die französische Nationalversammlung mit 319 Gegenstimmen bei 264 Ja-Stimmen und 43 Enthaltungen gegen die EVG aussprach. Dies bedeutete zwangsläufig auch das Ende der EPG.<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 22.

<sup>36</sup> Im Folgenden wird die Abkürzung „EPG“ verwendet.

<sup>37</sup> Vgl. Presse-Kommuniqué im Anschluss an die erste Tagung des Besonderen Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die vom 8. bis zum 10. September 1952 in Luxemburg stattfand. Quelle: Entwurf. Protokoll der ersten Sitzung des Rates in Luxemburg vom 8. bis 10. September 1952, Prot R 1/52. Luxemburg: Rat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 22.09.1952. Archives centrales du Conseil de l'Union européenne, B-1048 Bruxelles/Brüssel, rue de la Loi/Wetstraat, 175. Online abrufbar unter : <http://www.ena.lu/>. Zuletzt überprüft am 07.01.2009.

<sup>38</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 24.

Als Adenauer von der Ablehnung der EVG in der französischen Nationalversammlung erfuhr, sprach er von einem „schwarzen Tag für Europa“. Trotz des Scheiterns der EVG wurde die deutsche Wiederbewaffnung weiter vorangetrieben<sup>39</sup> und folgendes wurde am 23.10.1954 in den Pariser Verträgen die Bundesrepublik betreffend vereinbart:

- Wiederherstellung der Souveränität durch den Deutschlandvertrag
- Beitritt zur Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO)<sup>40</sup> und zur Westeuropäischen Union (WEU)<sup>41</sup>
- Schaffung eines europäischen Statuts für die Saar.

Somit hatten die außenpolitischen Rahmenbedingungen für eine aktive Europapolitik der Bundesrepublik im Vergleich Anfangsjahren der Regierungszeit Adenauers wesentlich verbessert.

### **2.1.2 Die Europapolitik Ludwig Erhards**

„Wenn Europa im Weltgeschehen eine Rolle spielen soll [...], dann wird das nur möglich sein, wenn wir Europa als Ganzes sehen, als ein Europa der Freien und Gleichen.“<sup>42</sup>

Nach Konrad Adenauers Rücktritt am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt. Nach BARING/SCHÖLLGEN hatte Erhard bei seinem Amtsantritt seine erfolgreichste Zeit schon hinter sich. Sein Erfolg habe in der Zusammenarbeit mit Konrad Adenauer gelegen.<sup>43</sup> Die Amtszeit Ludwig Erhards, zweiter Kanzler der Bundesrepublik von 1963-1966, fiel in die Phase der integrationspolitischen Stagnation der 60er Jahre, hervorgerufen durch die unnachgiebige Haltung des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, der Erhard als verantwortlich ansah für die nicht vollzogene deutsch-französische

---

<sup>39</sup> Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen. S. 44.

<sup>40</sup> Im Folgenden wird die Abkürzung „NATO“ verwendet.

<sup>41</sup> Im Folgenden wird die Abkürzung „WEU“ verwendet.

<sup>42</sup> Bundeskanzler Ludwig Erhard zitiert nach Karama, Miriam (2001): Struktur und Wandel der Legitimationsideen deutscher Europapolitik. Bonn: Europa-Union-Verl. (Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, 6), S. 92.

<sup>43</sup> Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen. S. 82.

Ehe.<sup>44</sup> Seit dem Amtsantritt Erhards hatten sich die deutsch-französischen Beziehungen erheblich verschlechtert. Der Elysée-Vertrag<sup>45</sup>, als Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, noch zu Ende der Amtszeit Adenauers geschlossen, konnte seine Wirkung nicht entfalten und Frankreich betrieb die sogenannte „Politik des leeren Stuhls“. Erhard betrachtete, als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, Europa aus einer ökonomischen Perspektive heraus. SCHUHKRAFT erklärt damit sein offeneres Verhältnis gegenüber Großbritannien. Schon als Bundeswirtschaftsminister habe Erhard seine Idee eines Europas der Freien und Gleichen des Öfteren – zum Missfallen Adenauers – kundgetan und im Herbst 1960 sogar mit einer Anzeigenkampagne in den großen deutschen Tageszeitungen mit der Formel  $6+7+5=1$  dafür geworben.<sup>46</sup>

Ehrhard bekräftigte stets, in der Tradition Adenauers, den Willen der Bundesregierung zur politischen Integration Europas. So äußerte sich Erhard in seiner Rede auf dem 14. Parteitag der CDU in Bonn am 23.03.1966 wie folgt:

„Ich möchte Ihnen, lieber Herr Adenauer, vor diesem Parteitag versichern, dass ich nach wie vor alles daran setzen werde, Europa zu einen und ihm eine politische Gestalt zu geben.“<sup>47</sup>

In der Regierungszeit Erhards waren weder die äußeren noch die inneren Umstände günstig für eine Erfolg versprechende Europapolitik, da sich die EWG zum Zeitpunkt der Europa-Initiative Erhards in einem schwierigen Stadium befand.<sup>48</sup> Trotzdem hielt die Bundesregierung an ihrem Ziel der Einigung Westeuropas fest, doch die Gegensätze zwischen Bonn und Paris verhinderten während der Kanzlerschaft Erhards Fortschritte des Integrationsprozesses.<sup>49</sup>

---

<sup>44</sup> Vgl. Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen. S. 84.

<sup>45</sup> Vertrag der Bundesrepublik Deutschland und der französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963, in: Auswärtiges Amt (Hg.) (1995): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Wissenschaft und Politik. Dokument Nr. 64. S. 275 ff.

<sup>46</sup>  $6$  (EWG-Staaten) +  $7$  (EFTA-Staaten) +  $5$  (Island, Irland, Griechenland, Türkei, Spanien) = Vereintes Europa. Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 45.

<sup>47</sup> Ludwig Erhard zitiert nach: Karama, Miriam (2001): Struktur und Wandel der Legitimationsideen deutscher Europapolitik. Bonn: Europa-Union-Verl. (Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, 6), S. 92.

<sup>48</sup> Z.B. stagnierten die Agrarverhandlungen auch aufgrund der unnachgiebigen Haltung der Bundesrepublik in der Getreidepreisfrage.

<sup>49</sup> Schukraft, Corina (2002): S. 53.

### 2.1.3 Die Europapolitik unter Kurt Georg Kiesinger

„Die entscheidende Rolle für die Zukunft Europas fällt der Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses zu.“<sup>50</sup>

Kiesinger, der Kanzler der großen Koalition von 1966 bis 1969, versuchte, einen versöhnlicheren Umgang mit Frankreich und Großbritannien zu pflegen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern.

„Die Bundesrepublik sah er in der Rolle des ehrlichen Maklers im französisch-britisch-amerikanischen Dreieck. Integrationspolitische Fortschritte, das hatten die vergangenen Jahre gezeigt, waren mit de Gaulle nicht zu erreichen, man musste sich mit der Wahrung des Status quo begnügen.“<sup>51</sup>

BARING/SCHÖLLGEN stellen fest, für die große Koalition habe gegolten, was für alle Bundesregierungen vor und nach ihr gegolten habe: Die Richtlinien der Außenpolitik seien im Kanzleramt bestimmt worden, dies habe auch der neue Bundesminister des Auswärtigen Amtes, Willy Brandt gewusst und genutzt. Dessen Handschrift sei schon in Kiesingers Regierungserklärung deutlich zu erkennen gewesen, an der Betonung der Probleme der Dritten Welt.<sup>52</sup> Im stockenden Integrationsprozess gelang es Kanzler Kiesinger jedoch nicht, zwischen Frankreich und Großbritannien zu vermitteln. Frankreich verhinderte den Beitritt Großbritanniens zur EWG.

Von der Währungskrise im Herbst 1968 waren vor allem die USA und Frankreich betroffen. Dies führte zum Abzug von Kapital aus Frankreich, welches auch in D-Mark angelegt wurde. Das daraus resultierende wirtschaftliche Ungleichgewicht belastete die deutsch-französischen Beziehungen, zumal die Bundesrepublik nicht gewillt war, die D-Mark aufzuwerten. Dass die bundesdeutschen Delegierten in dieser Frage erstmals die nationalen Interessen ohne Rücksicht auf ihre Partner durchgesetzt hatten, brachte die Bundesrepublik an den Rand der außenpolitischen Isolation.<sup>53</sup>

Laut SCHUHKRAFT blieben Kiesinger eigene europapolitische Erfolge aufgrund der äußeren Umstände verwehrt. Er sei seinem Anspruch, als ehrlicher Makler zwischen

---

<sup>50</sup> Kurt Georg Kiesinger zitiert nach: Karama, Miriam (2001): S. 98.

<sup>51</sup> Schukraft, Corina (2002): S. 54.

<sup>52</sup> Vgl. Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen. S. 106.

<sup>53</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 58f.

den westlichen Partnern zu vermitteln, nicht gerecht geworden.<sup>54</sup> OSTERHELD hingegen bescheinigt der Großen Koalition auf dem Gebiet der Außenpolitik eigene Akzente gesetzt zu haben: „In der Außenpolitik hatte Kiesinger einen sehr guten Blick; er war blitzschnell im Auffassen neuer Geschehnisse; er konnte seine Ansichten überzeugend darlegen,“<sup>55</sup> erinnert sich Kiesingers außenpolitischer Berater. Osterheld stand für Kontinuität im Kanzleramt, war er doch schon außenpolitischer Berater von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard gewesen. OSTERHELD erinnert sich, dass Kiesinger vor dem Dilemma stand, dass dessen zentrales Interesse der Außenpolitik galt. Kiesinger habe diese Themen bestimmen wollen, was er aufgrund der Richtlinienkompetenz und der Kontakte zu anderen Regierungschefs auch habe tun können, befand sich hiermit jedoch auf dem Arbeitsgebiet Brandts, dem er wiederum Freiraum zugestehen wollte. Aus der engsten Umgebung Brandts seien dann auch immer wieder Ideen und Vorschläge gemacht worden, die der in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Deutschland- und Ostpolitik entgegenstanden.<sup>56</sup>

Der Versuch, durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, die Hallstein-Doktrin zu relativieren deutete einen sachten Kurswechsel an. Der als „Wandel durch Annäherung“ berühmt gewordene Versuch aber, eine offenere Ost- und Deutschlandpolitik, wie auch Brandt sie vertrat, auf den Weg zu bringen, ging von Egon Bahr aus.<sup>57</sup> Der Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin und enger Berater von Willy Brandt vertrat am 15. Juli 1963 bei einem Vortrag auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing die Ansicht, dass die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung nur mit der Sowjetunion zu schaffen seien. Die Zone könne dem sowjetischen Einflussbereich nicht entrissen werden, was bedeute, dass Veränderungen nur ausgehend von dem dort herrschenden Regime erreichbar seien. BAHN setzt auf eine Entspannung der Situation durch materielle Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in der Ostzone. Da ein Sturz des Regimes kein praktikabler Weg sei, müsse eine Erleichterung für die Menschen

---

<sup>54</sup> Vgl. Schukraft, Corina (2002): S. 59.

<sup>55</sup> Osterheld, Horst (2006): Innenansichten der Macht. Erinnerungen an die Große Koalition der Jahre 1966 bis 1969. Die Politische Meinung Nr. 442, September 2006, S. 40.

<sup>56</sup> Vgl. Osterheld, Horst (2006): Innenansichten der Macht, S. 41.

<sup>57</sup> Vgl. Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen, S. 106f.



erreicht werden, ohne dass sich daraus die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergebe.<sup>58</sup>

## 2.2 Deutsche Europapolitik der ersten sozialdemokratischen Kanzler

Die europapolitische Haltung der ersten sozialdemokratischen Kanzler soll in den folgenden Unterkapiteln überblicksartig dargestellt werden. Willy Brandt (von 1969 bis 1974 Bundeskanzler) und Helmut Schmidt (von 1974 bis 1982 Bundeskanzler), prägten die deutsche Europapolitik der 70er Jahre, indem sie die Europapolitik ihrer christdemokratischen Vorgänger zwar fortsetzten, jedoch mit eigenen Ansätzen und Vorstellungen betrieben. Beide standen der europäischen Einigung grundsätzlich positiv gegenüber und beeinflussten direkt oder indirekt die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) und die anstehenden Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft (EG)<sup>59</sup>, meist zusammen mit Frankreich oder über Initiativen des französischen Partners.<sup>60</sup>

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik bestätigte die Linie der sozialliberalen Regierungen in Standpunkten die Europapolitik betreffend.<sup>61</sup>

---

<sup>58</sup> Vgl. Bahr, Egon: Wandel durch Annäherung. Online verfügbar: Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung: [http://www.fes.de/archiv/\\_stichwort/tutzingen\\_rede.pdf](http://www.fes.de/archiv/_stichwort/tutzingen_rede.pdf), zuletzt geprüft am 12.11.08.

<sup>59</sup> Im Folgenden werden die Abkürzungen „WWU“, „EPZ“ und „EG“ verwendet.

<sup>60</sup> Vgl. Leuchtweis, Nicole (2002): Deutsche Europapolitik zwischen Aufbruchstimmung und Weltwirtschaftskrise: Willy Brandt und Helmut Schmidt. S. 64. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder Leske + Budrich, Opladen 2002. S. 64.

<sup>61</sup> „Eine gute Sache nannten 63 % der Bundesbürger die westeuropäische Einigung im September 1973 in Umfragen, nur 4 % beurteilten sie als eine schlechte Sache. Zum gleichen Zeitpunkt waren europaweit nur 56 % der Bürger von der EG als „guter Sache“ überzeugt, 11% hielten sie für schlecht. Ähnlich sah es in 14 Umfragen von 1974 bis 1980 aus: Europaweit waren 57 % für die gute Sache EG, 8 % dagegen. In der Bundesrepublik lag das Votum für die „gute Sache“ bei 60 %, dagegen stimmten 10 %. Somit ist die Einstellung der Deutschen zur europäischen Einigung stabil,...“ Noelle-Neumann, Elisabeth; Herdegen, Gerhard: Die Europäische Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung: Informationsdefizite und enttäuschte Erwartungen, in: Integration 3/1983. Zitiert nach Leuchtweis, Nicole (2002): S. 65.

### 2.2.1 Willy Brandt

Nach der langen und tiefen Krise der EG änderten sich im Jahr 1969 die Grundvoraussetzungen für die Europapolitik. Nach dem Rücktritt des französischen Präsidenten Charles de Gaulle beendete dessen Nachfolger Georges Pompidou die französische Blockadepolitik in der EG. Nach den Bundestagswahlen am 28. September 1969 wurde mit Willy Brandt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Sozialdemokrat zum Bundeskanzler gewählt. Brandt, bislang Außenminister der großen Koalition, führte die große Koalition nicht fort, sondern bildete eine Koalition mit der FDP. Vizekanzler und Außenminister wurde Walter Scheel (FDP).

Mit Brandts Außenpolitik verbindet man den Begriff der „Neuen Ostpolitik“, wobei die Entspannung zwischen Ost und West den Kalten Krieg abmildern sollte. Diese „Politik der kleinen Schritte“, die EGON BAHR als „Wandel durch Annäherung“<sup>62</sup> bezeichnet, wurde von den Westmächten trotz anfänglicher Skepsis unterstützt. Brandt arbeitete auf einen dauerhaften Frieden in Europa durch eine gesamteuropäische Friedensordnung hin.

„Gemeinhin wird Willy Brandts Außenpolitik nicht primär mit der europäischen Einigung in Verbindung gebracht – die Ostpolitik überlagert bei Forschungsarbeiten wie bei Quellenpublikationen alle anderen Themen. Dabei war der erste außenpolitische Erfolg der Regierung Brandt/Scheel der Beschluss der Haager Gipfelkonferenz, Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien zu eröffnen. Der Europagedanke stand in Brandts politischen Konzeptionen seit dem schwedischen Exil Anfang der vierziger Jahre an prominenter Stelle.“<sup>63</sup>

LEUCHTWEIS bestätigt die Ostpolitik als Schwerpunkt von Brandts außenpolitischem Handeln, gleichzeitig habe er aber auch die Bundesrepublik noch fester im Westen verankert.<sup>64</sup>

EGON BAHR erkennt in dem „Dreiklang Nation, Europa und Frieden“ das Fazit von Brandts politischem Leben. Die Ostpolitik sei mit dem Ziel konzipiert worden, zur

---

<sup>62</sup> Bahr, Egon: Wandel durch Annäherung. Vgl. auch Kapitel 2.1.3 dieser Arbeit.

<sup>63</sup> Tagungsbericht *Willy Brandt und die europäische Einigung*. 08.06.2006-10.06.2006, Metz. In: H-Soz-u-Kult, 11.07.2006, online abrufbar unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1225>. Zuletzt überprüft am 21.02.2009.

<sup>64</sup> Vgl. Leuchtweis, Nicole (2002): S. 65.

deutschen Einheit zu führen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1970 sei die bewusste Vorbereitung dazu gewesen.<sup>65</sup> Brandt hat mit seiner Ost- und Deutschlandpolitik maßgeblich zur friedlichen Einbindung Deutschlands in Europa beigetragen<sup>66</sup>, auch wenn die Außenpolitik in seiner ersten Regierungserklärung kaum eine Rolle spielte und er sich in dieser eher mit innenpolitischen Reformen befasste.<sup>67</sup>

Auf der Tagung der Staats- und Regierungschefs Anfang Dezember 1969 in Den Haag formulierte Brandt erstmals seine europapolitischen Ziele. Die EG sollte weiter ausgebaut und um Großbritannien erweitert werden. Die Staats- und Regierungschefs der übrigen EG-Länder griffen seine Anregungen auf:

- Die Außenminister wurden beauftragt, zur Vertiefung der Integration die politische Einigung voran zu bringen. Die EPZ wurde auf den Weg gebracht.
- Der luxemburgische Ministerpräsident Pierre Werner wurde beauftragt, einen Plan für eine stufenweise Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)<sup>68</sup> auszuarbeiten, den er im Oktober 1970 als sogenannten „Werner-Plan“ den übrigen Staats- und Regierungschefs vorlegte.
- Pompidou ermöglichte die erste Erweiterungsrunde der EG, die Verhandlungen dazu sollten im Frühjahr 1970 beginnen.
- Die Ergebnisse zur Reform der Gemeinschaftsinstitutionen blieben für Brandt unbefriedigend, er verfolgte seine Pläne zur Neugestaltung weiter.<sup>69</sup>

Nach dem gescheiterten Ablösungsversuch durch ein Konstruktives Misstrauensvotum Rainer Barzels und der Vertrauensfrage mit folgender Auflösung des Bundestages, wurde die Regierung Brandt bei den Neuwahlen im September 1972 bestätigt und verfügte über eine handlungsfähige Mehrheit im Bundestag.

---

<sup>65</sup> Bahr, Egon: Vortrag auf der Veranstaltung *Willy Brandt und die europäische Einigung*. 08.06.2006-10.06.2006 in Metz. Bahr nahm als Zeitzeuge an dieser Veranstaltung teil. Tagungsbericht *Willy Brandt und die europäische Einigung*. 08.06.2006-10.06.2006, Metz. In: H-Soz-u-Kult, 11.07.2006.

<sup>66</sup> Für seine Ostpolitik erhielt Brandt 1971 den Friedensnobelpreis.

<sup>67</sup> Vgl. Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen. S. 122.

<sup>68</sup> Gleichbedeutend mit dem später verwendeten Begriff der Europäischen Währungsunion (EWU), teilweise wird auch nur der Begriff Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) verwendet. Im Folgenden wird die Abkürzung „EWWU“ verwendet.

<sup>69</sup> Vgl. Leuchtweis, Nicole (2002): S. 65f.

Im zweiten Kabinett Brandt/Scheel ab 1972 überließ der Kanzler die Tagespolitik immer mehr seinem Wirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt.<sup>70</sup>

„Großen Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen übten Brandts Berater im Bundeskanzleramts aus – v.a. Horst Ehmke, Chef des Bundeskanzleramts, die Parlamentarische Staatssekretärin Katharina Focke und Staatssekretär Egon Bahr, der schon unter Außenminister Brandt Leiter des Planungstabs gewesen war. Das war nicht immer einfach für das Auswärtige Amt unter Vizekanzler Walter Scheel, dem eigentlich die Koordination und Durchführung der Außenpolitik oblag. Gerade die Ostpolitik dominierte im ersten Regierungsjahr der Bundeskanzler selbst, erst nach Abschluss der Moskauer Verhandlungen räumte er seinem Außenminister mehr Bewegungsfreiheit ein.“<sup>71</sup>

Am 6. Mai 1974 trat Willy Brandt nach der Spionageaffäre Guillaume zurück.<sup>72</sup>

### 2.2.2 Helmut Schmidt

Das Jahr 1974 war ein Jahr der Regierungswechsel. Der französische Präsident Georges Pompidou starb am 2. April 1974, sein Nachfolger wurde Valéry Giscard d'Estaing und der britische Premierminister Edward Heath<sup>73</sup> wurde von Harold Wilson abgelöst.<sup>74</sup> In Deutschland trat am 6. Mai 1974 Willy Brandt zurück. Ihm folgte der erfahrene Politiker Helmut Schmidt nach, er wurde am 16. Mai 1974 vom Bundestag zum Bundeskanzler gewählt. Schmidt war Fraktionsvorsitzender der SPD in der Großen Koalition von 1967 bis 1969 gewesen, sowie Bundesminister der Verteidigung (1969-1972), Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen (1972) und Bundesminister der Finanzen (1972-1974).<sup>75</sup> Die Regierungswechsel bedeuteten

---

<sup>70</sup> Vgl. Leuchtweis, Nicole (2002): S. 68.

<sup>71</sup> Vgl. Leuchtweis, Nicole (2002): S. 68.

<sup>72</sup> Anlass war die als „Guillaume-Affäre“ bekannt gewordene Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume, der als Referent für Parteiangelegenheiten einer der engsten Mitarbeiter von Brandt gewesen war. Brandt hatte die Brisanz der Angelegenheit unterschätzt und den schon länger bestehenden Verdacht nicht ernst genommen.

<sup>73</sup> Edward Heath leitete in den sechziger Jahren auf britischer Seite die Beitrittsverhandlungen zur EWG, die am Veto des französischen Präsidenten Charles de Gaulle scheiterten. 1963 wurde ihm der Karlspreis der Stadt Aachen „in Würdigung seines unentwegten Mühens um die Eingliederung Großbritanniens in das kontinentale Einigungsstreben und seines Bekenntnisses zur europäischen Schicksalsgemeinschaft“ verliehen. Homepage der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen, online abrufbar unter: <http://www.karlspreis.de/index.php?id=12&doc=13>, zuletzt überprüft am 08.01.2009.

<sup>74</sup> Vgl. Leuchtweis, Nicole (2002): S. 91.

<sup>75</sup> Vgl. Biografie Helmut Schmidts auf der Homepage des Deutschen Historischen Museums. Online abrufbar unter: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/SchmidtHelmut/>, zuletzt überprüft am 08.01.2009.

jedoch keine Aufbruchstimmung wie 1969. Die Probleme der Tagespolitik erforderten die Konzentration auf das Mögliche, worüber das Fernziel der europäischen Einigung vorerst in den Hintergrund trat. Eine Reihe von Krisen prägten die siebziger und frühen achtziger Jahre: Währungskrise, Ölkrisen und Rezession; eine steigende Inflation und steigende Preise im Rohstoff- und Energiebereich verursachten eine Weltwirtschaftskrise, welche die politische und wirtschaftliche Stabilität Westeuropas gefährdete. Zu den größten Herausforderungen der Amtszeit Helmut Schmidts zählte auch der Terrorismus der Rote Armee Fraktion.<sup>76</sup> Doch selbst unter den verschlechterten Rahmenbedingungen in den siebziger Jahren blieb die Bundesrepublik unter Bundeskanzler Helmut Schmidt europafreundlich.

Mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing verband Schmidt eine persönliche Freundschaft, die deutsch-französischen Beziehungen verbesserten sich und es wurden weitere Schritte zur europäischen Integration unternommen. So wurde der Europäische Rat etabliert und das Europäische Währungssystem und die Europäische Währungseinheit (ECU) am 1. Januar 1979 eingeführt.

Schon 1977 wies Schmidt auf die Gefahren durch die neuen SS-20 Mittelstreckenraketen der Sowjetunion hin, da er befürchtete, die Sowjetunion könne Westeuropa angreifen, ohne die USA in Mitleidenschaft zu ziehen. Er drängte daher auf den sogenannten NATO-Doppelbeschluss, der vorsah, sollte die Sowjetunion nicht auf diese Waffensysteme verzichten, Mittelstreckenraketen auch in Westeuropa zu stationieren.<sup>77</sup>

Am 17. September 1982 traten sämtliche FDP-Bundesminister, aufgrund von Differenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, zurück. Nachdem Schmidt noch das Amt des Bundesministers des Auswärtigen übernahm<sup>78</sup> und die Regierungsgeschäfte ohne Mehrheit im Bundestag weiterführte, wurde am 1. Oktober 1982 Helmut Kohl, durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit den Stimmen von CDU/CSU und der Mehrheit der FDP, zum Bundeskanzler gewählt.

---

<sup>76</sup> Vgl. Karama, Miriam (2001): S. 138.

<sup>77</sup> Aus der Protestbewegung gegen den umstrittenen NATO-Doppelbeschluss ging in den frühen achtziger Jahren die neue Partei der Grünen hervor.

<sup>78</sup> Schmidt leitete kurzzeitig das Auswärtige Amt vom 17. September 1982 bis zum 1. Oktober 1982.

## 2.3 Die erste Oppositionszeit der CDU/CSU

Erst zweimal in ihrer Geschichte musste die CDU/CSU den Gang in die Opposition antreten. Erstmals war es für die traditionell schon als „Kanzlerwahlverein“ bezeichneten Christdemokraten 1969 soweit, als die SPD und die FDP eine Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt bildeten. Zwar versuchte Rainer Barzel, Willy Brandt 1972 durch ein konstruktives Misstrauensvotum abzulösen, doch dieser Versuch scheiterte. Bei den Bundestagswahlen erlitten die CDU/CSU eine deutliche Niederlage und stellten erstmals nicht mehr die stärkste Bundestagsfraktion, worauf Rainer Barzel 1973 auf eine zweite Wahlperiode als CDU-Vorsitzender verzichtete. Sein Nachfolger wurde Helmut Kohl, der CDU-Vorsitzender blieb bis 1998. Durch den Verlust der Regierungsmacht musste sich die Union nun strukturell neu orientieren.

### 2.3.1 Die CDU/CSU in der Opposition von 1969 bis 1982

KLEINMANN bezeichnet die 1. Oppositionszeit als „zweite Gründungsphase“ der Union.

„Hatten die Parteien der Christlichen Demokratie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vor allem daraus Profil und Attraktivität gewonnen, dass sie sich mit den Erfolgen der Regierung identifizierten, so mussten sie in der Opposition aus sich selbst heraus, zwischen ‚prinzipieller Radikalität‘ und pragmatischer Anpassung, Ressourcen mobilisieren, um sich programmatisch und personell wieder für die Regierung empfehlen zu können“<sup>79</sup>

Nach über 20 Jahren in der Regierungsverantwortung fanden sich CDU und CSU nur schwer in die Rolle der Opposition ein.<sup>80</sup> KLEINMANN legt dar, wie die Oppositionsjahre der Union auch eine „große Zeit“ der CSU und ihrer „konkurrierenden Kooperation“, zu werten sind. Die CSU steigerte bis 1974 ihren Anteil in den Landtagswahlen auf 62,1% der Stimmen und bei der Bundestagswahl 1972 auf 55,1% der Stimmen in Bayern. Sie konnte so größeren Einfluss im Bundestag ausüben, da sie nun über mehr als 20 Prozent der Abgeordneten der

---

<sup>79</sup> Kleinmann, Hans-Otto (2002): 1969-1982, in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hrsg.: Becker, w.; Buchstab, G.; Doering-Manteuffel, A.; Morsey, R. i.A. der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, 2002. S. 78.

<sup>80</sup> Vgl. Kleinmann, Hans-Otto: 1969-1982, S. 78.

CDU/CSU verfügte.<sup>81</sup> Auch hatte die CSU schon während ihres kurzzeitigen Regierungsverlusts zwischen 1954 und 1957 begonnen, ihre Parteiorganisation zu modernisieren, womit sie der CDU um einiges voraus war.

Nur knapp zwei Monate nach der verlorenen Bundestagswahl fand der CDU-Parteitag in Mainz statt. Aufgrund des geringen zeitlichen Abstandes war es kaum möglich, bei der Wahl der Führungsgremien, Grundlegendes zu ändern. Kurt-Georg Kiesinger kandidierte wieder als Parteivorsitzender und erhielt 386 von 471 Stimmen. Dies kann aufgrund der Tatsachen, dass kein Gegenkandidat angetreten war, als schlechtes Ergebnis gewertet werden. Da auch der Generalsekretär Bruno Heck im Amt blieb, fand 1969 ein Generationenwechsel nur auf der Ebene unterhalb des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs statt. Vier von fünf stellvertretenden Vorsitzenden wurden neu in das Amt gewählt<sup>82</sup>, auch zwölf der zwanzig Beisitzer im Bundesvorstand wurden erstmalig gewählt.<sup>83</sup>

Auch in der Fraktion blieb der bisherige Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel an der Macht, doch auch hier gab es Veränderungen in der zweiten Reihe: „Bei den Stellvertretern traten neue Männer wie Stoltenberg und Katzer hervor, die aufgrund ihrer parallelen Tätigkeit als stellvertretende Parteivorsitzende für eine neue Personalunion zwischen Partei und Fraktion standen.“<sup>84</sup> Kiesinger trat bei der Wahl zum Parteivorsitzenden auf dem Parteitag im Oktober 1971 in Saarbrücken nicht wieder an. Es standen sich die Kandidaten Rainer Barzel und Helmut Kohl, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, gegenüber. Barzel strebte auch die Kanzlerkandidatur an, während Kohl nur den Parteivorsitz wollte, um die Partei organisatorisch zu reformieren und sich für eine Ämtertrennung zwischen Fraktions- und Parteivorsitz einsetzte. Kohl sprach sich für Gerhard Schröder (CDU) als Kanzlerkandidat aus. Barzel setzte sich jedoch durch<sup>85</sup>, was auch als Vorentscheidung für die spätere Kanzlerkandidatur gewertet werden kann. Es bestätigte sich damit vorerst auch das Konzept der Ämtereinheit von Fraktions- und

---

<sup>81</sup> Vgl. Kleinmann, Hans-Otto: 1969-1982, S. 78f.

<sup>82</sup> Das waren Hans Katzer, Helmut Kohl, Gerhard Stoltenberg und Helga Wex. Gerhard Schröder wurde wiedergewählt.

<sup>83</sup> Zein, Henrik (2007): Die Organisatorische Entwicklung der CDU in der Opposition (1969-1982 und 1998-2005). Magisterarbeit im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück, S. 30ff.

<sup>84</sup> Zein, Henrik (2007): S. 33.

<sup>85</sup> Neuer Generalsekretär wurde Konrad Kraske.

Parteivorsitz. Mit der Entscheidung für Barzel fiel auch die strategische Entscheidung, so schnell wie möglich an die Regierungsmacht zurückkehren zu wollen.<sup>86</sup>

Unter Barzel entwickelte sich das Präsidium zu einem Entscheidungsgremium. Allerdings fand Barzel laut ZEIN nie Rückhalt in der Parteiorganisation. Barzel sei ein „Parlamentarist“ gewesen, dem der Fraktionsvorsitz als Kommandozentrale gedient habe, der den Parteivorsitz jedoch nur als notwendigen Karriereschritt angesehen habe. Kohl bezeichnet ZEIN im Gegensatz zu Barzel als einen „Parteilich“. Barzel habe sich somit in einer unsicheren Abhängigkeit von der Fraktion und der CSU befunden, welche dessen Eignung als Kanzlerkandidaten anzweifelte.<sup>87</sup>

Nach der Niederlage der Union bei der vorgezogenen Bundestagswahl, mit Barzel als Kanzlerkandidaten, trat Barzel als Fraktionsvorsitzender zurück und trat zur Wahl des Bundesvorsitzenden der CDU nicht mehr an. Als Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer folgte ihm im Mai 1973 Prof. Dr. Karl Carstens, den Parteivorsitz übernahm im Juni 1973 Helmut Kohl. Kurt Biedenkopf wurde zum Generalsekretär gewählt. Somit wurde nun auch in den Spitzenämtern der Parteiführung ein Generationswechsel vollzogen.

Helmut Kohl sei der erste Vorsitzende der CDU gewesen, der die eigenständige Rolle und Bedeutung der Partei und von Parteiämtern erkannt und sich entsprechend engagierte habe, so ZEIN. Dies sei notwendig gewesen, da Kohl ja der Rückhalt im bisherigen Machtzentrum der Partei, der Bundestagsfraktion, gefehlt habe. Kohl habe eine Machtverschiebung „weg von der Fraktion und hin zur Partei“ angestrebt, wobei ihm Karl Carstens, erst seit 1972 im Bundestag, nicht viel habe entgegensetzen können.<sup>88</sup>

Kohl versuchte auch, die Landespolitiker stärker in die Bundespolitik einzubeziehen, die CDU stärker auf ihre Hausmacht in den Ländern zu stützen und auch im Präsidium wurden die Länder gestärkt. „Da die christdemokratischen Landeschefs über die Bundesratsmehrheit verfügten, bildeten sie nun die politische Machtreserve

---

<sup>86</sup> Vgl. Zein, Henrik (2007): S. 34ff.

<sup>87</sup> Vgl. Zein, Henrik (2007): S. 34f.

<sup>88</sup> Vgl. Zein, Henrik (2007): S. 37.



der Partei und es wurden immer häufiger wichtige Entscheidungen im Präsidium getroffen.“<sup>89</sup>

Laut ZEIN versuchte Kohl über das Präsidium auch die Zusammenarbeit mit der CSU zu verbessern, indem er in den ersten 20 Monaten seines Parteivorsitzes sieben gemeinsame Präsidiumssitzungen mit der CSU durchführte sowie gemeinsame Fachkongresse abgehalten wurden.<sup>90</sup>

Neben der Wahl Biedenkopfs zum neuen Generalsekretär trieb Helmut Kohl mit weiteren Personalentscheidungen die Reformen voran. Die von ihm geförderten Männer hatten oftmals drei Gemeinsamkeiten: Sie waren eigenständige Denker, stammten aus dem rheinischen Südwesten und waren relativ unbekannt, bis Kohl sie entdeckte. Zu ihnen zählten etwa Männer wie Richard von Weizsäcker, Heiner Geißler, Bernhard Vogel und Norbert Blüm, die allesamt bis weit in die neunziger Jahre die CDU maßgeblich prägen sollten.<sup>91</sup>

Die Stärkung der Parteiorganisation hatte eine Entfremdung der Fraktion von der Partei zur Folge. Da Helmut Kohl erst 1976 Mitglied des Bundestages wurde und bis dahin relativ wenig mit der Fraktion zusammen arbeitete, hatte er in der Fraktion, vor allem in der Schwesterpartei CSU, zunächst mehr politische Gegner als in der Parteiführung. Somit zeigte die Wahl des Kanzlerkandidaten zur Bundestagswahl 1976 wer die stärkere Hausmacht besaß, Partei oder Fraktion. Dass der Bundesvorstand, nicht die Bundestagsfraktion Helmut Kohl am 12. Mai 1975 zum Kanzlerkandidaten kürte, wurde als eindeutige Stärkung der Partei angesehen.<sup>92</sup>

Doch Kohls erste Kanzlerkandidatur gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt scheiterte. Das sehr gute Wahlergebnis der CDU bei der Bundestagswahl 1976 reichte nicht zur Regierungsübernahme. CDU und CSU wurden zwar wieder stärkste Fraktion, verfehlten sie knapp die absolute Mehrheit. Helmut Kohl übernahm infolge dessen neben dem Parteivorsitz auch den Fraktionsvorsitz.

---

<sup>89</sup> Zein, Henrik (2007): S. 39.

<sup>90</sup> Vgl. Zein, Henrik (2007): S. 39.

<sup>91</sup> Vgl. Bösch, Frank (2002): Macht und Machtverlust – Die Geschichte der CDU, Berlin 2002. S. 111.

<sup>92</sup> Vgl. Zein, Henrik (2007): S. 41.

*Kreuther Trennungsbeschluss*

Kurz nach der gescheiterten Bundestagswahl beschloss die CSU im „Kreuther Trennungsbeschluss“ am 19. November 1976 die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag aufzukündigen und im 8. Deutschen Bundestag eine eigene Fraktion zu bilden.<sup>93</sup> Dies war der Höhepunkt der in der CSU geführten Diskussion um eine bundesweite Ausdehnung als „Vierte Partei“.

Schon am 13. Februar 1973 hatte Franz Josef Strauß in der „Welt“ hervorgehoben, dass ein Vierparteiensystem eine „größere Offenheit und Beweglichkeit für parlamentarische Mehrheitsbildungen“ bieten würde. Strauss brachte die „vierte Partei“ erstmals ernsthaft zur Sprache, als sich im Frühjahr 1974 die Frage des Kanzlerkandidaten der Union stellte. Die CDU unter Führung von Helmut Kohl lehnte die wahlstrategische Auseinandersetzung mit einer ‚vierten‘ Partei kategorisch ab.<sup>94</sup>

Als Grund für den Kreuther Beschluss nennt die der CSU nahestehende Hanns-Seidel-Stiftung, man habe frühere Überlegungen der Union aufgegriffen, das bestehende Parteienspektrum aus CDU/CSU, FDP und SPD durch die Schaffung einer weiteren bürgerlich-konservativen Partei aufzubrechen. Damit habe man verunsicherten CDU-Wählern eine Alternative zur CDU anbieten wollen, um so langfristig einen Regierungswechsel herbeiführen zu können.<sup>95</sup> Auch eine effektivere Oppositionsarbeit und mehr Redezeit im Parlament wurden als Gründe genannt. Tatsächlich resultierte der „Kreuther Beschluss“ jedoch aus einem Machtkampf zwischen den Parteivorsitzenden Helmut Kohl (CDU) und Franz Josef Strauß (CSU) das Verhältnis zur FDP und die Überlegungen zur Gründung einer „Vierten Partei“

---

<sup>93</sup> Bei der Klausurtagung der CSU in Wildbad Kreuth stimmten zur Frage, ob die CSU in der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine eigene Fraktion bilden solle, von 50 anwesenden Mitgliedern der CSU-Landesgruppe 30 Abgeordnete zu und 18 Abgeordnete dagegen. Es gab des weiteren eine Enthaltung und eine ungültige Stimme. Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung (Internetauftritt über Franz Josef Strauß) (2006): Franz Josef Strauß - Parteivorsitzender - Vierte Partei. Online verfügbar unter [http://www.fjs.de/parteivorsitzender/vierte\\_partei.html](http://www.fjs.de/parteivorsitzender/vierte_partei.html), zuletzt aktualisiert am 22.02.2006, zuletzt geprüft am 17.11.2008. Vgl. auch Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.); Becker, Felix (Verantw. Red)(1995): Kleine Geschichte der CDU. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1995. S. 119.

<sup>94</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 118.

<sup>95</sup> Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung (Internetauftritt über Franz Josef Strauß) (2006): Franz Josef Strauß - Parteivorsitzender - Vierte Partei. Online verfügbar unter [http://www.fjs.de/parteivorsitzender/vierte\\_partei.html](http://www.fjs.de/parteivorsitzender/vierte_partei.html), zuletzt aktualisiert am 22.02.2006, zuletzt geprüft am 17.11.2008.

betreffend.

Nach einer Umfrage unter bayerischen Wählern stand die Mehrheit der Bürger jedoch hinter Helmut Kohl, was Franz Josef Strauss zum Rückzug zwang.<sup>96</sup> Mit der Rücknahme des Beschlusses am 12. Dezember und der Einigung der Union 1979 auf den gemeinsamen Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß für die Bundestagswahl 1980 wurden diese Überlegungen schrittweise aufgegeben.

Strauß mobilisierte im Bundestagswahlkampf 1980 zwar die Stammwähler der Union, konnte jedoch die Wähler aus anderen Lagern nicht für sich gewinnen:

„Person und Stil des bayerischen Parteiführers zogen einerseits das konservative, nationalliberale-bürgerliche Lager an. Das ergab für die Wählerstammsituation von CDU und CSU einen positiven Effekt. Andererseits aber wurde Strauß als Wortführer eines antisozialistischen, staatlichen Ordnungsdenkens zur Schreckgestalt für linke Meinungsmacher, zur negativen Identifikationsfigur in Wahlkämpfen, wie insbesondere im Anti-Strauß-Wahlkampf 1980, als der bayerische Ministerpräsident Kanzlerkandidat der Union war.“<sup>97</sup>

Strauß unterlag dann auch bei der Bundestagswahl dem amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt. „Nach 1980 erledigte sich die Strategiediskussion zwischen CDU und CSU durch das Erstarken der „Grünen“ und die damit verbundenen Veränderungen der Parteienlandschaft von selbst.“<sup>98</sup>

### 2.3.2 Der Oppositionsführer Helmut Kohl 1976-1982

Helmut Kohl war von 1976 an ausgestattet mit den beiden wichtigsten Ämtern der CDU in der Oppositionszeit, dem Partei- und dem Fraktionsvorsitz. Einhergehend mit dem Fraktionsvorsitz galt er als Oppositionsführer<sup>99</sup> und wurde als dieser nach der Erneuerung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU von der Gesamtfraktion bestätigt.<sup>100</sup> DIE WELT notierte zur Eröffnung der Debatte über die

---

<sup>96</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 120.

<sup>97</sup> Kleinmann, Hans-Otto: 1969-1982, S. 79.

<sup>98</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1995. S. 120.

<sup>99</sup> Meyers Lexikon online erklärt, Helmut Kohl sei ab Oktober 1976 durch den Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Oppositionsführer (...) Vgl. Meyers Lexikon online: Helmut Kohl. Online verfügbar unter <http://lexikon.meyers.de/wissen/Helmut+Kohl>, zuletzt geprüft am 10.01.2009.

<sup>100</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 121.

Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt über den Oppositionsführer Helmut Kohl: ein „unverbrauchter, ehrlicher Mann, gut gewillt, nicht Egozentriker, sondern Integrator, [...] entschieden im Grundsätzlichen, kooperativ, wo es um demokratische Gemeinsamkeiten ging, ohne verletzende Polemik [...]“<sup>101</sup> Kohl konzentrierte sich auch auf die Absicherung seiner Machtposition. Nach Meinungsverschiedenheiten mit Kohl und, weil Kohl Biedenkopfs Ehrgeiz zu weit ging, wie ZEIN ausführt, trat Kurt Biedenkopf im Januar 1977 zurück. Sein Nachfolger wurde Heiner Geißler.<sup>102</sup>

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)<sup>103</sup> nennt als ernste außenpolitische Herausforderungen der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre das sowjetische Vordringen in Afrika und Afghanistan und den Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten. In der Außenpolitik habe Helmut Kohl, in seiner Antwort auf Schmidts Regierungserklärung die Bereitschaft zur „verantwortlichen Mitarbeit“ der CDU/CSU-Opposition erklärt und „auf tätigem Engagement für die europäische Einigung und auf Aktivitäten gegen den stetigen Ausbau der militärischen Stärke des Warschauer Pakts“ bestanden.<sup>104</sup>

Das Ziel der Wiedervereinigung wurde ein weiteres Mal in den am 8. März beschlossenen „deutschlandpolitischen Grundlinien“ festgehalten. Bundestagsfraktion und Bundespartei arbeiteten unter der Führung von Helmut Kohl geschlossen wie selten zuvor.<sup>105</sup> Die Wahl von Karl Carstens im Mai 1979 zum Bundespräsidenten konnte die Union als Erfolg verbuchen.

Auf dem 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen (23.-25. Oktober 1978) setzte das 152 Artikel starke neue Grundsatzprogramm<sup>106</sup>, welches geprägt war von der Grundwerte-Diskussion der siebziger Jahre, ein Signal. Die CDU präsentierte sich als Volkspartei, deren Politik auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott beruht. „Außenpolitische Hauptziele waren für die CDU die Überwindung der Teilung Deutschlands, die Einigung Europas und die

---

<sup>101</sup> Zitiert nach: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 121.

<sup>102</sup> Vgl. Zein, Henrik (2007): S. 42f.

<sup>103</sup> Im Folgenden wird die Abkürzung KAS verwendet.

<sup>104</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 122.

<sup>105</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 123f.

<sup>106</sup> Vorsitzender der schon seit 1971 eingesetzten Programmkommission war Richard von Weizsäcker.

Mitarbeit im Atlantischen Bündnis sowie der Aufbau einer friedlichen, menschenwürdigen internationalen Ordnung.“<sup>107</sup>

Die, auf ein Memorandum Biedenkopfs<sup>108</sup> gestützte, Forderung, die Führungsspitze neu zu gestalten und Partei- und Fraktionsvorsitz nicht mehr in einer Person zu vereinen, konnte Kohl in einer Krisensitzung von Parteipräsidium und Vorstand am 11. Januar 1979 zurückweisen.<sup>109</sup> Die Oppositionsleistung von CDU/CSU litt unter der Personaldiskussion um den Kanzlerkandidaten, bei der sich Franz Josef Strauß , gegen Ernst Albrecht bei der Abstimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit 135 zu 102 Stimmen durchsetzte.<sup>110</sup> Das Ergebnis der Bundestagswahlen am 5. Oktober war allerdings eine Enttäuschung für die Union, wobei die CSU nur geringe Verluste beitrug. Die CDU verlor 3,8 Prozentpunkte im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 und errang nur 34,2 Prozent der Wählerstimmen, während die CSU mit 10,3 Prozent im Vergleich zu 10,6 Prozent 1976 nur 0,3 Prozentpunkte einbüßte.<sup>111</sup>

Durch das schlechte Wahlergebnis des Kandidaten Strauß stärkte sich die Position von Helmut Kohl in Fraktion und Partei und seine Strategie, einen Koalitionswechsel der FDP zu erreichen, setzte sich nun durch.<sup>112</sup>

Helmut Kohl sondierte schon als Oppositionsführer mögliche Koalitionspartner. Hans Dietrich Genscher erinnert sich 2005 zum Anlass des 75. Geburtstages von Helmut Kohl an eine Rede, die er, Genscher, am 6. Januar 1981 bei dem Dreikönigstreffen der Liberalen in Stuttgart hielt. Diese Rede habe sich mit der Lage in Europa befasst. Genscher forderte, einen Vertrag über die Herstellung der Europäischen Union abzuschließen. Es sei ihm darum gegangen, dem stagnierenden Prozess der europäischen Einigung einen neuen Impuls zu geben. Dieser Vorschlag wurde in der Europäischen Gemeinschaft als die Genscher-Colombo-Initiative

---

<sup>107</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 128.

<sup>108</sup> Biedenkopf legte das Memorandum, in dem er die Mehrheitsfähigkeit von CDU und CSU untersuchte und die Hauptschwäche im Führungsstil erkannte, zur Jahreswende 1978/1979 vor.

<sup>109</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 128f.

<sup>110</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 130f.

<sup>111</sup> Vgl. Homepage des Bundeswahlleiters. Online abrufbar unter:

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1980.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1980.html).  
Zuletzt überprüft am 13.01.2009.

<sup>112</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 134.

bekannt.<sup>113</sup> Auch Colombo habe in der Initiative die Chance gesehen, der sogenannten Euro-Sklerose entgegenzuwirken. Wie Genscher erklärt, sei die Reaktion innerhalb der damaligen Koalition aus SPD und FDP zwiespältig gewesen. Während Teile der SPD darin eine Gefahr für die West-Ost-Entspannungspolitik sahen, hätten bei anderen Ressortinteressen im Vordergrund gestanden. „Ungeteilte Unterstützung erhielt ich dagegen von der oppositionellen CDU/CSU“, so GENSCHER, „die eine entschlossene Europapolitik in der Kontinuität Adenauer’schen Engagements für die europäische Einigung sah. Hier wurde die Handschrift Helmut Kohls deutlich, der in der Unterstützung der Initiative seinen zwischen uns oft erörterten Grundüberzeugungen folgte.“<sup>114</sup> Hierbei konnte Kohl außenpolitische Gemeinsamkeiten zwischen den Oppositionsparteien und der FDP erkennbar machen.

### *Polenverträge*

Laut GENSCHER sei Kohl und ihm die gemeinsame Überzeugung zu eigen gewesen, dass Deutschland seine Einheit nicht im Alleingang erreichen könne, sondern ein europäischer Rahmen, sowie die Unterstützung der USA, dafür nötig seien. Außerdem habe der Weg zur deutschen Einheit Vertrauen verlangt, im Westen wie im Osten. Dieses Vertrauen sei 1976 auf die Probe gestellt worden, als die zweiten Polenverträge der Zustimmung des Bundesrates zur Annahme bedurften. Die Vorreiter seien der saarländische Ministerpräsident Franz-Josef Röder und der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht gewesen, Helmut Kohl als

---

<sup>113</sup> Der damalige italienische Außenminister Emilio Colombo hatte sich frühzeitig hinter den Vorschlag gestellt. Der zu Beginn der 80er Jahre von den Außenministern Genscher (Deutschland) und Colombo (Italien) vorgelegte Plan zur politischen Einigung diente als Grundlage für den Stuttgarter Gipfel, „auf dem sich der Europäische Rat eindeutig zur Europäischen Union bekannte und am 19.06.1983 eine entsprechende Feierliche Deklaration dazu verabschiedete. Es war dann vor allem das Europäische Parlament, das aktiv wurde. Der Abgeordnete Spinelli gründete im Jahre 1980 den sogenannten „Club Crocodile“, benannt nach dem Straßburger Nobelrestaurant, in dem sich diese interfraktionelle Arbeitsgruppe traf. Dem Club gehörten am Ende etwa 180 Abgeordnete an, viele davon aus der EVP-Fraktion. „Aufgrund einer Initiative dieser Gruppe wurde im Europäischen Parlament im Januar 1982 ein Institutioneller Ausschuss gebildet, der dann 1984 einen Entwurf mit 87 Artikeln“ vorlegte. Alber, Siegbert: Von der Einheitlichen Europäischen Akte zu Maastricht I, in: Rinsche, Günter/ Friedrich, Ingo (Hg.): Europa als Auftrag: Die Politik deutsche Christdemokraten im Europäischen Parlament 1957-1997. Von den Römischen Verträgen zur Politischen Union. Weimar; Köln; Wien; Böhlau, 1997, S. 262f.

<sup>114</sup> Genscher, Hans-Dietrich (2005): Mit ihm auf dem Weg zur Einheit. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6330-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6330-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 16.11.2008, S. 32.

rheinland-pfälzischer Ministerpräsident und CDU-Vorsitzender habe jedoch letztlich die Zustimmung der anderen CDU-Länder herbeigeführt. Dabei habe Helmut Kohl einen schweren Konflikt mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Kauf nehmen müssen, wobei er sich allerdings der Zustimmung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel habe sicher sein können.<sup>115</sup>

Diesen Erfolg des Kanzlerkandidaten Kohl wertet ZUNDEL in „DIE ZEIT“ am 19.03.1997 als Durchbruch zur Führung in der Union.

„Da, wo Barzel 1972 gescheitert ist beim Versuch, die geschlossene Zustimmung zu den Ostverträgen zu erreichen, hat Kohl jetzt, beim neuen Polen-Vertrag, Erfolg gehabt. Er ist damit für die jetzige Regierung ein gefährlicherer Gegner als vorher; er ist auch schwerer zu ertragen für den CSU-Chef Franz Josef Strauß, wie es manche CDU-Politiker wegen der darin enthaltenen Gefahr neuer Kontroversen zwischen beiden Parteiführern fürchten.“<sup>116</sup>

Die Zustimmung der von den Unionsparteien regierten Länder zu den Polenverträgen wertet ZUNDEL als Stilllegung der letzten großen politischen Fronten in der Bundesrepublik. Die aktuelle Außen- und Ostpolitik münde „ein in den breiten Hauptstrom politischer Zustimmung, von dem optimistische Demokraten glauben, er werde aus den reinen Quellen politischer Vernunft gespeist. [...] Die Union hat zum Nutzen des Landes und zum Nachteil der SPD in den Augen der Bürger ein Stück Regierungsfähigkeit hinzugewonnen.“<sup>117</sup>

Genscher erklärt: „Ich erkannte damals auch die Einschätzung des deutsch-polnischen Verhältnisses durch Helmut Kohl in seiner historischen und moralischen Dimension. Diese Überzeugung ist für mich auch nicht ins Wanken geraten, als es 1989/90 innerhalb der Bundesregierung zu Spannungen über Zeitpunkt und Verfahren für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültiger deutscher Ostgrenze kam.“<sup>118</sup>

---

<sup>115</sup> Vgl. Genscher, Hans-Dietrich (2005): S. 32

<sup>116</sup> Zundel, Rolf (2008): In Bonn beginnt ein neues Spiel. Online verfügbar unter <http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/1976/13/In-Bonn-beginnt-ein-neues-Spiel.pdf>, zuletzt geprüft am 17.11.2008, S. 1.

<sup>117</sup> Zundel, Rolf (2008): In Bonn beginnt ein neues Spiel.

<sup>118</sup> Hanns-Seidel-Stiftung (Internetauftritt über Franz Josef Strauss) (2006): Franz Josef Strauß - Parteivorsitzender - Vierte Partei. Online verfügbar unter [http://www.fjs.de/parteivorsitzender/vierte\\_partei.html](http://www.fjs.de/parteivorsitzender/vierte_partei.html), zuletzt aktualisiert am 22.02.2006, zuletzt geprüft am 17.11.2008, S. 32.

*NATO-Doppelbeschluss*

Wie in der Europapolitik habe Genscher auch in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses<sup>119</sup>, der die entscheidende Wende in der sowjetischen Politik herbeiführt habe, mit Helmut Kohl übereingestimmt. Helmut Kohl habe frühzeitig die Bedeutung dieser politisch-strategischen und nicht nur militärstrategischen Entscheidung gesehen. Deshalb habe die Regierung Schmidt/Genscher auf die Unterstützung der Oppositionsparteien CDU und CSU zählen können, wenngleich der NATO-Doppelbeschluss auch dort, wenn auch aus anderen Gründen als bei der SPD, umstritten gewesen sei. Laut GENSCHER habe hauptsächlich Franz Josef Strauß im Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses eine Aufweichung westlicher Positionen gesehen.<sup>120</sup>

## **2.4 Deutsche Europapolitik unter Bundeskanzler Helmut Kohl**

Als Helmut Kohl im Oktober 1982 die Amtsgeschäfte übernahm, war der europäische Integrationsprozess ins Stocken geraten und wurde durch strukturelle Probleme, wie die Neuordnung der gemeinsamen Agrarpolitik, zusätzlich belastet.<sup>121</sup>

Helmut Kohls Regierungszeit lässt sich in zwei Phasen aufteilen. „Im Grunde reagierte er zweimal acht Jahre.“<sup>122</sup> Die Wiedervereinigung bildete dabei eine Zäsur.

### **2.4.1 Die 80er Jahre**

Als Helmut Kohl 1982 die Regierungsgeschäfte übernahm, befand sich das Land in einer schweren innen- und außenpolitischen Krise. Die Entspannungspolitik der

---

<sup>119</sup> „Der NATO-Doppelbeschluss ging auf eine Rede Helmut Schmidts in London zurück, in der er auf die Gefahren hinwies, die sich aus der sowjetischen SS-20-Rüstung, also der Einführung von nuklearen Mittelstreckenraketen, für die Sicherheit Westeuropas und für den Zusammenhalt des atlantischen Bündnisses ergaben. (...) Zum ersten Mal wurde nicht in einem fast schon mechanisch wirkenden Rüstungswettlauf die Rüstungsschraube eine Drehung weiterbewegt, sondern die Chance für Verhandlungen, das heißt für Abrüstungsvereinbarungen, eröffnet.“ Genscher, Hans-Dietrich (2005): S. 32-33.

<sup>120</sup> Vgl. Genscher, Hans-Dietrich (2005): S. 32-33.

<sup>121</sup> Vgl. Keßler, Ulrike (2002): Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl: Europäische Integration als "kategorischer Imperativ". In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Opladen: Leske + Budrich, S. 116–166, hier S. 117.

<sup>122</sup> Bösch, Frank: Macht und Machtverlust – Die Geschichte der CDU, Berlin 2002. S. 120.



siebziger Jahre erlitt durch den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan einen Rückschlag. Die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses war die erste staatsmännische Leistung, die Helmut Kohl zu erfüllen hatte.<sup>123</sup> Die Wirtschaft stagnierte, die Arbeitslosigkeit nahm zu und ein drohender Staatsbankrott ließ die politischen Handlungsspielräume immer enger werden. Am 1. Januar 1983 übernahm Deutschland den Vorsitz innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die Europapolitik der Regierung Kohl wurde von den europäischen Partnern, auch im Hinblick auf deren Übertragbarkeit auf die Ziele der Gemeinschaftsagenda, mit besonderem Interesse verfolgt. Die Standfestigkeit der Regierung in der Nachrüstungsfrage und das klare Bekenntnis zur Gemeinschaft befriedigte das Sicherheitsbedürfnis aller Beteiligten.<sup>124</sup> Helmut Kohl habe sich mit großem Engagement dem Vorsitz im Europäischen Rates gewidmet, so GENSCHER, was zu einem großen Erfolg des Europäischen Rates in Stuttgart im Juni 1983 geführt habe<sup>125</sup>. GENSCHER erklärt, eine neue Phase europäischer Dynamik habe begonnen, zu der das europäische Engagement des Bundeskanzlers Helmut Kohl ganz erheblich beigetragen habe. So habe am 1. Juni 1987 die Einheitliche Europäische Akte als Ergebnis der Genscher-Colombo- Initiative in Kraft treten können.<sup>126</sup>

Die Bundestagswahlen am 6. März 1983 brachten der CDU/CSU ein triumphales Ergebnis von 48,8 Prozent der Wählerstimmen. Mit den Wahlslogans „Dieser Kanzler schafft Vertrauen“ und „Aufwärts mit Deutschland – Jetzt den Aufschwung wählen“ errang die Union das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte.<sup>127</sup>

In der Außenpolitik nannte die Regierung Kohl die „Bewahrung der Freiheit und Festigung des Friedens in Europa und der Welt“ als Aufgabe und definierte die europäische Einigung als vorrangiges Ziel. Im Rahmen einer europäischen Friedensordnung mit Rückhalt im westlichen Bündnis sollte die deutsche Teilung überwunden werden.<sup>128</sup>

---

<sup>123</sup> Vgl. Keßler, Ulrike (2002): S. 117.

<sup>124</sup> Vgl. Keßler, Ulrike (2002): S. 118.

<sup>125</sup> Ungeachtet der Schwierigkeiten, welche die britische Premierministerin Margaret Thatcher verursachte, habe Kohls Engagement zu einem Erfolg des Europäischen Rates geführt. Vgl. Genscher, Hans-Dietrich (2005): S. 33.

<sup>126</sup> Vgl. Genscher, Hans-Dietrich (2005): S. 33.

<sup>127</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 143f.

<sup>128</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 146f.

Der jahrelange Einsatz der Bundesregierung für die Süderweiterung der Union, machte sich auf dem Brüsseler Gipfel im März 1985 bezahlt. Spanien und Portugal konnten zum 1. Januar 1986 der EG beitreten.<sup>129</sup>

Ein Charakteristikum der Europapolitik Kohls war, „integrationspolitische Initiativen nach Möglichkeit im Schulterschluss mit Paris voranzutreiben.“<sup>130</sup>

Im ersten Halbjahr 1988 übernahm Deutschland wieder den Ratsvorsitz und mit dem Europäischen Rat von Hannover wurden unter dem Vorsitz Helmut Kohls die ersten Entscheidungen für die Europäische Währungsunion getroffen. Helmut Kohl setzte sich für ein Expertengremium der Notenbankchefs ein, das Vorschläge zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion erarbeiten sollte. Der Delors-Ausschuss<sup>131</sup>, legte im April 1989 seine Vorschläge vor, ein Stufenmodell, das sich deutlich am Modell der Bundesbank orientierten. Bei der Regierungskonferenz im Dezember 1990 stimmten, abgesehen von Großbritannien, alle Beteiligten einer Währungsunion im Grundsatz zu, wobei viele Details noch strittig waren. Divergenzen bestanden z.B. hinsichtlich der Ausgestaltung der zweiten Stufe und des Übergangs zur dritten Stufe. So wollte Paris die Europäische Zentralbank schon in der zweiten Stufe einsetzen, während die Bundesregierung erst in der dritten Phase Kompetenzen abgeben wollte. Es ist als Erfolg zu werten, dass alle Beteiligten kompromissbereit waren. Das strategische Ziel der Bundesregierung habe vor allem darin bestanden, so KEßLER, die Bereitschaft Gesamtdeutschlands zur Europäischen Integration zu untermauern.<sup>132</sup>

Der „Europäer Helmut Kohl“ sei sich stets der europäischen Verantwortung Deutschlands bewusst gewesen, so GENSCHER, und habe dieser Verantwortung entsprechend gehandelt. Kohl habe gewusst, „dass Investitionen in die europäische Zukunft immer auch Investitionen in die deutsche Zukunft bedeuteten“, so Genscher und nennt als Beispiel den Brief zur deutschen Einheit, der das Ziel der deutschen Außenpolitik bekräftigt habe, „auf einen Zustand des Friedens in Europa

---

<sup>129</sup> Vgl. Keßler, Ulrike (2002): S. 124.

<sup>130</sup> Keßler, Ulrike (2002): S. 128.

<sup>131</sup> Vorsitzender war Jacques Delors.

<sup>132</sup> Vgl. Keßler, Ulrike (2002): S. 147ff.

hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."<sup>133</sup>

Angela Merkel konstatiert, die erfolgreiche Politik der achtziger Jahre habe erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, „dass nach 1990 die schweren Erblasten des gescheiterten Sozialismus überhaupt geschultert werden konnten.“<sup>134</sup>

Parteiintern musste sich Kohl im Sommer 1989 mit der größten Kritik seiner Amtszeit auseinander setzen. Die Unzufriedenheit mit Kohls Führungsstil entlud sich auf dem Bremer Parteitag. Kohl wurde jedoch, zwar mit einem schlechten Ergebnis von 77 Prozent (ohne Gegenkandidaten), als Parteivorsitzender bestätigt.<sup>135</sup>

## 2.4.2 Die Deutsche Wiedervereinigung und Europa

Helmut Kohl ist der „Kanzler der Einheit“<sup>136</sup>. Die Wiedervereinigung wurde oft als herausragende Leistung Helmut Kohls und als Höhepunkt seines politischen Wirkens bezeichnet.<sup>137</sup>

"Freundschaft mit Frankreich, loyale Partnerschaft in der atlantischen Allianz, Versöhnung mit Polen und eine geduldige, verständnisvolle und vertrauensbildende Beziehung zu Russland: Dadurch schuf Helmut Kohl die politische und vor allem auch die psychologische Infrastruktur, ohne die die Wiedervereinigung nicht gelingen konnte. Er hat sie erreicht im Einvernehmen mit den Partnern im Bündnis, mit allen Nachbarn in Europa und im vertrauensvollen Dialog mit Russland."<sup>138</sup>

Schon im Frühsommer 1989 konnte die deutsche Außenpolitik einen Erfolg von historischer Tragweite verzeichnen: In Mainz bot der damalige amerikanische Präsident George Bush der Bundesrepublik Deutschland die „partnership in leadership“ an. Eine solches Angebot hatte bisher noch kein amerikanischer

---

<sup>133</sup> Genscher, Hans-Dietrich (2005): Mit ihm auf dem Weg zur Einheit, S. 34.

<sup>134</sup> Merkel, Angela (2005): Was bleiben wird, S. 10. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6318-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6318-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 16.11.2008.

<sup>135</sup> Vgl. Bösch, Frank (2002): Macht und Machtverlust – Die Geschichte der CDU. S. 131f.

<sup>136</sup> "Mit dem verliehenen Attribut „Kanzler der Einheit“ für Helmut Kohl wird nach meiner Auffassung der Gerechtigkeit Genüge getan.“ Gorbatschow, Michail Sergejewitsch (2005): Bürger Kohl, S. 18. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6319-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6319-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 17.11.2008.

<sup>137</sup> So z.B. von Angela Merkel: "Die Herstellung der deutschen Einheit ist aus meiner Sicht die hervorstechendste Leistung." Merkel, Angela (2005): Was bleiben wird, S. 13.

<sup>138</sup> Merkel, Angela (2005): Was bleiben wird, S. 9.

Präsident jemals zuvor an die Bundesrepublik als dem wichtigsten Partner der USA in Europa gerichtet. Kurz darauf wurde die deutsch-sowjetische Erklärung von Helmut Kohl und Michail Gorbatschow unterzeichnet, die eindrucksvolle Beziehungen der beiden Staaten bekräftigte.<sup>139</sup>

### **2.4.3 Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Eine Frage von Kontinuität und Wandel**

Das Jahr 1989 verkörpert einen Einschnitt in der internationalen Politik. Die Nachkriegszeit ist endgültig zu Ende, etwas Neues beginnt. Das wiedervereinigte und vollständig souveräne Deutschland ist das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich mächtigste Land im Zentrum des ungeteilten Europa. Dem Potential zum Wandel dieser Zeit gerecht werdend, ist in der Literatur oftmals die Rede von „Deutschlands neuer Außenpolitik“, einem „neuen Europa“ oder einer „Neuordnung der Weltpolitik“.<sup>140</sup> Betrachtet man die veränderten politischen Möglichkeiten des „neuen Deutschlands“ nach 1989/90 im Vergleich zur „alten Bundesrepublik“, so macht SCHMALZ vier Bereiche aus, in denen sich veränderte Bezugspunkte, Einflussfaktoren und Herausforderungen ergeben haben:

#### Deutschlands Stellung in Europa und in der Welt:

Durch die Wiedervereinigung und das Ende des Kalten Krieges erlangte die Bundesrepublik eine zentrale Stellung in Europa. Ihre Möglichkeiten der politischen Einflussnahme in der Welt erhöhten sich dadurch. Dies birgt die Gefahr, dass sich die Partnerstaaten vor einem Wiederaufleben deutschen Dominanzstrebens fürchten.

#### Stand des europäischen Einigungsprozesses:

Der Europäische Einigungsprozess hat durch die Vollendung des Binnenmarktes, die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie Ansätzen zu einer politischen Union eine wirtschaftliche Qualität erhalten.

---

<sup>139</sup> Genscher, Hans-Dietrich (2005): Mit ihm auf dem Weg zur Einheit, S. 34.

<sup>140</sup> Schmalz, Uwe (2002): Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Die Frage von Kontinuität und Wandel, in: Schneider, Heinrich ... (Hrsg.) (2002): Eine neue deutsche Europapolitik?: Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen. Bonn: Europa Union Verlag, S. 16.

### Erweiterung der Europäischen Union:

Deutschland hat ein wirtschaftliches und politisches Interesse an der Osterweiterung der EU. Aufgrund seiner zentralen Stellung, der Nachbarschaft zu den Beitrittskandidaten und der neuen Exportmöglichkeiten würde Deutschland von der Erweiterung profitieren. Doch die Erweiterung muss auch mit dem deutschen Ziel der Vertiefung vereinbar sein.

### Interne Bedingungen deutscher Europapolitik:

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland (Massenarbeitslosigkeit und hohe Staatsverschuldung) wirken sich, angesichts der Ansicht Deutschlands als „Zahlmeister“ der Europäischen Union, negativ auf die öffentliche Debatte über Europa aus. Europa ist daher kein Selbstläufer mehr.<sup>141</sup>

Die veränderten Kontextbedingungen deutscher Europapolitik nach 1989/90 lassen vermuten, dass nun eine Neuorientierung europapolitischer Strategien und Konzeptionen stattfinden kann, europapolitische Positionen überdacht und neue Konzepte erarbeitet werden. Fand also nach 1989/90 auch eine Neuausrichtung der deutschen Europapolitik statt? Laut SCHMALZ haben die Verantwortlichen deutscher Europapolitik diese Frage stets verneint<sup>142</sup>. SCHMALZ verweist auf die von Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung postulierte Gleichzeitigkeit von „Kontinuität und Neubeginn“.<sup>143</sup>

SCHMALZ stellt bezüglich der Auswirkungen der Wende von 1989/90 auf die deutsche Europapolitik und die Stellung Deutschlands in Europa drei wesentliche Trends fest: Zum einen die Relativierung des Machtzuwachses deutscher Außen- und Europapolitik; zum zweiten die Anerkennung der europäischen Integration als prioritäres Projekt deutscher Außenpolitik und drittens die Forderungen nach einer kalkulierenden, interessenorientierten Integrationsstrategie.<sup>144</sup> Zwar habe zu Beginn der neunziger Jahre in der politischen Praxis und auch in der analysierenden Wissenschaft zunächst eine gewisse Unsicherheit über den zukünftigen

---

<sup>141</sup> Vgl. Schmalz, Uwe (2002): S. 17f.

<sup>142</sup> Vgl. Schmalz, Uwe (2002): S. 19.

<sup>143</sup> Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Kohl vom 3. Oktober 1990, in: Auswärtiges Amt: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Bonn 1995, S. 727-733, hier: S. 728.

<sup>144</sup> Vgl. Schmalz, Uwe (2002): S. 39.

europapolitischen Kurs des wiedervereinigten Deutschland geherrscht, so SCHMALZ, dennoch, standen „das europäische Engagement der Deutschen und die zentrale Verankerung der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft [...] zu keinem Zeitpunkt ernstlich im Zweifel“<sup>145</sup>. Trotz Anzeichen des Wandels in der praktischen Tagespolitik sei in der, der deutschen Europapolitik zugrunde liegenden, Philosophie auch eine Kontinuität sichtbar gewesen, „die sich in der europapolitischen Vision Helmut Kohls von einem unumkehrbaren, föderalen Integrationsverbund manifestiere und z.B. in dessen Einsatz für die Währungsunion zum Ausdruck komme.“<sup>146</sup>

#### 2.4.4 Weiche Faktoren in der Europapolitik Helmut Kohls

Die sogenannten "weichen Faktoren" sind nicht bzw. nicht objektiv quantifizierbare Größen, die Einfluss auf den Erfolg eines Unternehmens oder Projekts haben.<sup>147</sup> Sie spielen auch in der Politik eine Rolle, zunehmend in Zeiten, in denen die politischen Inhalte an Personen festgemacht werden, bzw. die Personen im Wahlkampf mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen als die Programme. Dies ist seit den achtziger Jahren zunehmend in Deutschland der Fall.

##### *Vertrauen*

Ein weicher Faktor, Vertrauen, prägt die politische Realität in unserer Gesellschaft besonders. Das Vertrauen der Bürger in ihren Staat, gegenseitiges Vertrauen der Staatsoberhäupter in Verhandlungen, Vertrauensverlust in der Politik<sup>148</sup>. Die Fähigkeit Vertrauen zu schaffen, ist für politische Führer entscheidend. Helmut Kohl wurde von politischen Mitstreitern oft bestätigt, dass man ihm vertrauen könne. So beschreibt Michail Sergejewitsch Gorbatschow, zu dieser Zeit Staatsoberhaupt der Sowjetunion, Helmut Kohl nach ihrem ersten Treffen im Oktober 1988:

---

<sup>145</sup> Schmalz, Uwe (2002): S. 42.

<sup>146</sup> Schmalz, Uwe, (2002): S. 43.

<sup>147</sup> Vgl. Weiche Faktoren, Definition im Projektmanagement-Glossar. Online verfügbar unter <http://www.projektmagazin.de/glossar/gl-0737.html>, zuletzt geprüft am 08.12.2008.

<sup>148</sup> Im Dezember 2002 fühlen sich vier von fünf Deutschen von ihrer Regierung belogen. Vgl. SPIEGEL ONLINE (Hg.): Regierung in der Unehrllichkeitskrise: Der größte Vertrauensverlust seit 1949 - -. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,228482,00.html>, zuletzt geprüft am 08.12.2008.

"Die Aufrichtigkeit und Offenheit des Kanzlers imponierten mir. Seine Herangehensweise und seine Bereitschaft, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern voller Entschlossenheit voranzubringen, entsprachen den Ansichten der sowjetischen Führung und meiner eigenen Einstellung. Persönlich spürte ich, dass von Vertrauen und Zusammenarbeit geprägte Beziehungen mit diesem Mann möglich sind."<sup>149</sup>

Gorbatschow erklärt, dass es bereits nach diesem ersten Besuch zu massiven Veränderungen in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gekommen sei. Man habe mit der Gestaltung dieser Beziehungen begonnen, die auf eine langfristige Perspektive ausgerichtet gewesen seien.<sup>150</sup>

### *Freundschaft*

Felipe Gonzáles, Ministerpräsident von Spanien, beschreibt das freundschaftliche Verhältnis von Helmut Kohl zu anderen Regierungschefs wie folgt:

"Was ich an Helmut mehr noch als all seine Qualitäten als Politiker schätze, ist seine loyale Einstellung zur Freundschaft. Diese Einstellung hat er mir gegenüber unter Beweis gestellt. Ich weiß aber auch nach den vielen Jahren, die wir uns kennen, dass er es genauso mit anderen Führern aus verschiedenen Ländern der Welt gehalten hat."<sup>151</sup>

### *Respekt*

Als Grundhaltung bezeichnet ROMAN HERZOG das Verhältnis Helmut Kohls zu anderen Völkern und Staaten, ohne Überheblichkeit aber auch ohne den „gebückte(n) Gang, den sich nach den Verbrechen des Nationalsozialismus so viele Deutsche angewöhnt haben [...] Seine Sache ist das ruhige, in sich ruhende Selbstbewusstsein, der Respekt, den man anderen entgegenzubringen hat, aber auch der Respekt, den

---

<sup>149</sup> Gorbatschow, Michail Sergejewitsch (2005): Bürger Kohl, S. 16.

<sup>150</sup> Gorbatschow, Michail Sergejewitsch (2005): Bürger Kohl, S. 17.

<sup>151</sup> Gonzáles, Felipe (2005): Helmut Kohl- Ein engagierter Bürger, S. 21. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6332-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6332-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 16.11.2008.

wir Deutschen verdienen. Er hat beides wie kein anderer ausgestrahlt und durch absolute Verlässlichkeit, gerade auch in der internationalen Politik, ergänzt."<sup>152</sup>

### *Fähigkeit Loyalitäten zu schaffen*

ROMAN HERZOG erklärt Helmut Kohls Fähigkeiten, gerade auch bei unteren Parteigliederungen Loyalitäten zu schaffen, wie folgt:

„Kann man es einem Kreisvorsitzenden oder Kreisgeschäftsführer, der in einem schweren, halbwegs schon verlorenen Wahlkampf noch einen prominenten Redner brauchte, der ein Dutzend Parteigranden um einen Auftritt anflehte und abschlägig beschieden wurde und der schließlich bei Helmut Kohl fündig wurde, wirklich verdenken, wenn er sich später daran erinnerte und ihm als Parteitagsdelegierter in kritischen Situationen zur Seite stand? Ist das wirklich ‚Filz‘? Oder ist es vielleicht doch nur ‚Zusammenhalten‘?“<sup>153</sup>

Solche Loyalitäten konnten in kritischen Situationen von Nutzen sein.

„Wie kein Kanzler zuvor kümmert sich Kohl um die Partei und pflegt intensiv persönliche Beziehungen und Loyalitäten bis in die Kreisverbände hinein. Als Führungsinstrument dient ihm das Parteipräsidium.“<sup>154</sup>

### *Helmut Kohl als Anwalt der kleinen Beitrittskandidaten in der Europäischen Union*

Herzog bescheinigt Helmut Kohl die Fähigkeit, große Politik zu machen und dabei die kleinen Leute nicht zu vergessen, was sich auch auf seine Politik in Europa übertragen lasse. „Sein und damit Deutschlands Gewicht in der Europäischen Union hat ihn befähigt, mit den großen Mitgliedsstaaten die Integration voranzutreiben und zugleich den kleineren die Sicherheit zu geben, dass sie nicht unterpflügt würden.“<sup>155</sup>

---

<sup>152</sup> Herzog, Roman (2005): Loyalität, Dankbarkeit und Treue, S. 28. Veröffentlichung anlässlich des 75. Geburtstages von Helmut Kohl. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6331-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6331-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 17.11.2008.

<sup>153</sup> Herzog, Roman (2005): Loyalität, Dankbarkeit und Treue, S. 30.

<sup>154</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)(1995): Kleine Geschichte der CDU. S. 149.

<sup>155</sup> Herzog, Roman (2005): Loyalität, Dankbarkeit und Treue, S. 27.



## 2.5 Fazit

Seit Gründung der Bundesrepublik bestimmte der Wunsch nach europäischer Integration maßgeblich die Bemühungen in der deutschen Außenpolitik.

Grundlinien der Europapolitik Adenauers waren die Westanbindung der Bundesrepublik, die Verbesserung der Beziehung zu Frankreich sowie gute politische Verbindungen zu den USA zu unterhalten. Schon hier wurden die Grundlagen für eine europäische Einigung gelegt. Nur eine fest in Europa integrierte Bundesrepublik konnte, nach Adenauer, aus einer Position der Stärke heraus, die Frage der deutschen Einheit verhandeln.

Ludwig Ehrhard bekräftigte stets, in der Tradition Adenauers, den Willen der Bundesregierung zur politischen Integration Europas. Obwohl er den Versuch unternahm, mit einer neuen Europa-Initiative die europäische Einigung zu vertiefen, verhinderten die Gegensätze zwischen Bonn und Paris während der Kanzlerschaft Erhards Fortschritte des Integrationsprozesses.

Kiesinger, der Kanzler der großen Koalition von 1966 bis 1969, versuchte, einen versöhnlicheren Umgang mit Frankreich und Großbritannien zu pflegen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern. Kiesinger konzentrierte sich darauf, als ehrlicher Makler zwischen den unterschiedlichen europapolitischen Positionen der Partner zu vermitteln. Im stockenden Integrationsprozess gelang es Kanzler Kiesinger jedoch nicht, zwischen Frankreich und Großbritannien zu vermitteln.

Die ersten christdemokratischen Kanzler mussten in ihrem Amtszeiten die Erfahrung machen, dass die europäische Einigung nicht vorankommen konnte, wenn es am politischen Willen der Partner mangelte. Besonders die 60er Jahre waren deshalb von europapolitischer Stagnation geprägt. Große Integrationsschritte konnten trotz der Europafreundlichkeit beider Kanzler nicht erreicht werden. Besonders belasteten die deutsch-französischen Beziehungen zu dieser Zeit den Integrationsprozess.

Die deutsch-französischen Beziehungen beeinflussten maßgeblich die Möglichkeiten der deutschen Europapolitik, in den siebziger Jahren erwiesen sie sich, im Gegensatz zu den sechziger Jahren, jedoch als Motor der Integrationspolitik. So brachten z.B. Willy Brandt und Georges Pompidou die Erweiterung der Gemeinschaft um Großbritannien voran. Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing können sich

die Institutionalisierung des Europäischen Rates und die Stärkung des „supranationalen Elements mit der Direktwahl des EP“ sowie den erfolgreichen Neuanfang in der Gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik zuschreiben.<sup>156</sup>

Als die CDU/CSU 1969, nach über zwanzig Jahren in der Regierungsverantwortung, erstmals in die Opposition geschickt wurden, konnte man sich zu Beginn nicht mit dem Regierungsverlust abfinden. Mit der Entscheidung 1971 für Rainer Barzel als Parteivorsitzenden, bestätigte sich vorerst das Konzept der Ämtereinheit von Partei- und Fraktionsvorsitz und es implizierte die strategische Entscheidung, so schnell wie möglich an die Regierungsmacht zurückkehren zu wollen. Nach Barzels Niederlage bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 19.11.1972 musste man sich endgültig mit der Oppositionsrolle abfinden.

Helmut Kohl stärkte ab 1973 als Vorsitzender die Partei gegenüber der Fraktion und wurde 1975 zum Kanzlerkandidaten gekürt. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1976 übernahm Helmut Kohl auch den Fraktionsvorsitz. Der Oppositionsführer Helmut Kohl war somit ausgestattet mit den beiden wichtigsten Parteiämtern in der Oppositionszeit und er konzentrierte sich auf die Absicherung seiner Machtposition.

Der Streit über den richtigen Oppositionskurs durchzog die Unionspolitik bis 1982 und stand in enger Verknüpfung mit Kontroversen über die aktuellen politischen Fragen und, vor den Bundestagswahlen, über den gemeinsamen Kanzlerkandidaten.

Inhaltlich ging es der Union in der Opposition vor allem um die Kontinuität der Außen- und Deutschlandpolitik und um die Stabilität im Inneren. Außenpolitische Hauptziele waren die Überwindung der Teilung Deutschlands, die Einigung Europas und die Mitarbeit im Atlantischen Bündnis.

Schon als Oppositionsführer sondierte Helmut Kohl mögliche Koalitionspartner und fand inhaltlich Gemeinsamkeiten mit der FDP. 1982 wurde Helmut Kohl Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Am 1. Januar 1983 übernahm Deutschland den Vorsitz innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und Helmut Kohl widmete sich mit großem Engagement dem Vorsitz im Europäischen Rates. Eine

---

<sup>156</sup> Vgl. Leuchtweis, Nicole: Deutsche Europapolitik zwischen Aufbruchstimmung und Weltwirtschaftskrise: Willy Brandt und Helmut Schmidt. S. 64. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder Leske + Budrich, Opladen 2002. S. 109.

neue Phase europäischer Dynamik begann. Der ins stocken geratene Europäische Integrationsprozess wurde wieder in Gang gesetzt. Für die politische Generallinie der CDU ist der Wille Helmut Kohls maßgebend. Ein Hauptziel für Europa war die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes durch den Aufbau einer ganz Europa umfassenden Friedensordnung.

Die Zustimmung der von den Unionsparteien regierten Länder zu den Polenverträgen wurde als „Stilllegung der letzten großen politischen Fronten in der Bundesrepublik“ gewertet.<sup>157</sup>

Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit. Die Wiedervereinigung war der Höhepunkt seines politischen Wirkens. Weitere Erfolge waren die Freundschaft mit Frankreich, die Versöhnung mit Polen und eine vertrauensbildende Beziehung zu Russland. Helmut Kohl übernahm im Erweiterungsprozess die Rolle des Anwalts der kleinen Beitrittskandidaten. Diese Rolle füllte er dank seiner sozialen Kompetenz auch aus. Auch die kleinen Partnerstaaten konnten auf ein vertrauensvolles Miteinander bauen und mussten nicht befürchten, ausgeschlossen zu werden. Auch zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion konnte Helmut Kohl maßgeblich beitragen.

### **3 Skizzierung politischer Inhalte der Europapolitik unter Bundeskanzler Gerhard Schröder**

Am 27. September 1998 gewann die SPD mit 40,9 Prozent der Zweitstimmen die Bundestagswahlen. Bündnis 90/Die Grünen erzielten 6,7 Prozent, die CDU/CSU 35,1 Prozent<sup>158</sup>, die FDP 6,2 Prozent und die PDS 5,1 Prozent<sup>159</sup>.

Zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde am 20. Oktober 1998 die Koalitionsvereinbarung „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21.

---

<sup>157</sup>Vgl. Zundel, Rolf (2008): In Bonn beginnt ein neues Spiel. Online verfügbar unter <http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/1976/13/In-Bonn-beginnt-ein-neues-Spiel.pdf>, zuletzt aktualisiert am 17.11.2008, zuletzt geprüft am 17.11.2008.

<sup>158</sup> Die CDU erhielt 28,4 Prozent der Zweitstimmen, die CSU 6,7 Prozent.

<sup>159</sup> Vgl. Internetseite des Bundeswahlleiters: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1998.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1998.html). Hier sind auch die Ergebnisse der übrigen Parteien abrufbar. Zuletzt überprüft am 22.11.2008.

Jahrhundert“<sup>160</sup> geschlossen. Gerhard Schröder wurde am 27. Oktober 1998 mit 351 von 666 abgegebenen Stimmen zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Somit war zum ersten Mal nach sechzehn Jahren wieder ein Sozialdemokrat Bundeskanzler. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde eine Regierung komplett abgewählt. Wie die sich nun in der Opposition befindlichen Christdemokraten mit der veränderten Situation umgingen, wird in Kapitel 4 behandelt.

Wie MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET darlegt, ist die Europapolitik von Konsens zwischen den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Kräften geprägt. Mit diesem Konsens sei eine große Kontinuität in der deutschen Europapolitik verbunden gewesen, was sich auch bei den wenigen Regierungswechseln bestätigt habe. MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET sieht gegen Ende der 14. Wahlperiode „nicht den geringsten Anlass, an der grundsätzlichen Kontinuität ihrer [der rot-grünen Bundesregierung] zu der ihrer Vorgängerinnen zu zweifeln; [...]“<sup>161</sup> Inwieweit der Annahme der grundsätzlichen Kontinuität in der Europapolitik der rot-grünen Regierung zu den Leitlinien der Christdemokraten gefolgt werden kann, soll im Folgenden erörtert werden.

Schon als niedersächsischer Ministerpräsident war Gerhard Schröder als „Euro-Skeptiker“<sup>162</sup> und Kritiker der Europapolitik der Regierung Kohl aufgefallen, der den Euro als „kränkelnde Frühgeburt“ bezeichnet hatte<sup>163</sup>. Auch nach seinem Amtsantritt galt er noch als unerfahren und nachholbedürftig. Dieses Manko versuchte Schröder

---

<sup>160</sup> SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.10.1998. Online verfügbar unter [http://www.boell.de/downloads/stiftung/1998\\_Koalitionsvertrag.pdf](http://www.boell.de/downloads/stiftung/1998_Koalitionsvertrag.pdf), zuletzt aktualisiert am 30.12.2003, zuletzt geprüft am 20.11.2008.

<sup>161</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. Die Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung 1998-2002. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Opladen: Leske + Budrich. S. 169f.

<sup>162</sup> Vgl.: DER SPIEGEL 14/1998 (1998): "Da will ich ran". Gerhard Schröder auf Euro-Kurs: Als Kanzler will er ein "guter Europäer" werden und die neue Währung stark machen. S. 1. Online verfügbar unter <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=7851986&aref=image017/SP1998/014/SP199801400450045.pdf&thumb=false>, zuletzt aktualisiert am 13.07.1998, zuletzt geprüft am 20.11.2008.

<sup>163</sup> Vgl. Wernicke, Christian (1998): Nachsitzen für Schröder. Was weiß der Kanzlerkandidat von Europa. DIE ZEIT. Online verfügbar unter [http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/1998/29/199829.europapolitik\\_.xml.pdf](http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/1998/29/199829.europapolitik_.xml.pdf), zuletzt aktualisiert am 21.11.2008, zuletzt geprüft am 21.11.2008.

allerdings schnell zu beheben. WERNICKE berichtet in DIE ZEIT: "Schröder lernt. Er erlebt Europa im Schnellkurs: bei Stippvisiten nach Paris, Warschau oder Rom, in Gesprächen mit Lafontaine, Scharping und anderen Parteifreunden, von denen mancher schon seit Jahrzehnten an Europa mitbaut."<sup>164</sup> Für Wernicke liegt der Verdacht nahe, Schröder sei "für seine Traumrolle als Kanzler eilends in die europäische Verkleidung geschlüpft", er belegt dies mit der Aussage eines Beraters von Gerhard Schröder, der eingeräumt habe, dass Schröder "es noch nicht vom Saulus zum Paulus der EU" geschafft habe, Schroeder lerne jedoch, "zwar nicht lustvoll – aber ernsthaft und schnell".<sup>165</sup>

Auch in einem weiteren Interview Wernickes mit Gerhard Schröder, welcher zu dieser Zeit noch Kanzlerkandidat war, in DIE ZEIT, wird dessen Nachholbedarf in Europafragen deutlich. Auf die Frage, ob er auf die Ratspräsidentschaft vorbereitet sei, antwortet Schröder:

„Über die Probleme der Agenda 2000, also etwa die schwierige Reform der Agrar- und Strukturpolitik in der EU, habe ich inzwischen alles Notwendige gelernt. Ich kann als Kanzlerkandidat ja nicht nach Rom, London oder Warschau fahren und da den Eindruck hinterlassen, ich hätte mich damit nicht beschäftigt.“<sup>166</sup>

Schröder verspricht Kontinuität in der Europapolitik. Und auch der Koalitionsvertrag vom 20.10.1998 betont die „zentrale Bedeutung“ der Europäischen Union (EU) für die deutsche Politik und ruft zu deren Weiterentwicklung zu einer „Politischen Union sowie zu einer Sozial- und Umweltunion“<sup>167</sup> auf. Schröder kündigt an, deutsche Europapolitik nach Kohl werde "nicht weniger europäisch engagiert, aber sehr viel nüchterner sein".<sup>168</sup> Kurz nach dem deutschen Regierungswechsel berichtet die Neue Züricher Zeitung, dass in der deutschen Außenpolitik nichts auf einen Verlust von

---

<sup>164</sup> Wernicke, Christian (1998): Nachsitzen für Schröder. S. 1.

<sup>165</sup> Zitiert nach Wernicke, Christian (1998): Nachsitzen für Schröder. S. 1.

<sup>166</sup> Wernicke, Christian: Schröder: „Jetzt sind die Pragmatiker die Visionäre“, DIE ZEIT online 29/1998, S. 4. Online abrufbar unter: [http://www.zeit.de/1998/29/Schroeder\\_Jetzt\\_sind\\_die\\_Pragmatiker\\_die\\_Visionaere](http://www.zeit.de/1998/29/Schroeder_Jetzt_sind_die_Pragmatiker_die_Visionaere). Zuletzt überprüft am 22.11.2008.

<sup>167</sup> Zitiert nach: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Neue Akzente in der deutschen Europapolitik unter Gerhard Schröder. Die deutsche Europapolitik unter Gerhard Schröder ... nur ein neuer Stil oder auch eine neue Ausrichtung. Online verfügbar unter <http://www.integrace.cz/integrace/cislo12/Boquete-de.pdf>, zuletzt aktualisiert am 10.04.2002, zuletzt geprüft am 19.11.2008, S. 1.

<sup>168</sup> Zitiert nach: Wernicke, Christian (1998): Nachsitzen für Schröder. S. 2

Kontinuität hinweise.<sup>169</sup> Man muss jedoch beachten, dass eine Änderung in der Strategie der Außenpolitik nicht schnell vonstatten gehen kann. Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte wertet die Kontinuitätsbekundungen Schröders als trügerisch.<sup>170</sup> Auch MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET wertet Gerhard Schröders Betonung der Kontinuität zur Ära Kohl nur als konsequent, da, seit den Weichenstellungen Konrad Adenauers, die CDU als die europafreundliche Partei schlechthin gegolten habe.<sup>171</sup>

Zu Beginn der Regierungszeit wird Schröders Führungsstil in Bezug auf die Europapolitik oft als: pragmatisch, populistisch, und visionslos<sup>172</sup> beschrieben. Nach LANGGUTH offenbarte sich diese Visionslosigkeit der neuen deutschen Bundesregierung bereits in der Rede des Bundeskanzlers in der ersten Bundestagsdebatte zur Europapolitik am 10. Dezember 1998. Wolfgang Schäuble habe daraufhin den Mangel an grundsatzorientierter Europapolitik kritisiert, da Schröder den „Beginn der Europäischen Währungsunion nur als einen „Veränderungsprozess“ beschrieben habe“.<sup>173</sup>

LANGGUTH bezeichnet die Prioritäten deutscher Europapolitik in den ersten Wochen als „höchst diffus“, wohingegen populistische Argumente umso präziser gewesen seien. Immer wieder sei der Versuch unternommen worden, nachzuweisen, dass die Vorgängerregierung deutsche Interessen in der Vergangenheit nicht hart genug vertreten habe. In anderen Mitgliedsstaaten habe man mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass Schröder und andere deutsche Regierungsvertreter suggerierten, frühere Regierungen hätten nationale Interessen Deutschlands vernachlässigt. Als Beispiel für die Wortwahl Schröders nennt LANGGUTH die Europadelegiertenkonferenz der SPD in Saarbrücken am 8. Dezember 1998.:

„... (W)enige Wochen nach der Bundestagswahl argumentierte Schröder im Zusammenhang mit dem EU-Finanzbeitrag Deutschlands wie folgt:

---

<sup>169</sup> Vgl. Langguth, Gerd: Ist die These „vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ widerlegt? Online abrufbar unter: [http://www.gerd-langguth.de/artikel/sozialdemokr\\_jahrhundert.htm](http://www.gerd-langguth.de/artikel/sozialdemokr_jahrhundert.htm). Zuletzt überprüft am 22.11.2008.

<sup>170</sup> Vgl. Langguth, Gerd: Ist die These „vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ widerlegt?

<sup>171</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Neue Akzente in der deutschen Europapolitik unter Gerhard Schröder.

<sup>172</sup> „Die Neue Zürcher Zeitung bewertete den Antrittsbesuch Gerhard Schröders bei der Europäischen Kommission in Brüssel als „visionslos“ – ohne Überzeugung, ohne Vision kann es aber auch keine überzeugende deutsche Europastrategie geben“. Langguth, Gerd: Ist die These „vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ widerlegt?

<sup>173</sup> Langguth, Gerd: Ist die These „vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ widerlegt?

„Und für diese Position gibt es, und ich sage das in aller Freundschaft, eine ganz einfache Erklärung und die heißt, mehr als die Hälfte der Beiträge, die in Europa *verbraten* werden, zahlen die Deutschen.“ Suggestiert wird, Kohl und Waigel hätten sich gar in finanzwirksamen Entscheidungen von dem französischen Sozialisten Jacques Delors als langjährigem Kommissionspräsidenten (ohne diesen allerdings beim Namen zu nennen) „über den Tisch haben ziehen lassen“. <sup>174</sup>

Auch MÜLLER-BRANDECK-BOUCQUET konstatiert in diesem Zusammenhang, dass in der deutschen Europapolitik künftig ein neuer, ihrer Meinung nach selbstbewussterer, Umgangston herrschen werde. Schröder habe klargestellt, dass die Zeiten, in denen die notwendigen Kompromisse nur durch deutsche Bezahlung zustande kamen zu Ende seien. MÜLLER-BRANDECK-BOUCQUET sieht in dem Ende der „Scheckbuch-Diplomatie“ eine Konstante der neuen Europapolitik, wodurch Deutschland seine finanziellen Interesse offensiver vertreten könne. <sup>175</sup>

Kurz nach seinem Amtsantritt erklärte Schröder die Verteidigung nationaler Interessen und mehr Pragmatismus zu den Zielen seiner Europapolitik. <sup>176</sup> Im In- und Ausland wurden solche Ankündigungen mit Sorge verfolgt.

Der Machtkampf zwischen Gerhard Schröder und dem Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine, der auf unterschiedlichen Auffassungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik fußte, erreichte seinen Höhepunkt im März 1999. Lafontaine verließ die Regierung und trat als SPD-Vorsitzender zurück. Daraufhin wurde Hans Eichel Finanzminister und Gerhard Schröder Bundesvorsitzender der SPD.

In die erste Amtszeit Schröders von 1998 bis 2002 fielen folgende wichtige integrationspolitische Ereignisse:

- die Entscheidung über die Osterweiterung,
- der Vertrag von Nizza,
- die Einsetzung des Grundrechte- und Wachstumspakt,
- die Krise im Kosovo sowie
- der Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

---

<sup>174</sup> Langguth, Gerd: Ist die These „vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ widerlegt?

<sup>175</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Neue Akzente in der deutschen Europapolitik unter Gerhard Schröder.

<sup>176</sup> "Notfalls werde er "deutsche Interessen brutal vertreten" Zitiert nach: Wernicke, Christian (1998): Nachsitzen für Schröder, S. 2.

Schröder präsentierte sich als pragmatisch handelnder Europapolitiker. Nationale Interessen und die Begrenzung des Machtzuwachses europäischer Institutionen standen für ihn im Mittelpunkt. Die deutsche Europapolitik unter Schröder stand dabei weitgehend unter dem Primat der Innenpolitik, hier wurde das SPD-Wahlprogramm „Innovation und Gerechtigkeit“ umgesetzt.

Das erste Regierungsjahr endete für die rot-grüne Koalition mit mehreren Wahlniederlagen bei den Landtagswahlen in Hessen, Bremen (Bürgerschaftswahlen), dem Saarland, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Europawahlen am 13. Juni 1999<sup>177</sup>. Die CDU-Spendenaffäre kam der SPD aber wieder zugute! Die Reformprojekte der Regierung wurden neben der CDU/CSU auch intern aus der SPD und von den Grünen kritisiert, da sie manchen zu weit gingen. Schröder konnte die Koalition mehrmals nur durch Rücktrittsdrohungen zusammenhalten.

Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an, obwohl Gerhard Schröder deren Senkung zu seinem persönlichen Anliegen erklärt und auch eine Besserung versprochen hatte.

### **3.1 Die deutsche Ratspräsidentschaft**

Die Bundesrepublik Deutschland übernahm am 1. Januar 1999 die EU-Ratspräsidentschaft, turnusgemäß für ein halbes Jahr. Für die Sozialdemokratie bot sich hiermit die Gelegenheit ihr europapolitisches Profil zu schärfen. Laut MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET bot sich die Bundesregierung, in guter deutscher Tradition, an, als „ehrlicher Makler“<sup>178</sup> bei den anstehenden Entscheidungen zu fungieren.<sup>179</sup>

Als Zielsetzung der deutschen Ratspräsidentschaft wurden von Außenminister Joschka Fischer im Januar 1999 vier Schwerpunkte bekannt gegeben:<sup>180</sup>

- Die Verhandlungen zur Agenda 2000

---

<sup>177</sup> Ergebnisse der SPD bei den Europawahlen werden weiter unten behandelt. Vgl. Kapitel 4.3.7 dieser Arbeit.

<sup>178</sup> In den sechziger Jahren versuchte Bundeskanzler Kiesinger als ehrlicher Makler zwischen den westlichen Partnern zu vermitteln. Vgl. Kapitel 2.1.3 dieser Arbeit.

<sup>179</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 172.

<sup>180</sup> Die inhaltliche Zielsetzung wurde von Außenminister Joschka Fischer in einer Rede vor dem Europäischen Parlament am 12.01.1999 bekannt gegeben.



- Der Abschluss eines europäischen Beschäftigungspaktes<sup>181</sup>
- Die Herstellung der Erweiterungsfähigkeit der EU hinsichtlich der Osterweiterung
- Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu stärken

Des Weiteren kündigte Fischer Engagement zur Erarbeitung einer europäischen Grundrechtscharta und regte eine Diskussion über die „Finalität“ der EU<sup>182</sup> an.<sup>183</sup>

### 3.1.1 Die Agenda 2000-Beschlüsse

Die Agenda 2000<sup>184</sup> bezeichnet ein Aktions- und Reformprogramm zur Stärkung der Gemeinschaftspolitik im Hinblick auf die Erweiterung der EU. Eine weitere Aufgabe ist die Festlegung eines neuen Finanzrahmens für den Zeitraum 2000-2006, damit die Europäische Union für die bevorstehende Erweiterung gerüstet ist. Die Agenda 2000 wurde auf dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs in Berlin am 26. März 1999 verabschiedet. Ursprünglich sollte die Agenda 2000 durch substantielle Reformen in der EU-Finanzverfassung sowie der Agrar- und Strukturpolitik die Vertiefung der Union mit der anstehenden Osterweiterung vereinbar machen. Dieser hohe Anspruch konnte jedoch nicht erfüllt werden. Zwar konnte der Europäische Rat (ER) vom 25./26.3.1999 in Berlin, die unmittelbare Handlungsfähigkeit der EU-15 garantieren, den Finanzierungsrahmen bis 2006 festhalten und auch eine wichtige Neuausrichtung der gemeinsamen Strukturpolitik<sup>185</sup> beschließen. Eine substantielle Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die den Übergang zu einer wirklichen Marktorientierung hätte bedeuten müssen, wurde insbesondere wegen des vehementen Widerstandes Frankreichs jedoch nicht erreicht. Zwar attestierte die Kommission den Nettozahlern Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweden eine besondere Belastung, eine größere Beitragsgerechtigkeit konnte jedoch nicht

---

<sup>181</sup> Zu dieser Frage hatte sich Helmut Kohl immer ablehnend verhalten.

<sup>182</sup> Siehe hierzu Kapitel 3.6 dieser Arbeit.

<sup>183</sup> Vgl. . Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 172f.

<sup>184</sup> Agenda 2000 - Stärkung und Erweiterung der Europäischen Union, Informationsbroschüre für die breite Öffentlichkeit online abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/agenda2000/public\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/agenda2000/public_de.pdf). Zuletzt überprüft am 22.11.2008.

<sup>185</sup> Durch die Neuausrichtung der gemeinsamen Strukturpolitik sollen künftig die Fördermittel stärker auf bedürftige Regionen konzentriert werden.

durchgesetzt werden.<sup>186</sup> Schröder hat also sein Ziel einer finanziellen Entlastung Deutschlands nicht erreicht.

### 3.1.2 Der Kölner Gipfel

Die Bundesregierung veranlasste den ER Köln, die Erarbeitung einer europäischen Grundrechtscharta zu beschließen.<sup>187</sup> Weiterhin konnte das Mandat für die 2000 stattfindende Regierungskonferenz zur Reform des Amsterdamer Vertrages formuliert werden. Man einigte sich auf Romano Prodi als künftigen Kommissionspräsidenten und auf Javier Solana als „Hohen Vertreter für die GASP“. Unter dem Eindruck des NATO-Luftkrieges im Kosovo forcierte die Bundesregierung auch die Planungen für eine Europäische Eingreiftruppe.<sup>188</sup>

Der Europäische Beschäftigungspakt wurde auf dem Kölner Gipfel am 3. und 4. Juni 1999 nur in abgeschwächter Form verabschiedet. Wurden im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft noch die Verabschiedung der Agenda 2000 sowie die Verabschiedung des europäischen Beschäftigungspaktes als wichtigste Ergebnisse bezeichnet, verlor der Pakt im Laufe des ersten halben Jahres 1999 seine Priorität. LAMATSCH nennt als Grund für die Vernachlässigung des Paktes vier Faktoren:

1. Die Verhandlungen zur Agenda 2000, oberstes und damit vorrangiges Ziel der Ratspräsidentschaft, nahmen mehr Zeit in Anspruch als erwartet.
2. Die Präsidentschaft wurde vom Konflikt im Kosovo geprägt.
3. Im Januar 1999 brach eine innere Krise aufgrund der Korruptionsvorwürfe gegen einzelne EU-Kommissare aus.
4. Der überraschende Rücktritt von Oscar Lafontaine als Finanzminister und Parteivorsitzender.

Den Rücktritt Lafontaines sieht LAMATSCH als den entscheidenden Faktor an, mit dem die europäischen Bemühungen um Stärkung von Wachstum und Beschäftigung

---

<sup>186</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 173f.

<sup>187</sup> Vgl. SPD: Europapolitik der SPD-Bundestagsfraktion in der 14. Legislaturperiode 1998-2002 – eine Bilanz. PDF-Dokument Online abrufbar unter [http://www.spdfraktion.de/rs\\_datei/0,,2398,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/rs_datei/0,,2398,00.pdf), zuletzt überprüft am 15.01.2009.

<sup>188</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 175.

ihren prominentesten innenpolitischen Verfechter verloren hätten. Allerdings sei der Rücktritt von Seiten der EZB, der Finanzwelt und im Ausland mit Erleichterung aufgenommen worden und Gerhard Schröder kündigte eine europafreundlichere Finanzpolitik an.<sup>189</sup>

### 3.1.3 Bewertung der Ratspräsidentschaft

Außenminister Joschka Fischer kommentierte am 21.7.1999 in einer Rede vor dem EP<sup>190</sup> die Ergebnisse der deutschen Ratspräsidentschaft. Es sei darum gegangen, „die Union in ihren Strukturen und Verfahren darauf vorzubereiten, aus einer westeuropäischen zu einer gesamteuropäischen und zugleich außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähigen“, einer demokratischeren Union zu machen. Die Fortschritte in den zentralen Bereichen der Integration hätten die Erwartungen, trotz der Doppelkrise durch den Kosovo-Krieg und den Rücktritt der der Korruption verdächtigten Santer-Kommission, erfüllt. In dieser schwierigen Phase hätten sich die Mitglieder der EU Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit bewahrt und so die Krise als produktiven Ansporn für die weitere Integration genutzt.<sup>191</sup>

Die Ergebnisse des Kölner Gipfels standen in deutlichem Kontrast zum so genannten Schröder-Blair-Papier, das zeitgleich zum Gipfel veröffentlicht wurde und mit dessen Veröffentlichung Schröder deutlich machte, dass er den von Lafontaine eingeschlagenen Kurs nicht mittrug. Dies belastete die, unter Lafontaine gute, deutsch-französische Zusammenarbeit.<sup>192</sup>

Nach der Ratspräsidentschaft Mitte 1999 trat die Bundesregierung erneut äußerst selbstbewusst auf und provozierte damit die Partner in Europa. So setzte Schröder

---

<sup>189</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 87.

<sup>190</sup> Fischer, Joschka (1999): Rede des Bundesministers des Auswärtigen und EU-Ratsvorsitzenden, Joschka Fischer, zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union vor dem Europäischen Parlament am 21. Juli 1999 in Straßburg (gekürzt), in: Internationale Politik, November 1999. Online abrufbar unter: <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1999/november99/rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-und-eu-ratsvorsitzenden--joschka-fischer--zum-ende-der-deutschen-ratsprasidentschaft-in-der-europaischen-union-vor-dem-europaischen-parlament-am-21--juli-1999-in-strassburg--gekürzt-.html> . Zuletzt überprüft am 21.02.2009.

<sup>191</sup> Vgl. Fischer, Joschka (1999): Rede des Bundesministers des Auswärtigen und EU-Ratsvorsitzenden, Joschka Fischer, zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union vor dem Europäischen Parlament am 21. Juli 1999 in Straßburg.

<sup>192</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 89.

bei der Benennung der deutschen Kommissare Günter Verheugen (SPD) als Erweiterungskommissar und Michaela Schreyer (BÜNDNIS 90/DIE Grünen) als Haushaltskommissarin durch, obwohl Kommissionspräsident Prodi eigentlich auch einen Christdemokraten als Kommissar hatte betrauen wollen.<sup>193</sup>

Bei der Europawahl am 13. Juni 1999 machte sich das europapolitische Engagement der Bundesregierung während der Ratspräsidentschaft jedoch bezahlt. Bei einer sehr geringen Wahlbeteiligung von nur 45,2 Prozent errang die SPD 30,7 Prozent der Stimmen und verlor 1,5 Prozent im Vergleich zur Europawahl 1994. BÜNDNIS 90/Die Grünen mussten noch höhere Verluste verkraften. Sie erhielten 1999 nur noch 6,4 Prozent der Stimmen, nach 10,1 Prozent 1994. Dem gegenüber konnten CDU/CSU knapp 10 Prozent zulegen<sup>194</sup> und die PDS zog mit 5,8 Prozent zum ersten Mal ins Europaparlament ein. Die FDP scheiterte mit 3 Prozent an der 5 Prozent-Hürde.<sup>195</sup> Aus diesem schlechten Ergebnis lässt sich jedoch nur bedingt auf eine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der rot-grünen Europapolitik schließen, da die Ergebnisse Europawahlen traditionell die nationale Situation widerspiegeln und in diesem Fall als Abstrafung für die ersten Monate der Regierungsführung zu werten sind.<sup>196</sup> Auf den Charakter der Europawahl 1999 als „Denkzettelwahl“ wird in Kapitel 4.3 dieser Arbeit noch näher eingegangen.

### **3.2 Deutschlands Positionen zur Reform der europäischen Institutionen**

Vertiefung und Erweiterung sind die zentralen Ziele des europäischen Integrationsprozesses und diese beiden Begriffe prägten die Diskussion um die EU im Jahr 2000. Die bevorstehende Erweiterungsrunde, das Anwachsen der EU auf bis zu 28 Mitgliedsstaaten wird die Gestalt der EU und ihr Gewicht in der Welt

---

<sup>193</sup> Müller-Brandeck-Bocquet nennt als weitere Beispiele für aus dem deutschen Selbstbewusstsein hervorgehende Dissonanzen die Berufung Bodo Hombach' zum Koordinator für den Balkan-Stabilitätspakt und den Sprachenstreit mit dem finnischen Ratspräsidenten. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 176f.

<sup>194</sup> Die CDU/CSU erhielten 1999 48,7% der Stimmen, 1994 waren noch es 38,8%. 1999 entfielen dabei 39,3% auf die CDU und 9,4% auf die CSU.

<sup>195</sup> Vgl. Internetseite des Bundeswahlleiters:  
[http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/fruehere\\_europawahlen/ew1999.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/fruehere_europawahlen/ew1999.html). Zuletzt überprüft am 23.11.2008.

<sup>196</sup> Vgl. Kapitel 4.3 dieser Arbeit. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 177.

entscheidend verändern und erzwingt eine Reform der europäischen Institutionen und ihrer Entscheidungsverfahren um die Handlungsfähigkeit der EU zu gewährleisten.<sup>197</sup>

### **3.2.1 Die Regierungskonferenz 2000**

Die konkreten deutschen Lösungsvorschläge für die Amsterdamer Leftovers<sup>198</sup>, wie die Größe und Zusammensetzung der Kommission, die Gewichtung der Stimmen im Rat und eine Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit<sup>199</sup>, wurden Anfang 2000 in Absprache mit Frankreich bestimmt. Nach den Irritationen im deutsch-französischen Verhältnis nach dem Amtsantritt der rot-grünen Regierung, für die laut MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET beide Seiten Verantwortung trugen, habe man vorübergehend wieder zu konstruktiver Zusammenarbeit zurückgefunden. Die Außenminister Hubert Védrine und Joschka Fischer sahen ihre gemeinsame Aufgabe in der Entfaltung einer langfristigen Vision für Europa.<sup>200</sup>

Gemeinsam mit Frankreich trat Deutschland für eine Begrenzung der Kommissare auf höchstens zwanzig ein und war bereit, auf seinen zweiten Kommissar zu verzichten, vorausgesetzt, es erfolge eine Reform der Stimmgewichtung im Rat, wobei sich Deutschland – wie schon unter Kohl – für einen qualifizierten Mehrheitsentscheid mit objektiver Würdigung der Bevölkerungsgrößen aussprach. Da sich ohne „Reform die Benachteiligung der bevölkerungsreichen Staaten bei der Stimmverteilung im Rat noch vergrößern“ würde, „forderte Frankreich im Rahmen der Regierungskonferenz 2000 erneut eine Stimmneuwägung; erstmals schloss sich ihr eine deutsche Regierung an.“<sup>201</sup>

---

<sup>197</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 139. Vgl. Zöpel, Christoph (2000): Die Reform der europäischen Institutionen vor der Erweiterung: Die Regierungskonferenz 2000. Vortrag im Rahmen des Forum Constitutionis Europae (FCE 2/00) am Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin am 27. Januar 2000, S. 2.

<sup>198</sup> Die sogenannten „Leftovers“ bezeichnen institutionelle Fragen, die auf einer vorherigen Regierungskonferenz nicht abschließend geklärt wurden, hier gemeint sind die offenen Fragen der Regierungskonferenz von 1997, die im Vertrag von Amsterdam ihren Abschluss fand.

<sup>199</sup> Vgl. Zöpel, Christoph (2000): S. 4.

<sup>200</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 178.

<sup>201</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 179. Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 140.

Mit „dem Übergang der Ratspräsidentschaft auf Frankreich zum 1.7.2000 schlug Staatspräsident Jacques Chirac einen härteren, auf nationale Interessenmaximierung ausgerichteten Kurs in der Europapolitik ein. Da sich Chirac ausschließlich auf das Paritätsversprechen, das sich Monnet und Adenauer 1951 gegeben hatten bezog, welches seiner Ansicht nach eine Abkopplung zwischen den deutschen und französischen Ratsstimmen für immer verbietet<sup>202</sup>, verschlechterten sich die deutsch-französischen Beziehungen merklich. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET führt aus, dass die Bundesregierung, da sie in Nizza die Beibehaltung der Parität zwischen allen großen Mitgliedsstaaten dann doch passieren ließ, die deutsch-französischen Beziehungen unnötig belastet habe.<sup>203</sup>

Auch bei der Regierungskonferenz 2000 gelang es nicht, strittige Punkte schon im Vorfeld zu klären, was auch an den Amsterdamer Leftovers gelegen haben kann.

### **3.2.2 Der Gipfel von Nizza**

Auch der Sondergipfel von Biarritz, den man als Testlauf für Nizza bezeichnen kann, versprach, durch das Fehlen einer richtungsweisenden deutsch-französischen Initiative, nichts Gutes und ließ Meinungsverschiedenheiten klar hervortreten. Besonders bezüglich der Kommissionsstruktur kam es zu offenen Auseinandersetzungen zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten. Kanzler Schröder hatte deutlich gemacht, „dass Deutschlands Akzeptanz des Rotationsprinzips mit einer Besserstellung im Rat honoriert werden müsste. Auch bei der Frage der Ausweitung des qualifizierten Mehrheitsentscheid sah Deutschland seine Interessen gefährdet.“<sup>204</sup>

Kanzler und Vizekanzler hatten in ihren Reden vor dem Bundestag vom 28.11.2000 ihre Erwartungen an den institutionellen Reformprozess dargelegt und offenbart, dass sie mit schwierigen Verhandlungen rechnen. Als deutsche Positionen nannte der Kanzler:

---

<sup>202</sup> Das Mainzer Kompromisspapier, dem er offiziell nie zugestimmt hatte, beachtete er nicht mehr.

<sup>203</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bouquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 180.

<sup>204</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 180f.

- Substanzielle Ausweitung der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit, (die im Bereich der Gesetzgebung mit der Mitentscheidung des EP nach Art. 251 EUV verknüpft werden sollte)
- Rotation als Strukturprinzip der Kommission
- Bei Stimmverteilung im Rat „stärker an den Realitäten orientierte Gewichtung“; reine Neugewichtung oder Prinzip der doppelten Mehrheit sind akzeptabel.<sup>205</sup>

Auf die Paritätenfrage wurde nicht eingegangen. Der Reformgipfel drohte mehrfach zu scheitern. MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET erachtet es als zu kurz gegriffen, dies ausschließlich der „als chaotisch und undiplomatisch kritisierten französischen Verhandlungsführung und der Unbeugsamkeit von Staatspräsident Chirac anzulasten“.<sup>206</sup> Zu dieser unguten Atmosphäre und den dürftigen Reformergebnissen hätten auch die von allen Mitgliedstaaten praktizierte nationale Interessenpolitik beigetragen.

Kanzler Schröder sieht in dem Gipfel dennoch einen Erfolg, wie er in seiner Regierungserklärung vom 19.01.2001<sup>207</sup> darlegt. So sei die europäische Union zur Aufnahme neuer Mitgliedstaaten fähig gemacht worden, was das überragende Ziel gewesen sei. Der „Leftover qualifizierter Mehrheitsentscheid“ sei formal gelöst worden, auch wenn man sich ein weiter reichendes Ergebnis erhofft hätte. Wie MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET ausführt, seien die Amsterdamer Leftovers mehr schlecht als recht gelöst worden. Solche Ergebnisse waren außerdem noch die Stärkung der Position des Kommissionspräsidenten bezüglich Richtlinienkompetenz und Organisationsgewalt, die Lösung des Problems der Kommissionsstruktur (Ein Land – Ein Kommissar) und das Fortbestehen der Stimmparität bei der

---

<sup>205</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 181.

<sup>206</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 182.

<sup>207</sup> Die Bundesregierung (2001): Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Nizza vor dem Deutschen Bundestag am 19. Januar 2001 in Berlin, Bulletin Nr. 06-2 vom 19.01.2001. Online abrufbar unter: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1514/Content/DE/Bulletin/2001\\_\\_2005/2001/01/2001-01-19-regierungserklaerung-von-bundeskanzler-gerhard-schroeder-zu-den-ergebnissen-des-europaeischen.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1514/Content/DE/Bulletin/2001__2005/2001/01/2001-01-19-regierungserklaerung-von-bundeskanzler-gerhard-schroeder-zu-den-ergebnissen-des-europaeischen.html), zuletzt überprüft am 21.02.2009.

Stimmneuwägung im Rat.<sup>208</sup> Als einen großen deutschen Erfolg wertet der Kanzler auch die Verabschiedung der Erklärung 23 „Zur Zukunft der Europäischen Union“. Mit der in Nizza proklamierte Grundrechtscharta und dem Vorhaben, die europapolitische Rolle der nationalen Parlamente zu klären, ist die Bundesregierung mit ihrem bei Amtsantritt erklärtem Projekt, der Schaffung einer europäischen Verfassung, vorangekommen.<sup>209</sup>

### **3.3 Deutschlands Engagement für die Erweiterung der EU um die Staaten Mittel- und Osteuropas**

In der Tradition Kohls sah sich Deutschland als Fürsprecher der Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU. Ihr Engagement für die Osterweiterung hatte die Bundesregierung sowohl im Koalitionsprogramm als auch im Programm für die Ratspräsidentschaft dargelegt. Die Osterweiterung hat in der Strategie der Europapolitik der Bundesregierung Priorität. Laut MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET spielte die rot-grüne Bundesregierung eine wichtige Rolle bei der Heranführung der Beitrittskandidaten an die EU. Sie verweist diesbezüglich auf das Engagement Deutschlands in bilateralen „Twinning-Projekten“<sup>210</sup>, die Administrationen aus dem Kreis der 15 übernehmen. Gerade an ihrem Engagement für die Osterweiterung zeige sich die Kontinuität der Bundesregierung zur Ära Kohl besonders deutlich, so MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET. In der Tradition Kohls als „Anwalt der Kleinen“ habe sich Schröder auf dem ER Nizza Ende 2000 präsentiert, als er sich auf polnische Bitte hin für eine Besserstellung der Kandidaten bezüglich der Stimmneuwägung einsetzte.<sup>211</sup>

Aus deutschem Interesse sind nach LAMATSCH drei Argumente ausschlaggebend für Erweiterung der EU um die Staaten Mittel- und Osteuropas:

---

<sup>208</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 182f. „Da in Nizza aber auch die doppelte Mehrheit bei qualifizierten Ratsentscheidungen eingeführt wurde, ist diese Parität faktisch außer Kraft gesetzt.“ Ebenda S. 183.

<sup>209</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 183.

<sup>210</sup> Verwaltungspatenschaften

<sup>211</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 187.



1. die sicherheitspolitischen Gründe, den europäischen Kontinent zu stabilisieren und im Osten Deutschlands sichere Nachbarstaaten aufzubauen.
2. aus wirtschaftliche Interessen konnte man durch die Erweiterung einen einheitlichen Markt schaffen, in dem rund 500 Millionen Menschen leben.
3. nennt LAMATSCH die historisch-moralische Verantwortung Deutschlands, durch die Teilung des Kontinents durch die Folgen den Zweiten Weltkrieges und die Dankbarkeit Deutschlands den Ländern gegenüber, die durch die Öffnung ihrer Grenzen die Wiedervereinigung möglich gemacht haben.<sup>212</sup>

Schröder forderte im Dezember 2000 bezüglich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa eine siebenjährige Übergangsfrist, um den deutschen Arbeitsmarkt vor Einwanderern zu schützen. Hiermit löste er Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner Rolle als Anwalt der Staaten Mittel- und Osteuropas.<sup>213</sup> Die Übergangsfrist wurde schließlich vom ER Göteborg übernommen.<sup>214</sup>

Deutschland verfolgte außerdem das Ziel, eine finanzielle Entlastung durch eine Reform der kostspieligen Agrarpolitik zu erreichen. MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET erkennt in dieser Verteidigung deutscher Interessen den Versuch, die Akzeptanz der rot-grünen Europa- und Erweiterungspolitik in der Bevölkerung zu erhöhen<sup>215</sup>. Die Regierung greife dabei auch bewusst Themen der Opposition auf.<sup>216</sup>

Die Türkei hatte bereits 1987 den Antrag auf EU-Beitritt gestellt, welcher jedoch abgelehnt wurde. 1996 trat die Zollunion mit der Türkei in Kraft. Auf dem Luxemburger Gipfel 1997 war festgestellt worden, dass die Türkei zwar grundsätzlich für einen Beitritt in Frage komme, jedoch die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht erfülle. Für diese zögerliche Haltung der EU machte der damalige türkische Ministerpräsident Yilmaz besonders Bundeskanzler Helmut Kohl verantwortlich, was dazu führte, dass den in Deutschland

---

<sup>212</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 204.

<sup>213</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 213.

<sup>214</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 189.

<sup>215</sup> Mitte 2001 befürworteten nur 35% der Deutschen die Osterweiterung, im Gegensatz zu einer Akzeptanz von 43% im EU-15-Durchschnitt. Eurobarometer: Bericht Nr. 55 vom Juli 2001. Zitiert nach: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 191.

<sup>216</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 190f.

wahlberechtigten Türken empfohlen wurde, bei der Bundestagswahl die SPD zu wählen.<sup>217</sup> Die rot-grüne Bundesregierung versuchte, die Beziehungen zur Türkei zu verbessern. LAMATSCH nennt als einen dafür motivierenden Faktor das Stimmpotential der ca. 160.000 wahlberechtigten Türken zur Bundestagswahl 1998<sup>218</sup>. Ein zweiter Faktor, wirtschaftlicher Natur, sei das kontinuierliche Wachstum des Handelsvolumens zwischen Deutschland und der Türkei.<sup>219</sup>

In Helsinki erkannte der ER der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zu, wobei jedoch keine Beitrittsverhandlungen geführt wurden.

### **3.4 Deutschlands Positionen in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Der rot-grünen Bundesregierung haben sich, durch Veränderungen des internationalen Umfeldes und der Positionen einiger Partnerstaaten, neue Handlungsspielräume eröffnet, wodurch eine Aufwertung des deutschen Beitrags zur GASP und ESVP erreicht werden konnte.<sup>220</sup>

#### **3.4.1 GASP**

Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)<sup>221</sup> zeigte sich wieder eine besondere Kontinuität der Bundesregierung zur Regierungszeit Helmut Kohls in der Fortführung des Engagements für eine weitere Vergemeinschaftung der europäischen Außenpolitik. So wurde erreicht, „dass die EU bei der Beendigung des Kosovo-Kriegs und der Schaffung einer Nachkriegsordnung eine bislang unbekannt

---

<sup>217</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 227f.

<sup>218</sup> Die Zahl der wahlberechtigten Türken erhöhte sich in Folge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts bis zur Bundestagswahl 2002 auf 400.000.

<sup>219</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 230f.

<sup>220</sup> Vgl.: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 191.

<sup>221</sup> „GASP bezeichnet einen im EU-Vertrag vereinbarten Kooperationsmechanismus zwischen den EU-Mitgliedsländern mit dem Ziel, schrittweise zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu gelangen. Im Folgenden wird die Abkürzung GASP verwendet.“ Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006. Online verfügbar aus der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung unter: [http://www.bpb.de/wissen/H75VXG,0,0,Begriffe\\_nachschlagen.html](http://www.bpb.de/wissen/H75VXG,0,0,Begriffe_nachschlagen.html), zuletzt überprüft am 15. 01.2009.

geschlossene und aktive Rolle spielte. Die deutschen Versuche, unter Rückgriff auf Art. 23 EUV in GASP-Materien zu vermehrten Mehrheitsentscheidungen zu gelangen, blieben jedoch weitgehend erfolglos.“<sup>222</sup>

Der Mehrheitsentscheid konnte auf breiter Basis nicht eingeführt werden, nur der Hohe Vertreter für die GASP und EU-Sonderbotschafter sollten künftig per Mehrheitsentscheid ernannt werden. Auch eine deutsch-italienische Initiative zur verstärkten Zusammenarbeit konnte nur teilweise umgesetzt werden.<sup>223</sup>

### 3.4.2 ESVP

Die neuen Strukturen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)<sup>224</sup> konnte der ER in kürzester Zeit einstimmig beschließen, was auf einen britischen Positionswechsel zurück zu führen ist. Auf dem französisch-britischen Gipfeltreffen im Oktober 1998 gab Tony Blair bekannt, das Vorhaben, die EU auch sicherheits- und verteidigungspolitisch zu einem eigenständigen Akteur auszubauen, nun mittragen zu können.

Aufbauend auf dem Bericht zur ESVP der deutschen Ratspräsidentschaft konnten vom ER Helsinki im Dezember weitere wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden.<sup>225</sup>

„Das Versagen Europas im Bosnien-Krieg 1991-1995 und seine flagrante Unterlegenheit im Vergleich zu den USA, die sich erneut im Kosovo-Krieg 1999 erwiesen hatte, bewogen den sozialdemokratischen Kanzler und seinen grünen Außenminister, dezidiert für den Aufbau europäischer Eingriffskapazitäten einzutreten, nachdem der britische Positionswechsel diese Option eröffnet hatte.“<sup>226</sup>

---

<sup>222</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 191f.

<sup>223</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 192.

<sup>224</sup> ESVP bezeichnet die von der EU im Rahmen der GASP entwickelte Sicherheits- und Verteidigungspolitik, deren Ziel die Konflikt- und Krisenbewältigung ist. Im Folgenden wird die Abkürzung ESVP verwendet.

<sup>225</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 192f.

<sup>226</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 193.

Die Bundesregierung war gemeinsam mit Schweden die treibende Kraft bei der Schaffung der Krisenmanagementkapazitäten, die im Mai 2000 erfolgte.<sup>227</sup>

### 3.4.3 Der Einfluss des Kosovo-Konfliktes

„Fortschritte im Bereich der GASP und der ESVP waren bislang von Großbritannien verhindert worden, das wegen seiner engen Beziehung zu den USA auf die Bewahrung der vorherrschenden Stellung der NATO bestanden hatte. Die sich abzeichnende Kosovo-Krise bewog den britischen Premier Blair jedoch zum Umdenken.“<sup>228</sup> Blair sprach sich dafür aus, die WEU stärker mit der EU zu verschmelzen und er plädierte gemeinsam mit Chirac auf dem französisch-britischen Gipfel am 4. Dezember 1998 in St. Malo für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik im Rahmen der GASP. Diesen Vorschlag wollte Schröder unterstützen. Das man Schröder jedoch nicht aufgefordert hatte, die Initiative mitzutragen, führte zu Kritik der Opposition, die feststellten, dass es unter Kohl, eine französisch-britische Initiative zur Sicherheitspolitik ohne deutsche Beteiligung nicht möglich gewesen wäre.<sup>229</sup>

Das zeitliche Zusammenfallen des Rücktritts der Kommission und des Ausbruchs des Kosovo-Krieges mit dem Europäischen Rat in Berlin habe die Handlungsfähigkeit der EU zu einem kritischen Zeitpunkt auf die Probe gestellt, so FISCHER. Mit dem Kosovo-Krieg sei aber wieder deutlich geworden, so, worum es im Kern bei der europäischen Integration gehe, nämlich um die Errichtung einer dauerhaften Friedensordnung auf diesem Kontinent. Mit dieser Einsicht hätten sich nationale Einzelinteressen relativiert und es sei europaweit die Bereitschaft entstanden, die Vollendung der europäischen Integration voranzubringen. Die Krise sei somit zum „Beschleuniger der Geschichte“ geworden.<sup>230</sup>

---

<sup>227</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 193.

<sup>228</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 243.

<sup>229</sup> Vgl. Lamatsch, Dorothea (2004): S. 243ff.

<sup>230</sup> Vgl. Fischer, Joschka (1999): Rede des Bundesministers des Auswärtigen und EU-Ratsvorsitzenden, Joschka Fischer, zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union vor dem Europäischen Parlament am 21. Juli 1999 in Straßburg.

### **3.4.4 Veränderter außenpolitischer Einfluss Deutschlands?**

Ihr Engagement für die GASP und die ESVP sei nachhaltig und verlässlich gewesen, bescheinigt MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET der Bundesregierung. Dies habe sie bewiesen, als sie im November 2000 der künftigen europäischen Eingreiftruppe bei der sog. Capabilities Commitment Conference 30.000 Soldaten zur Verfügung gestellt habe. Auch hat Bundeskanzler Schröder der Bundeswehr weitere Mittel zugesagt für die Beteiligung am Anti-Terror Kampf der USA in Folge des 11. September 2001. Es seien im Wesentlichen Veränderungen des internationalen Umfeldes gewesen, so MÜLLER-BRANDECK-BOUQUET, die den außenpolitischen Einfluss Deutschlands vergrößert hätten. Als Beispiele nennt sie die „Vordenkerfunktion von Außenminister Joschka Fischer beim Entwurf der Nachkriegsordnung im Kosovo, bei seiner Vermittlertätigkeit im Nahen Osten ab Herbst 2001, der Wahl des Tagungsorts Petersberg für die UN-Konferenz zu Afghanistan im Dezember 2001 und die daran anschließenden, letztlich negativ beschiedenen Debatten, ob Deutschland die Führung der UN-Mission in diesem geschundenen Land übernehmen solle.“<sup>231</sup> Fischer habe es verstanden, den Partnern zu vermitteln, dass deutsche Außenpolitik in die europäische Außenpolitik eingebettet sein muss, um zu gestalten und für Nachbarn und Partner akzeptabel zu sein.<sup>232</sup>

## **3.5 Der deutsche Beitrag zu neuen Integrationspolitiken**

Im Jahre 1999 hat sich die EU mit dem Vertrag von Amsterdam das Ziel gesetzt, bis 2004 einen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu errichten. Der Politikbereich „Justiz und Inneres“ innerhalb der EU soll auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf den Gebieten Polizei, Zivil- und Strafsachen sowie Asyl und Migration weiter ausgebaut werden. Damit soll den neuen Gefährdungen der inneren Sicherheit, die sich durch die Vollendung des Binnenmarktes und der zunehmenden Durchlässigkeit der Grenzen

---

<sup>231</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 195f.

<sup>232</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 196.

zu den ehemaligen Ostblockstaaten, entgegen gewirkt werden. Die EU soll sich künftig von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einer eigentlichen Rechtsgemeinschaft entwickeln. Im Hinblick auf die Schaffung des “Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts” wurde das Schengen-Abkommen in den EG-Vertrag übernommen und ein neuer Titel IV „Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr“ eingefügt und somit vergemeinschaftet.<sup>233</sup>

Der Europäische Rat ist am 15. und 16. Oktober 1999 in Tampere zu einer Sondertagung über die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union zusammengetreten. In seinen Schlussfolgerungen formulierte der ER Tampere die sog. Meilensteine von Tampere. Dazu zählen:

- Freiheit, die das Recht auf Freizügigkeit in der gesamten Union beinhaltet, soll in einem Rahmen der Sicherheit und des Rechts in Anspruch genommen werden können.
- Gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen
- Gemeinsame Ermittlerteams zur Bekämpfung des Menschen- und Drogenhandels
- Errichtung einer Task Force der Europäischen Polizeichefs, die mit Europol<sup>234</sup> zusammenarbeitet;
- Schaffung von Eurojust<sup>235</sup> bis Ende 2001
- Harmonisierung des nationalen Strafrechts
- Einrichtung einer europäischen Polizeiakademie EPA<sup>236</sup>

---

<sup>233</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 198.

<sup>234</sup> European Law Enforcement Organisation. Europäische Polizeibehörde mit Sitz in Den Haag. Im Folgenden wird die Abkürzung „Europol“ verwendet.

<sup>235</sup> „Eurojust ist die zentrale Service-Einheit auf europäischer Ebene für Gerichte, Staatsanwaltschaften und andere mit strafrechtlichen Angelegenheiten befasste Dienststellen.“ Bundesministerium der Justiz, online abrufbar unter: [http://www.bmj.bund.de/enid/Studien\\_\\_Untersuchungen\\_und\\_Fachbuecher/Eurojust\\_1eo.html](http://www.bmj.bund.de/enid/Studien__Untersuchungen_und_Fachbuecher/Eurojust_1eo.html), zuletzt überprüft am 10.03.2009.

<sup>236</sup> Vgl. Europäisches Parlament (1999): Tampere Europäischer Rat 15. und 16. Oktober 1999 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Online abrufbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/summits/tam\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/tam_de.htm); Zuletzt überprüft am 21.02.2009. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 199.

Deutschland hat die Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels angeregt und einen Vorschlag zu Eurojust vorgelegt. Der ER Laeken Ende 2001 hat für den gemeinsamen Rechtsraum wesentliche Fortschritte gebracht. Die Einführung des europäischen Haftbefehls wurde beschlossen, womit die Auslieferungsverfahren zwischen den EU-Staaten erheblich vereinfacht wurden. Wenige Tage zuvor war auch Eurojust auf den Weg gebracht worden, somit rückt das Ziel der deutschen Initiative von Tampere, einer europäischen Staatsanwaltschaft, näher.<sup>237</sup>

Deutschland blockierte im Bereich der Gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik, indem Bundeskanzler Schröder die Kommissionsvorschläge ablehnte. Die rot-grüne Bundesregierung nahm hier Missbilligung und Unverständnis der Partnerstaaten in Kauf, um deutsche Interessen durchzusetzen:

„Die Deutschen wollen vor dem Übergang zu Mehrheitsentscheidungen erst die einstimmige Einigung auf eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik erreichen. Dabei soll insbesondere die nationale Regelung gültig bleiben, dass Asylbewerber, die gezielt nach Deutschland kommen, in sog. sichere Drittstaaten abgeschoben werden können. In Laeken war an Zugeständnisse des Kanzlers oder Innenministers insofern nicht zu denken, als zeitgleich die innerdeutsche Diskussion zum Zuwanderungsgesetz stattfand.“<sup>238</sup>

### **3.6 Finalitätsvorstellungen für die Europäische Union**

Im Lauf der neunziger Jahre hat sich der Prozess der Europäischen Integration enorm entwickelt. Vieles wurde erreicht, vieles fordert die Integrationsfähigkeit der Union weiter heraus: Die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999, die Möglichkeit der Osterweiterung der EU, die Krise der letzten EU-Kommission, die geringe Akzeptanz des europäischen Parlaments, der Kosovo-Konflikt und die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Herausforderungen, besonders die anstehende Osterweiterung, haben eine europaweite Debatte über die Vollendung der

---

<sup>237</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 200.

<sup>238</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 203.

Europäischen Union ausgelöst. Diese Zukunftsdebatte wurde in Nizza offiziell auf die EU-Agenda gesetzt.<sup>239</sup>

Die Autorin möchte sich in diesem Kapitel mit den Finalitätsvorstellungen einiger sozialdemokratischer Politiker befassen und die Frage stellen, ob die unterschiedlichen Beiträge zur Debatte um die Finalität der Europäischen Integration einheitliche Leitgedanken und Ziele erkennen lassen oder ob es sich vielmehr um unterschiedliche Ansätze handelt. Hierzu wird auf die Beiträge von Bundesaußenminister Joschka Fischer, Bundespräsident Johannes Rau, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens Wolfgang Clement eingegangen werden. Auf die Beiträge der christdemokratischen Politiker wie Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, MdB<sup>240</sup> Friedbert Pflüger, sowie Wolfgang Schäuble und Karl Lamers wird die Verfasserin in Kapitel 4.5.5 eingehen und überprüfen, in wieweit sich deren Ansätze von den hier beschriebenen unterscheiden.

### **3.6.1 Joschka Fischer: „Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“**

Bereits bei seiner Antrittsrede als Ratspräsident vor dem europäischen Parlament am 12. Januar 1999 hatte FISCHER klar gestellt, dass er ein Ende der Methode Monnet wolle, da diese Methode nichts mehr hergebe und demnach eine Neuausrichtung nötig sei. Helmut Kohl habe auf die Methode Monnet vertraut, erklärt LAMATSCH, „wonach zuerst die Stufe der europäischen Integration vollendet wurde, die erreichbar war und nicht diejenige, die wünschenswert gewesen wäre. Pragmatismus statt Idealismus war die Parole.“<sup>241</sup>

Mit seiner Rede am 12. Mai 2000 an der Humboldt-Universität<sup>242</sup> nahm Bundesaußenminister JOSCHKA FISCHER an der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union teil, indem er den Abschluss eines Verfassungsvertrag zur

---

<sup>239</sup> „Zukunftserklärung von Nizza“

<sup>240</sup> Mitglied des Bundestages, im Folgenden wird die Abkürzung „MdB“ verwendet.

<sup>241</sup> Lamatsch, Dorothea (2004): S. 158f.

<sup>242</sup> Fischer, Joschka: Vom Staatenbund zur Föderation: Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. Rede in der Humboldt-Universität in Berlin am 12. Mai 2000.



Gründung einer europäischen Föderation auf Grundlage des Subsidiaritätsprinzips<sup>243</sup> vorschlug. FISCHER betonte ausdrücklich, dass er diese Rede als Privatperson, nicht als Außenminister halte.

FISCHER beklagt die geringe Akzeptanz des europäischen Einigungsprozessen, den er als wichtigste politische Herausforderung bezeichnet. Durch die Erweiterung werde eine grundlegende Reform der europäischen Institutionen unverzichtbar, erklärt FISCHER und verweist auf die Schwierigkeiten, die eine Mitgliederzahl von bis zu dreißig bedeuten würde. Er fragt beispielsweise, wie lange Ratssitzungen dauern würden und wie man Beschlüsse fassen und handlungsfähig bleiben könne.

Die Vollendung der europäischen Integration lasse sich nur erfolgreich denken, „wenn dies auf der Grundlage der *Souveränitätsteilung von Europa und Nationalstaat*“ geschehe. Ein europäisches Parlament müsse darum immer ein *Europa der Nationalstaaten* und ein *Europa der Bürger* repräsentieren. Fischer plädiert, aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile für Deutschland dafür, dass Deutschland der Anwalt der Osterweiterung bleibt.

Laut FISCHER sind momentan in Europa zwei Großprojekte parallel zu organisieren, die schnellstmögliche Erweiterung und die Gewährleistung der Handlungsfähigkeit Europas. Um dies zu erreichen, müsse das europäische Parlament über zwei Kammern verfügen, wobei eine Kammer durch gewählte Abgeordnete zu besetzen sei, die zugleich auch Mitglieder der Nationalparlamente seien. Bei der europäischen Regierung könne man sich zwischen einer Fortentwicklung des europäischen Rates oder, von der heutigen Kommissionsstruktur ausgehend, zur Direktwahl eines Präsidenten entscheiden.

Die Entwicklung Europas über das nächste Jahrzehnt hinaus sieht FISCHER in zwei oder drei Stufen. Er sieht als ersten Schritt die verstärkte Zusammenarbeit einiger Staaten, die enger als andere kooperieren wollen, ein Zwischenschritt sei dann die Bildung eines Gravitationszentrums, wobei die beteiligten Staaten einen Grundvertrag schließen. „Ein solches Gravitationszentrum müsste die Avantgarde, eine Lokomotive für die Vollendung der politischen Integration sein und bereits alle

---

<sup>243</sup> „Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll eine staatliche Aufgabe soweit wie möglich von der jeweils unteren bzw. kleineren Einheit wahrgenommen werden. Der Gesamtstaat soll erst dann eingreifen, wenn die Probleme auf der Ebene der Gemeinde oder Region (Bundesland) nicht zu bewältigen sind.“ Zandonella, Bruno: Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten.

Elemente der späteren Föderation umfassen“, wobei diese Avantgarde niemals exklusiv sein dürfe. Der letzte Schritt sei dann die Vollendung der Integration in einer Europäischen Föderation.

MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET bewertet Fischers Entwurf als „in seinen institutionellen Überlegungen weder widerspruchsfrei noch hinreichend konkret.“ Das vorgesehene Doppelmandat der Mitglieder der ersten europäischen Parlamentskammer sei unsinnig und Fischer bleibe in der strittigsten aller Fragen, nämlich wie die nationalen Regierungen in die künftige europäische Architektur eingebunden werden sollen, eine Antwort schuldig.<sup>244</sup>

### **3.6.2 Johannes Rau: „Plädoyer für eine europäische Verfassung“**

Auch der deutsche Bundespräsident Johannes Raus hat sich mit einer Rede<sup>245</sup> vor dem Europäischen Parlament (EP)<sup>246</sup> am 4. April 2001 an der Debatte um die Finalität der EU beteiligt.

RAU schlägt eine aus drei Abschnitten bestehende Verfassung vor, wobei diese europäische Verfassung, die eine Föderation der Nationalstaaten begründe, das Fundament des europäischen Bauwerks darstellen müsse. Eine Verfassung brauche man gerade deshalb, weil man keinen Einheitsstaat wolle, den viele hinter dem Begriff Föderation vermuten und auch befürchten. Den ersten Teil der Verfassung sollte die auf dem Gipfel von Nizza proklamierte Grundrechtscharta bilden, ein zweiter Teil müsse die Kompetenzen der Mitgliedstaaten und die der Europäischen Union voneinander abgrenzen und der dritte Teil das zukünftige institutionelle Gefüge Europas festlegen. RAU plädiert dafür, aus dem Ministerrat eine Staatenkammer zu machen, welche die Souveränität der Nationalstaaten wahrt. Das Europaparlament soll zur Bürgerkammer werden. So würde ein Zweikammer-Parlament mit zwei gleichberechtigten Kammern entstehen. Ein so gestärktes Parlament und eine demokratisch besser legitimierte Kommission würden der europäischen Idee neue Impulse geben, so RAU, und zu einer größeren Akzeptanz in

---

<sup>244</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 207.

<sup>245</sup> Rau, Johannes: Plädoyer für eine Europäische Verfassung. Rede vor dem Europäischen Parlament am 04.04.2001 in Straßburg.

<sup>246</sup> Im Folgenden wird die Abkürzung „EP“ verwendet.

der Bevölkerung beitragen. Rau plädiert dafür, die Debatte über die Zukunft Europas in einem breit zusammengesetzten Gremium zu beraten, „in dem neben Regierungsvertretern Abgeordnete der nationalen Parlamente und natürlich des Europäischen Parlaments eine wichtige Rolle spielen müssen.“ Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger müssten mit einbezogen werden.

### 3.6.3 Das „Schröder-Papier“

Das sog. Schröder-Papier hat Gerhard Schröder am 30.04.2001 in Form eines Leitantrages für den im November 2001 stattfindenden SPD-Parteitag vorgelegt. Das Papier über die Zukunft der EU als Föderation wurde kontrovers diskutiert<sup>247</sup>, worauf Schröder betonte, er habe als Parteivorsitzender gesprochen und nicht als Kanzler und sein Papier sei vorerst nur ein Leitantrag für den Parteitag der SPD im November. Schröder spricht sich in dem Papier dafür aus, die EU-Kommission zu einer Art europäischer Regierung, einer „starken europäischen Exekutive“ auszubauen und das Europa-Parlament durch Übertragung der vollen Budgethoheit aufzuwerten. Aus dem jetzigen EU-Ministerrat soll eine "Staatenkammer" nach Art des deutschen Bundesrates werden. Der Spiegel berichtet, dass Schröders Papier vor allem in Großbritannien und Frankreich Stirnrunzeln ausgelöst habe und Englands Premier Tony Blair sogar kurzfristig seine Teilnahme am SPE<sup>248</sup>-Kongress in Berlin abgesagt habe.<sup>249</sup> Laut Franz Müntefering sei der Leitantrag nicht mit Regierungen oder Parteien in anderen EU-Ländern abgestimmt worden.<sup>250</sup> Obwohl Schröder immer wieder den „Entwurfscharakter“ des Papiers betont, ist dessen Veröffentlichung wenige Tage vor der SPE-Tagung, auf der Delegierte aus zwanzig Mitgliedstaaten über den weiteren Kurs in der Europapolitik diskutieren werden, sicher kein Zufall.

---

<sup>247</sup> Siehe zum Standpunkt der CDU/CSU hierzu auch Kapitel 4.5.5 dieser Arbeit.

<sup>248</sup> Die Abkürzung „SPE“ steht für „Sozialdemokratische Partei Europas“.

<sup>249</sup> Vgl. Deggerich, Markus (2001): Ist doch nur Papier. Schröders Europa. In: SPIEGEL ONLINE, 07.05.2001. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,132560,00.html>, zuletzt geprüft am 18.01.2009.

<sup>250</sup> Vgl. Handelsblatt, 30.04.2001: SPD lässt Details der geforderten EU-Reform noch offen.

### **3.6.4 Wolfgang Clement: „Europa gestalten – nicht verwalten“**

Auch deutsche Ministerpräsidenten haben sich mit europapolitischen Grundsatzreden in den Post-Nizza-Prozess eingebracht. Wolfgang Clement, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, stellt in seiner Rede „Europa gestalten – nicht verwalten“<sup>251</sup> vom 12.02.2001 seine Vorschläge zur künftigen europäischen Kompetenzverteilung vor. Er eröffnete damit als erster Länderchef den in der Abschlusserklärung zur Zukunft der Europäischen Union des Europäischen Rates von Nizza vom 11.12.2000 geforderten Diskussionsprozess innerhalb der Mitgliedstaaten über eine präzisere Abgrenzung der Kompetenzen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.

CLEMENT schlägt die Einführung von drei Kategorien von Gesetzgebungskompetenzen in der EU mit abnehmender Regelungstiefe vor: Ausschließliche Kompetenzen beispielsweise für die Außenwirtschaft- und Währungspolitik, Grundsatzkompetenzen, wobei der Gesetzgeber die grundsätzlichen Standards bestimmen soll, und Ergänzungskompetenzen berechtigen die EU zu unterstützendem Tätigwerden. CLEMENT tritt außerdem für eine Rückübertragung von Kompetenzen an die Mitgliedstaaten ein, z.B. in den Bereichen der Gemeinsamen Agrar- und Strukturpolitik.<sup>252</sup>

## **3.7 Fazit**

Grundsätzlich hat auch die rot-grüne Bundesregierung das starke europapolitische Engagement deutscher Regierungen fortgesetzt. In der Finalitätsdebatte hat die Bundesregierung eigene Zukunftsperspektiven entwickelt, die zu einer europäischen Verfassung führen sollen. Doch trotz der Beteuerungen der rot-grünen Bundesregierung, die Kontinuität in der Europapolitik zu wahren, setzte Bundeskanzler Schröder mit seinem europapolitischen Konzept und seinen Zielvorstellungen neue Akzente und irritierte im In- und Ausland mit seinem neuen

---

<sup>251</sup> Wolfgang Clement hielt diese Rede am 12.02.2001 im Rahmen der Vortragsreihe "Forum Constitutionis Europae" des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Rede „Europa gestalten – nicht verwalten. Die Kompetenzordnung der Europäischen Union nach Nizza“ ist online abrufbar unter: <http://whi-berlin.de/documents/clement.pdf>. Zuletzt überprüft am 24.11.2008.

<sup>252</sup> Vgl. Clement, Wolfgang (2001): Europa gestalten – nicht verwalten. Rede am 12.02.2001 im Rahmen der Vortragsreihe "Forum Constitutionis Europae" des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. S. 211.

Politikstil. Der zu Beginn der Legislaturperiode stattgefundene Wandel in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik lässt sich größtenteils auf Oscar Lafontaine zurückführen. Schröder musste, wie dargelegt, Europa erst „lernen“, was zu Verzögerungen führte. Sein selbstbewusster Umgangston und seine populistischen Äußerungen kamen mitunter bei den Bürgern an, auf europäischer Ebene verunsicherten sie vielmehr. Schließlich entdeckt Gerhard Schröder Europa jedoch als Bühne und man kann von einer Europäisierung des Kanzlers sprechen. Durch den Kosovokrieg erhielt die Bundesregierung mehr internationale Handlungsfähigkeit.

Schröder konnte nicht auf die deutsch-französischen Beziehungen als Motor der Integration bauen. Auch sein Ziel, für die Nettozahler zu denen auch Deutschland gehört, eine größere Beitragsgerechtigkeit durch zu setzen, konnte er nicht verwirklichen.

In der Tradition Kohls sah sich Deutschland als Fürsprecher der Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU. Die Osterweiterung hat in der Strategie der Europapolitik der Bundesregierung Priorität, worin sich die Kontinuität der Bundesregierung zur Ära Kohl besonders deutlich zeigt. So präsentierte sich Schröder auf dem ER Nizza 2000 in der Tradition Kohls als „Anwalt der Kleinen“, als er sich auf polnische Bitte hin für eine Besserstellung der Kandidaten bezüglich der Stimmneuwägung einsetzte.

## **4 Die Europapolitik der CDU/CSU in der Opposition von 1998-2002**

### **4.1 Stellenwert der Europapolitik im Bundestagswahlkampf 1998**

#### **4.1.1 Ausgangslage**

Um die Themen und Maßnahmen eines Wahlkampfes nachvollziehen zu können, muss immer auch das politische und wirtschaftliche Umfeld das die Ausgangslage des Wahlkampfes bildet, betrachtet werden. Bei der Bundestagswahl 1998 kam es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einem Machtwechsel durch den Austausch der kompletten Regierung. 1998 war Helmut Kohl schon 16 Jahre lang Bundeskanzler. Die seit 1982 regierende Koalition aus CDU/CSU und FDP musste nun einem Bündnis aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen weichen. Bundeskanzler wurde Gerhard Schröder. Wie war es zu diesem einschneidenden Wahlergebnis gekommen?

Die Union hatte seit 1982 kontinuierlich Wählerstimmen verloren. Schon 1994 hatten die Meinungsumfragen auf einen Wechsel hingedeutet, doch im Wahlkampf holte Helmut Kohl gegenüber Rudolf Scharping auf und die christlich-liberale Koalition gewann knapp, mit nur 0,3 % vor SPD, Grünen und PDS, die Bundestagswahl. Allerdings nahm die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung weiter ab, was auch auf unbequeme innenpolitische Reformen, wie z.B. die Steuerreform, zurückzuführen ist.<sup>253</sup> Im Januar 1997 lag die Union letztmalig in der „Sonntagsfrage“ vor der SPD.<sup>254</sup> Eine Woche vor der am 27. September

---

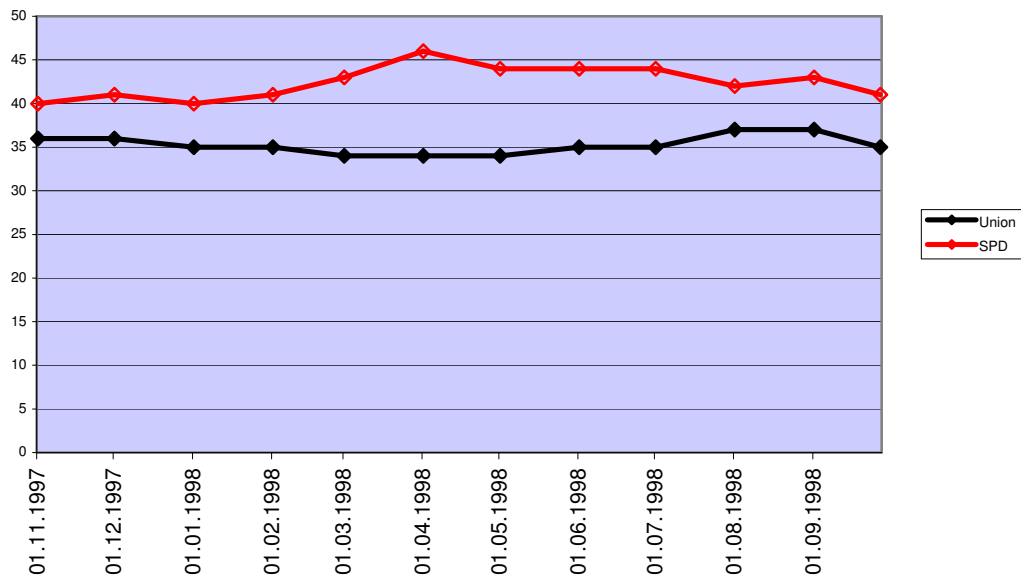
<sup>253</sup> Vgl. Voß, Jochen (2007): Symbolische Politik im Wahlkampf, Tectum Verlag Marburg 2007, S. 75f.

<sup>254</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 79.

stattfindenden Bundestagswahl lagen CDU/CSU in der Sonntagsfrage laut Infratest dimap mit 38 Prozent 2,5 Prozentpunkte hinter der SPD<sup>255</sup>.

Obwohl Umfragedaten für die neunziger Jahre eine positive Grundeinstellung der Deutschen zur europäischen Einigung belegen, ist die Europabegeisterung vom Beginn des Jahrzehnts nicht mehr vorhanden.<sup>256</sup>

**Abbildung 1: Verlauf der Sonntagsfrage von November 1997 bis September 1998**



Quelle: Daten Infratest dimap<sup>257</sup>, Eigene Darstellung

#### 4.1.2 Die Kanzlerkandidaten

Die Frage, welche Kanzlerkandidaten für CDU/CSU und SPD antreten würden, war lange unklar. Helmut Kohl gab dann im April 1997 bekannt, dass er erneut antreten werde. In der SPD fiel die Wahl zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder

<sup>255</sup> Infratest dimap: Verlauf Sonntagsfrage seit 1997. Herausgegeben von Infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH. Online verfügbar unter <http://www.infratest-dimap.de/?id=51>, zuletzt geprüft am 31.01.2009.

<sup>256</sup> Vgl. Weidenfeld, Werner (Hg.) (1998): Deutsche Europapolitik. Optionen wirksamer Interessenvertretung. Bonn: Europa-Union-Verl. (Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, 2). S. 193.

<sup>257</sup> Infratest dimap: Verlauf Sonntagsfrage seit 1997. Herausgegeben von Infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH.

erst am 1. März 1998 zu Gunsten Schröders aus.<sup>258</sup> Nach VOß symbolisieren die Kanzlerkandidaten im Bundestagswahlkampf „drei Faktoren: Die Partei, das Wahlprogramm und ein Image.“<sup>259</sup>

Obwohl Helmut Kohl schon in der Endphase des Bundestagswahlkampfes 1994 angekündigt hatte, möglicherweise 1996 vom Amt des Bundeskanzlers zurückzutreten, stellte er sich 1998 doch noch einmal zur Wahl. Ein Grund hierfür mag die ihm 1996 in der Öffentlichkeit entgegen gebrachte positive Stimmung gewesen sein.<sup>260</sup> Es fiel wohl schwer, einer solch erfolgreichen Karriere, Kohl übte zum damaligen Zeitpunkt seit über 30 Jahren herausragende Staats- und Parteiämter aus, einen Schlusspunkt zu setzen. Als Wolfgang Schäuble Anfang 1997 in Interviews dezent seine Ansprüche auf die Nachfolge anmeldete, geriet Kohl unter Druck und erklärte am 3. April 1997, dass er erneut als Spitzenkandidat antreten werde. Als persönliche Motivation für seine erneute Kandidatur erklärte Kohl, dass er noch die Einführung des Euro vollziehen wolle.<sup>261</sup>

BERGMANN sieht in der erneuten Kandidatur auch eine Machtdemonstration gegenüber der Partei, die Kohls Entscheidung hinnehmen musste. Wäre Kohl abgetreten, hätte jedoch die Gefahr bestanden, dass man Wolfgang Schäuble nur als „zweite Wahl“ angesehen hätte oder dass Kohls Rückzug als ein Zeichen dafür gewertet werden würde, dass Kohl die Chancen für einen Wahlgewinn als gering erachtet. Auch habe in der Union das Gefühl geherrscht, dass man, falls Kohl nicht antrete, die Wahl verlieren werde.<sup>262</sup>

Aus den Reihen der CSU war Kohl immer wieder zur erneuten Kandidatur aufgefordert worden. Unter einem Kanzler Schäuble schien eine Große Koalition mit der SPD im Zweifelsfall möglich, was den Einfluss der CSU geschmälert hätte. „Kohl dagegen war Garant der Fortsetzung der Koalition mit den Freidemokraten und einem starken bayerischen Einfluss auf die Bundespolitik.“<sup>263</sup> BERGMANN vermutet auch „persönliche Animositäten“ des CSU-Vorsitzenden Theo Waigel gegenüber Wolfgang Schäuble. Allerdings befand sich Helmut Kohl zur Zeit der

---

<sup>258</sup> Vgl. Voß, Jochen (2007): S. 34.

<sup>259</sup> Voß, Jochen (2007): S. 85.

<sup>260</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 31.

<sup>261</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 32ff.

<sup>262</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 35f.

<sup>263</sup> Bergmann, Knut (2002): S. 36.



Entscheidung für die Spitzenkandidatur auf dem Höhepunkt seiner Popularität. Diese nahm in den folgenden anderthalb Jahren ab, was zusammen mit den schlechten Aussichten für die Bundestagswahl zu einer Abnahme der Geschlossenheit zwischen den Unionsparteien führte.<sup>264</sup>

### 4.1.3 Wahlkampforganisation

Bei der Bewertung der Wahlkampforganisation der Union lassen sich sowohl hinsichtlich der Organisation als auch der Strategie erhebliche Mängel feststellen. So bestand 1998 als Organisationsstruktur nur noch ein dreiteiliges Gefüge aus Bundeskanzleramt, CDU-Bundesgeschäftsstelle und Bundestagsfraktion. Das Kanzleramt verfügte über die stärkste Position, während die Bundesgeschäftsstelle seit 1989, durch das Ausscheiden einer Reihe von eigenständigen Denkern, wie z.B. Heiner Geißler, einen erheblichen Bedeutungsverlust, erlitt. Die Kommunikation zwischen den drei Zentren war gestört. Durch eine parallele Wahlkampfführung von Bundeskanzleramt und Bundesgeschäftsstelle sowie umstrittene Personalentscheidungen wurde der Öffentlichkeit kein Eindruck von Geschlossenheit vermittelt.<sup>265</sup>

Im Februar 1998 erklärte der damalige CDU-Generalsekretär Peter Hintze in einer Pressemitteilung, man werde den Wahlkampf stark auf Helmut Kohl ausrichten, den die Menschen als ein Symbol für Sicherheit wahrnehmen würden.<sup>266</sup>

Die CDU nutzte das Internet, neben dem auf 300 Nutzungsberechtigte beschränkten „KandiNet“, als Mittel der externen Kommunikation. Während „KandiNet“, das Material und Argumentationen bot, von den Kandidaten wenig genutzt wurde, verzeichnete die Domain *www.cdu.de* mehrere Millionen Zugriffe. Außerdem wurde eine telefonische „CDU-Infoline“ geschaltet.<sup>267</sup>

Anfang August begann man dann mit der Plakatierung zur Bundestagswahl. Im Vergleich zum Wahljahr 1994, als die Unionsparteien mit Slogans wie: „Damit es weiter aufwärts geht - CDU“; „CDU – Sicher in die Zukunft“; „Es geht um

---

<sup>264</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 36.

<sup>265</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 145-166.

<sup>266</sup> Vgl. Voß, Jochen (2007): S. 88.

<sup>267</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 162f.

Deutschland - CDU“; „Freiheit statt Volksfront - CDU“<sup>268</sup>, angetreten waren, setzte man im Wahljahr 1998 z.B. auf: „Weltklasse für Deutschland- CDU“ (Porträt von Helmut Kohl); „Für einen starken Euro – Helmut Kohl CDU“; „Fit für Europa – Stark für die Zukunft“ und „Mit Bayern gewinnt Deutschland - CSU“.<sup>269</sup>

Die Spots im Fernsehen und Hörfunk hatten einen hohen Stellenwert in der Wahlkampfführung der CDU, die, verglichen mit dem Wahlkampf von 1994, ihre Präsenz in den elektronischen Medien um das doppelte steigerte und in den Spots vor allem die Aufbauleistung im Osten thematisierte. Auch die Anzeigenwerbung nahm wieder einen höheren Stellenwert ein. Zur innerparteilichen Mobilisierung hielt die Union neun Regionalkonferenzen<sup>270</sup> ab, veranstaltete fünf große Kongresse sowie noch die „Fachkonferenz Ostsee“ im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern.<sup>271</sup>

#### 4.1.4 Stellenwert der Europapolitik

Laut BERGMANN sei der Europapolitik ursprünglich ein großer Stellenwert in der Wahlkampfstrategie zugemessen worden. So sei im Konzept der Bundesgeschäftsstelle vermerkt worden, dass man durch die Einführung der Gemeinschaftswährung bei vielen internationalen Auftritten mit hohem Medieninteresse punkten könne. „Die Partei und der Bundeskanzler hätten die Möglichkeit, Kompetenz in Sachen ‚Handlungs- und Führungsfähigkeit‘ sowie ‚Zukunft‘ zu demonstrieren. Dafür notwendig sei eine starke ‚Eurokampagne‘, die von Regierung und Partei geführt werden müsse.“<sup>272</sup> Man habe so verhindern wollen, dass Euro-Gegner nicht wählen gehen oder aber eine Protestwahl abhalten würden.

---

<sup>268</sup> Feldkamp, Michael F. (2005): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Verwaltung des Deutschen Bundestages, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden; 2005. PDF-Ausgabe, S. 10.

<sup>269</sup> Weitere Slogans waren: „Sicherheit statt Risiko – Für Deutschland - CDU“; „Lass` dich nicht anzapfen! – Fünf Mark pro Liter Benzin – nein zu Rot-Grün - CDU“; „Wir sind bereit – SPD – PDS Aufpassen Deutschland! - CDU“ (Abbildung zweier zum Gruß per Handschlag ineinander verschränkte Hände). Feldkamp, Michael F.: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Verwaltung des Deutschen Bundestages, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden; 2005. PDF-Ausgabe, S. 10 f.

<sup>270</sup> Außerdem wurde noch eine Mandats- und Funktionsträgerkonferenz Ost im März 1998 abgehalten.

<sup>271</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 164f.

<sup>272</sup> Bergmann, Knut (2002): S. 109.

„Die Eurokampagne ist somit von höchstem strategischem Wert für die Mobilisierungsmöglichkeiten der CDU in der Hauptwahlkampfphase“<sup>273</sup>. Allerdings kam man schon Anfang 1998 zu der Einsicht, dass der Euro nur bedingt als Wahlkampfthema tauge, was damit begründet wurde, dass zum einen die Stimmung zum Euro in der Bevölkerung gespalten sei und zum anderen zu viel Zeit zwischen ‚Euro-Gipfel‘ und Wahlkampfbeginn liege.<sup>274</sup>

Das endgültige Aus für ein mögliches Wahlkampfthema Europapolitik bedeutete der EU-Gipfel von Brüssel, den der Spiegel als „Chaos“ bezeichnete. Dem deutschen Regierungschef sei die „Regie in Europa entglitten“ und die Wahlkampagne des Euro-Kanzlers müsse neu geplant werden.<sup>275</sup>

Die historische Entscheidung für die Einführung des Euro wurde von dem Streit um die Besetzung des Amtes des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB)<sup>276</sup> überschattet. Die Franzosen hatten mit allen Mitteln versucht, den Präsidenten der französischen Notenbank Jean-Claude Trichet, entgegen der Meinung aller anderen EU-Mitglieder, einschließlich Deutschlands, die den niederländischen Zentralbankchef Wim Duisenberg favorisierten, durchzusetzen. Nachdem der Gipfel beinahe gescheitert wäre, kam man zu dem Kompromiss, dass Duisenberg nicht die volle Amtszeit durchziehen und dann von Trichet ersetzt würde.

Der Streit zwischen Deutschland und Frankreich um diese Personalfrage hat laut dem SPIEGEL Kohls Image in der Welt geschadet und gefährde auch die Kampagne für dessen Wiederwahl, die ganz und gar auf den „Euro-Kanzler“ ausgerichtet sei.<sup>277</sup>

"Als strahlender Held sollte er vom Gipfel zurückkehren und - 14 Tage nach diesem europäischen Hochamt - auf dem Bremer Parteitag vom 17. bis 19. Mai die Schlacht gegen seinen sozialdemokratischen Herausforderer Gerhard Schröder eröffnen. Als Kanzler der deutschen und der europäischen Einheit wollte ihn die Union dann auf

---

<sup>273</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle, Zweiter Entwurf eines Konzeptes zur Bundestagswahl 98, 26-seitiges, unveröffentlichtes Manuskript, erarbeitet von der Abteilung Grundsatzfragen/Politische Planung, ohne Ortsangabe, 11. November 1997, S. 7. Zitiert nach Bergmann, Knut (2002): Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 109.

<sup>274</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 109.

<sup>275</sup> (O.A.) (1998): "Eine blamable Vorstellung". In: DER SPIEGEL, H. 20, S. 34–37, hier S. 34. Online verfügbar unter <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=7891226&aref=image017/SP1998/020/SP199802000340037.pdf&thumb=false>, zuletzt geprüft am 30.01.2009.

<sup>276</sup> Im Folgenden wird die Abkürzung „EZB“ verwendet.

<sup>277</sup> Vgl. (O.A.) (1998): "Eine blamable Vorstellung". S. 34f.

Stimmenfang ziehen lassen: einerseits schon fest im Geschichtsbuch platziert (sic!), andererseits aber - als Garant für die Stabilität des neuen Geldes - immer noch unverzichtbar. So hatte sein Generalsekretär Peter Hintze die Megabotschaft für den Wähler geplant."<sup>278</sup>

Dieses Konzept ging nun nicht mehr auf und der Kompromiss, wurde in Deutschland scharf kritisiert, wobei die kritischen Äußerungen von SPD-Kanzlerkandidat Schröder, nach BERGMANN, wohl bezwecken sollten, dass die Union nicht mehr den Versuch unternehmen werde, die Brüsseler Entscheidung für den Euro doch noch im Wahlkampf zu verwenden.

Auch Kohl selbst näherte sich in den folgenden Monaten den Kritikern der Europäischen Union an, wohl aus Wahlkampf kalkül, da er auf dem EU-Gipfeltreffen in Cardiff die Senkung der deutschen Beiträge zur EU einforderte.<sup>279</sup>

Lediglich zwei Wahlkampfslogans der CDU thematisierten die Europapolitik. Zum einen „Für einen starken Euro – Helmut Kohl CDU“ und zum anderen „Fit für Europa – Stark für die Zukunft“. Das auf dem „Wahlparteitag“ der CDU in Bremen verabschiedete „Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands“ behandelt die Europapolitik im letzten Kapitel.<sup>280</sup>

---

<sup>278</sup> (O.A.) (1998): "Eine blamable Vorstellung". S. 35.

<sup>279</sup> Vgl. Bergmann, Knut (2002): S. 110f.

<sup>280</sup> Vgl. CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. Beschluß des Parteitages der CDU-Deutschlands vom 17.-19. Mai 1998. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/programme/1998\\_Zukunftsprogramm-der-CDU-Bremen.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/programme/1998_Zukunftsprogramm-der-CDU-Bremen.pdf), zuletzt aktualisiert am 16.02.2006, zuletzt geprüft am 02.01.2009.

### 4.1.5 Ergebnis der Bundestagswahl 1998

**Abbildung 2: Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 –Zweitstimmen-**

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	60 762 751	X	X
Wähler <sup>281</sup>	27 468 932	82,2	X
Ungültige Stimmen	638 575	1,3	X
Gültig, davon:	49 308 512	X	X
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	20 181 269	40,9	298
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	14 004 908	28,4	198
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	3 324 480	6,7	47
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	3 301 624	6,7	47
Freie Demokratische Partei (FDP)	3 080 955	6,2	43
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	2 515 454	5,1	36
Sonstige	2 899 822	5,9	-

Quelle: Bundeswahlleiter<sup>282</sup>

Die Wahlbeteiligung lag bei 82,2 Prozent.

### 4.1.6 Fazit

Helmut Kohl verlor schon durch die erneute Kanzlerkandidatur an Glaubwürdigkeit, da er im Vorfeld eben diese ausgeschlossen hatte. Jedoch hatte die Union letztlich keine andere Wahl, da alle anderen Alternativen ein noch höheres Risiko, die Wahl zu verlieren, beinhaltet hätten. Nachdem die Idee, die Einführung des Euro im

<sup>281</sup> Wahlbeteiligung

<sup>282</sup> Vgl. Homepage des Bundeswahlleiters online abrufbar unter:  
[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1998.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1998.html),  
 zuletzt überprüft am 21.01.2009.

Wahlkampf zu thematisieren, nicht weiter verfolgt wurde, wurde auch kein weiteres europapolitisches Thema herangezogen. Die Rolle der Europapolitik im Bundestagswahlkampf 1998 kann somit als äußerst gering, und letztendlich sogar als Negativrolle, eingeschätzt werden. Die Personaldebatte um die Europäische Zentralbank beschädigte Kohls Images als „Euro-Kanzler“ und belastete die deutsch-französischen Beziehungen. Die historische Entscheidung für die Einführung einer Gemeinschaftswährung wurde von diesem Streit überschattet.

## **4.2 Die Entwicklung der CDU und CSU zwischen 1998 und 2002**

### **4.2.1 Die Ausgangslage der CDU/CSU nach der Wahlniederlage**

Bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 erzielte die CDU/CSU mit Helmut Kohl als Kanzlerkandidat mit nur 35,1 Prozent<sup>283</sup> das schlechteste Ergebnis seit 1949. Bei der damaligen Bundestagswahl am 14. August 1949 wurden sie mit einem Ergebnis von 31% jedoch stärkste Fraktion und bildeten zusammen mit der FDP (11,9%) und der Deutschen Partei (4%) eine Koalition<sup>284</sup>. Im September 1998 bedeutete das schlechte Ergebnis den Abschied von der Regierungsmacht. REICHART-DREYER bezeichnet die Wahlniederlage als einen verheerenden politischen Erdbeben<sup>285</sup>. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik gelang es einem Herausforderer den Bundeskanzler in einer turnusgemäßen Wahl abzulösen, erstmals führten die Wähler und nicht die Neuorientierung eines Koalitionspartners den Regierungswechsel herbei. Gerhard Schröder folgte als Bundeskanzler auf Helmut Kohl. Oberstes Ziel musste nun eine Wiedererlangung der Regierungsmacht sein. Hierzu sollte die Opposition eine politische Alternative anbieten. Nach einer Analyse der zur Wahlniederlage geführten Faktoren und deren Änderung sollten also in Bezug auf die amtierende Regierung und deren Inhalte neue Akzente gesetzt und neue

---

<sup>283</sup> Die CDU erlangte 28,4 % der Stimmen, die CSU 6,7%. Die CSU erreichte mit nur 47,7 % in Bayern die für die Partei so wichtige 50% Marke nicht.

<sup>284</sup> Zu den Wahlergebnissen vgl. die Homepage des Bundeswahlleiters unter: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1949.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1949.html). Zuletzt überprüft am 25.11.2008.

<sup>285</sup> Vgl. Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): CDU - Kräfte sammeln in der Opposition: Die Union auf der Suche nach Identität und Profil. In: Mayer, Tilman (Hg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. München: Olzog, S. 72–88, hier S. 74.

Inhalte besetzt werden. Die Tatsache, dass es der CDU/CSU 2002 nicht gelang, das Novum von 1998, nämlich die amtierende Regierung aus der Opposition heraus komplett abzulösen, zu wiederholen, weist darauf hin, dass es im Vorfeld nicht gelungen ist, dem Wähler bessere Alternativen anzubieten. Die Wahlkampfstrategie der CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 2002 wird an späterer Stelle behandelt. Zunächst soll nun untersucht werden, inwieweit die Wahlniederlage von 1998 personelle und programmatische Veränderungen innerhalb der CDU/CSU auslöste.

Eine innere Zerreißprobe, wie sie von vielen unmittelbar nach der Wahlniederlage vorausgesagt wurde, fand nach LANGGUTH vorerst nicht statt. Fast „routinehaft“ sei man in die Opposition und zur Tagesordnung übergegangen.<sup>286</sup> Doch ganz so beschaulich war die Situation für die Union nicht. Sie befand sich in einer ihrer schwersten Krisen, die sich auch noch bis ins Jahr 2000 hinziehen sollte. In beiden Unionsparteien gab es an der Spitze einen personellen Wechsel. Noch am Wahlabend trat Helmut Kohl von seinem Amt als CDU-Vorsitzender zurück und empfahl Wolfgang Schäuble als Nachfolger für den CDU-Bundesvorsitz und als Fraktionsvorsitzenden der Union. Helmut Kohl blieb als Bundestagsabgeordneter präsent. Auch Theo Waigel legte sein Amt als CSU Parteivorsitzender einige Monate später nieder.<sup>287</sup>

Obwohl Wolfgang Schäuble schon seit 1996/97 immer wieder die Frage nach dem geeigneten Kanzlerkandidaten thematisiert hatte und auch vor dem Wahltermin noch Kritik an der Kandidatur erkennen ließ, konnte er sich dennoch nicht gegen Helmut Kohl durchsetzen. Nach der Wahlniederlage wurde Schäuble auf dem CDU-Bundesparteitag zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Angela Merkel erhielt auf Schäubles Vorschlag hin das Amt der Generalsekretärin. Helmut Kohl wurde zum Ehrenvorsitzenden<sup>288</sup> gewählt. Diese Ämterteilung verkörperte mit den betrauten Personen gleichsam Kontinuität und Wandel zur Regierungszeit Kohls.

„Das Ende 1998 geschaffene System der Arbeitsteilung zwischen Parteivorsitzendem und Generalsekretärin konnte vielmehr dadurch als symbolische Verbindung von historischer Kontinuität (repräsentiert durch Wolfgang Schäuble) und einem Identifikationsangebot für

---

<sup>286</sup> Vgl. LANGGUTH: Der Glaube an eine schnellere Rückkehr an die Macht ist wieder da; Frankfurter Rundschau, 22. April 1999.

<sup>287</sup> Vgl. Schmitt, Karl: 1990-2000; in: Becker, Winfried u. a. (Hg.) (2002): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn: Schöningh, S. 104.

<sup>288</sup> Helmut Kohl ließ dieses Amt ab dem 18. Januar 2000, aufgrund der Parteispendenaffäre, ruhen.

Parteimitglieder erscheinen, die einen politischen Generationenwechsel (verkörpert durch Angela Merkel) in der „Nach-Kohl Ära“ präferierten.“<sup>289</sup>

Im Januar 1999 wurde der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber zum Nachfolger Theo Waigels als Parteivorsitzender der CSU gewählt.

1999 schien sich die Situation der Union zu verbessern, die CDU errang überraschend gute Ergebnisse in sieben Landtagswahlen und gemeinsam mit der CSU in den im Juni stattfindenden Europawahlen. Im Februar siegte die CDU in Hessen<sup>290</sup>. LANGGUTH bewertet den Unions-Wahlsieg in Hessen als beschwichtigend auf die Psyche der Partei, was den Glauben an eine Rückkehr an die Macht und die innerparteiliche Position Wolfgang Schäubles deutlich gestärkt habe.<sup>291</sup> Die CDU/CSU errang bei der Europawahl im Juni 1999 ein sehr gutes Ergebnis von 48,7 Prozent im Vergleich zu dem Ergebnis von 1994 von 38,8 Prozent. Inwieweit, und ob dieses Ergebnis von der Neigung der deutschen Bürger, die amtierende Bundesregierung in anderen Wahlen, wie z.B. der Europawahl abzustrafen, als abhängig zu werten ist, wird in Kapitel 4.3 dieser Arbeit noch weiter erörtert. Die CDU erreichte im Juni bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen 37,1% und verbesserte sich damit sogar um 4,5%. Im September führte die Union im Saarland einen Regierungswechsel herbei, konnte in Brandenburg in eine große Koalition eintreten, gewann kurz darauf in Thüringen die absolute Mehrheit und verteidigte eben diese in Sachsen. Nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus<sup>292</sup> wurde erneut eine Große Koalition gebildet. Laut HUBER und SCHMITT war eine Unterschriftenaktion der Union maßgeblich für diese Wahlerfolge, besonders für die Wahl in Hessen. Die CDU sammelte bei dieser Aktion, die sich u.a. gegen die Pläne der Bundesregierung, die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen, richtete, fünf Millionen Unterschriften.<sup>293</sup> Die guten Wahlergebnisse wirkten sich positiv auf die Position der CDU-Generalsekretärin Angela Merkel aus. Sowohl öffentlich als auch

---

<sup>289</sup> Helms, Ludger (2000): Opposition nach dem Machtwechsel: Ein Vergleich der CDU/CSU-Opposition im 6. und 14. Deutschen Bundestag. Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 2/2000. S. 511-537, hier S. 523.

<sup>290</sup> Am 7. Februar 1999.

<sup>291</sup> Vgl. LANGGUTH: Der Glaube an eine schnellere Rückkehr an die Macht ist wieder da.

<sup>292</sup> Am 10. Oktober 1999.

<sup>293</sup> Vgl. Huber, Martin (2008): Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002. München: Utz (Beiträge zur Politikwissenschaft, 10), S. 95. Sowie Schmitt, Karl: 1990-2000, S. 105.



innerparteilich.

Auch konnten CDU und CSU von den missglückten Start der SPD in die Regierungsverantwortung im ersten halben Jahr der Regierungszeit und den dadurch verursachten Negativtrend bei den folgenden Wahlen profitieren. Auch der Rücktritt Lafontaines und des Kanzleramtschefs Bodo Hombach spielten eine Rolle.

Die Wahlerfolge der CDU und CSU im Jahr 1999 führt SCHMITT dann auch maßgeblich auf die Unzufriedenheit der Bürger mit der amtierenden Regierung zurück. Dass die CDU einen Großteil der Wählergruppen der „neuen Mitte“ habe zurückgewinnen können, habe nur teilweise an den Erfolgen der CDU-Landesregierungen gelegen „und auch die Entwicklung eines kohärenten Oppositionskonzepts, das ihr in den zentralen Politikfeldern eine überzeugende Kompetenzüberlegenheit hätte sichern können, steckte noch in den Anfängen.“<sup>294</sup>

Bei der „Sonntagsfrage“ konnten die CDU und CSU die SPD bereits im März 1999 wieder überrunden. Ein Jahr nach ihrer Wahlniederlage bei der Bundestagswahl hatte sich die Situation für die CDU/CSU umgekehrt. Durch die Erfolge bei den oben genannten Landtagswahlen hatten sich auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu Gunsten der Unionsparteien<sup>295</sup> verschoben und damit die Voraussetzungen für eine einflussnehmende Oppositionspolitik im Bund verbessert. Auch ließ der Stimmungsumschwung auf eine Rückgewinnung der Mehrheit bei der Bundestagswahl 2002 hoffen.<sup>296</sup> Im November 1999 machte die CDU-Spendenaffäre die Hoffnungen auf eine schnelle Rückkehr an die Regierungsmacht vorerst jedoch zunichte.

#### **4.2.2 Die Entwicklung in der CDU**

Im November 1999 sorgte die CDU-Spendenaffäre für ein plötzliches Ende der gemächlichen personellen, programmatischen und organisatorischen Erneuerung der CDU und verlangte nach radikaleren und schnelleren Einschnitten.

---

<sup>294</sup> Schmitt, Karl: 1990-2000; in: Becker, Winfried u. a. (Hg.) (2002): S. 105.

<sup>295</sup> Vgl. hierzu Kapitel 4.4.4.2 dieser Arbeit

<sup>296</sup> Vgl. Schmitt, Karl: 1990-2000; in: Becker, Winfried u. a. (Hg.) (2002): S. 105f.

In die Erfolgsphase der Wahlsiege platzte die Parteispendenaffäre und stellte die schwerste Krise der CDU in ihrer Geschichte dar<sup>297</sup>. Die Partei sah sich mit Vorwürfen der illegalen Parteifinanzierung durch nicht angegebene Bargeldspenden in Millionenhöhe, mit Schwarzen Konten und im Ausland deponiertem Vermögen konfrontiert<sup>298</sup>. Am 4. November beantragte die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen den ehemaligen CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung.<sup>299</sup> Die Parteispendenaffäre beherrschte 1999/2000 monatelang die öffentliche Diskussion.

Einen Höhepunkt erreichte die Affäre, als Helmut Kohl am 16.12.1999 im Fernsehen die Spender von zwei Mio. DM nicht nannte, da er ihnen Anonymität zugesichert hatte. Dieses Geld war nicht im Rechenschaftsbericht der Partei aufgeführt worden. Sowohl das Parteipräsidium wie auch Wolfgang Schäuble forderten Helmut Kohl auf, die Spender zu nennen, um die Aufklärung der Vorgänge zu ermöglichen. Nachdem dies keine Wirkung zeigte, ging die Parteispitze immer mehr auf Distanz und das Parteipräsidium forderte Kohl auf, seinen Ehrenvorsitz ruhen zu lassen, was dieser im Dezember 1999 auch tat.<sup>300</sup> Angela Merkel forderte die CDU am 20. Dezember auf, sich von Helmut Kohl zu lösen, worin Wolfgang Schäuble sie bestärkte.<sup>301</sup> Doch auch Schäuble selbst war nicht unbelastet und trat am 16. Februar 2000, aufgrund seiner Verwicklung in die Affäre, von seinem Amt als Bundesvorsitzender wie auch als Fraktionsvorsitzender zurück. Eine verheimlichte Bargeldspende und widersprüchliche Äußerungen über seine Kontakte zu dem Waffenhändler Schreiber bedeuteten das vorläufige Ende seiner politischen Karriere. Friedrich Merz übernahm Ende Februar 2000 den Fraktionsvorsitz.<sup>302</sup> Nun befand sich Angela Merkel als Generalsekretärin in einer Schlüsselposition. Durch ihren Quereinstieg galt sie als unbelastet. Am 10. April 2000 wurde Angela Merkel auf dem CDU-Bundesparteitag in Essen mit 897 von 935 gültigen Stimmen zur neuen CDU-Bundesvorsitzenden gewählt, womit die CDU das Parteiamt wieder vom

---

<sup>297</sup> „Die CDU befindet sich in der schwersten Krise ihrer Geschichte“ Wolfgang Schäuble, zitiert nach: Wozny, Benjamin (2008): Die CDU/CSU in der Opposition 1998 bis 2005. Politische Opposition zwischen Konfrontation, Kooperation und Regeneration. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller. S. 39.

<sup>298</sup> Vgl. Schmitt, Karl: 1990-2000; in: Becker, Winfried u. a. (Hg.) (2002): S. 106.

<sup>299</sup> Vgl. Wozny, Benjamin (2008): S. 38.

<sup>300</sup> Vgl. Schmitt, Karl: 1990-2000; in: Becker, Winfried u. a. (Hg.) (2002): S. 106.

<sup>301</sup> Vgl. Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): S. 82.

<sup>302</sup> Vgl. Huber, Martin (2008): S. 97.

Fraktionsamt trennte. Neuer Generalsekretär wurde Ruprecht Polenz, der allerdings schon nach einem halben Jahr von Lorenz Meyer ersetzt wurde.

„Außer Merkel blieb aus dem Präsidium unter Helmut Kohl 1996 nur Volker Rühe. Unter der neuen Vorsitzenden gibt es im Präsidium zwei veränderte Positionen und sieben neue Gesichter. 12 der 26 Mitglieder gehören dem Bundesvorstand erstmals an. Kohls Weggefährten und Schützlinge Norbert Blüm, Peter Hintze, Christa Thoben, Claudia Nolte, Brigitte Baumeister und Arnold Vaatz scheiden aus.“<sup>303</sup>

**Abbildung 3: Inhaber führender Parteiämter in der CDU in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages**

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Parteivorsitzende (r)	Helmut Kohl bis Nov. 1998		Wolfgang Schäuble bis Apr. 2000		Angela Merkel	
Fraktionsvorsitzende (r) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	Wolfgang Schäuble bis Feb. 2000			Friedrich Merz bis Sept. 2002		*
Generalsekretär (in)	Peter Hintze bis Nov. 1998	Angela Merkel bis Apr. 2000		**	Laurenz Mayer	

\*) Angela Merkel

\*\*) Ruprecht Polenz bis Nov. 2000

Zur Aufklärung der Finanz- und Parteispendenaffäre wurde Ende 1999 ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages gebildet; benennbare Ergebnisse konnte er bis Frühsommer 2002 jedoch nicht vorlegen. Allerdings wurde das Gesetz über die politischen Parteien (PartG) verschärft und mehr Transparenz für Parteispenden vorgeschrieben. Laut WOZNY waren Anfang 2000 die Möglichkeiten

<sup>303</sup> Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): S. 76.

der CDU, andere Themen als die Spendenaffäre betreffend zu kommunizieren, stark eingeschränkt. In der Sachpolitik habe dies die Aufmerksamkeit auf die diesbezüglich unbelastete CSU gelenkt.<sup>304</sup>

Unter dem Motto „Zur Sache“ schaltete sich die CDU mit dem Essener Parteitag wieder in die politische Auseinandersetzung ein.<sup>305</sup> Es wurde eine Kommission beauftragt, Vorschläge zur „Reform der Parteiarbeit“ zu erarbeiten. Die Absichten des Antrags fasste der neue Generalsekretär Ruprecht Polenz wie folgt zusammen: „Um als wirkliche Volks- und Mitgliederpartei die Mitte mit christlich-sozialem Profil zurück zu erobern, will die CDU ihre Organisation sanieren und die Organisationsschwäche in den neuen Bundesländern beheben.“<sup>306</sup>

### 4.2.3 Die Entwicklung der CSU

Den Ausführungen des „CSU-Experten“<sup>307</sup> Heinrich Oberreuter, den die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG als „Haus- und Hofpolitologen der CSU“<sup>308</sup> bezeichnet, folgend, möchte die Autorin nun die Entwicklungen der CSU in der Zeit von 1998-2002 näher beschreiben.

Im September 1998 hatte die CSU zwei wichtige Wahlen zu bestehen: Die Landtagswahl am 13. September und die Bundestagswahl am 27. September. Die Ausgangslage war für die Unionsparteien nicht optimal, da sich das Ende der Ära Kohl abzeichnete und eine Wechselstimmung vorherrschte. Zwar sei der „politische Immobilismus“ in Bonn neben Auszehrungstendenzen in der Koalition auch durch die Blockadestrategie der SPD im Bundesrat bewirkt worden, erklärt OBERREUTER die Gründe für die von der Bevölkerung wahrgenommene Stagnation am Ende der sechzehnjährigen Regierungszeit der Unionsparteien und nennt als Beispiel die gescheiterte Steuerreform. Doch habe sich die CSU nicht davon entlasten können, da sie durch den von ihr gestellten Bundesfinanzminister Theo Waigel

---

<sup>304</sup> Vgl. Wozny, Benjamin (2008): Wozny bezieht sich auf ein von ihm geführtes Interview mit Dr. Andreas Feser, das im Anhang dieses Bandes abgedruckt ist.

<sup>305</sup> Vgl. Schmitt, Karl: 1990-2000; in: Becker, Winfried u. a. (Hg.) (2002): S. 107.

<sup>306</sup> Zitiert nach: Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): S. 80.

<sup>307</sup> Burtscheidt, C. (2008): Interview mit CSU-Experte Oberreuter "Stoibers Reformpolitik war unglücklich" Süddeutsche Zeitung 31.07.2008. Online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/410/304386/text/>. Zuletzt überprüft am 23.12.2008.

<sup>308</sup> Burtscheidt, C. (2008).

Mitverantwortung an der kritischen Situation durch das Scheitern der Reform getragen habe.<sup>309</sup>

Zur Wechselstimmung im Vorfeld der beiden Wahlen im September 1998 führt OBERREUTER an, das die Zeit der amtierenden Regierungskoalition möglicherweise auch ohne die Fehlleistungen der letzten Monate abgelaufen wäre, zumal auch das Ergebnis der Bundestagswahl 1994 nur knapp war und sich die wirtschaftliche Situation und die Lage des Arbeitsmarktes nicht entscheidend verbessert habe.<sup>310</sup>

Zwar glänzte die CSU am 13. September mit einem Wahlsieg in Bayern, konnte damit jedoch keinen Stimmungsumschwung für die Bundestagswahl mehr bewirken, sondern erlitt vielmehr einen historischen Einbruch, indem sie zwar 50.000 Zweitstimmen mehr gewann, als bei der Landtagswahl zwei Wochen zuvor, jedoch verlor sie im Vergleich zur Bundestagswahl 1994 3,5% der Stimmen und erzielte mit nur 47,7% der Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik.<sup>311</sup>

Trotzdem verteidigte die CSU grundsätzlich ihre starke Position gegenüber der SPD in Bayern, welche bei der Bundestagswahl um 13,3 und bei der Landtagswahl um 24,2 Prozentpunkte schlechter abschnitt. Außerdem wurde die CSU drittstärkste Partei im Bund, vor FDP, Grünen und der PDS.<sup>312</sup>

OBERREUTER wertet die Ergebnisse als Hinweis darauf, dass „die CSU bei jenen Wahlen glänzende Bestätigung [fand], bei denen es allein um ihre eigenständige Politik ging. Verluste erfuhr sie dagegen, als es um die Bewertung der Leistungen und Zukunftskompetenzen der Bonner Koalition ging, in der sie die Mitverantwortung trug.“<sup>313</sup>

Laut OBERREUTER ergaben sich aus den Doppelwahlen 1998 zwei Folgerungen. Zum Ersten habe die CSU akzeptieren müssen, in ihrer besonderen bundes- und regionalpolitischen Situation nicht nur von einer Regierungsbeteiligung auf

---

<sup>309</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): Speerspitze der Opposition - die Rolle der CSU seit 1998. In: Mayer, Tilman (Hg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. München: Olzog, S. 89–101, hier S. 89.

<sup>310</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 89.

<sup>311</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 90.

<sup>312</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 90f.

<sup>313</sup> Oberreuter, Heinrich (2002): S. 91.

Bundesebene zu profitieren, sondern auch Stimmen einzubüßen. Wichtig für die CSU war nun, sich vom Abwärtstrend der CDU abzukoppeln, die in ihrem Wahlgebiet nicht einmal 30% erzielt hatte. Als zweite Folgerung habe sich eine Stärkung der CSU gegenüber der CDU ergeben, denn trotz allem habe das bürgerliche Lager in Bayern beide Wahlen gewonnen. „Der CSU-Wahlerfolg im Kontext tiefer CDU-Depression führte frühzeitig dazu, dass konservative Hoffnungen sich auf die Bayern, in zweiter Linie auf die Südschiene (Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen) richteten.“<sup>314</sup>

Laut Oberreuter sei die Rolle der CSU im Parteiensystem und speziell im Oppositionslager eher bedeutsamer geworden, da sie aufgrund der Schwäche in der CDU in die Position den potentiellen Stimmführers gerückt war. Dies gelte sowohl für ihr thematischen Schwerpunkte, als auch für ihr personelles Angebot. Schon das Landtagswahlergebnis vom 13. September sei das Fundament für eine überregionale Rolle Stoibers gewesen.<sup>315</sup>

Die CSU versuchte, sich als „Speerspitze der Opposition im Bund zu formieren, und verrannte sich nicht in einer Konfliktverschärfung gegenüber der CDU. Eine starke Union konnte nur mit zwei starken Partnern bestehen. Dieses Verhalten setzte eine Akzeptanz der Oppositionsrolle voraus und stellt damit einen Unterschied zur ersten Oppositionszeit der Union ab 1969 dar.“<sup>316</sup> Am Tag nach der Wahl trat Theo Waigel als Parteivorsitzender zurück und empfahl Edmund Stoiber als seinen Nachfolger. Auch der Generalsekretär Berndt Protzner trat zurück, sein Nachfolger wurde Thomas Goppel.

---

<sup>314</sup> Oberreuter, Heinrich (2002): Speerspitze der Opposition - die Rolle der CSU seit 1998. In: Mayer, Tilman (Hg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. München: Olzog, S. 89–101, hier S. 91f.

<sup>315</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): Speerspitze der Opposition - die Rolle der CSU seit 1998. In: Mayer, Tilman (Hg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. München: Olzog, S. 89–101, hier S. 92.

<sup>316</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): Speerspitze der Opposition - die Rolle der CSU seit 1998. In: Mayer, Tilman (Hg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. München: Olzog, S. 89–101, hier S. 92.

**Abbildung 4: Inhaber führender Parteiämter<sup>317</sup> in der CSU in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages**

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Parteivorsitzende (r)						
Generalsekretär						
Ministerpräsident						
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag						

Laut OBERREUTER erfolgten sowohl die Neuaufstellung von Partei und Kabinett als auch der Ausbau der Staatskanzlei zu einem besonderen Machtzentrum unter Rücksicht auf die Bonner Machtverhältnisse. Mit der Berücksichtigung der Minister Huber und Bocklet als Leiter der Schaltzentrale bzw. als Europaminister habe Stoiber sich „Kompetenzbasis und Rückenfreiheit zugleich für die offensichtlich angestrebte eigenständige Rolle auf Bundes- und Europaebene“ geschaffen.<sup>318</sup> OBERREUTER sieht

<sup>317</sup> In der CSU bestehen laut Kießling vier Machtzentren:

- der Parteivorsitzende
- die bayerische Staatsregierung mit dem Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei
- die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
- die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Für diese Arbeit erachtet die Autorin jedoch den Posten des Generalsekretärs als ausschlaggebender bzgl. des möglichen Einflusses auf die Leitlinien der Europapolitik als des Posten des Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Vgl. Kießling, Andreas: Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, S. 19f.

<sup>318</sup> Oberreuter, Heinrich (2002): S. 92f.

mit den Umstrukturierungen eine Konstellation geformt, die geeignet schien, den mit der Oppositionsrolle verbundenen Verlust an administrativer Unterstützung politisch wie fachlich zu kompensieren. In Ansätzen sei eine Art Gegenregierung zu Bonn entstanden.<sup>319</sup>

Zur Oppositionsstrategie der CSU auf bundespolitischer Ebene führt OBERREUTER aus, habe die politische Auseinandersetzung nun in zwei Richtungen führen müssen. Zum Einen gegen eine Verschiebung des eigenen Lagers nach Links, da jüngere Politiker der CDU solche Tendenzen vertraten. Stoiber und Schäuble seien sich einig gewesen, an der klassischen Position der bürgerlichen rechten Mitte festzuhalten. Zum Anderen „gegen eine als tief greifende gesellschaftspolitische Umwälzung verstandene rot-grüne Programmatik (...)“.<sup>320</sup> Laut OBERREUTER blieb diese Zwei-Fronten-Auseinandersetzung für die gesamte Legislaturperiode bestimmend.<sup>321</sup>

Die Verschärfung und Zuspitzung der Oppositionsstrategie sei, angesichts der Schwäche der CDU, von der CSU ausgegangen, welche, wie Stoiber feststellte, das Recht, sich einzumischen, aus ihren Wahlerfolgen ableitete. So habe die CSU anlässlich der Landtagswahl in Hessen im Februar 1999 eine Art Plebiszit gegen die „doppelte Staatsbürgerschaft“ inspiriert.<sup>322</sup> Dies war der Beginn einer Siegesserie der Unionsparteien bei acht weiteren folgenden Wahlen. Diese Wahlergebnisse zeugten laut OBERREUTER von der Unzufriedenheit mit der neuen Bundesregierung und des fehlenden Vertrauens in deren Professionalität. Bei der Europawahl im Juni 1999 erzielte die CSU für sich allein ein Ergebnis von 64,0% in Bayern, sie gewann 15,1% hinzu, verglichen mit der letzten Europawahl 1994. Die Siegesserie der Union endete jedoch vorerst abrupt mit dem bekannt werden der Spendenaffäre. Schon vor der durch die Affäre ausgelösten Krise sei es der CSU besser als der Schwesterpartei gelungen, sich als Oppositionspartei zu profilieren, konstatiert OBERREUTER. So habe die CSU im Herbst 1999 die Meinungsführerschaft in der Steuer- und Rentenpolitik beansprucht, da sie über konkrete Vorlagen verfügte, während die CDU noch an Konzepten gearbeitet habe.<sup>323</sup> Ab diesem Zeitpunkt, so OBERREUTER, sei auch klar gewesen, dass die CSU neben der Oppositionsstrategie unter günstigen Umständen

---

<sup>319</sup> Oberreuter, Heinrich (2002): S. 93.

<sup>320</sup> Oberreuter, Heinrich (2002): S. 93f.

<sup>321</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 94.

<sup>322</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 94.

<sup>323</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 95.



auch den Kanzlerkandidaten würde bestimmen wollen. Die Frage der Kanzlerkandidatur war 1998 noch offen geblieben, obwohl Stoiber immerhin als potentieller Kandidat etabliert worden war. Schäuble führte die Opposition im Bundestag an, Stoiber die im Bundesrat. Eine natürliche Konkurrenzsituation, doch beide Politiker stimmten sich stets ab. Als Schäuble aufgrund der Folgen der Spendenaffäre zurücktrat, war der Weg für Stoiber frei.<sup>324</sup>

#### **4.2.4 Das Binnenverhältnis von CDU und CSU**

Laut HELMS zählt zu den wichtigsten Entwicklungen innerhalb der Union nach dem Machtwechsel von 1998 die Dynamik des Verhältnisses zwischen CDU und CSU. In der Sachpolitik habe die CSU deutlich mehr Eigeninitiative entwickelt und der CDU ihre Strategieentscheidungen aufgedrängt. HELMS nennt als Beispiel für dieses Vorgehen den Widerstand gegen die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Auch sei Edmund Stoiber in der Öffentlichkeit bis Mitte 1999 als der eigentliche Oppositionsführer der Union wahrgenommen worden.<sup>325</sup>

OBERREUTER beschreibt die innere Situation der CDU nach der Parteispendenaffäre als desaströs und disparat und, im Gegensatz zur CSU, als weder arbeits- noch integrationsfähig. Auch ihre Führung habe kein überzeugendes Leistungsbild gezeigt. Zudem habe ein Teil der Union-Ministerpräsidenten eine von Eigeninteressen geleitete Politik verfolgt und sich nicht in strategische Grundsatzfragen einbinden lassen, wie bei der Steuer- Rentenreform im Bundesrat deutlich geworden sei. Erst nach der Nominierung des Kanzlerkandidaten sei es der Union gelungen, beim Zuwanderungsgesetz im Bundesrat Geschlossenheit zu zeigen.<sup>326</sup>

„Kompetenz und Stabilität der beiden Unionsparteien verhielten sich umgekehrt proportional zu ihrer Größe. Die CDU lebte auf wichtigen Politikfeldern von bayerischen Impulsen. Der bayerische Ministerpräsident galt nun erst recht als Oppositionsführer, ohne diese Rolle wirklich konsequent auszufüllen.“<sup>327</sup>

---

<sup>324</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 95.

<sup>325</sup> Vgl. Helms, Ludger (2000): Opposition nach dem Machtwechsel: S. 524.

<sup>326</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 95f.

<sup>327</sup> Oberreuter, Heinrich (2002): S. 96.

In regelmäßigen „Strategiegipfeln“ seien die Koordinationsprozesse zwischen beiden Parteien institutionalisiert worden.

„Die Restabilisierung der CDU ist im Blick auf die Politik-, Alternativ- und Mehrheitsfähigkeit des Unionsverbundes als vordringliches Eigeninteresse definiert worden. Denn eine schwache Bundesunion schwächt mittelfristig auch die CSU in Bayern, die ihre Überzeugungskraft dort auch durch die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag gewinnt.“<sup>328</sup>

Daher habe die CSU ihre Stärke zur inneren Stabilisierung der Union einsetzen müssen, so OBERREUTER.

#### 4.2.5 Fazit

Die Jahre 1998 bis 2001 waren für die CDU von Höhen und Tiefen geprägt. Die einschneidenden Ereignisse Regierungsverlust, Wahlerfolge bei Europawahl und Landtagswahl und die Spendenaffären auf Bundes- und Landesebene bedingten einen für die CDU ungewohnten schnellen Wechsel der personellen Führung.

Der Spendenskandal hatte einen behutsamen Übergang in die Nach-Kohl-Ära unmöglich gemacht, aber „den Weg für eine grundlegende personelle, programmatische und organisatorische Erneuerung freigemacht.“<sup>329</sup>

„Die CDU hat ohne breite Mitgliederbasis wie die CSU kaum Aussichten, allein zu regieren. Drei Jahre nach dem Verlust der Regierungsmehrheit hantiert sie mit Bausteinen für ein Politikkonzept. Ihr fehlt eine klar strukturierte, positive Botschaft, mit der sie den Wählern erklären kann, warum sie die CDU wählen sollen. Für eine erfolgreiche symbolische Politik fehlen ihr nach dem Rücktritt der mediengetragenen Altvordenen überzeugende Sprecher. Die neuen kommunikativen Ansätze von Schäuble und Merkel wurden aus den eigenen Reihen um ihre Wirkung gebracht.“<sup>330</sup>

---

<sup>328</sup> Oberreuter, Heinrich (2002): S. 96f.

<sup>329</sup> Schmitt, Karl: 1990-2000; in: Becker, Winfried u. a. (Hg.) (2002): S. 107.

<sup>330</sup> Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): S. 87.

Im Jahr 2001 änderte sich die Stimmungslage wieder und die demoskopischen Daten sprachen Ende 2001 für eine realistische Chance der Union 2002 einen Machtwechsel schaffen zu können.<sup>331</sup>

### **4.3 Europawahl 1999 – Eine „Denkzettelwahl“**

Die Europawahl wurde sowohl von den Medien als auch den politischen Parteien als Protestwahl<sup>332</sup> oder Denkzettelwahl<sup>333</sup> bezeichnet. Allgemein versteht man unter dem Begriff Protestwahl ein Wahlverhalten, bei dem der Wähler durch seine Wahlentscheidung seinen politischen Protest ausdrücken möchte. Da man in Deutschland den Begriff Protestwahl häufig mit der Wahl extremer Parteien verbindet, die Wahlergebnisse der Europawahl 1999 aber zeigen, dass sich der Anteil dieser Parteien nicht maßgeblich verändert hat<sup>334</sup>, möchte die Autorin lieber den Begriff „Denkzettelwahl“ verwenden, der den Umstand beschreibt, dass Medien wie Parteien suggerierten, dass der Wähler in dieser Wahl die amtierende Regierung abstrafen wollte. In diesem Kapitel soll die These, dass es sich bei der Europawahl 1999 um eine „Denkzettelwahl“ gehandelt hat und der Wähler die Unzufriedenheit mit der amtierenden Regierung durch sein Wahlverhalten zum Ausdruck brachte, untersucht werden.

---

<sup>331</sup> Vgl. Oberreuter, Heinrich (2002): S. 97.

<sup>332</sup> Vgl. Nölkensmeier, Petra (1999): Die SPD fürchtet keine Protestwahl - Interview mit Klaus Hänsch. In: SPIEGEL ONLINE, 07.06.1999. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,23848,00.html>, zuletzt geprüft am 29.12.2008.

<sup>333</sup> Vgl. Strohmeier, Gerd (1999): Eine nationale "Denkzettel-Wahl". Analyse. In: SPIEGEL ONLINE, 10.06.1999. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,26411,00.html>, zuletzt geprüft am 29.12.2008. Auch der Vorsitzende der SPD Brandenburg Steffen Reiche bezeichnet die Europa-Wahl am 15. Juni 1999 als eine "eindeutige Denkzettel-Wahl" für die rot-grüne Bundesregierung. Vgl. Beyerlein, Andrea (1999): SPD-Chef Reiche spricht von einer Denkzettelwahl. In: Berliner Zeitung Archiv, 15.06.1999. Online verfügbar unter <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0615/none/0009/index.html>, zuletzt geprüft am 29.12.2008.

<sup>334</sup> Die PDS erreicht 1994 4,7 Prozent der Stimmen und steigerte sich 1999 auf 5,8 Prozent. Die Republikaner erhielten 1994 3,9 Prozent der Stimmen und verschlechterten sich 1999 auf 1,7 Prozent. Vgl. Homepage des Bundeswahlleiters: <http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/>. Zuletzt überprüft am 05.02.2009.

### 4.3.1 Rolle von Europa im Wahlkampf

Laut STROHMEIER handelte es sich bei dem Europa-Wahlkampf 1999 um einen Wahlkampf, der „weitestgehend von nationalen Themen dominiert und letztlich von den Ereignissen im Kosovo überlagert wurde“<sup>335</sup>. STROHMEIER vermutete schon im Wahlkampf, dass es den Parteien auch bei dieser Europawahl nicht gelingen würde, die Wähler zu einer höheren Wahlbeteiligung, als bei den zurückliegenden Europawahlen, zu mobilisieren. Von einer niedrigen Wahlbeteiligung würden die oppositionellen Parteien profitieren, da viele Wähler vorhätten, die Europawahl als nationale "Denkzettel-Wahl" zu nutzen.<sup>336</sup>

Die Experten sehen die SPE in ihren Prognosen jedoch im Aufwärtstrend vor der EVP. Wobei aufgrund der Tatsache, dass sich im Europäischen Parlament weitestgehend eine große Koalition zwischen SPE und EVP eingestellt hat, die Stärke der beiden großen Fraktionszusammenschlüsse nach der Wahl faktisch keine große Bedeutung mehr haben wird. Dadurch war es dem Europäischen Parlament in der Vergangenheit möglich, geschlossen gegenüber anderen Organen aufzutreten.<sup>337</sup> STROHMEIER prophezeit, dass der Verlierer der Europawahl 1999 das Europaparlament selbst sein wird, da es, trotz seiner Kompetenzzuwächse seit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages 1997, seinen Stellenwert bei den Bürgern nicht erhöhen konnte. „Die Europawahl wird eben auch 1999 bleiben, was sie im Prinzip seit jeher ist: ein formeller Akt, eine nationale Stimmungswahl und ein politischer Versuch, Europa ein wenig demokratischer zu machen.“<sup>338</sup>

#### *Die Wahlprogramme*

Ein verlässlicher Indikator bei der Analyse von Politikzielen innerhalb des Wahlkampfes sind die Wahlprogramme der Parteien. Zwar muss beachtet werden, dass diese nur von politisch interessierten Wählern gelesen werden, doch die zentralen Inhalte werden auch auf anderen Wegen transportiert und erreichen somit

---

<sup>335</sup> Strohmeier, Gerd (1999): Eine nationale "Denkzettel-Wahl".

<sup>336</sup> Vgl. Strohmeier, Gerd (1999): Eine nationale "Denkzettel-Wahl".

<sup>337</sup> Vgl. Strohmeier, Gerd (1999): Eine nationale "Denkzettel-Wahl".

<sup>338</sup> Strohmeier, Gerd (1999): Eine nationale "Denkzettel-Wahl".

auch weniger interessierte Bürger. Wahlprogramme bilden somit einen Ausgangspunkt im politischen Kommunikationsprozess des Wahlkampfes.<sup>339</sup>

Wie schon bei der Bundestagswahl 1998 fanden sich die europapolitischen Themen im Europawahlkampf 1999 ganz hinten in den Wahlprogrammen der Parteien. So behandeln die CDU/CSU wie auch die SPD das Thema Europa traditionell als Unterpunkt der Außenpolitik auf den letzten Seiten der Programme. Bedeutet dies, dass sich die Parteien nicht bemühen, die Europapolitik in den Schwerpunkt des Interesses der Bürger zu stellen?

Eine Untersuchung der Inhalte der Europawahlprogramme<sup>340</sup> von BINDER/WÜST zeigt die Themenschwerpunkte der Wahlprogramme der Parteien sowie deren Entwicklung seit 1979. Demnach ergibt sich folgender Stellenwert für außen- und europapolitischer Themen:

**Abbildung 5: Die Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien nach Themenbereichen und Top-Themen (nach Parteiateilen gewichtete Aussagen), Auszug außen- und europapolitischer Themenbereiche.**

Themenbereich	Ø Anteil 1979-99	Anteil 1999	Top-Themen innerhalb des Themenbereichs (Längsschnitt)	Ø Anteil 1979-99	Anteil 1999
Außenpolitik	21	15	Internationalismus positiv	7	4
			Europa allgemein positiv	5	5
			Frieden	3	1
			Streitkräfte positiv	2	2
Freiheit und Demokratie	10	12	Verfassung/EU-Verträge positiv <sup>341</sup>	1	3
Politisches System der EU	6	9	Europaparlament positiv	2	2
			EG/EU-Erweiterung positiv	1	4
Wirtschaft	19	19	ECU/Währungsunion positiv	2	2

Quelle: Binder/Wüst (2004)<sup>342</sup>

<sup>339</sup> Vgl. Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004): Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1979-1999. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 17. S. 1. Online verfügbar unter [http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/manifestos/apuz04\\_final.pdf](http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/manifestos/apuz04_final.pdf), zuletzt geprüft am 05.02.2009.

<sup>340</sup> Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004).

<sup>341</sup> Dieses Thema war nur 1999, nicht im Längsschnitt (1979-1999) besonders wichtig.

Es zeige sich, dass außenpolitische Themen von vormals klassisch national-innenpolitischen Themen abgelöst wurden. Der Bedeutungsgewinn in den politischen Systembereichen weise auf eine stärkere Auseinandersetzung mit der Ausgestaltung Europäische Union hin, so BINDER/WÜST, es würden sehr wohl europapolitische Themen in den Vordergrund gerückt.

Die Autorin möchte sich nun den Parteien im Einzelnen zuwenden, wobei an dieser Stelle nur die CDU und CSU sowie die Regierungsparteien SPD und Grüne betrachtet werden.<sup>343</sup>

---

<sup>342</sup> Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004). S. 3.

<sup>343</sup> Diese Auswahl dient der klareren Darstellungsmöglichkeit aufgrund der Fragestellung. Vgl. zu den Daten zur FDP, PDS und der Republikaner: Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004): S. 7.

**Abbildung 6: Die Inhaltsschwerpunkte der Wahlprogramme nach Parteien (nur SPD, CDU, CSU und Grüne) (in Prozentanteilen sämtlicher Inhalte)**

Partei	Die zwei wichtigsten Themenbereiche	Ø Anteil 1979-99	Anteil 1999	Die drei wichtigsten Themen	Ø Anteil 1979-99	Anteil 1999
SPD	<b>Wirtschaft</b>	<b>23</b>	<b>25</b>	<b>Umweltschutz</b>	<b>7</b>	<b>6</b>
	<b>Außenpolitik</b>	<b>20</b>	<b>15</b>	<b>Internationalismus positiv</b>	<b>7</b>	<b>7</b>
	Wohlfahrtsstaat und Lebensqualität	15	15	<b>EG/EU allgemein positiv</b>	<b>5</b>	<b>6</b>
CDU	<b>Außenpolitik</b>	<b>22</b>	<b>16</b>	<b>Internationalismus positiv</b>	<b>8</b>	2
	<b>Wirtschaft</b>	<b>17</b>	13	<b>Umweltschutz</b>	<b>7</b>	<b>5</b>
	Pol. System allgemein	10	<b>20</b>	<b>EG/EU allgemein positiv</b>	<b>5</b>	3
				Politische Führung	5	<b>9</b>
				Menschenrechte	4	<b>5</b>
CSU	<b>Außenpolitik</b>	<b>23</b>	15	<b>Politische Führung</b>	<b>11</b>	<b>10</b>
	<b>Pol. System allgemein</b>	<b>19</b>	<b>21</b>	<b>Gesetz und Ordnung</b>	<b>6</b>	3
	Wirtschaft	16	<b>18</b>	<b>Internationalismus positiv</b>	<b>6</b>	<b>6</b>
				Finanzierung der EU negativ	2	<b>6</b>
				Landwirte/Landwirtschaft positiv	3	<b>6</b>
Grüne	<b>Außenpolitik</b>	<b>20</b>	15	<b>Frauen</b>	<b>11</b>	6
	<b>Soziale Gruppen</b>	<b>19</b>	<b>17</b>	<b>Umweltschutz</b>	<b>10</b>	<b>11</b>
	Wirtschaft	16	<b>18</b>	<b>Wachstumsparadigma negativ</b>	<b>10</b>	<b>11</b>
				Demokratie	5	<b>7</b>

Quelle: Binder/Wüst (2004)<sup>344</sup>

**Anmerkung:** Nicht fett gedruckt sind Inhalte, die 1999 und nicht im Längsschnitt (1979-99) besonders wichtig waren. Die CDU übernahm 1989 das Wahlprogramm ihrer Europa-Partei (EVP), die SPD übernahm 1989-99 das SPE Wahlprogramm.

<sup>344</sup> Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004). S. 7.

Durch eine weitere Analyse der potenziell kontroversen Europa-Themen in den Wahlprogrammen deutscher Parteien zur Europawahl 1999 legen BINDER/WÜST dar, wie oft über diese Themen gesprochen wird und ob dies in einem positiven oder negativen Sinn geschieht. Demnach behandelt die SPD die EU-Themen selten (13 bis 22 % der Inhalte) und kritisiert kaum. Die Unionsparteien diskutieren die EU-Themen intensiver (25 bis 33 % der Inhalte) und kontroverser, den Unionsparteien bereitet vor allem die Osterweiterung Sorge. Vor allem die CDU würdigen die vertraglichen Grundlagen der Union bis hin zu einer möglichen EU-Verfassung, lehnen einen Kompetenztransfers von der nationalen auf die EU-Ebene allerdings ab.<sup>345</sup>

Die Ergebnisse hätten jedoch gezeigt, dass es einen umfassenden Europakonsens der etablierten deutschen Parteien gebe und dass die positive Würdigung Europas in den Programmen überwiege. Konfliktpotential gebe es zwischen den Parteien vor allem in der unterschiedlichen Akzentsetzung innerhalb der Europapolitik.<sup>346</sup>

Wie BINDER/WÜST gezeigt haben, gewinnt das europäische politische System in den Europawahlprogrammen deutscher Parteien bis 1999 an Bedeutung, während außenpolitische Themen an Bedeutung verlieren. Es zeige sich aber auch, dass der Parteienwettbewerb bekannten, nationalen Mustern folge und das Thema ‚Europa‘ „keine grundlegenden Veränderungen der Parteipositionen zur Folge (habe):

„ein umfassender proeuropäischer Konsens der deutschen Parteien scheint ein Hinderungsgrund dafür zu sein, dass potenziell kontroverse europapolitische Themen im Vorfeld von Europawahlen klar angesprochen oder gar kontrovers diskutiert werden.“<sup>347</sup>

### **4.3.2 Der Charakter der Europawahl 1999**

Im Vorfeld der Europawahl 1999 riefen die Unionsparteien zu einer Protestwahl auf. Traditionell wurden die Europawahlen von der Bevölkerung genutzt, um die amtierende Regierung zu bestätigen oder abzustrafen. In diesem Verhalten wird der niedrige Stellenwert europapolitischer Themen und Entscheidungen offenbart. Die

---

<sup>345</sup> Vgl. Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004). S. 8.

<sup>346</sup> Vgl. Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004). S. 9.

<sup>347</sup> Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004). S. 12.



SPD versuchte, der Entwicklung der Europawahl 1999 hin zu einer Protestwahl entgegen zu wirken. So beteuerte der SPD-Spitzenkandidat KLAUS HÄNSCH, der seit 20 Jahren dem Europäischen Parlament angehörte und von 1994 bis 1997 dessen Präsident war, in einem Interview mit SPIEGEL ONLINE eine Woche vor der Wahl, er glaube nicht daran, dass die Bundesregierung vom Wähler abgestraft werden würde. Die Wähler wüssten, dass es um eine Europawahl ginge, so HÄNSCH, und nicht um eine neue Mehrheit für den Bundestag. HÄNSCH prophezeit, dass der Versuch, die Wahl zur Protestwahl umzumünzen, fehlschlagen werde.<sup>348</sup>

Jedoch muss sich die SPD schon kurz nach der Wahl eingestehen, dass die Europawahl einmal mehr eine nationale Stimmungswahl war. So zweifelt der Vorsitzende der SPD Brandenburg Steffen Reiche einige Tage nach der Wahl nicht daran, dass die Europa-Wahl eine "eindeutige Denkmahl-Wahl" für die rot-grüne Bundesregierung war. Reiche zieht daraus die Schlussfolgerung, sich auf eine harte Auseinandersetzung mit der Bundesregierung einzurichten.<sup>349</sup> Die politischen Gegner CDU und PDS in Brandenburg erkennen zwar auch einen starken Einfluss der Bundespolitik, sehen die Europawahl 1999 jedoch auch als Stimmungstest für die Landtagswahl am 5. September, womit sich der "Denkmahl" auch gegen die SPD-Landesregierung richte, wie der Vorsitzende der CDU Brandenburg und Spitzenkandidat Jörg Schönbohm ausführt.<sup>350</sup>

### **4.3.3 Interesse an Europapolitik**

In der folgenden Analyse der Europawahl stütze ich mich weitestgehend auf die Untersuchung von Jeanette Döhner aus dem Jahr 2005<sup>351</sup> die sich bei der Analyse der wahlentscheidenden Themen auf zwei Analysen von INFRATEST DIMAP und der

---

<sup>348</sup> Vgl. Nölkensmeier, Petra (1999).

<sup>349</sup> Vgl. Beyerlein, Andrea (1999).

<sup>350</sup> Vgl. Beyerlein, Andrea (1999).

<sup>351</sup> Döhner, Jeannette (2005): Die Europawahlen 1994 und 1999 in Deutschland. Eine Studie über die meinungsbildende Kraft der Printmedien und deren Einfluss auf das Wählerverhalten. Als Dissertation angenommen an der Justus-Liebig-Universität 2005. S. 57ff.

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG bezieht.<sup>352</sup> Diese beiden Umfragen erbrachten im Vorfeld der Europawahl 1999 zu ausgewählten Fragestellungen folgende Ergebnisse:

#### **4.3.3.1 Einstellungen zur Europäischen Union**

Beide Analysen bestätigen eine überwiegend positive Einstellung der Bundesbürger zu Europa. So sind laut INFRATEST DIMAP 53 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Entwicklung der Europäischen Union in die richtige Richtung geht und immerhin 40 Prozent wollen laut Konrad-Adenauer-Stiftung die Einigung der Europäischen Union vorantreiben.<sup>353</sup>

Bei der Einstellung zum Euro zeigen beide Studien, dass etwa die Hälfte der Deutschen Nachteile in der Einführung des Euro sehen. 37 Prozent sehen Vorteile in der Einführung und 11 Prozent sehen weder Vor- noch Nachteile.<sup>354</sup>

#### **4.3.3.2 Bedeutung der Europawahl**

Das Interesse der Bürger an europäischer Politikgestaltung ist relativ gering. Nach INFRATEST DIMAP könnten 77 Prozent der Befragten spontan keinen Namen eines Abgeordneten des Europäischen Parlamentes nennen. Mehr als die Hälfte der Befragten beantwortete die Frage: „Wie stark interessieren Sie sich für die Europäische Union und für Fragen der Europapolitik?“ mit „weniger stark (51%) oder „gar nicht“ (7%).<sup>355</sup>

DÖHNER führt aus, dass die Europawahl bei einem Großteil der Bevölkerung den Charakter einer Nebenwahl habe. Die Wahlbeteiligung bei einer Europawahl ist traditionell niedriger als bei einer Bundestagswahl. Zurückzuführen sei die geringe Beteiligung unter anderem darauf, dass die Entscheidungen des Europäischen Parlamentes als weniger wichtig angesehen werden als beispielsweise Beschlüsse vom Bundes- oder Landtag. So halten laut INFRATEST DIMAP nur 41 Prozent der befragten Bürger die Europawahl für eine besonders wichtige Wahl, wohingegen fast

---

<sup>352</sup> Döhner bezieht sich bei der Analyse der wahlentscheidenden Themen zum einen auf INFRATEST DIMAP: „Wahlreport. Europa hat gewählt“, Berlin 1999 und zum anderen auf die KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG: „Analyse der Europawahl vom 13. Juni 1999 in der Bundesrepublik Deutschland“, Sankt Augustin 1999.

<sup>353</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 62.

<sup>354</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 65.

<sup>355</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 61.

doppelt so viele der Befragten der Bundestagswahl 1998 einen hohen Stellenwert beigemessen haben. Die KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG erreicht etwas positivere Umfrageergebnisse. Hier gaben im Mai 1999 54 Prozent der Bürger an, dass das Europäische Parlament und seine Entscheidungen ziemlich oder sogar sehr wichtig sind. 88 Prozent der befragten Deutschen stuften die Entscheidungen des Bundestages als wichtig ein.<sup>356</sup>

#### **4.3.3.3 Der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung**

Beide Analysen zeigen, dass die Unzufriedenheit mit der Regierung in der Bevölkerung kontinuierlich gewachsen ist und nur 23 Prozent mit der Regierungsarbeit zufrieden sind. Die Bundesbürger sind dessen ungeachtet mit der Außenpolitik der Regierung zufrieden, sie erreicht 73 Prozent Zustimmung. Deutlich wird die Unzufriedenheit der Bürger bei innenpolitischen Politikbereichen, wie der Arbeitsmarktpolitik (23 Prozent Zustimmung) und der Steuerpolitik (19 Prozent Zustimmung). Zwar sei das Thema „Beurteilung der Bundespolitik“ bei INFRATEST DIMAP etwas anders gegliedert, so DÖHNER, dennoch bleibe die Aussage die gleiche, dass die rot-grüne Regierung bei der Arbeitsmarktpolitik und bei der Steuerpolitik am schlechtesten abschneide.<sup>357</sup>

Die Analysen von INFRATEST DIMAP und der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG offenbaren beide nationale Einflüsse auf die Wahlentscheidung bei der Europawahl 1999. So erklärten bei INFRATEST DIMAP 57 Prozent der befragten Parteiwähler, dass die Bundespolitik, im Gegensatz zur Europapolitik, bei ihrer Wahlentscheidung die größere Rolle gespielt habe. Nur 26 Prozent der Bürger empfinden die Europapolitik einen wichtigeren Einfluss auf ihre Wahlentscheidung.<sup>358</sup>

#### **4.3.4 Ergebnis der Europawahl**

Die CDU ging als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Sie gewann 7,3 Prozent seit der letzten Europawahl hinzu. Die Stimmengewinne der CDU lagen in allen Bundesländern jeweils zwischen 5,7 Prozent (Brandenburg) und 11,8 Prozent

---

<sup>356</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 65f.

<sup>357</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 69f.

<sup>358</sup> 15 Prozent nennen die Bundes- wie auch die Europapolitik gleichermaßen als wichtig für ihre Wahlentscheidung und 2 Prozent machen keine Angabe. Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 71.

(Mecklenburg-Vorpommern). Die CSU erzielte in Bayern sogar 15,7 Prozent mehr als bei der letzten Europawahl. Sie erreicht 64,0 Prozent der Stimmen. Die Union konnte in drei Bundesländern die absolute Mehrheit der Stimmen für sich gewinnen. In Schleswig-Holstein (CDU: 50,5 %), in Baden-Württemberg (CDU: 50,9) und in Bayern (CSU: 64,0 %). In Rheinland-Pfalz verfehlte die CDU die absolute Mehrheit knapp mit 49,96 Prozent.<sup>359</sup>

**Abbildung 7: Wahlergebnis der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland von 1999**

(Die Ergebnisse der kleineren Parteien, deren Ergebnis unter ein Prozent liegt finden sich im Anhang )

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	60 786 904	-	-
Wähler	27 468 932	45,2 <sup>360</sup>	-
Ungültige Stimmen	409 659	1,5	-
davon:	27 059 273	98,5	99
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	10 628 224	39,3	43
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	8 307 085	30,7	33
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	2 540 007	9,4	10
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	1 741 494	6,4	7
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	1 567 745	5,8	6
Freie Demokratische Partei (FDP)	820 371	3,0	-
DIE REPUBLIKANER (REP)	461 038	1,7	-

Quelle: Statistisches Bundesamt<sup>361</sup>

<sup>359</sup> Statistisches Bundesamt (2000): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999. Stuttgart 2000, Fachserie 1, Heft 5, S. 45.

<sup>360</sup> Wahlbeteiligung

<sup>361</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt (2000); Homepage des Bundeswahlleiters: <http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/>. Zuletzt überprüft am 05.02.2009.

### 4.3.5 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen

**Abbildung 8: Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Europa**

Land	Europawahl 1994 in %	Europawahl 1999 in %
Belgien <sup>362</sup>	90,7	91,0
Bundesrepublik Deutschland	60,0	45,2
Dänemark	52,9	50,5
Finnland	57,6 <sup>363</sup>	30,1
Frankreich	52,7	46,8
Griechenland <sup>364</sup>	71,2	70,3
Großbritannien	36,4	24,0
Irland	44,0	50,2
Italien <sup>365</sup>	74,8	70,8
Luxemburg <sup>366</sup>	88,5	87,3
Niederlande	35,6	30,0
Österreich	67,7 <sup>367</sup>	49,4
Portugal	34,4	39,9
Schweden	41,6 <sup>368</sup>	38,8
Spanien	59,1	63,0

Quelle: Statistisches Bundesamt<sup>369</sup>

<sup>362</sup> Es besteht Wahlpflicht.

<sup>363</sup> Erste Direktwahl am 20. Oktober 1996.

<sup>364</sup> Es besteht Wahlpflicht.

<sup>365</sup> Es besteht Wahlpflicht.

<sup>366</sup> Es besteht Wahlpflicht.

<sup>367</sup> Erste Direktwahl am 13. Oktober 1996.

<sup>368</sup> Erste Direktwahl am 17. September 1995.

<sup>369</sup> Statistisches Bundesamt (2000): S. 166ff.

Das Interesse der Bevölkerung ist bei Europawahlen im Vergleich zu den anderen Wahlen erfahrungsgemäß am geringsten.

Insgesamt verringerte sich seit 1979 die Wahlbeteiligung an Wahlen zum Europäischen Parlament stetig.

**Tabelle 9: Wahlbeteiligung im Bundesgebiet an den Europawahlen seit 1979**

Jahr	1979	1984	1989	1994	1999
Wahlbeteiligung	65,7	56,8	62,3	60,0	45,2

Quelle: Statistisches Bundesamt<sup>370</sup>

In Deutschland waren zum Zeitpunkt der Europawahl 60,8 Millionen Bürger wahlberechtigt, lediglich 27,5 Millionen machte von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung lag mit 45,2 Prozent auf dem historischen Tiefstand aller bisherigen bundesdeutschen Wahlen.<sup>371</sup>

Laut DÖHNER verlieren alle Parteien, die Gegenstand der Analyse sind, zahlreiche Wähler durch Wahlenthaltung. Die meisten Stimmen büße mit 10,3 Millionen Wählern, die ins Nichtwähler-Lager abwandern, die SPD ein. Die Unionsparteien verlieren demnach sieben Millionen Wähler an das Nichtwählerlager und die Grünen 1,3 Millionen Wählerstimmen.<sup>372</sup> Auch im Vergleich mit der letzten Europawahl verloren SPD (-1,5 Prozent) und GRÜNE (-3,7 Prozent), die CDU steigerte ihr Ergebnis um 9,9 Prozent.

Der Umstand, dass beispielsweise im Deutschen Bundestag mehr als 70 Prozent der Gesetzesvorlagen auf europäische Richtlinien basieren, sei den meisten Wählern nicht hinreichend bekannt. DÖHNER erachtet diese Kenntnis- und Informationsdefizite sowie den niedrigen Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments als Institution als ursächlich für den niedrigen Stellenwert der Wahlen zum Europäischen Parlament bei der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland. Aus diesem Grund würden Europawahlen vor allem als Testwahlen gesehen und von vielen Wählern als Denkmahl-Wahl genutzt.<sup>373</sup>

<sup>370</sup> Statistisches Bundesamt (2000): S. 39.

<sup>371</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2000): S. 38.

<sup>372</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 72.

<sup>373</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 72.

### 4.3.6 Fazit

Im Vorfeld der Europawahl 1999 riefen die Unionsparteien zu einer Protestwahl auf, die Regierungsparteien erklärten mit der Protestwahl im Nachhinein ihre schlechten Ergebnisse. Traditionell wurden die Europawahlen seit jeher von der Bevölkerung genutzt, um die amtierende Regierung zu bestätigen oder abzustrafen. Hierin zeigt sich der niedrige Stellenwert europapolitischer Themen.

Wie schon bei der Bundestagswahl 1998 fanden sich die europapolitischen Themen im Europawahlkampf 1999 ganz hinten in den Wahlprogrammen der Parteien. Dies scheint auszudrücken, dass die Parteien sich dem mutmaßlichen Desinteresse der Wähler an europapolitischen Themen beugen und auch nicht versuchen diese mehr in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Dennoch hat eine Untersuchung der Inhalte der Europawahlprogramme gezeigt, dass europapolitische Themen sehr wohl in den Vordergrund gerückt werden. Somit besteht in der Wertschätzung der Europapolitik als Wahlkampfthema ein Unterschied zu den Bundestagswahlen.

Die CDU/CSU konnten von der Unzufriedenheit mit der amtierenden Regierung profitieren, die ihre Wähler mobilisierte, zur Wahl zu gehen, während die Stammwähler der SPD vermehrt zu Hause blieben. In dieser Haltung der SPD-Wähler sieht auch Brandenburgs SPD-Vorsitzender Steffen Reiche den Grund für die großen Verluste der SPD. Die geringe Wahlbeteiligung sei ausschließlich zu Lasten seiner Partei gegangen.<sup>374</sup>

DÖHNER erklärt, bezugnehmend auf die Wahlanalyse der *Konrad-Adenauer-Stiftung*, dass unmittelbar vor der Wahl 38 Prozent der SPD-Wähler von der Politik der Sozialdemokraten enttäuscht waren. Von den CDU-Wählern sind zehn Prozent weniger von der gewählten Partei, hier der CDU, enttäuscht. Diese kritische Haltung gegenüber der Bundesregierung habe letztendlich den Ausschlag für den Erfolg der Union gegeben. Auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Arbeit der rot-grünen Regierung äußern sich sogar 89 Prozent der CDU/CSU Anhänger und 45 Prozent der SPD-Anhänger negativ.<sup>375</sup>

Der Erfolg der CDU/CSU bei der Europawahl 1999 wird durch zwei Faktoren

---

<sup>374</sup> Vgl. Beyerlein, Andrea (1999).

<sup>375</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 80.

begründet. Zum einen wird die Europakompetenz vor allem den Unionsparteien zugeschrieben. Wie in Kapitel 2 beschrieben war eines der Hauptziele Helmut Kohls in seiner Amtszeit als Bundeskanzler, die europäische Einigung voranzutreiben. Zum anderen profitierte die CDU/CSU von der Unzufriedenheit der Bürger mit der amtierenden Regierung. Dies wird deutlich, wenn man die Wählergruppen eingehend betrachtet. So lag die CDU/CSU sogar bei Wählergruppen vorne, die traditionell eher der SPD anhängen, wie z.B. die Arbeiter oder konnte ihren Anteil erheblich verbessern, wie z.B. bei den Jung- und Erstwählern. Die CDU/CSU hat zwar im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl 1998 13,7 Prozentpunkte dazu gewonnen, aber trotzdem aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung 4,1 Millionen Stimmen weniger bekommen als bei der vorangegangenen Bundestagswahl. Die SPD verlor total noch mehr Wählerstimmen. Sie wurde bei der Bundestagswahl 1998 noch von 20,2 Millionen Bundesbürgern gewählt, bei der Europawahl 1999 erhielt sie nur noch 8,3 Millionen Stimmen.<sup>376</sup>

---

<sup>376</sup> Vgl. Döhner, Jeannette (2005): S. 80ff.



## **4.4 Handlungsspielräume der CDU/CSU Bundestagsfraktion in der Opposition**

### **4.4.1 Aufgaben der parlamentarischen Opposition in Deutschland: Kritik, Kontrolle und Alternativen**

Der Begriff Opposition bezeichnet allgemein: „Im Widerspruch oder im Gegensatz zu etwas stehen.“ Politische Opposition „bezeichnet die im Parlament vertretenen Parteien, die sich (als Minderheit) gegen die Regierung und die Parteien der (Regierungs-) Mehrheit stellen. Die politische Opposition ist insofern wesentliches Element moderner Demokratien, als sie (mehr noch als die Parteien der Regierungsmehrheit) die parlamentarischen Kontrollaufgaben gegenüber der Exekutive wahrnimmt.“<sup>377</sup> SCHUBERT/KLEIN zufolge ist zwischen

- 1) parlamentarischer Opposition, die ihre Ziele innerhalb des parlamentarischen Systems verfolgt,
- 2) außerparlamentarischer Opposition, die ihre Ziele durch gesellschaftliche Opposition durchzusetzen sucht, und
- 3) fundamentaler Opposition, die ihre Ziele außerhalb der gegebenen Verfassungsordnung verfolgt,

zu unterscheiden.<sup>378</sup>

In dieser Arbeit soll, nach Ausklammerung von außerparlamentarischer sowie fundamentaler Opposition, ein nach dem klassischen Verständnis auf die parlamentarische Opposition verengter Oppositionsbegriff verwendet werden. Hiernach handelt „es sich bei „der Opposition“ um die nicht an der Regierung beteiligte(n), parlamentarisch repräsentierte(n) politische(n) Partei(en)“.<sup>379</sup> Auch wenn HELMS den Oppositionsbegriff vieler Untersuchungen, „die allein der parlamentarischen Opposition den Rang einer institutionell verankerten Form von politischer Opposition vorbehalten“<sup>380</sup> als zu eng angelegt betrachtet, räumt er

---

<sup>377</sup> Schubert, Klaus; Klein, Martina (1997): Das Politiklexikon. Bonn: Dietz, S. 202.

<sup>378</sup> Die parlamentarische Opposition verfolgt ihre Ziele innerhalb des parlamentarischen Systems, die außerparlamentarische Opposition versucht ihre Ziele durch gesellschaftliche Opposition durchzusetzen und die fundamentale Opposition verfolgt ihre Ziele außerhalb der gegebenen Verfassungsordnung. Vgl. Schubert, Klaus; Klein, Martina (1997): S. 202.

<sup>379</sup> Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 12.

<sup>380</sup> Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 15.

dennoch ein, das die parlamentarische Opposition in vielen Ländern die zentrale institutionelle Form der politischen Form darstelle.<sup>381</sup> Da in der Fragestellung dieser Arbeit eine Beschränkung auf die oppositionelle Arbeit der Parteien CDU und CSU impliziert ist, kann der oben beschriebene Oppositionsbegriff zur Anwendung kommen. Auch erachtet HELMS die Unterscheidung zwischen institutionalisierter politischer und rechtlicher Opposition als notwendig, da man Verfassungsgerichte im Normalfall kaum als politische Oppositionsinstanz werten könne<sup>382</sup>. Jedoch nennen weitere Quellen die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts ausdrücklich als Kontrollinstrument<sup>383</sup>. Inwieweit sich die parlamentarische Opposition der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (VerfG) in ihrer Oppositionsstrategie bezüglich der Europapolitik bedient und ob die Autorin einer Ausklammerung der sogenannten rechtlichen Opposition zustimmen kann, wird in Kapitel 4.3.2.6 erörtert.

Man unterscheidet bezüglich des oppositionellen Verhaltens zwischen kompetitiver Opposition und kooperativer Opposition, in der Realität treten jedoch vor allem Mischformen auf. Inwieweit die Oppositionsstrategie der CDU/CSU einer dieser Formen zugeordnet werden kann, gerade auch im Teilbereich der Europapolitik, soll in Kapitel 5 erörtert werden.

Es stellt sich die Frage nach den Aufgaben und Instrumenten der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar werden die Funktionen und Aufgaben der Opposition in den Standardwerken über das politische System Deutschlands meist nur beiläufig erwähnt, jedoch können als Literatur einzelne Werke über die Opposition herangezogen werden, worin die Aufgaben und Instrumente der Opposition näher erörtert werden. Beispielhaft möchte die Autorin hierzu HELMS<sup>384</sup> nennen. In diesem Werk kann auch die geschichtliche Entwicklung des Begriffes „Opposition“ nachgelesen werden, da ein näheres Eingehen hierauf im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist.

---

<sup>381</sup> Vgl. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 15.

<sup>382</sup> Vgl. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 15f.

<sup>383</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Parlamentarische Demokratie, Informationen zur politischen Bildung Nr. 295, 2007, S. 8. Hier werden Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht als den Bundestagsabgeordneten bzw. Fraktionen zur Verfügung stehendes Kontrollinstrument genannt.

<sup>384</sup> Vgl. z.B. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition.

„Regierung und Opposition stehen in einem reziproken Verhältnis zueinander. Das Verhalten der Oppositionspartei orientiert sich immer auch an dem Verhalten der Regierungsparteien und umgekehrt ist auch die Regierung von der Opposition beeinflusst.“<sup>385</sup>

Drei grundlegende Aufgaben der Opposition in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland sind Kritik, Kontrolle und das Aufzeigen von Alternativen in Bezug auf die Regierung. Die Kritik kann sowohl durch Mittel des parlamentarischen Systems als auch über Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Auf die parlamentarischen Kontrollrechte wird die Autorin im nächsten Kapitel näher eingehen. Das Aufzeigen von Alternativen ist integraler Bestandteil der Opposition. Sie fungiert als Regierung im Wartestand („fleet in being“) und sollte stets darauf hinarbeiten, die Regierung bei der nächsten Wahl abzulösen. Dies erreicht sie „durch ständige Verdeutlichung von personellen wie politisch-inhaltlichen Alternativen“.<sup>386</sup>

Bevor in diesem Kapitel erläutert wird, welche Instrumente der parlamentarischen Opposition zur Verfügung stehen, bedarf es einer Konkretisierung des rechtlichen Status von Opposition in der Bundesrepublik. Von „Oppositionsrechten“ ist weder im Grundgesetz noch in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages die Rede. Verfahrensrechtlich hat die Opposition den Status einer beliebigen parlamentarischen Minderheit und macht von den Minderheitsrechten einzelner Abgeordneter bzw. Abgeordnetengruppen Gebrauch.<sup>387</sup> HELMS beschreibt den Sachverhalt wie folgt:

„Ihr [der Opposition] fehlt aber gleichwohl die besondere staatsrechtliche Anerkennung, die der Opposition im britischen Unterhaus zuteil wird. Im übrigen handelt es sich bei den meisten parlamentarischen Minderheitenrechten um solche Rechte, die nur von einer qualifizierten Minderheit – in aller Regel einer Gruppe von Abgeordneten in Fraktionsstärke (heute fünf Prozent der Gesamtheit der Abgeordneten) – wahrgenommen werden können. Nur eine kleine Minderheit von parlamentarischen Kontroll- und Mitwirkungsrechten können vom einzelnen Abgeordneten ausgeübt werden.“<sup>388</sup>

HELMS gibt zu bedenken, dass viele der institutionellen Instrumente, derer sich die Oppositionsparteien in der Bundesrepublik bedienen, nicht in der parlamentarischen

---

<sup>385</sup> Schlieben, Michael (2007): Politische Führung in der Opposition. Die CDU nach dem Machtverlust 1998. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 37.

<sup>386</sup> Bundeszentrale für politische Bildung: Parlamentarische Demokratie S. 8.

<sup>387</sup> Vgl. Wozny, Benjamin (2008): S. 12.

<sup>388</sup> Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 42f.

Arena im engeren Sinn beheimatet seien. Dies gelte für den Bundesrat und für das Bundesverfassungsgericht. Trotzdem kämen diese beiden Einrichtungen dem Handlungsspielraum und der Durchsetzungsfähigkeit der Oppositionsparteien im Bundestag zugute, auch wenn beispielsweise die Vetomacht des Bundesrates nicht, wie die parlamentarischen „Oppositionsrechte“, von einer Minderheit in Anspruch genommen werden können.<sup>389</sup>

Im Folgenden werden nun die, der parlamentarischen Opposition zur Verfügung stehenden, Instrumente und ihre Nutzung durch die Unionsparteien in ihrer Oppositionszeit von 1998 bis 2002 erläutert.

#### **4.4.2 Mitwirkungsrechte und Kontrollinstrumente**

Zu den Hauptaufgaben des Deutschen Bundestages zählt neben der Gesetzgebung und der Regierungsbildung auch die Wahrnehmung der Kontrollfunktion. Besondere Bedeutung kommt dabei den speziell garantierten Kontrollrechten der Opposition zu, die in den europäischen parlamentarischen Demokratien oft in der Verfassung verankert sind.<sup>390</sup> Wie im letzten Kapitel dargelegt, verfolgt die Opposition das Ziel, dem Bürger Alternativen anzubieten, um die amtierende Regierung möglichst bald abzulösen. Oppositionelle Kritik zielt aus diesem Grund auf die öffentliche Wahrnehmung und benutzt somit andere Mittel als die Regierungsmehrheit, die interne Initiativen möglichst unbeachtet von der Öffentlichkeit vornehmen wird, um nicht den Eindruck mangelnder Geschlossenheit zu erzeugen.<sup>391</sup>

Zahlreiche Kontrollinstrumente stehen den Abgeordneten bzw. Fraktionen zur Verfügung, wobei viele davon ausdrücklich als Minderheitsrechte ausgestaltet sind. Die parlamentarische Minderheit genießt neben Kontrollrechten eine Vielzahl von Mitwirkungs- und Vetorechten und verfügt, wie im letzten Unterkapitel dargelegt, auch über außerparlamentarische Einflussmöglichkeiten. Im Folgenden ist

---

<sup>389</sup> Vgl. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 43.

<sup>390</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Parlamentarische Demokratie, S. 11.

<sup>391</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Parlamentarische Demokratie, S. 11f.

zusammengestellt, in welchem Ausmaß die Opposition die verschiedenen parlamentarischen Instrumentarien<sup>392</sup> in Anspruch genommen hat.<sup>393</sup>

#### 4.4.2.1 Anfragen

Anfragen sind die am häufigsten angewandten Kontrollinstrumente des Bundestages. Die Geschäftsordnung unterscheidet zwischen

- Großen Anfragen (früher Interpellationen genannt)
- Kleinen Anfragen
- Mündlichen Anfragen (Fragestunde)
- Schriftlichen Fragen

Charakteristisch für die Großen Anfragen ist, dass hierbei über die Antwort der Bundesregierung eine Beratung (Aussprache) zulässig ist, während der auch Entschließungsanträge gestellt werden können. Große Anfragen behandeln umfangreiche Themenkomplexe wie zum Beispiel „Wirtschaftliche Auswirkungen der EU-Osterweiterung“. Große Anfragen dienen neben der sachlichen Information auch der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Politik der Regierungskoalition, da sie zur Debatte auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt werden können. Die Kleinen Anfragen werden grundsätzlich schriftlichen beantwortet; Frage und Antwort werden als Bundestagsdrucksache verteilt. Für die Behandlung der Mündlichen Anfragen wurde 1952 eine Fragestunde eingeführt.<sup>394</sup>

---

<sup>392</sup> Weitere parlamentarische Kontrollrechte und Kontrolltätigkeiten, die an dieser Stelle nicht weiter behandelt werden, sind z.B.: Wahlprüfung, Rechenschaftsberichte der Parteien, Immunitätsangelegenheiten, Regierungserklärungen, Vertrauensfrage des Bundeskanzlers, Missbilligungs- und Entlassungsanträge gegenüber Regierungsmitgliedern, Herbeirufung von Regierungsmitgliedern, Berichte der Bundesregierung an den Bundestag, Sondersitzungen, Öffentliche Anhörungen, die Registrierung von Interessenverbänden, Enquete-Kommissionen, Vermittlungsverfahren, Petitionsrecht und Petitionsverfahren, Wehrbeauftragter des Bundestages. Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 614ff. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Parlamentarische Demokratie, S. 43.

<sup>393</sup> Hierbei kann, aufgrund der Vielzahl an Einflussmöglichkeiten, kein allumfassender Bericht gegeben werden, sondern es werden ausgewählte Bereiche, welche die Autorin als aussagekräftig erachtet, überblicksartig dargestellt und ausgewertet.

<sup>394</sup> Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 43.

#### 4.4.2.1.1 Große Anfragen

Große Anfragen sind ebenso wie Kleine Anfragen und Aktuelle Stunden als Minderheitenrecht ausgestaltet, bedürfen aber der Unterstützung einer Abgeordnetengruppe in Fraktionsstärke.<sup>395</sup> HELMS beschreibt die Relevanz der Großen Anfragen wie folgt:

„Die Großen Anfragen stellen neben eigenen Gesetzentwürfen und den 1965 eingeführten Aktuellen Stunden das nach Einschätzung vieler Beobachter wichtigste Mittel der Opposition zur Durchsetzung größerer Plenardebatten zu selbstgewählten Themen dar, deren Kernwirkung weniger in der Informationsgewinnung als in der öffentlichen bzw. öffentlichkeitswirksamen Thematisierung von (vermeintlichen oder tatsächlichen) Schwachpunkten der Regierung liegt.“<sup>396</sup>

Insgesamt wurden in der 14. Wahlperiode 101 Große Anfragen an die Bundesregierung gerichtet 96 davon von der Opposition<sup>397</sup>, das entspricht einem Anteil von 95,1 Prozent. Das sich hierin das oppositionelle Handeln äußert, wird deutlich, wenn man die Daten der 14. mit denen der 13. Wahlperiode vergleicht: Während die CDU/CSU in der 14. Wahlperiode 59 Große Anfragen gestellt hat, waren es in der 13. Wahlperiode nur 15 zusammen mit der FDP und eine mit FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Umgekehrt hatten die SPD in der 13. Wahlperiode 80 Große Anfragen gestellt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 47 Große Anfragen eingebracht, aber in der 14. Wahlperiode nur 5 Große Anfragen gemeinsam gestellt.

**Abbildung 10: Große Anfragen der CDU/CSU-Fraktion in der 13. und 14. Wahlperiode**

Fraktionen	Große Anfragen 13. WP	Große Anfragen 14. WP
CDU/CSU	0	59
CDU/CSU und FDP	15	0
CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und FDP	1	0

Quelle: Datenhandbuch der Bundesregierung<sup>398</sup>; eigene Art der Darstellung.

<sup>395</sup> Vgl. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S.43f.

<sup>396</sup> Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S.44.

<sup>397</sup> CDU/CSU brachten 59 Große Anfragen ein, die FDP 23, die PDS 14 und SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN 5.

<sup>398</sup> Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 615.

Von den 59 Großen Anfragen<sup>399</sup>, welche die CDU/CSU-Fraktion in der 14. Wahlperiode stellte, befassten sich fünf mit europapolitischen Themen<sup>400</sup>. Der Anteil der sich mit europapolitischen Themen befassenden, Großen Anfragen der CDU/CSU an den insgesamt eingebrachten Großen Anfragen beträgt in etwa 8,5 % und es wurden folgende Themen behandelt:

**Abbildung 11: Große Anfragen mit europapolitischen Themen, gestellt von der CDU/CSU**

Lfd.-Nr.	Thema der Großen Anfrage	Drucksache der Anfrage	Drucksache der Antwort	Behandlung im Bundestag
17	Strafverfolgung in (einem zusammenwachsenden) Europa	14/1774	14/4991	218. Sitz.
36	Zukunft der deutschen Regionalförderpolitik im Zusammenhang mit der Reform des Strukturfonds der Europäischen Union	14/3353	14/4112	133. Sitz.
47	Erweiterung der Europäischen Union	14/3872	14/5232	155. Sitz.
70	Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft innerhalb der Europäischen Union	14/5841	14/6955	198. Sitz.
94	Wirtschaftspolitische Auswirkungen der EU-Osterweiterung	14/8316	-	-

Quelle: Eigene Recherche in der im Datenhandbuch befindlichen Übersicht.<sup>401</sup>

Dieser Trend zeigt sich jeweils auch bei Kleinen Anfragen, Mündlichen Fragen, Schriftlichen Fragen und Dringlichen Fragen.

#### 4.4.2.1.2 Kleine Anfragen

Von 1813 in der 14. Wahlperiode gestellten Kleinen Anfragen entfielen 1796 auf die Opposition, was 99,1% entspricht<sup>402</sup>. 324 dieser Kleinen Anfragen stellte die CDU/CSU-Fraktion und vier Kleine Anfragen wurden von Abgeordneten der CDU/CSU gestellt, im Gegensatz zu der sehr geringen Anzahl der 13. Wahlperiode:

<sup>399</sup> Eine Übersicht der Themen aller Großen Anfragen der 14. Wahlperiode findet sich in: Feldkamp, Michael F. (2005): S. 626ff.

<sup>400</sup> 4 weitere befassten sich mit Themen der Internationalen Politik; näheres siehe Anhang.

<sup>401</sup> Feldkamp, Michael F. (2005), S. 626ff

<sup>402</sup> Einen Großteil der Kleinen Anfragen, nämlich 1127 stellte die PDS.

**Abbildung 12: Kleine Anfragen in der 13. und 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages**

Fraktionen	Kleine Anfragen	Kleine Anfragen
	13. WP	14. WP
CDU/CSU	6	324
CDU/CSU und FDP	13	0
CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1	0
CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und FDP	4	0
Abgeordnete der CDU/CSU	0	4

Quelle: Datenhandbuch der Bundesregierung<sup>403</sup>; eigene Art der Darstellung.

**Abbildung 13: Ausgewählte Kleine Anfragen der CDU/CSU in der 14. Wahlperiode, die Europapolitik betreffend**

Drucksache	Datum	Eingereicht von	Titel
14/404	22.02.99	Dr. Michael Luther; Fraktion der CDU/CSU	Umstrukturierungsprozeß (sic!) in Osteuropa
14/682	23.03.99	Dr. Jürgen Rüttgers; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 1999
14/1174	15.06.99	Heinrich-Wilhelm Ronsöhr; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Situation der deutschen Milcherzeuger und die Entwicklung des Milchmarktes in der EU
14/1611	14.09.99	Erich G. Fritz; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Handelsgespräche zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur über die Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2005
14/1748	05.10.99	Fraktion der CDU/CSU	Politische Entwicklung in Montenegro
14/1793	05.10.99	Ronald Pofalla; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Bundeskanzler Gerhard Schröder und EU- Balkanbeauftragter Bodo Hombach
14/2738	15.02.2000	Klaus-Jürgen Hedrich; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Leistungen im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa

<sup>403</sup> Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 615.



14/2740	15.02.2000	Dr. Karl-Heinz Hornhues; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Hilfsmaßnahmen des Europarates für die russische Republik Tschetschenien und für andere russische Republiken im Nordkaukasus
14/3708	27.06.2000	Dr. Harald Kahl; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Biozid-Produkte-Richtlinie der Europäischen Union
14/3829	04.07.2000	Gerda Hasselfeldt; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Wirksame Bekämpfung des grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetrugs
14/5495	06.03.2001	Hartmut Schauerte; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Belastungen des deutschen Mittelstands durch eine Zentralisierung von Patentverletzungsstreitigkeiten in Europa
14/5597	13.03.2001	Renate Diemers; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Chancengleichheit von berufstätigen Frauen in Deutschland und in der EU
14/5709	27.03.2001	Marie-Luise Dött; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Verbesserungen für Freiwillige in europäischen und internationalen Freiwilligendiensten
14/6663	03.07.2001	Heinrich-Wilhelm Ronsöhr; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Ungereimtheiten in der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik auf EU-Ebene?
14/7199 <sup>404</sup>	16.10.2001	Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid); u.a.; Fraktion der CDU/CSU	<i>Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und die Konsequenzen für die bundesdeutsche Gesundheitspolitik</i>

Quelle: Eigene Recherche<sup>405</sup>

<sup>404</sup> Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist, nach der Definition von Europapolitik, wie sie in der Einleitung dargelegt wurde, kein europapolitisches Thema. Da es die Europapolitik aber beeinflussen kann, speziell hinsichtlich der GASP und ESVP, soll es hier zwar erwähnt, aber nicht näher erörtert werden.

<sup>405</sup> Eigene Recherche aller in den VERZEICHNISSEN DER DRUCKSACHEN aufgeführten Drucksachen der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode, Bonn 1998. Drucksachen Band 621 bis Band 713.

#### 4.4.2.1.3 Sonstige Fragen

Von 3299 in der 14. Wahlperiode gestellten *Mündlichen Fragen* entfielen 3110 auf die Opposition, was 94,3% entspricht. 2226 dieser Mündlichen Fragen stellte die CDU/CSU-Fraktion, im Gegensatz zu 509 Mündlichen Fragen in der 13. Wahlperiode.

Von 11838 *Schriftlichen Fragen* in der 14. Wahlperiode entfielen 10400 (87,9%) auf die Opposition, 8305 stellte die CDU/CSU-Fraktion, im Gegensatz zu 2791 in der 13. Wahlperiode.

Von 80 *Dringlichen Fragen* in der 14. Wahlperiode entfielen 78 (97,5%) auf die Opposition, 52 stellte die CDU/CSU-Fraktion, im Gegensatz zu 5 in der 13. Wahlperiode.<sup>406</sup>

#### 4.4.2.2 Anträge

Wie in der Einleitung dargelegt, versteht die Autorin den Begriff Europapolitik als die „speziell auf die Einigung (und Integration) Europas zielende Politik“. Dies zugrundelegend, soll nun eine Analyse der Anträge im Deutschen Bundestag zeigen, welche Anträge mit europapolitischem Bezug die CDU/CSU-Fraktion gestellt hat. Die folgende Auflistung basiert auf einer Recherche aller Drucksachen des Deutschen Bundestages der 14. Wahlperiode<sup>407</sup>. Diese Analyse soll zusammen mit den Auswertungen der weiteren Mitwirkungsrechte sowie der programmatischen Veröffentlichungen den Überblick über das oppositionelle Verhalten der CDU/CSU komplettieren.

---

<sup>406</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage folgender Daten: Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 615.

<sup>407</sup> Eigene Recherche aller in den VERZEICHNISSEN DER DRUCKSACHEN aufgeführten Drucksachen der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode, Bonn 1998. Drucksachen Band 621 bis Band 713.

**Abbildung 14: Von der Fraktion der CDU/CSU bzw. von Mitgliedern dieser Fraktion gestellte Anträge in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages**

Drucksache	Datum	Art des Antrages <sup>408</sup>	Gestellt von:	Titel
14/31 <sup>409</sup>	11.11.98	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Widerstand gegen die Aufhebung des Exportverbots für britisches Rindfleisch durch die EU-Kommission
14/159	08.12.98	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Festigung und Fortentwicklung der Europäischen Union während der deutschen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 1999
14/166	08.12.98	Entschl Antr	Fraktion der CDU/CSU	Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999
14/293	19.01.99	Antr	Dr. Michael Luther; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Energiepreiserhöhungen zurücknehmen, Energiebesteuerung in Europa harmonisieren
14/294	19.01.99	Antr	Gerda Hasselfeldt; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Harmonisierung der gastgewerblichen Mehrwertsteuersätze in der Europäischen Union
14/396	22.02.99	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Agenda 2000 – Europa voranbringen, einen fairen Interessenausgleich sichern
14/537	16.03.99	Antr	Dr. Ralf Brauksiepe; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Europäische Entwicklungszusammenarbeit reformieren
14/655	23.03.99	Antr	Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen); u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Deutschland muss verlässlicher Partner in europäischer Raumfahrt bleiben
14/675	26.03.99	Entschl Antr	Fraktion der CDU/CSU	Lage im Kosovo nach dem Eingreifen der NATO und Sondertagung des Europäischen Rates in Berlin
14/819	21.04.99	Antr	Kurt-Dieter Grill; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Zusagen zum Bau von sicheren Ersatzreaktoren in der Ukraine
14/1853	26.10.99	Antr	Klaus-Jürgen Hedrich; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Bonn

<sup>408</sup> Antrag (Antr); Entschließungsantrag (EntschlAntr); Änderungsantrag (ÄndAntr).

<sup>409</sup> Siehe auch Drucksache 14/41.

14/1955	02.11.99	Antr	Birgit Schnieber-Jastram; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Beschäftigungspolitik
14/2233	30.11.99	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Regierungskonferenz 2000 und Osterweiterung – Herausforderungen für die Europäische Union an der Schwelle zum neuen Millennium
14/2521	18.01.2000	Antr	Werner Lensing; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Vorbereitung auf neue Herausforderungen an Deutschlands Sicherheitspolitik
14/2695	15.02.2000	Antr	Dr. Jürgen Rüttgers; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Modernes europäisches Asyl- und Ausländerrecht
14/2768 (neu)		Antr	Karl Lamers; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Den Stabilitätspakt Südosteuropa mit Leben erfüllen
14/2910	14.03.2000	Antr	Klaus Hofbauer; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	A 6 als wichtige europäische West-Ost-Straßenverbindung vorrangig fertig stellen
14/3093	04.04.2000	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Kosovo-Politik überprüfen und weiterentwickeln
14/3096	04.04.2000	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Zulassung von Pflanzenschutzmitteln auf nationaler und EU-Ebene beschleunigen
14/3101	04.04.2000	Entschl Antr	Fraktion der CDU/CSU	Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rates vom 23./24. März 2000 in Lissabon
14/3368	16.05.2000	Antr	Peter Hintze; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Die Rechte der Bürger stärken – Für eine bürgernahe Charta der Grundrechte der Europäischen Union
14/3377	16.05.2000	Antr	Peter Hintze; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Innere Reform der Europäischen Union
14/3378	16.05.2000	Antr	Karl Lamers; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Für eine gemeinsame europäische Position in der Frage der Raketenabwehr
14/3666	27.06.2000	Antr	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	25 Jahre KSZE/OSZE
14/3669	27.06.2000	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Europäische Lebensmittelbehörde nach Deutschland

14/3672	27.06.2000	Antr	Günter Baumann; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Für mehr Sicherheit an der deutsch-tschechischen Grenze
14/3771	04.07.2000	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Reform der EU-Entwicklungszusammenarbeit ist bislang Stückwerk und muss konsequent vorangetrieben werden
14/3776	04.07.2000	Antr	Hartmut Schauerte; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Fairer Wettbewerb und Rechtssicherheit bei Unternehmensübernahmen in Europa
14/4162	26.09.2000	Antr	Katherina Reiche; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Für eine zukunftsgerichtete deutsch-polnische Freundschaft
14/4246	10.10.2000	Antr	Wolfgang Bosbach; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Entwurf der Charta der Grundrechte der Europäischen Union
14/4383	24.10.2000	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Der deutschen Außenpolitik wieder Einfluss geben
14/4390	24.10.2000	Antr	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion der F.D.P.	50 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention
14/4529	07.11.2000	Antr	Wolfgang Bosbach; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Familienzusammenführung sachgerecht regeln – EU-Richtlinienvorschlag ablehnen
14/4643	14.11.2000	Antr	Klaus Hofbauer; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Deutsche Grenzregionen auf die EU-Erweiterung durch einen Grenzgürtel-Aktionsplan vorbereiten
14/4732	27.11.2000	Antr	Peter Hintze; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Der Europäische Rat von Nizza muss zum Erfolg für Europa werden
14/5137	23.01.2001	Antr	Wolfgang Börnsen (Bönstrup); u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen für die deutsche und europäische Werftindustrie
14/5138	23.01.2001	Antr	Karl Lamers; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Chancen des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages für Versöhnung stärker nutzen

14/5448	06.03.2001	Entschl Antr	Peter Hintze; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Erweiterung der Europäischen Union
14/5549	13.03.2001	Antr	Volker Rühle; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Für eine neue Sicherheitsstrategie im 21. Jahrhundert
14/5754	03.04.2001	Antr	Wolfgang Bosbach; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	EU-Richtlinienvorschlag zur Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms überarbeiten
14/5759	03.04.2001	Antr	Wolfgang Bosbach; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	EU-Richtlinienvorschlag zu Mindestnormen in Asylverfahren überarbeiten
14/5959	08.05.2001	Antr	Dr. Andreas Schockenhoff; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Die deutsch-französischen Beziehungen neu begründen
14/6039	15.05.2001	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Verbraucherschutz auf nationaler und EU- Ebene fortentwickeln
14/6047	15.05.2001	Antr	Fraktion der CDU/CSU	Tierschutz auf nationaler und EU-Ebene fortentwickeln
14/6056	16.05.2001	Antr	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Fraktion der F.D.P.	Initiative des Europäischen Parlaments zur Buchpreisbindung in Europa unterstützen
14/6190	29.05.2001	Entschl Antr	Fraktion der CDU/CSU	Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo
14/6316	20.06.2001	Antr	Wolfgang Börnsen (Bönstrup); u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Frontpartien von Fahrzeugen europaweit fußgängersicher gestalten
14/6322	20.06.2001	Antr	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Fraktion der FDP	Deutsche und Polen in Europa: Eine gemeinsame Zukunft

14/6634	03.07.2001	Antr	Hartmut Schauerte; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Für ein modernes Wettbewerbs- und Kartellrecht in Europa
14/6638	03.07.2001	Antr	Peter Hintze; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Förderung der Grenzregionen zu den Beitrittsländern
14/6839	29.08.2001	EntschlAntr	Fraktion der CDU/CSU	Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium
14/6948	24.09.2001	Antr	Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen); u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Mit dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm 2002 bis 2006 den europäischen Forschungsraum stärken
14/7065 (neu) <sup>410</sup>	09.10.2001	Antr	Wolfgang Bosbach; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	<i>Sicherheit 21 – Was zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus jetzt zu tun ist</i>
14/7512	16.11.2001	EntschlAntr	Fraktion der CDU/CSU	<i>Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktionen auf terroristische Angriffe gegen die USA</i>
14/7781	11.12.2001	Antr	Peter Hintze; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Europa richtig voranbringen – Weichenstellung durch den Europäischen Rat in Laeken/Brüssel
14/7861	13.12.2001	ÄndAntr	Wolfgang Bosbach; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	<i>Terrorismusbekämpfungsgesetz</i>
14/7938	22.12.2001	EntschlAntr	Fraktion der CDU/CSU	<i>Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan</i>
14/8029	22.01.2002	Antr	Dr. Christian Ruck; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Weißbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik
14/8100	29.01.2002	Antr	Volker Rühle; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Die zweite Runde der NATO-Erweiterung auch als Beitrag zur Stabilisierung Südosteuropas konzipieren

<sup>410</sup> Die Bedrohung durch den Internationalen Terrorismus ist, wie in Fußnote oben bereits erwähnt, nach der Definition von Europapolitik, wie sie in der Einleitung dargelegt wurde, kein europapolitisches Thema. Da es die Europapolitik aber beeinflussen kann, speziell hinsichtlich der GASP und ESVP, soll es hier zwar erwähnt, aber nicht näher erörtert werden. Dies gilt auch für die folgenden kursiv gedruckten Tabelleninhalte.

14/8104	29.01.2002	Antr	Winfried Mante; u.a.; Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion der FDP	Die Zusammenarbeit Deutschlands und Ungarns in der Erweiterten Europäischen Union
14/8283	19.02.2002	Antr	Andreas Schmidt (Mülheim); u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Untätigkeit der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission im Hinblick auf den Abschluss des Hauptprüfungsverfahrens in Sachen Investitionsbeihilfen für Leuna/Minol
14/8489	12.03.2002	Antr	Peter Hintze; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Notwendige Reformen für die zukünftige EU: Forderungen an den Konvent
14/8637	20.03.2002	EntschlAntr	Karl Lamers; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium
14/8835	19.04.2002	Antr	Volker Rühle; u.a.; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion der FDP	Die zweite Runde der NATO-Erweiterung auch als Beitrag zur Stabilisierung Südosteuropas konzipieren
14/8862	24.04.2002	Antr	Volker Rühle; u.a.; Fraktion der CDU/CSU	Eine deutliche gemeinsame europäische Position für eine gerechte Friedenslösung im Nahen Osten
14/9554	26.06.2002	Antr	Wolfgang Thierse; u.a.; Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion der FDP	Parlamentarische Dimension und die Zukunft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa



#### 4.4.2.3 Aktuelle Stunden

Auch die Aktuellen Stunden sind, neben den Großen Anfragen, ein wichtiges Mittel, um Öffentlichkeit herzustellen.<sup>411</sup> Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde ist laut Geschäftsordnung auf 60 Minuten beschränkt<sup>412</sup>. Der einzelne Abgeordnete darf nicht länger als 5 Minuten sprechen. Hierdurch kommt der lebendige Charakter dieser Aussprachemöglichkeit zustande. Auch die Mitglieder der Bundesregierung halten sich grundsätzlich an diese Redezeit von 5 Minuten, wenngleich deren Redezeit im Parlament aus verfassungsrechtlichen Gründen durch die Geschäftsordnung des Bundestages nicht beschränkt werden kann. Die von Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrates in Anspruch genommene Redezeit wird bei der Gesamtdauer der Aktuellen Stunde nicht berechnet. Die CDU/CSU-Fraktion beantragte in der 14. Wahlperiode 52 der insgesamt 141 Aktuellen Stunden (Eine davon zusammen mit der FDP). Vier dieser Aktuellen Stunden hatten einen die Europapolitik betreffenden Inhalt. In der 13. Wahlperiode hatte die CDU/CSU nur drei von insgesamt 103 Aktuellen Stunden beantragt.<sup>413</sup>

**Abbildung 15: Themen der Aktuellen Stunden mit Europapolitischen Bezug, die in der 14. Wahlperiode von der CDU/CSU-Fraktion beantragt wurden**

Sitzungs-Nr.	Datum	Thema
24.	03.03.1999	Haltung der Bundesregierung zur Agenda 2000 nach dem informellen EU-Gipfel des Wochenendes und dem Scheitern der Vorschläge des EU-Agrarministerrates <sup>414</sup>
26.	17.03.1999	Äußerungen des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zum deutsch-tschechischen Verhältnis
126.	25.10.2000	Ergebnisse des Europäischen Rates in Biarritz
211.	23.01.2002	Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman zu den Sudetendeutschen

Quelle: Datenhandbuch der Bundesregierung<sup>415</sup>; eigene Art der Darstellung ausgewählter Inhalte.

<sup>411</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Parlamentarische Demokratie, S. 43.

<sup>412</sup> Unter bestimmten Umständen sind auch 90 Minuten zulässig.

<sup>413</sup> Vgl. Michael F. Feldkamp (2005): Datenhandbuch Deutscher Bundestag 1994 bis 2003. Online verfügbar unter <http://www.bundestag.de/wissen/archiv/dbuch/Datenhandbuch.pdf>, zuletzt aktualisiert am 04.07.2005, zuletzt geprüft am 29.11.2008, S. 631f.

<sup>414</sup> Der Antrag wurde von der CDU/CSU und FDP gestellt.

<sup>415</sup> Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 615.

#### 4.4.2.4 Regierungsbefragungen

Seit Herbst 1988 gibt es im Bundestag die „Befragung der Bundesregierung“, „Regierungsbefragung“ genannt.<sup>416</sup>

In § 106, Abs 2 der Geschäftsordnung des Bundestages (GOBT) heißt es hierzu:

„In Sitzungswochen findet eine Befragung der Bundesregierung statt, bei der die Mitglieder des Bundestages Fragen von aktuellem Interesse an die Bundesregierung im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit, vorrangig jedoch zur vorangegangenen Sitzung der Bundesregierung, stellen können. Das Nähere wird in den Richtlinien geregelt (Anlage 7).“<sup>417</sup>

Die Anlage 7 „Befragung der Bundesregierung“ hat den folgenden Wortlaut:

„1. Eine Befragung der Bundesregierung findet in Sitzungswochen mittwochs um 13.00 Uhr statt.

2. Die Mitglieder des Bundestages können an die Bundesregierung Fragen von aktuellem Interesse im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit stellen, vorrangig zur vorangegangenen Kabinettsitzung. Die Fragen können durch Bemerkungen eingeleitet werden. Sie müssen kurz gefasst sein und kurze Antworten ermöglichen.“<sup>418</sup>

In der 14. Wahlperiode fanden 60 Regierungsbefragungen statt, neun davon mit europapolitischem Inhalt. Zu sieben Befragungen leisteten Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion einen Redebeitrag.

**Abbildung 16: Regierungsbefragungen mit europapolitischem Inhalt**

Sitzungs-Nr.	Datum	Themen u.a.	Redebeiträge der CDU/CSU
7.	18.11.1998	Deutsche Beteiligung an möglichen NATO-Operationen zum Schutz und Heranziehen von OSZE-Beobachtern aus dem Kosovo in Notfallsituationen	Christian Schmidt (Fürth)

<sup>416</sup> Die „Regierungsbefragung“ wurde mit Beschluss des Bundestages von 31. Oktober 1990 in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert.

<sup>417</sup> Zitiert nach Feldkamp, Michael F. (2005): S. 650.

<sup>418</sup> Zitiert nach Feldkamp, Michael F. (2005): S. 650.

10.	02.12.1998	Ziele und Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union	Peter Altmaier Ursula Heinen Michael Stübgen Dr. Ralph Brauksiepe Aribert Wolf Christian Schmidt (Fürth) Dr. Wolfgang Schäuble Wolfgang Börnßen (Bönstrup)
34.	21.04.1999	Dritter Bericht des Arbeitsstabes Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (AS WWU) „Die Einführung des EURO in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung“.	Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
68.	10.11.1999	Zustimmung der Bundesregierung zur Unterzeichnung des Vertrages zur Änderung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa vom 19. November 1990 anlässlich des OSZE-Gipfels in Istanbul am 18./19. November 1999	nein
89.	23.02.2000	Entwurf eines Gesetzes zur vergleichenden Werbung und zur Änderung wettbewerbsrechtlicher Vorschriften und die Erteilung eines europäischen Patents auf Manipulation menschlicher Gene	Hubert Hüppe Werner Lensing
97.	05.04.2000	Finanzierungskonferenz für Südosteuropa in Brüssel am 29./30. März 2000	Christian Schmidt (Fürth) Peter Weiß (Emmendingen) Peter Rauen Klaus-Jürgen Hedrich Dr. Christian Schwarz-Schilling Eckart von Klaeden
107.	07.06.2000	Weitere aktuelle Fragen ...; Selbsthilfeorganisationen in der EU	nein
113.	05.07.2000	Bericht über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahr 1999;	Peter Hintze Eckart von Klaeden <sup>419</sup>

---

<sup>419</sup> Dieser Beitrag war eine Frage zur Geschäftsordnung. Es wurde beantragt, das Mitglied der Bundesregierung, das an der Kabinettsitzung zu diesem Thema teilgenommen hat, herbeizuzitieren, um von der dortigen Diskussion berichten zu können. Vgl. Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 113. Sitzung des Deutschen Bundestages, Berlin, Mittwoch, den 5. Juli 2000. Plenarprotokoll 14/113, S. 10666.

175.	20.06.2001	Fünfter Bericht des Arbeitsstabes Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: „Die Einführung des EURO in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung“.	Hans Michelbach Jochen-Konrad Fromme Ursula Heinen Dr. Berndt Protzner
------	------------	--	---

Quelle: Eigene Recherche<sup>420</sup>

#### 4.4.2.5 Gesetzgebungsvorhaben

Da der Deutsche Bundestag ist in erster Linie als Gesetzgeber tätig ist, gehört es auch zu den Aufgaben der Oppositionsfraktion, eigene Gesetzesentwürfe vorzulegen. Im Folgenden soll geklärt werden, in wie weit sich die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion in der Bundesgesetzgebung der 14. Wahlperiode widerspiegelt.<sup>421</sup>

In der 14. Wahlperiode wurden beim Bundestag 864 Gesetzentwürfe eingebracht. Davon waren 443 Regierungsvorlagen, 93 Initiativen des Bundesrates und 328 Initiativen des Bundestages. In der folgenden Tabelle finden sich als Initiativen des Bundestages eingebrachten Gesetzentwürfe aufgeschlüsselt nach Initiatoren mit der Beteiligung der CDU/CSU und die vom Bundestag verabschiedeten Gesetze.

---

<sup>420</sup> Eigene Auswertung der im Verzeichnis der Drucksachen aufgeführten Drucksachen und Überprüfung der jeweiligen Drucksachen auf die Redebeiträge von Mitgliedern der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

<sup>421</sup> Vgl. Wozny, Benjamin (2008): S. 51f.

**Abbildung 17: Gesetzentwürfe unter Beteiligung der CDU/CSU**

14. Wahlperiode 1998-2002	Beim Bundestag eingebrachte Gesetzentwürfe:		Vom Bundestag verabschiedete Gesetze	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Beim Bundestag eingebracht:	864	100,0	559	100,0
Initiativen des Bundestages	328	38,0	108	19,3
davon:				
CDU/CSU,	56	6,5	-	-
CDU/CSU, FDP	2	0,2	-	-
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN	3	0,3	3	0,5
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP	10	1,2	7	1,3
CDU/CSU, SPD, B 90/DIE GRÜNEN, FDP, PDS	4	0,5	3	0,5

Quelle: Datenhandbuch der Bundesregierung<sup>422</sup>; eigene Art der Darstellung ausgewählter Inhalte.

Insgesamt wurde ein Grossteil der Initiativen, 175 von 328, von – oder mit Beteiligung – der Opposition eingebracht. Die CDU/CSU nimmt hierbei mit 56 Gesetzesvorhaben und der Mitbeteiligung an 19 weiteren keine herausragende Stellung unter den Oppositionsfraktionen ein. Vergleichsweise hatte die FDP 59 Gesetzesvorhaben eingebracht und war an 18 weiteren beteiligt.<sup>423</sup> Ein Blick auf die verabschiedeten Gesetze bestätigt die Vermutung, dass die Bundesregierung einen oppositionellen Gesetzentwurf nicht unterstützen wird. So gelang es der CDU/CSU auch nicht, in der 14. Wahlperiode eigene Gesetzesinitiativen in das Bundesgesetzblatt einzubringen. WOZNY sieht in den Bemühungen der Union in Bezug auf deren Oppositionsstrategie den Versuch,

<sup>422</sup> Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 615.

<sup>423</sup> Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 573.

„mit eigenen Vorschlägen ihrer Artikulationsfunktion als Opposition nachzukommen“<sup>424</sup>. Sie habe so den Vorwürfen der Regierung, ausschließlich konfrontativ zu handeln, konstruktive Vorschläge entgegenhalten.

Eine Untersuchung der Bundestagsdrucksachen der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages ergab, dass von 55 dort aufgeführten unter der Beteiligung der Union eingebrachten Gesetzentwürfen lediglich ein Gesetzentwurf einen europapolitischen Bezug hat. Dieser Gesetzentwurf wurde am 23.02.1999 von den Fraktionen der SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter der Drucksachennummer 14/401 eingebracht und trägt den Titel: „Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland.“

Eine Übersicht aller von der CDU/CSU in der 14. Wahlperiode eingebrachten Gesetzentwürfe findet sich im Anhang.

#### **4.4.2.6 Weiteres oppositionelles Verhalten in der 14. Wahlperiode**

Es wurde 14 Anträge zur Herbeirufung von Regierungsmitgliedern gestellt, allesamt von der Opposition. Es wurden 4 Missbilligungs- u. Entlassungsanträge gegen Regierungsmitglieder gestellt, auch allesamt von der Opposition.

##### *Einsetzung eines Untersuchungsausschusses*

Artikel 44, Abs. 1 GG garantiert einer Minderheit (von 25% der Mitglieder des Bundestages) die Möglichkeit, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu verlangen. HELMS weist darauf hin, dass es aufgrund zeitlicher Verzögerungen auch passieren kann, dass Vorkommnisse aus dem Verantwortungsbereich der Vorgänger-Regierung, möglicherweise der jetzigen Oppositionsparteien- verhandelt werden, was dieses Recht auf den ersten Blick weniger als „Oppositionsrecht“ ausweise. Die Praxis habe jedoch gezeigt, dass

---

<sup>424</sup> Wozny, Benjamin (2008): S. 54. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 43.

vor allem die Opposition von diesem Recht Gebrauch macht.<sup>425</sup> HELMS bemerkt, dass man Untersuchungsausschüsse als wichtiges oppositionelles Kontrollrecht vor allem als politisches Kampfinstrument einstufen sollte, weniger als Einrichtung zur Wahrheitsfindung.<sup>426</sup> In der 14. Wahlperiode wurde der einzige Untersuchungsausschuss zur CDU-Spendenaffäre von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragt.<sup>427</sup>

#### *Konstruktives Misstrauensvotum*

Das konstruktive Misstrauensvotum als Mittel der Opposition, den Bundeskanzler auszuwechseln, dabei muss eine Mehrheit im Parlament sich auf einen neuen Kanzler einigen, wurde in der 14. Wahlperiode nicht beansprucht.<sup>428</sup>

#### *Bundesrat – Vetorecht*

Wie schon dargelegt, kann die Vetomacht des Bundesrates nicht, wie die parlamentarischen „Oppositionsrechte“, von einer Minderheit in Anspruch genommen werden, sondern es gilt das Mehrheitsprinzip.<sup>429</sup> Laut Art. 77 Abs. 1 GG muss jede Gesetzesvorlage, die vom Bundestag beschlossen wurde, den Bundesrat passieren. Da die CDU/CSU Opposition aber schon bald nach der verlorenen Bundestagswahl die Mehrheit im Bundesrat erhielt, siehe hierzu Kapitel 4.5.4.1, konnte sie von diesem Mittel Gebrauch machen. Da es sich hierbei jedoch um ein außerparlamentarisches Recht handelt, kann in dieser Arbeit, die sich ja mit den parlamentarischen Oppositions- bzw. Minderheitenrechten, keine Untersuchung erfolgen, inwiefern die Union dieses Recht in Anspruch genommen hat.

---

<sup>425</sup> Im langjährigen Durchschnitt gehen mehr als 80% entsprechender Anträge auf die Opposition zurück. Vgl. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 44.

<sup>426</sup> Vgl. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 44.

<sup>427</sup> Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 513.

<sup>428</sup> Erst zweimal in der bundesdeutschen Geschichte kam das konstruktive Misstrauensvotum zur Anwendung: 1972 erfolglos, als die CDU/CSU versuchte Willy Brandt zu stürzen und Rainer Barzel zum Kanzler zu wählen und 1982 erfolgreich, als CDU/CSU und FDP Helmut Schmidt stürzten und Helmut Kohl zum Kanzler wählten.

<sup>429</sup> Vgl. Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. S. 43.

### *Bundesverfassungsgericht*

Von den in der 14. Wahlperiode aus dem Bundestag eingereichten Verfassungsklagen stammten fünf von der CDU/CSU, keine davon hatte einen europapolitischen Bezug.<sup>430</sup> Aus diesem Grund kann die Autorin der in Kapitel 4.3.1 dargelegten Ausklammerung der sogenannten rechtlichen Opposition zustimmen, da die weitere Behandlung eben dieser für die in dieser Arbeit zu verfolgende Fragestellung nicht relevant ist.

### **4.4.3 Fazit**

Eine Untersuchung der von der Union im Oppositionszeitraum in Anspruch genommen parlamentarischen Mitwirkungsrechte hat ergeben, dass die Union diese in der Opposition verstärkt nutzt. Allerdings ist der Anteil der Anfragen mit europapolitischem Bezug im Verhältnis zu den eingebrachten Anfragen insgesamt gering, wie das Beispiel der Großen Anfragen gezeigt hat. Im untersuchten Zeitraum stellte die Union 66 Anträge mit europapolitischem Bezug. Auch die Untersuchung der Nutzung der Aktuellen Stunden hat gezeigt, dass die CDU/CSU diese verstärkt nutzen, jedoch nur 4 der 52 insgesamt beantragten Aktuellen Stunden einen europapolitischen Bezug aufweisen. Bei den Regierungsbefragungen ist das Verhältnis zwischen europapolitischen und allgemeinen Themen mit neun zu sechzig etwas besser, doch nur zu sieben Befragungen leisteten Abgeordnete der Union einen Redebeitrag. Die Untersuchung der von der Union eingebrachten Gesetzentwürfe hat ergeben, dass diese für die Untersuchung der Europapolitik keine Relevanz haben, denn nur einer von 55 Gesetzentwürfen hat einen europapolitischen Bezug.

---

<sup>430</sup> Vgl. Michael F. Feldkamp (2005): S. 591ff.



## **4.5 Positionen zur Europapolitik**

In diesem Kapitel sollen nun die Positionen der Union zu europapolitischen Themen dargelegt werden. Dies erfolgt zum einen durch die Aufteilung innerhalb der Parteistruktur der Union in Parteipositionen, Positionen der Bundestagsfraktion, Positionen der deutschen EVP-Abgeordneten und der Positionen der B-Länder im Bundesrat. Zum anderen soll eine thematische Aufteilung in der Darstellung der Partei- und Fraktionspositionen der Analyse Struktur geben. Das Hauptaugenmerk soll auf die Themenbereichen *Europäische Integration und Handlungsfähigkeit der EU*, *Erweiterung der EU und Reform der europäischen Institutionen* gelegt werden. Ergänzend soll am Ende des Kapitels auch auf die *Finalität der EU* eingegangen werden. Insgesamt soll sich daraus eine Übersicht der Positionen der Union zur Europapolitik ergeben, die mit den Positionen der Union vor der Oppositionszeit, besonders unter der Regierung Kohl, und denen der in der 14. Wahlperiode amtierenden Bundesregierung verglichen werden kann.

### **4.5.1 Positionen der Parteien CDU und CSU**

Zur Analyse der Parteipositionen sollen exemplarisch die Parteitagsbeschlüsse und Programme der Union herangezogen werden und die Aussagen in die oben genannten Themenbereiche gegliedert werden.

#### **4.5.1.1 Positionen der CDU**

Die Positionen der Partei CDU zur Europapolitik lassen sich an den Beschlüssen der Parteitage und des Bundesausschusses festmachen auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

Für den zu behandelnden Zeitraum maßgeblich sind folgende Parteitage<sup>431</sup> der CDU:

- 9. Parteitag 12.-15.10.1997 in Leipzig
- 10. Parteitag 17.-19.05.1998 in Bremen

---

<sup>431</sup> CDU: Homepage online abrufbar unter: [http://www.freundeskreis.cdu.de/politikaz/3518\\_5581.htm](http://www.freundeskreis.cdu.de/politikaz/3518_5581.htm); zuletzt überprüft am 22.01.2009.

- 11. Parteitag 07.11.1998 in Bonn
- 12. Parteitag 25.-27. 04. 1999 in Erfurt
- 13. Parteitag 09.-11.04.2000 in Essen
- 14. Parteitag 02.-04.12.2001 in Dresden
- 15. Parteitag 16.-18.06.2002 in Frankfurt am Main

Auf dem Bundesparteitag in Leipzig vom 12. bis 15. Oktober 1997 erklärte Helmut Kohl am 13. Oktober, dass er „sich der Verantwortung stellen und seine Pflicht tun“ wolle<sup>432</sup>, womit er sich als Kanzlerkandidat der Union zur Wahl stellte.

Der als Wahlparteitag<sup>433</sup> bezeichnete 10. Bundesparteitag der CDU in Bremen von 17. bis 19. Mai 1998 verabschiedete das „Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands“<sup>434</sup>. Das Zukunftsprogramm behandelt das Thema Europapolitik im letzten von sieben Kapiteln. Das Kapitel mit dem Titel „Verantwortung für Europa und die Welt“ gliedert sich in vier Unterpunkte:

- Die europäische Einigung vollenden – für Frieden und Wohlstand
- Stabiler Euro – für mehr Wachstum und Beschäftigung<sup>435</sup>
- Globale Umweltpolitik – für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts
- Unsere Verantwortung für eine Welt

Auf dem 11. Parteitag am 07.11.1998 in Bonn werden Wolfgang Schäuble zum

---

<sup>432</sup> Vgl. Korte, Karl-Rudolf (2000): Wahlen in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. (Politik kurzgefasst). Online verfügbar unter <http://korte-wahlenbuch.bpb.de/>, zuletzt aktualisiert am 04.01.2005, zuletzt geprüft am 03.12.2008.

<sup>433</sup> Vgl. Korte, Karl-Rudolf (2000): Wahlen in Deutschland.

<sup>434</sup> CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. Beschluss des Parteitages der CDU-Deutschlands vom 17.-19. Mai 1998. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/programme/1998\\_Zukunftsprogramm-der-CDU-Bremen.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/programme/1998_Zukunftsprogramm-der-CDU-Bremen.pdf), zuletzt aktualisiert am 16.02.2006, zuletzt geprüft am 02.01.2009.

<sup>435</sup> Der zweite Punkt behandelt die gemeinsame Währung, welche die Wettbewerbsposition des Standorts Deutschland, aufgrund ihrer Unempfindlichkeit gegen Wechselkursschwankungen verbessern werde. Mit dem Euro werden man die Erfolgsgeschichte der D-Mark auf europäischer Ebene fortschreiben. „Der von uns vorgeschlagene und im vergangenen Jahr in Amsterdam unterzeichnete Stabilitäts- und Wachstumspakt stellt die notwendige Haushaltsdisziplin der Teilnehmerländer auch nach ihrem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion auf Dauer sicher.“ CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. Beschluß des Parteitages der CDU-Deutschlands vom 17.-19. Mai 1998. S. 61f.

neuen Vorsitzenden<sup>436</sup> und Angela Merkel zur Generalsekretärin<sup>437</sup> gewählt.<sup>438</sup> Das Protokoll beinhaltet auch den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche, MdEP.

Der 12. Parteitag in Erfurt vom 25. bis 27. April 1999 markiert nach der Bundestagswahl 1998 den programmatischen Aufbruch der CDU. Hier verabschiedeten die Delegierten das Programm der CDU für die kommende Europawahl. Beschlüsse des 12. Parteitages waren die „Erfurter Leitsätze – Aufbruch '99“ und „Europa muß (sic!) man richtig machen“.<sup>439</sup> Die Erfurter Leitsätze des 12. Parteitages in Erfurt sollen laut der Präambel nicht als umfassende Beschreibung der Position der CDU in allen Themenbereichen und schon gar nicht wie ein neues Grundsatzprogramm verstanden werden, sondern sie konzentrieren sich auf wesentliche Aufgabenstellungen, in denen die Weiterentwicklung der Position der Partei erforderlich sei.<sup>440</sup>

Der 13. Parteitag der CDU in Essen vom 9. bis 11. April stand im Zeichen der Partei- und Finanzreform der CDU. Jedoch wurden unter dem Punkt „Sonstige Beschlüsse“ europapolitische Themen behandelt.

Auf dem 14. Parteitag der CDU vom 2. bis 4. Dezember 2001 in Dresden wurden u.a. Beschlüsse zur Außen- und Sicherheitspolitik gefasst, so z.B. auch über die Folgen des 11. September. Laurenz Mayer wurde zum Generalsekretär der CDU gewählt, er erhielt 90,02 Prozent der Stimmen.<sup>441</sup> Unter dem Titel: „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“ wurden die Beschlüsse des 14.

---

<sup>436</sup> Ergebnis: 872 Ja-Stimmen zu 56 Nein-Stimmen.

<sup>437</sup> Ergebnis: 874 Ja-Stimmen zu 68 Nein-Stimmen.

<sup>438</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (1998): Protokoll 11. Parteitag der CDU Deutschlands am 7. November 1998 in Bonn. Herausgegeben von CDU-Bundesgeschäftsstelle. S. 75ff. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/protokolle/1998\\_2\\_Bonn\\_11\\_Parteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/protokolle/1998_2_Bonn_11_Parteitag.pdf), zuletzt aktualisiert am 01.10.2008, zuletzt geprüft am 09.02.2009.

<sup>439</sup> Vgl. CDU: Homepage online abrufbar unter: [http://www.freundeskreis.cdu.de/politikaz/3518\\_5581.htm](http://www.freundeskreis.cdu.de/politikaz/3518_5581.htm); zuletzt überprüft am 22.01.2009.

<sup>440</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Erfurter Leitsätze - Aufbruch '99. Beschluss des 12. Parteitages in Erfurt vom 25. bis 27. April 1999. S. 1. Online verfügbar unter [http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/12pt\\_erfurter\\_leitsaetze.pdf](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/12pt_erfurter_leitsaetze.pdf), zuletzt aktualisiert am 19.11.2004, zuletzt geprüft am 03.12.2008.

<sup>441</sup> Vgl. CDU (2007): Homepage des 14. Parteitages der CDU. Online verfügbar unter <http://www.cdu.de/pt-dresden/pt-zahlen.htm>, zuletzt aktualisiert am 06.12.2007, zuletzt geprüft am 22.01.2009.

Parteitag zusammengefasst. Unter §2 (Äußere Sicherheit gemeinsam verteidigen) werden europapolitische Themen behandelt.

Der 15. Parteitag in Frankfurt am Main vom 16. bis 18. Juni 2002 stand im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. Mit großer Mehrheit wurde das gemeinsame Regierungsprogramm mit der CSU "Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten" verabschiedet. Der frühere CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble kündigte, im Falle eines Wahlsieges der Union, ein stärkeres Engagement für Europa an.<sup>442</sup>

Der Bundesausschuss ist das zweithöchste Organ der CDU und beschäftigt sich mit politischen Themen und organisatorischen Aufgaben, die nicht ausdrücklich dem Bundesparteitag vorbehalten sind, weshalb er oft als kleiner Parteitag bezeichnet wird.

#### *Beschlüsse der 14. Wahlperiode*

24.01.2000 Für ein „Jahrhundert der Menschenrechte“ – Menschenrechte in der Außenpolitik der Europäischen Union, 20-Punkte-Forderungskatalog des Bundesarbeitskreises Menschenrechte der CDU Deutschlands

11.05.2000 „Europa muß (sic!) man richtig machen“ Beschluss zur Europapolitik<sup>443</sup>

13.11.2000 „Europa vereinigen – Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterungen.

21.08.2001 „Bundesfachausschuss Europapolitik“ Beschluss des Bundesfachausschusses Europapolitik: Forderungen der CDU an den europäischen Verfassungsprozess bis 2004

12.08.2002 „CDU fordert Verankerung einer rechtlichen Überprüfbarkeit des Subsidiaritätsprinzips im Europäischen Verfassungsvertrag“, Beschluss des Bundesfachausschusses Europapolitik

---

<sup>442</sup> Vgl. CDU (2007): Homepage des 15. Parteitages der CDU Deutschlands. Online verfügbar unter <http://www.cdu.de/pt-frankfurt/home.htm>, zuletzt aktualisiert am 06.12.2007, zuletzt geprüft am 22.01.2009.

<sup>443</sup> Wurde unter dem Punkt Bundesparteitage der CDU behandelt.

#### 4.5.1.1.1 Themenschwerpunkt Europäische Integration

Im „Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands“ wird im ersten Punkt argumentiert, der europäische Einigungsprozess müsse energisch vorangetrieben werden.

„Wir haben uns in der Vergangenheit für die europäische Einigung eingesetzt, eine Zusammenarbeit und eine institutionelle Vernetzung zwischen den europäischen Ländern erreicht, die nahezu alle Politikbereiche umfaßt (sic!). (...) Und wir haben eine Vision für ein erfolgreiches Europa der Zukunft: ein Europa, das wettbewerbsfähig ist in Handel und Industrie, handlungsfähig in Fragen der gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung, flexibel in seinen Institutionen und bürgernah.“<sup>444</sup>

Man wisse, dass die europäische Integration kein Selbstläufer sei, deshalb müsse man die Menschen davon überzeugen, dass sie von der europäischen Integration profitieren werden, denn Europa könne die ihm zugetragenen Aufgaben besser lösen als die Mitgliedstaaten. Die deutsche Ratspräsidentschaft wolle man dazu nutzen, Bürokratie in Europa abzubauen und Subsidiarität zu stärken. Angesichts der neuen Gefährdungen<sup>445</sup> gebe es keine Alternative zur europäischen Integration, die Nationalstaaten allein seien überfordert.<sup>446</sup>

Ein Europa der Bürger sei auf die Zustimmung der Menschen zur Einigung angewiesen. Darum setze man sich für ein gerechteres Beitragssystem ein, da eine zu hohe Belastung Deutschlands, die Zustimmung der Bevölkerung zur europäischen Integration gefährde. Auch für die Erweiterung der Agrar- und Strukturpolitik wird plädiert.<sup>447</sup>

In Punkt 13 des Vertrages für eine sichere Zukunft des 14. Parteitages tritt man dafür ein, die EU zügig zu vertiefen.

„Für die CDU sind die vollständige Sicherung der Handlungsfähigkeit einer erweiterten Union und eine umfassende Demokratisierung der Europäischen Union die entscheidenden Kriterien für den Erfolg der nächsten Regierungskonferenz. Am Ende muss ein europäischer Verfassungsvertrag mit einer klaren Kompetenzabgrenzung zwischen der

---

<sup>444</sup> CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. S. 57.

<sup>445</sup> Genannt werden: Internationaler Terrorismus, grenzüberschreitende Organisierte Kriminalität, Umweltkrisen, Weiterverbreitung von Nuklearmaterial und eine Völkerwanderung neuen Typs.

<sup>446</sup> Vgl. CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. S. 57f.

<sup>447</sup> Vgl. CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. S. 59.

EU und ihren Mitgliedstaaten sowie zwischen den EU-Institutionen stehen.“<sup>448</sup>

Dies erfordere zunächst die Vollendung und Konsolidierung des Binnenmarktes. Man fordert, dass den Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen wesentliche Kompetenzen erhalten bleiben, sogar von einer Rückübertragung von Kompetenzen ist die Rede.

„Unser Leitbild ist der Wettbewerb der Regionen Europas. In einem erheblich vergrößerten Europa muss sich die EU auf die Aufgaben beschränken, die nur gemeinschaftlich bewältigt werden können.“<sup>449</sup>

Jedoch müsse die Handlungsfähigkeit in einer immer größer werdenden Gemeinschaft von den europäischen Institutionen sichergestellt werden.<sup>450</sup>

Besondere Bedeutung wird der Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der EU zugewiesen. Deutschland müsse zukünftig einen stärkeren eigenen Beitrag zur Sicherheit in Europa leisten, die deutsche Bundeswehr sei „tragender Pfeiler der Stabilität in und für Europa“. Die CDU sieht sich selbst als „Partei der europäischen Einigung und der atlantischen Solidarität“. Einen verlässlichen Partner sieht man vor allem in den Vereinigten Staaten.<sup>451</sup>

#### **4.5.1.1.2 Themenschwerpunkt Erweiterung der EU**

Auch die Erweiterung der EU um die Staaten Ost-, Mittel- und Südosteuropas wird begrüßt. Man mache sich stark für die Staaten, welche die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erfüllen, da man davon überzeugt sei, dass alle in Europa von der Erweiterung profitieren werden.<sup>452</sup>

Im Beschluss E3 des 13. Parteitages der CDU in Essen wurde festgehalten, dass sich die CDU dafür einsetzt, „dass die bei der Osterweiterung der Europäischen Union vom Europäischen Rat in Kopenhagen im Juni 1993 festgelegten Kriterien auch

---

<sup>448</sup> CDU (2001): Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft Beschlüsse des 14. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 23. Homepage des 14. Parteitages der CDU. Online verfügbar unter <http://www.cdu.de/pt-dresden/antrag-beschluss/beschl-freie.pdf>, zuletzt aktualisiert am 04.12.2001, zuletzt geprüft am 11.02.2009.

<sup>449</sup> CDU (2001): Freie Menschen. Starkes Land. S. 23.

<sup>450</sup> Vgl. CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. S. 58.

<sup>451</sup> CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. S. 59.

<sup>452</sup> Vgl. CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. S. 58.

weiterhin als Maßstab für den Beitritt gelten“ und „dass das Recht, aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden und damit das Recht auf die Heimat als fundamentales Menschenrecht und Bestandteil des universellen Völkerrechts in die Europäische Charta der Grundrechte aufgenommen wird.“<sup>453</sup>

Auch in Punkt 12 des Vertrages für eine sichere Zukunft des 14. Parteitages fordert man eine zügige Erweiterung der EU. Die CDU setzt sich dafür ein, die Beitrittsverhandlungen mit den ersten Staaten Mittel- und Osteuropas bis Ende 2002 abzuschließen. Voraussetzung sei die strikte Einhaltung der Kopenhagener Beitrittskriterien.<sup>454</sup>

#### **4.5.1.1.3 Reform der europäischen Institutionen**

Die CDU fordert die Gewährleistung einer klaren Zuständigkeitsverteilung zwischen der europäischen, der nationalen, der regionalen und der kommunalen Ebene. Die gegenwärtige Kompetenzverteilung müsse überprüft und gegebenenfalls die Rückverlagerung von Zuständigkeiten auf die nationale und regionale Ebene möglich sein. Kompetenzverteilung und ein Grundrechtskatalog müssten Teil eines Verfassungsvertrags sein.<sup>455</sup>

„Die CDU fordert (...) die Bundesregierung auf, dem Europäischen Rat den Vorschlag zu unterbreiten, eine unabhängige Gruppe herausragender Persönlichkeiten mit der Erarbeitung von Grundlinien für einen Europäischen Verfassungsvertrag zu beauftragen. Auf dieser Grundlage soll ein Konvent aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Mitgliedstaaten den Entwurf für den Verfassungsvertrag der Europäischen Union endgültig erarbeiten.“<sup>456</sup>

In Beschluss 7 des 13. Parteitag der CDU in Essen wurden die CDU-Reformforderungen an die EU-Regierungskonferenz 2000 festgehalten.<sup>457</sup>

Der Beschluss 7 gliedert sich in zehn Unterpunkte:

---

<sup>453</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 1. Online verfügbar unter [http://www.cdu.de/doc/pdfc/13pt\\_sonstige\\_beschluesse.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdfc/13pt_sonstige_beschluesse.pdf), zuletzt aktualisiert am 19.11.2004, zuletzt geprüft am 11.02.2009.

<sup>454</sup> Vgl. CDU (2001): Freie Menschen. Starkes Land. S. 22.

<sup>455</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Europa muß (sic!) man richtig machen. S. 1ff..

<sup>456</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Europa muß (sic!) man richtig machen. S. 4.

<sup>457</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 1ff.

### 1. Europäisches Parlament

Die CDU fordert, grundsätzlich die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments vorzusehen, als Voraussetzung für die Ausdehnung der Mehrheitsentscheidung im Rat. Die CDU fordert weiterhin, die Kommission im EU-Vertrag zu verpflichten, einen legislativen Initiativantrag des Europäischen Parlaments im Rahmen eingeschränkten Ermessens umzusetzen. Die CDU setzt sich für einen vertraglich festgelegten Schlüssel zur Mandatsverteilung ein, der die Bevölkerungsstärke repräsentativer berücksichtigen soll.<sup>458</sup>

### 2. Europäische Kommission

Die CDU fordert die Aufgabe des zweiten Kommissarsposten der großen Mitgliedstaaten. Dem Kommissionspräsidenten soll das Recht eingeräumt werden, Kommissionsmitglieder zu ernennen und bei Fehlverhalten entlassen zu können. Außerdem soll ihm die Organisations-, Koordinierungs- und Richtlinienkompetenz für die Arbeit der Kommission übertragen werden. Für eine stärkere Legitimation der Rolle des Kommissionspräsidenten soll dieser künftig durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates gewählt werden und die Mitglieder seiner Kommission selbst aussuchen.<sup>459</sup>

### 3. Rat

Die CDU sieht den Rat von allen EU-Institutionen als „am stärksten reformbedürftig“. Durch den Beitritt zahlreicher kleinerer Staaten würden unter Beibehaltung des bisherigen Stimmenschlüssels die großen Mitgliedstaaten benachteiligt. Man fordert daher, zusätzlich zur bestehenden Gewichtung der Stimmen, die Einführung der doppelten Mehrheit (Stimmenzahl und Bevölkerungszahl), um auch der durch die großen Mitgliedstaaten vertretenen Bevölkerung gerecht zu werden. Die CDU fordert bezüglich der Ausdehnung der

---

<sup>458</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 2.

<sup>459</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 2f.



Mehrheitsentscheidung und Kompetenzabgrenzung in der 1. Säule die Einstimmigkeit auf Entscheidungen von Verfassungscharakter<sup>460</sup> zu beschränken, bei anderen Entscheidungen, z.B. der Harmonisierung indirekter Steuern seien wiederum Entscheidungen mit Mehrheit sinnvoll. Eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene würde hierbei den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen erheblich erleichtern. Der Rat müsse grundlegend umgestaltet werden, fordert die CDU. Nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung sei der Rat als zweite Kammer des Gesetzgebers weiterzuentwickeln.<sup>461</sup>

#### 4. Ausschuss der Regionen (A.d.R.)

Die CDU fordert, dass dem A.d.R. künftig nur gewählte Mitglieder angehören sollen, um seine Legitimation zu erhöhen und ihm ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof bezüglich seiner eigenen Rechte eingeräumt wird.<sup>462</sup>

#### 5. Zweiteilung der Verträge und Flexibilitätsklausel

Im Sinne der Transparenz und der Stärkung der Legitimität der Europäischen Union kommt der auszuarbeitenden Europäischen Charta der Grundrechte hohe Bedeutung zu. Die CDU fordert die Aufteilung des vorhandenen Textes des EU-Vertrags in zwei Teile. Erstens in einen grundlegenden Vertrag, der die Grundrechtscharta und den institutionellen Rahmen enthält und einen zweiten Teil, der die anderen Vorschriften der jetzigen Verträge enthalten würde. Da die im Amsterdamer Vertrag eingeführte Flexibilitätsklausel an Bedingungen geknüpft sei, die ihre Anwendung fast unmöglich machen, fordert die CDU, „eine der weiteren Vertiefung dienende Zusammenarbeit ohne das Vetorecht eines Mitgliedstaates durch eine Mehrheit von

---

<sup>460</sup> Z.B. Vertragsänderungen, Beitritte, Eigenmittelbeschlüsse, Wahlverfahren.

<sup>461</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 3f.

<sup>462</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 4.

75 Prozent der Ratsstimmen zu ermöglichen.“ Die Flexibilitätsklausel soll auch auf die GASP ausgedehnt werden.<sup>463</sup>

#### 6. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Bezüglich der GASP fordert die CDU eine Stärkung der Stellung des Hohen Beauftragten der GASP gegenüber dem Rat sowie die Aufnahme einer Evolutivklausel für die GASP in den EU-Vertrag, um eine spätere Vergemeinschaftung der GASP zu ermöglichen. „Um eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen EU und NATO zu fördern, soll der Hohe Beauftragte der GASP an den Sitzungen des NATO-Rates, der NATO-Generalsekretär an den Sitzungen des Rates der EU-Außenminister teilnehmen dürfen.“<sup>464</sup>

#### 7. Die Gemeinsame Verteidigung

Die CDU mahnt an, dass die NATO durch die Stärkung der europäischen Verteidigung nichts an ihrer Bedeutung für die kollektive Verteidigung Europas einbüßen dürfe. Bezüglich des Wunsches des Europäischen Rats von Köln im Juni 1999 die Aufgaben der WEU in die Europäische Union einzubeziehen, fordert die CDU die vollständige Einbeziehung der WEU und nicht die Schaffung einer neuen Säule. Des weiteren fordert man die „Aufnahme der automatischen Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 WEU-Vertrag als Protokoll in den EU-Vertrag für diejenigen EU-Mitgliedstaaten, die dazu bereit und fähig sind.“ Außerdem müssten die Verteidigungsfähigkeiten Europas durch die Schaffung von Transport- und Aufklärungskapazitäten ausgebaut werden, was bei den vorgesehenen Kürzungen des deutschen Verteidigungshaushaltes durch die Bundesregierung unmöglich sei.<sup>465</sup>

---

<sup>463</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 4.

<sup>464</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 5.

<sup>465</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 5.

## 8. Innen- und Rechtspolitik

Die CDU fordert folgende, über das auf dem Europäischen Rat von Tampere im Oktober 1999 verabschiedeten Arbeitsprogramm hinausgehende, Punkte auf die Tagesordnung der Regierungskonferenz 2000 zu setzen:

- Die Einführung des Verfahrens der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments und der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat bei bestimmten Maßnahmen, möglichst noch vor 2004.
- „fünf Jahre nach Inkrafttreten des künftigen EU-Vertrags Einführung des Verfahrens der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments und der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat sowie des alleinigen Initiativrechts der Kommission bei Maßnahmen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen „
- die Einführung einer europäischen Staatsanwaltschaft mit der Befugnis, in allen in den Verträgen festgelegten Fällen ein Ermittlungsverfahren einzuleiten
- Die „Festlegung strenger Rechtsschutzgarantien sowie eine Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle von Europol und Eurojust“.<sup>466</sup>

## 9. Einheitliche Außenvertretung und 10. Europäischer Entwicklungsfond

Die CDU fordert, die Außenvertretungskompetenz in allen Wirtschaftsfragen der Gemeinschaft zu übertragen, Da die unterschiedliche Außenvertretung der Europäischen Union (Warenverkehr: Gemeinschaft, Dienstleistungshandel und Währungsangelegenheiten: Union) nicht mehr den Anforderungen im Zeitalter der Globalisierung genügen würden. Die CDU fordert des weiteren die Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushalt der Gemeinschaft.<sup>467</sup>

---

<sup>466</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 5f.

<sup>467</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. S. 6.

#### **4.5.1.2 Positionen der CSU**

Programme der CSU:

Für den zu behandelnden Zeitraum besitzt das auf dem CSU-Parteitag vom 8./9. Oktober 1993 beschlossene Grundsatzprogramm Gültigkeit, welches als Reaktion auf die gewaltigen Transformationsprozesse in Ost- und Mitteleuropa sowie die fortschreitende europäische Einigung entstanden ist.<sup>468</sup> Das Grundsatzprogramm<sup>469</sup> behandelt Europa als 18. von 20 Punkten.

##### **4.5.1.2.1 Themenschwerpunkt Europäische Integration und Handlungsfähigkeit der EU**

Die CSU stellt klar, dass sie keinen europäischen Bundesstaat anstrebt, sondern ein Europa der Nationen. Sie fordert für die Europäische Union neben demokratischen und sozialen auch freiheitliche und föderale Strukturen, in welchen das Subsidiaritätsprinzip herrscht. Die Europäische Union dürfe Aufgaben nur dann übernehmen, wenn dies im Interesse der Bürger unbedingt notwendig sei und die Erfüllung der Aufgabe nur auf Gemeinschaftsebene möglich sei. „Die nationalen, regionalen und lokalen Institutionen müssen einen eigenverantwortlichen Gestaltungsspielraum behalten, damit sachgerechte und bürgernahe Entscheidungen getroffen werden können.“<sup>470</sup>

##### **4.5.1.2.2 Themenschwerpunkt Erweiterung der EU**

In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die CSU zwar auch für die Erweiterung der EU um die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas aus, von einem Zeithorizont ist jedoch nicht die Rede. Vielmehr werden die möglichen Probleme thematisiert: „Die Stabilität der eigenen Währung, das Wachstum der eigenen Wirtschaft, die Sicherheit des eigenen Sozialsystems, aber auch eine gemeinsame Außen- und

---

<sup>468</sup> Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung: Die CSU-Parteitage. Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung online abrufbar unter: <http://www.hss.de/9634.shtml>, zuletzt überprüft am 10.02.2009.

<sup>469</sup> Vgl. CSU-Landesleitung (2002): Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 1993. Online verfügbar unter <http://hss-rd.nt.e-7.com/downloads/1993-Grundsatzprogramm.pdf>, zuletzt aktualisiert am 30.04.2002, zuletzt geprüft am 10.02.2009.

<sup>470</sup> CSU-Landesleitung (2002): Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 1993. S. 90f.

Sicherheitspolitik, die ein wirkungsvolles Krisenmanagement mit einschließt, sind Voraussetzungen dafür, dass die Europäische Union anderen zu helfen imstande ist.“<sup>471</sup> Betont wird in diesem Zusammenhang auch die nötige Aufarbeitung der Vertreibung Deutscher aus den Siedlungsgebieten in Polen.<sup>472</sup>

#### **4.5.1.2.3 Themenschwerpunkt Reform der Institutionen**

Weiter fordert die CSU den Abbau von Zentralismus und Bürokratismus, um die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhöhen. Dem Konzept der CSU eines "Europas der Regionen" müsse eine prägende Rolle zukommen. Die CSU setzt sich u.a. für folgende Strukturelemente einer europäischen Ordnung ein:

- Die europäische Union müsse föderativ gegliedert sein in Länder, Mitgliedstaaten, Europäische Union.
- Kompetenzen seien zwischen Union, Mitgliedstaaten und den Ländern nach dem Subsidiaritätsprinzip abzugrenzen.
- Die demokratische Legitimierung politischer Entscheidungen durch das Europäische Parlament und den Ministerrat der EU.
- Den Länder bzw. Regionen müsse ein Initiativ- und Mitwirkungsrecht am europäischen Entscheidungsprozeß zugestanden werden, soweit ihre Rechte und Interessen betroffen seien. Auch müssten sie ein eigenständiges Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof erhalten.<sup>473</sup>

Auch das Programm zur Landtagswahl am 13. September kann aufschlussreich sein. Das Programm für Bayerns Zukunft behandelt das Thema Europapolitik im letzten von zehn Kapiteln unter der Überschrift: „Wir wollen einen starken Freistaat Bayern in einem föderalen Europa der Regionen.“<sup>474</sup>

---

<sup>471</sup> CSU-Landesleitung (2002): Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 1993. S. 91.

<sup>472</sup> Vgl. CSU-Landesleitung (2002): Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 1993. S. 94.

<sup>473</sup> Vgl. CSU-Landesleitung (2002): Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 1993. S. 90f.

<sup>474</sup> CSU: Das Programm für Bayerns Zukunft zur Landtagswahl am 13. September 1998. S. 2. Online verfügbar unter [http://www.hss.de/downloads/CSU-Programm\\_LTW\\_1998.pdf](http://www.hss.de/downloads/CSU-Programm_LTW_1998.pdf), zuletzt geprüft am 10.02.2009.

Hierin fordert die CSU unter anderem eine europäische Union, die von den Mitgliedstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip Aufgaben erhält, die dort nicht mehr ausreichend bewältigt werden können. Dies ist für die CSU Voraussetzung für einen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen auf europäischer Ebene. Man möchte eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik, wobei eine Quotenregelung die europaweite Verteilung der Asylbewerber regeln soll. Eine gerechtere finanzielle Lastenteilung in der EU soll Voraussetzung für die Zustimmung Deutschlands zur Agenda 2000 sein. Die CSU verlangt stärkere Mitentscheidungsmöglichkeiten innerhalb der EU-Strukturpolitik, man möchte selbst entscheiden, welche Regionen in Bayern gefördert werden. Auch spricht sich die CSU wie die Schwesterpartei für einen raschen Beitritt der Staaten Mitteleuropas aus, unter der Voraussetzung, dass man die „europäische Hausordnung“ anerkenne. Den „erheblichen Schwierigkeiten, die der Beitritt der mitteleuropäischen Staaten aufwerfe“, möchte man mit langen Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Einbeziehung der Landwirtschaft in den gemeinsamen Agrarmarkt begegnen. Man möchte ein Mindestmaß an gleichmäßiger Besteuerung, um das Dasein von Steueroasen zu beenden, soziale Mindeststandards in den Arbeitnehmerrechten und ökologische europaweite Standards.<sup>475</sup>

---

<sup>475</sup> Vgl. CSU: Das Programm für Bayerns Zukunft zur Landtagswahl am 13. September 1998. S. 29f. Online verfügbar unter [http://www.hss.de/downloads/CSU-Programm\\_LTW\\_1998.pdf](http://www.hss.de/downloads/CSU-Programm_LTW_1998.pdf), zuletzt geprüft am 10.02.2009.

## **4.5.2 Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Europapolitik**

Um die Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Europapolitik in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages darzulegen, möchte die Autorin exemplarisch einige ausgewählte Anfragen im Deutschen Bundestag dieser Zeitspanne heranziehen. Nachdem in Kapitel 4.4 eine empirische Auswertung der Handlungsspielräume der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vorgenommen wurde, soll das Augenmerk nun auf den Inhalten liegen.

### **4.5.2.1 Themenschwerpunkt Europäische Integration und Handlungsfähigkeit der EU**

Zum Themenschwerpunkt Europäische Integration und Handlungsfähigkeit der EU kann beispielhaft der Antrag der Fraktion der CDU/CSU vom 22.09.1999<sup>476</sup> sowie die Anfrage von Peter Hintze u.a. und der Fraktion der CDU/CSU vom 27.11.2000<sup>477</sup> herangezogen werden. In dem Antrag „Agenda 2000 – Europa voranbringen, einen fairen Interessenausgleich sichern“ fordert die Fraktion der CDU/CSU den Bundestag auf, zu beschließen, dass der Bundestag in der Einigung Europas eine zentrale Aufgabe deutscher Politik sehe. Der Bundestag habe von Beginn an den Einigungsprozess vorangetrieben und „mit den Bundeskanzlern von Dr. Konrad Adenauer bis Dr. Helmut Kohl entscheidend zur Schaffung der EU beigetragen.“<sup>478</sup> 50 Jahre nach ihren Anfängen gehe die Europäische Union nun ihrer Vollendung entgegen und mit der baldigen Erweiterung um die Staaten Mittelosteuropas rücke die Idee von der Einigung des Kontinents „in Freiheit und Frieden“ in greifbare Nähe, so geschrieben im Antrag „Der Europäische Rat von Nizza muss zum Erfolg für Europa werden“. Die konsequente Verwirklichung der Reformen, die man sich in der Regierungskonferenz vorgenommen habe sei nötig, dass Europa zum einen größere Handlungsfähigkeit im Prozess der Globalisierung brauchen und zum

---

<sup>476</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/396 vom 22.09.1999.

<sup>477</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/4732 vom 27.11.2000.

<sup>478</sup> Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/396 vom 22.09.1999, S. 1.

anderen auch bei einer wachsenden Zahl von Mitgliedern handlungsfähig bleiben müsste. Da die europäische Einigung vom fairen Zusammenwirken größerer und kleinerer Mitgliedsstaaten lebe und Deutschland diesem Grundsatz immer gefolgt sei, bereite es Sorge, dass über ein schlechtes Verhandlungsklima auf allen Ebenen berichtet werde. Die Bundesregierung wird aufgefordert, nicht nur mit den großen, sondern auch mit den kleinen Mitgliedsstaaten den Schulterschluss zu suchen.<sup>479</sup>

#### **4.5.2.2 Themenschwerpunkt Erweiterung der Europäischen Union**

Zum Themenschwerpunkt Erweiterung der Europäischen Union möchte die Autorin die Beratung über die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion aus der 155. Sitzung des Deutschen Bundestages am 04.07.2000<sup>480</sup>, die Antwort der Bundesregierung vom 07.02.2001<sup>481</sup> und den Entschließungsantrag von Peter Hintze u.a. und der Fraktion der CDU/CSU von 06.03.2001<sup>482</sup> heranziehen. In der Großen Anfrage wurden 203 Einzelfragen zu 17 Themenbereichen<sup>483</sup> gestellt. Das Wort der Union hatte in der parlamentarischen Aussprache Volker Rühe, der zuerst einmal dafür plädierte, trotz fehlendem Rückhalt in der Bevölkerung, von den „Chancen der Osterweiterung“ zu sprechen. Er verlangt von der Bundesregierung eine

---

<sup>479</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/4732 vom 27.11.2000, S. 1f.

<sup>480</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3872 vom 04.07.2000 und vgl. Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001.

<sup>481</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5232 vom 07.02.2001

<sup>482</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5448 vom 06.03.2001

<sup>483</sup>

1. Zur Umsetzung der Erweiterung
2. Zur innen- und rechtspolitischen Dimension der Erweiterung
3. Zur wirtschaftlichen Dimension der Erweiterung
4. Zur finanziellen Dimension der Erweiterung
5. Zur agrarpolitischen Dimension der Erweiterung
6. Zur umweltpolitischen Dimension der Erweiterung
7. Zur verkehrspolitischen Dimension der Erweiterung
8. Zur arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Dimension der Erweiterung
9. Zur familien-, jugend- und frauenpolitischen Dimension der Erweiterung
10. Zur gesundheitspolitischen Dimension der Erweiterung
11. Zur bildungs- und forschungspolitischen Dimension der Erweiterung
12. Zur kultur- und medienpolitischen Dimension der Erweiterung
13. Zur außenpolitischen Dimension der Erweiterung
14. Zur verteidigungspolitischen Dimension der Erweiterung
15. Zur entwicklungspolitischen Dimension der Erweiterung
16. Zur menschenrechtspolitischen Dimension der Erweiterung
17. Zu besonderen Auswirkungen der Erweiterung auf die neuen Bundesländer und auf die grenznahen Regionen Ostbayerns.



Informationskampagne in Gang zu setzen, um der Bevölkerung die politischen und ökonomischen Vorteile der Erweiterung näher zu bringen. Diese Erweiterungsrunde sei einzigartig, es sei die „Wiedervereinigung Europas“, die europäische Spaltung werde überwunden. RÜHE betont die wirtschaftlichen Vorteile durch neue Absatzmärkte in den Beitrittsländern und die besseren Möglichkeiten, illegale Zuwanderung und organisierte Kriminalität zu bekämpfen.<sup>484</sup> Zwar sei die Sorge der Menschen, durch die Osterweiterung könne es zu einem massiven Zustrom billiger Arbeitskräfte kommen, unbegründet, dennoch dürfe man es auch nicht zu einer Verschärfung der Arbeitsmarktsituation in den strukturschwachen und grenznahen Gebieten kommen. Deshalb fordere die Union „länderspezifisch differenzierte, flexible Übergangsfristen bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Dienstleistungen.“<sup>485</sup>

RÜHE wirft der Bundesregierung vor, die Sorgen und Ängste der Bevölkerung dadurch verstärkt zu haben, das man den Kreis der Beitrittskandidaten um die Türkei erweitert habe. Man dürfe die Union nur so erweitern, dass man sie auch noch vertiefen könne. Das gehe nur durch eine zügige Erweiterung, wobei eine erste Verhandlungsrunde schon Ende 2002 abgeschlossen sein sollte, mit den Ländern, „die zu diesem Zeitpunkt die vereinbarten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Kriterien – auch die in Kopenhagen genannten Kriterien der Menschenrechte und Minderheitenrechte sowie das Kriterium funktionierender Verwaltungsstrukturen – erfüllen.“<sup>486</sup> Eine zügige Erweiterung unter Berücksichtigung der Erfüllung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Kriterien wird auch in dem Entschließungsantrag zur Beratung der Großen Anfrage von Abgeordneten der CDU/CSU und der Fraktion unter Federführung von Peter Hintze gefordert.<sup>487</sup>

---

<sup>484</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001. S. 15154.

<sup>485</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001. S. 15154f.

<sup>486</sup> Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001. S. 15155.

<sup>487</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5448 vom 06.03.2001. S. 2.

RÜHE bemängelt, das in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage kein klares Bekenntnis enthalten ist, alles dafür zu tun, die Verhandlungen mit den ersten Staaten bis Ende 2002 abzuschließen zu können.<sup>488</sup>

Der aus Drängen der Bundesregierung verliehene Beitrittskandidatenstatus an die Türkei sei verfrüht gewesen, so RÜHE. Die dadurch hohen Erwartungen auf türkischer Seite könnten so schnell nicht erfüllt werden, was zu einer Entfremdung führen könnte, da man der Türkei immer wieder bescheinigen müsse, dass sie nicht verhandlungsreif sein. Es sollte das strategische Ziel sein, „die Türkei bei ihrer europäischen Orientierung zu stärken und sie enger mit der EU zu verbinden.“ Darum halte es die Union die Ablehnung der Bundesregierung bezüglich des türkischen Wunsches nach Mitwirkung an den Entscheidungsverfahren der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, für falsch. Rühle hielt es für klug, die Türkei gerade in Fragen der Sicherheitspolitik an Europa zu binden und ihr den Status eines assoziierten Mitgliedes der ESVP anzubieten.<sup>489</sup>

In den Vereinigten Staaten von Amerika gebe es Kritik an Europa, zum Teil zu Recht, so RÜHE, denn es sei merkwürdig, wenn Europa sage, dass es stärker werden wolle, aber die Verteidigungsetats in Europa gekürzt würden.<sup>490</sup>

RÜHE kommt auch noch auf die Verdienste ehemaliger Bundeskanzler zu sprechen. „Ich glaube, ehemalige Bundeskanzler haben anders, mit mehr Anteilnahme, mit mehr Herz, mit mehr Wärme und mit mehr Engagement, über den Prozess der europäischen Integration gesprochen.“<sup>491</sup> Es sei eine sehr viel schwierigere politische Leistung gewesen, die mehrheitliche Unterstützung für die Einführung des Euro zu bekommen, als die Menschen zu überzeugen, dass die Teilung Europas überwunden werden müsse.

---

<sup>488</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001. S. 15155.

<sup>489</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001. S. 15156.

<sup>490</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001. S. 15156.

<sup>491</sup> Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001. S. 15156.

#### 4.5.2.3 Themenschwerpunkt Reform der europäischen Union

Zum Themenschwerpunkt Reform der europäischen Union soll der Antrag „Innere Reform der Europäischen Union“ vom 16.05.2000<sup>492</sup> herangezogen werden. In dem Antrag von Peter Hintze u.a. und der Fraktion der CDU/CSU, wird erklärt, dass die Agenda 2000 nachgebessert werden müsse, um die Politik der EU erweiterungsfähig zu machen. Eine grundlegende Reform der EU sei vor der Erweiterung um neue Mitglieder unverzichtbar und eine Beschränkung auf die Themen Größe der EU-Kommission, Ausweitung der Mehrheitsentscheidung und Stimmenwägung im Ministerrat sei nicht ausreichend. Vor allem sei eine Präzisierung des Subsidiaritätsprinzips durch eine klare Abgrenzung der Kompetenzen vorzunehmen.<sup>493</sup>

In dem Antrag wird folgendes gefordert:

- zur Kompetenzabgrenzung und Stärkung des Subsidiaritätsprinzips:

Man verlangt eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips im Vertrag durch eine genaue Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Da die Europapolitik zunehmend innenpolitische Bereiche erfasse, seien die nationalen Parlamente stärker an der Willensbildung zu beteiligen.<sup>494</sup>

- zum Rat:

Die Mehrheitsentscheidung im Rat soll bei Abstimmungen zur Regel werden, wobei die sog. „doppelte Mehrheit“ gelten soll, sodass die Mehrheit der Stimmen auch die Mehrheit der Bürger repräsentiere. Bestimmte Entscheidungen, z.B. Vertragsänderungen, sollen weiter in Einstimmigkeit gefällt werden. Alle Mehrheitsentscheidungen des Rates sollen an die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments gebunden werden.<sup>495</sup>

- zum Europäischen Parlament

Dem Europäischen Parlament soll das Recht zugestanden werden, seine Angelegenheiten selbst zu regeln, wobei als Beispiel das Abgeordnetenstatut genannt

---

<sup>492</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000

<sup>493</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000, S. 1.

<sup>494</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000, S. 1f.

<sup>495</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000, S. 2.

wird. Die Zahl der Mitglieder des EP soll auf 700 festgesetzt werden, und die Sitzverteilung dem Grundsatz der Proportionalität zur Bevölkerung stärker angeglichen werden.<sup>496</sup>

- zur Kommission

Bei der Auswahl der Kommissare soll vorrangig die fachliche Eignung ausschlaggebend sein und ihre individuelle Verantwortung soll gestärkt werden. Auch sollen die Rechte des EP bei der Kontrolle der Kommission weiter gestärkt werden.<sup>497</sup>

- zur verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der EU

Die verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten sei ein wichtiges Instrument, um die Handlungsfähigkeit der EU auch bei einer größeren Zahl von Mitgliedern sicherzustellen, eine solche Zusammenarbeit müsse jedoch offen sein für den späteren Beitritt der anderen Mitgliedstaaten. Die Regelungen des EU-Vertrags diesbezüglich sollten vereinfacht und auf zusätzliche Politikbereiche ausgeweitet werden, ein Vetorecht einzelner Mitgliedstaaten gegen die Zusammenarbeit dürfe es nicht geben.<sup>498</sup>

- zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

In der Regierungskonferenz sollen die Möglichkeiten des im Amsterdamer Vertrag angelegten Instrumentariums weiterentwickelt werden. Hierbei soll u.a. der Hohe Vertreter für die GASP durch Zuweisung konkreter Aufgaben gestärkt werden. Klare politische Strukturen und militärische Handlungsmöglichkeiten für ein Vorgehen in Krisen sollen geschaffen werden. Ein Austausch zwischen EU und NATO soll sichergestellt und die WEU möglichst bald vollständig in die EU integriert werden.<sup>499</sup>

---

<sup>496</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000, S. 2.

<sup>497</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000, S. 2.

<sup>498</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000, S. 2.

<sup>499</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000, S. 3.

### **4.5.3 Positionen der deutschen EVP-Abgeordneten zur Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung**

„Vier Jahre rot-grüne Bundesregierung waren vier verlorene Jahre für Deutschland in Europa.“<sup>500</sup>

Markus Ferber, MdEP<sup>501</sup> und Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe hat im Auftrag des Vorstandes der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament eine Leistungsbilanz der rot-grünen Bundesregierung auf europäischer Ebene erstellt.

Die Übersicht behandelt in fünf Kapiteln die wichtigsten Kritikpunkte an der Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung und erschien am 23.07.2002 mit dem Titel: „Europapolitik von Rot/Grün 1998 bis 2002. Ahnungslos + Konzeptionslos = Ergebnislos“<sup>502</sup>. Im Vorwort von Hartmut Nassauer und Markus Ferber wird die Regierungszeit der rot-grünen Bundesregierung als vier verlorene Jahre für Deutschland in Europa bezeichnet. Bei den Verantwortlichen sei wenig Verständnis über die Zusammenhänge europäischen Arbeitens vorhanden gewesen und durch Fehleinschätzungen hervorgerufene kontraproduktive Verhaltensweisen hätten die letzten vier Jahre geprägt. Zudem sei die Koordination mit den Abgeordneten des europäischen Parlaments von der Bundesregierung sträflich vernachlässigt worden.<sup>503</sup>

#### **4.5.3.1 „Blauer Brief“ für Deutschland?**

Im ersten Kapitel wird die Wirtschaftliche Situation in Deutschland kritisiert. Der "blaue" Brief habe deutlich gemacht, das Deutschland, dank rot-grüner Regierung nicht mehr der „Musterschüler Europas“ sei. Das Wirtschaftswachstum beispielsweise liege unter dem EU-Durchschnitt, womit sich Deutschland zur „Wachstumsbremse in Europa“ entwickelt habe. Während sich in allen europäischen Ländern von 1998 bis 2001 das staatliche Defizit verringert habe, sei es in

---

<sup>500</sup> CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): Europapolitik von Rot/Grün 1998 bis 2002. Ahnungslos + Konzeptionslos = Ergebnislos. Unter Mitarbeit von Markus Ferber. S. 3. Online verfügbar unter [http://www.freundeskreis.cdu.de/doc/pdfc/posarg-endg\\_version09.pdf](http://www.freundeskreis.cdu.de/doc/pdfc/posarg-endg_version09.pdf), zuletzt aktualisiert am 11.07.2002, zuletzt geprüft am 22.01.2009.

<sup>501</sup> Mitglied des Europaparlaments. Im Folgenden wird die Abkürzung „MdEP“ verwendet.

<sup>502</sup> CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002).

<sup>503</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 3.

Deutschland von 1,7 % im Jahr 1998 auf 2,7 % im Jahr 2001 gestiegen. Kritisiert wird zudem, dass auch die Arbeitslosenquote weiter gestiegen sei. Bei den Sozialbeiträgen sei Deutschland jedoch weiterhin „Spitze“. Beklagt wird auch die Verschlechterung des Standortes Deutschland bezüglich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.<sup>504</sup>

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt<sup>505</sup> gilt als Sicherungsinstrument für einen starken Euro. Die Misere deutscher Europapolitik unter Rot/Grün zeige sich am Paradebeispiel des „blauen“ Briefes, so die CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT. Das erste Mal, seit es den Stabilitäts- und Wachstumspakt gebe, sollte eine Frühwarnung gerade an den Initiator des Paktes, nämlich Deutschland, ausgesprochen werden. Kritisiert wird, dass sich der SPD-Kommissar Verheugen, entgegen eines ungeschriebenen Kodex der Kommissare, öffentlich dagegen ausgesprochen habe und dass Kanzler Schröder aus wahltaktischen Überlegungen die Kommission angriff und ihr vorwarf, „dass nicht nur finanzpolitische Erwägungen die Entscheidung der Kommission beeinflusst“ hätten. Schröders Aussage sei ein Affront gegen den Währungskommissar Solbes und auch gegen Klaus Regling, den Autor der Frühwarnung, gewesen. Den großen Medienrummel bezeichnet die CDU/CSU-GRUPPE als strategischen Fehler, da Schröder so Druck auf die Kommission und einige Mitgliedstaaten ausgeübt habe. Zusammen mit den Briten und den Dänen, die kein Interesse am Euro hätten, habe Eichel nun eine Phalanx gegen die Kommissionsentscheidung aufbauen müssen, infolge der, die von den Wirtschafts- und Finanzministern getroffene Entscheidung, von einer strikten Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts abzusehen, schwerwiegende Folgen gehabt habe. Die Bundesregierung habe dadurch „ihre politische Glaubwürdigkeit beeinträchtigt und die europäischen Partner von einem konsequenten Weg der Stabilität abgebracht (...) Der Versuch von Schröder und dem deutschen, der SPD angehörenden, EU-Kommissar Verheugen, mit aller Gewalt eine Frühwarnung zu verhindern“, habe zu einem Glaubwürdigkeitsverlust gegenüber dem Euro und zur Verärgerung der EU-Kommission und der EU-Partner“ geführt.<sup>506</sup>

---

<sup>504</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 4ff.

<sup>505</sup> Der Stabilitäts- und Wachstumspakt besteht aus einem Stufenplan, der bei einer Annäherung an das 3 %-BSP-Defizit-Kriterium eine Frühwarnung für das betroffene Land vorsieht. Die zweite Stufe sieht die Hinterlegung einer Geldstrafe vor, die dann in der dritten Stufe endgültig einbehalten und an die anderen Mitgliedstaaten verteilt würde.

<sup>506</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 11f.

#### 4.5.3.2 Kein „Feeling“ für Europa

Im zweiten Kapitel wird der rot/grünen Regierung vorgeworfen, ihr fehle ein klares Konzept sowie ein „Feeling“ für Europa. So habe Schröder nach kontraproduktiven Attacken gegen die Kommission und verbalen Attacken gegen einzelne Kommissare erkennen müssen, dass Europäische Politik aufgrund verschiedener Mentalitäten und politischer Kulturen anders als deutsche Politik funktioniere. „Mit lautstarkem Druck ist in Brüssel nichts zu erreichen. Besser sind frühzeitiges Lobbying und eine strategische Vorgehensweise, wie sie die Regierung Kohl meisterhaft beherrschte.“<sup>507</sup>

Als Beispiele, wie das aufgebaute Beziehungsgeflecht in Europa nun leichtfertig zerstört werde, nennt die CDU/CSU-GROUPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT mehrere Beispiele:

- Schröder habe sich während seiner Kanzlerschaft eher um die Regierungszusammenarbeit zwischen den großen Mitgliedstaaten bemüht und die Kleinen sowie die Kommission außen vor gelassen. Dies habe sich auch im „Vorgipfel vor Laeken“ gezeigt, als sich am Vorabend des EU-Regierungsgipfels Frankreich, Großbritannien und Deutschland trafen, „ohne die Kommission oder auch nur eine Vorabsprache mit den anderen europäischen Partnern“.
- Die bewährte Partnerschaft zu Frankreich sei seit dem Regierungswechsel in Deutschland in die Krise geraten, wozu schon Jürgen Trittins Reise nach Paris im Januar 1999 und die einseitige Aufkündigung der nuklearen Zusammenarbeit mit Frankreich beigetragen habe. Der vor kurzem abgewählte französische Premierminister Jospin habe sich am 02.04.2002 so geäußert, „dass sich Deutschland unter der Regierung Schröder immer stärker von Europa entferne. Dies sei nicht nur Frankreich gegenüber, sondern auch in den jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers gegenüber der Kommission erkennbar.“

---

<sup>507</sup> CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 13.

Die CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT betont die große Stärke der Regierung Kohl, als Fürsprecher der kleinen Länder zu gelten. Man habe viele Verbündete in der Gemeinschaft gehabt und Deutschland und Frankreich seien einst als „Motor des europäischen Einigungsprozesses“ bezeichnet worden. Davon sei nichts übrig geblieben. Hierin sieht die Gruppe auch den Grund für die Niederlage der Bundesregierung bei den Verhandlungen zur Agenda 2000.<sup>508</sup>

- Außerdem habe Schröder die sogenannte „offene Koordinierungsmethode“ unterstützt, nach der „Politikbereiche, für welche die EU nicht zuständig ist, durch die Hintertür und unter Ausschluss der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments auf die europäische Ebene verlagert“ würden.
- Das unüberlegte Handeln von Rot/Grün auf europäischer Ebene habe auch der „Fall Österreich“ gezeigt. Als es in Österreich Anfang 2000 zu einer Regierungsbildung zwischen ÖVP und FPÖ kam, wurde von 14 mehrheitlich sozialistischen Regierungschefs kurzfristig der Beschluss gefasst, bilaterale Sanktionen gegen Österreich zu verhängen. Dies sei ohne Rechtsgrundlage und aus rein parteitaktischen Überlegungen geschehen und zeige, wie wenig die Regierung Schröder die Entscheidung der österreichischen Wählerinnen und Wähler respektierten und habe einer Vorverurteilung geglichen, so die CDU/CSU-GRUPPE. Das gute deutsch-österreichische Verhältnis sei durch dieses Verhalten gestört worden. Der Skandal habe nur durch das besonnene Verhalten Österreichs und durch das Aufzeigens eines Ausweges durch die europäischen Christdemokraten beendet werden können. So sei im Auftrag des Vorstandes der Europäischen Volkspartei ein Bericht von drei Weisen verfasst worden, der feststelle, dass das österreichische Regierungshandeln in keiner Weise zu beanstanden war und der empfahl, einen detaillierten Mechanismus zu entwickeln, der jeglichen Bruch der grundlegenden Prinzipien der EU durch einen Mitgliedstaat verhindern und sanktionieren sollte. Anfang September 2000 sei dann ein von den 14 Regierungen

---

<sup>508</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 14.



nachträglich eingesetztes Weisengremium zu dem in der Sache gleichen Ergebnis gekommen und die Sanktionen seien aufgehoben worden.<sup>509</sup>

Die CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT kritisiert weiter, dass Kanzler Schröder und Außenminister Fischer „zwar in medienträchtigen Auftritten mehr oder weniger schlüssige europäische Visionen“ entwickeln würden, diese „aber keinen Niederschlag auf europäischer Ebene“ finden, da sie intern nicht abgestimmt oder aber nicht richtig durchdacht seien bzw. der nötige politische Nachdruck fehle. Als Beispiel nennt die Gruppe die Art der Veröffentlichung des sogenannten Schröder-Papiers im April 2001<sup>510</sup>, kurz vor dem europäischen Kongress der sozialdemokratischen Parteien in Berlin. Die Medienaktion Monate vor dem SPD-Parteitag im November, für den das Papier als Leitantrag gedacht war, habe zwar zu einem kurzfristigen Effekt in den deutschen Medien, jedoch auch zu Verstimmung in der eigenen Parteifamilie geführt. Das Papier sei infolgedessen auch nur zur Kenntnis genommen worden. „In der beim SPE-Kongress verabschiedeten Berliner Erklärung findet sich nicht ein einziger Passus der von Schröder propagierten EU-Reform wieder.“<sup>511</sup>

Die Rede von Bundesaußenminister Fischer zur Finalität der EU<sup>512</sup> habe die europapolitische Debatte wieder angeregt. Dies sieht die Gruppe als einzigen Verdienst dieser Rede und bezeichnet die Aussage Fischers, als Privatmann zu sprechen, als sonderbar. Eine „Avantgarde-Gruppe mit eigener Regierung, eigenem Präsidenten und eigenem Parlament würde einen institutionellen Keil in die EU treiben. Das System würde noch undurchschaubarer werden.“ Als einen Rückschritt bezeichnet die CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT das Vorhaben, einer Versammlung von nationalen Abgeordneten neben dem Europäischen Parlament.

Zwar habe die Bundesregierung, auch unter Druck der Bundesländer, beim Gipfel von Nizza durchsetzen können, „dass die Kompetenzabgrenzung bei der aktuell laufenden Reform der EU im EU-Konvent einer der wichtigsten Punkte für die Zukunft eines funktionierenden und akzeptierten Europas“ sei, jedoch seien die

---

<sup>509</sup> CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 15.

<sup>510</sup> Siehe hierzu auch Kapitel 3.6.3 dieser Arbeit.

<sup>511</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 16.

<sup>512</sup> Siehe hierzu auch Kapitel 3.6.1 dieser Arbeit.

Plätze der Regierungskoalition im Konvent schwach besetzt worden und die Bundesregierung habe bisher keine Vorschläge für eine Kompetenzabgrenzung vorgelegt. Die entsprechenden Bemühungen im Konvent seien vielmehr torpediert worden und der Kanzler gehe nicht gegen die schleichenden Kompetenzaushöhlungen, z.B. im Wege der sog. Offenen Koordinierung, vor.

Die Gruppe verweist auf das „Schäuble/Bocklet-Papier“, mit dem die Union mit einer präzisen Analyse und der sachgerechten Verteilung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten Anerkennung gefunden habe. Dies sei „der einzige umfassende Entwurf für eine Reform der Verträge“. Diese Vorarbeiten seien in die Arbeiten der Europäischen Volkspartei gemündet, voraus als Ergebnis das sog. „Schäuble/Martens-Papier“ hervorgegangen sei.<sup>513</sup>

#### **4.5.3.3 Europapolitische Fehlleistungen**

Im dritten Kapitel benennt die CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT europapolitische Fehlleistungen der rot/grünen Bundesregierung. Als Fehlleistung ist demnach das Stimmverhalten der Sozialdemokraten bezüglich des Rücktritts der Kommission und zu werten. Der längst überfällige Rücktritt der Kommission sei durch das Verhalten der europäischen Sozialdemokraten unnötig hinausgezögert worden, da diese nicht geschlossen für den Misstrauensantrag zur Entlassung der Kommission gestimmt hätten. „Damit wurde deutlich, dass die Sozialisten die Lage in der Kommission nicht richtig eingeschätzt haben oder zumindest dies nicht wollten.“<sup>514</sup>

Das EP hatte der Kommission in seiner Dezember-Sitzung in Brüssel die Entlastung für den Haushalt 1996 verweigert und eine Rüge für Unregelmäßigkeiten, Korruption und Betrugsfälle ausgesprochen. Von den 518 anwesenden Abgeordneten stimmten 270 gegen die Entlastung, unter ihnen eine Mehrheit der Christdemokraten und die Grünen, 225 - vor allem aus den Reihen der Sozialdemokraten - dafür und 23 enthielten sich der Stimme.

Als ein weiteres Beispiel für die Fehlleistungen von Rot/Grün nennt die Gruppe die Verhandlungen und das Ergebnis der Agenda 2000. „Rot/Grün hat das von der

---

<sup>513</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 16f.

<sup>514</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 18.

Regierung Kohl bestellte Feld nicht geerntet. Mit markigen Sprüchen und einer dann schwachen Verhandlungsführung wurden leichtfertig deutsche Interessen preisgegeben und die Fehler seitdem auch nicht korrigiert.“ So habe Kanzler Schröder zur Jahreswende 1998/99 beim SPD-Parteitag mit der Aussage, dass deutsche Gelder in Brüssel „verbraten“ würden, eine Abwehrhaltung in vielen Mitgliedstaaten der EU hervorgerufen. Bei den Verhandlungen zur Agenda 2000 sei das deutsche Interesse an einer nachhaltigen Reduzierung des Beitrages dem kurzfristigen „Erfolg“ für die Ratspräsidentschaft geopfert worden, was die mangelnde Durchsetzungskraft Schröders offenbare. Entscheidende deutsche Positionen seien ohne Not bereits im Vorfeld des Gipfels aufgegeben worden, wodurch das Ziel der rot/grünen Bundesregierung, den deutschen Nettobeitrag zu mindern, klar verfehlt worden sei, denn Deutschland werde jährlich über 9 Mrd. Euro mehr einzahlen als herausbekommen. Hieran zeige sich, wie die Regierung Schröder Fortschritte der Regierung Kohl zunichte mache, denn diese habe den jährlichen Beitrag seit 1993 kontinuierlich heruntergedrückt (von 13,8 auf 9 Mrd. Euro in 1998).<sup>515</sup>

Die Gruppe nennt auch Fehlleistungen aus der Sozialpolitik und dem Arbeitsschutz. Rot/Grün sei regelmäßig über das Ziel hinausgeschossen, „und zwar in Richtung unrealistischer Maximalstandards unter Missachtung des Subsidiaritätsprinzips.“<sup>516</sup>

Ebenso als Fehlleistung wertet die Gruppe die permanenten Angriffe der rot/grünen Bundesregierung auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und den europäischen Stabilitätspakt. Die Sozialdemokraten versuchen demnach seit langem, „den Stabilitätspakt zu untergraben und die Europäische Zentralbank bei ihren Entscheidungen politisch zu kontrollieren und zu beeinflussen.“<sup>517</sup>

#### **4.5.3.4 Vorwurf: Die Bundesregierung vereitelt deutsche Interessen**

Es wird der Vorwurf erhoben, die Bundesregierung messe der Personalpolitik bei den EU-Institutionen nicht die notwendige Bedeutung bei. Nachhaltigkeit sei nicht gegeben, vielmehr gelte das Zufallsprinzip.

---

<sup>515</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 19f.

<sup>516</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 20f.

<sup>517</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 21.

„Die Institutionen werden als Abschiebebahnhof für untragbare Bundespolitiker (Hombach) missbraucht. Spitzenpositionen werden entweder schwach besetzt (Kommissare, Konvent) oder es erfolgt gar keine deutsche Besetzung wegen interner Streitigkeiten (Rat der Weisen).“

Die Gruppe wirft Rot/Grün vor, in den Dienststellen der Kommission werde kaum eine aktive Personalpolitik betrieben und es seien drei strategische Fehler bei der Neubesetzung der Kommission im Sommer 1999 gemacht worden.

1. Habe sie das „deutsche Prinzip aufgekündigt, mit den beiden Kommissaren beide großen politischen Lager im Konsens in der Kommission einzubinden“. 1999 hat Kanzler Schröder nur Kommissare von Rot/Grün vorgeschlagen
2. Habe sie „mit den Kommissaren Verheugen und Schreyer hat sie keine Politiker von Rang und politischem Gewicht vorgeschlagen. [...] Keiner der beiden hatte eine Chance, Vize-Präsident der Kommission zu werden.“

Den dritten strategische Fehler sieht die Gruppe in der Verteilung der politischen Dossiers an die beiden neuen Kommissare. So wäre bei dem sensiblen Thema Erweiterung ein Nicht-Deutscher aus taktischen Gründen geeigneter gewesen und Frau Schreyer als Haushaltskommissarin habe keinen gestaltenden Einfluss auf den EU-Haushalt, sondern sei im Wesentlichen für die Haushaltsausführung zuständig. Die wichtigsten Portfolios seien an andere Nationalitäten gegangen.<sup>518</sup>

Als Beispiel für den „Abschiebebahnhof EU“ wird die Vergabe des Postens des EU-Koordinators für den Stabilitätspakt in Südosteuropa an den ehemaligen Kanzleramtsministers Hombach genannt. Schröder habe nicht den "wichtigsten Mann geopfert", sondern ein Personalproblem gelöst, da Hombach durch Koordinierungsmängel aufgefallen sei und sich Vorwürfen wegen Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung seines Wohnhauses habe erwehren müssen.<sup>519</sup>

Auch die deutsche Besetzung des Konvents, der zurzeit einen Vorschlag für einen Verfassungsvertrag ausarbeitet und ein bedeutsames Gremium für die Zukunft Europas ist, bezeichnet die Gruppe als Trauerspiel.

„Während andere Mitgliedstaaten stellvertretende Ministerpräsidenten (Italien, Schweden), amtierend Außen- und Europaminister (Belgien, Großbritannien, Frankreich) sowie ehemalige Ministerpräsidenten,

---

<sup>518</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 23f.

<sup>519</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 24.

Minister und EU-Kommissare benannten, schickte Kanzler Schröder als Regierungsvertreter einen Hochschulprofessor<sup>520</sup>, der in Fragen der Europapolitik noch nie wesentlich in Erscheinung getreten ist und ohne politisches Amt auch kein politisches Gewicht mitbringt.“

Man habe somit die Entsendung des „Europaexperten“ Dr. Wolfgang Schäuble verhindert.<sup>521</sup>

Auch die angeblich falsche Verteilung von Verantwortlichkeiten und Ressourcen in der Europapolitik wird bemängelt. Deutschland fehle die gute Koordinierung in der Organisation der Europapolitik. Auch würden Entwicklungen in Brüssel oft „der Arbeitsebene in den Ministerien überlassen und nicht politisch begleitet.“ Durch die Verteilung der Aufgaben auf das Auswärtige Amt, das Bundesfinanzministerium und das Kanzleramt, würden Deutschlands Positionen oftmals erst spät formuliert oder noch verändert. Auch Schröders überstürztes Vorgehen, teilweise nach einer Kehrtwende Druck in die jeweils andere Richtung auszuüben, wird bemängelt. Dieses Vorgehen, es wird das Beispiel der Übernahmerichtlinie genannt, lasse an der Glaubwürdigkeit Deutschlands zweifeln.<sup>522</sup>

Weiter wird bemängelt, dass die Binnenmarktgesetzgebung nicht mit der nationalen Gesetzgebung koordiniert werde und die Agrarpolitik in Europa zum Nachteil der deutschen Bauern reichen würde.<sup>523</sup>

Das Problem der fehlenden Strategie sei auch bei den Erweiterungsverhandlungen erkennbar gewesen. Die Gruppe wirft der Bundesregierung vor, sie habe „die Vertretung der deutschen Interessen bei der Osterweiterung weitgehend versäumt“ und die Verhandlungen vollständig der Beamtenebene überlassen. Die deutsche Position sei allein von Diplomaten im Auswärtigen Amt, nicht aber politisch festgelegt worden. Die Sachinteressen Deutschlands hätten so kaum Berücksichtigung gefunden. „So hat die Bundesregierung zunächst einem Verhandlungsergebnis des Kapitels über den freien Dienstleistungsverkehr mit der

---

<sup>520</sup> Gemeint ist Jürgen Meyer. Jürgen Meyer hatte allerdings bereits an der Ausarbeitung der EU-Grundrechtscharta von Nizza mitgewirkt und war stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses im Bundestag. Vgl. Spiegel Online (2002): Seltene Einstimmigkeit bei der Wahl des Bundestagsdelegierten 31.01.2002. Online abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,179957,00.html>, zuletzt überprüft am 24.01.2009. Vgl. auch Spiegel Online (2002): Chaotische Vorbereitungen für EU-Konvent, 24.01.2002. Online abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,178838,00.html>, zuletzt überprüft am 24.01.2009.

<sup>521</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 24f.

<sup>522</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 26f.

<sup>523</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 27ff.

Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Polen und Slowenien zugestimmt, ohne die Forderung nach einer Übergangsregelung zu erheben und damit das Problem ‚verschlafen‘“. Die Idee eines Sonderprogramms für die Förderung der Grenzregionen habe die Bundesregierung zunächst sogar aktiv bekämpft.<sup>524</sup>

#### **4.5.3.5 Widersprüche und fehlende Abstimmung**

Die europäische Asyl- und Einwanderungspolitik

Das Verhalten der Europaabgeordneten der Sozialdemokratie und der Grünen im Bereich der zunehmend vergemeinschafteten EU-Asyl- und Zuwanderungspolitik bezeichnet die Gruppe als „ein Tollhaus deutscher Interessenvertretung und das ohne Rücksicht auf die sensible Situation in Deutschland.“

Die Mehrheit von Sozialisten und Grünen im Europäischen Parlament würde den klassischen Familienbegriff beim Recht auf Familiennachzug völlig aushebeln und so Missbrauch erleichtern. Ebenso würde die Erweiterung des Asylbegriffs zu Verfahrensverzögerungen durch unberechtigte Antragsteller führen. Beides widerspreche der Auffassung von SPD- Innenminister Schily. Die sog. Massenzustromrichtlinie würde vor allem Zustrom nach Deutschland bedeuten, und da sich, nach der Richtlinie der sog. doppelten Freiwilligkeit die Flüchtlinge ihr "Lieblingsland" aussuchen könnten, würden unverhältnismäßig viele nach Deutschland kommen, wobei Deutschland sich aus diplomatischen Gründen nicht verwehren würde. Benachteiligt würde Deutschland zudem durch den „Flüchtlingsfonds“, welcher die entsprechende Infrastruktur des Aufnahmestaates finanzieren helfen soll und von den Nettozahlern, also u.a. Deutschland gespeist wird. Dies würde bedeuten, dass Deutschland viel bezahle, aber dank der guten Infrastruktur wenig heraus bekomme und das trotz der Aufnahme der Flüchtlinge.<sup>525</sup>

Kritisiert wird auch der als widersprüchlich bezeichnete Umgang mit der Türkei. Die Bundesregierung und der SPD-Erweiterungskommissar würden mit der Türkei ein unehrliches Spiel treiben, indem man Erwartungen wecke, die dann enttäuscht werden. Gleichzeitig lehne die Bundesregierung eine Auslieferung von 1000 Panzern

---

<sup>524</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 30f.

<sup>525</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 33f.

an den verdienten NATO-Partner aufgrund der schlechten Menschenrechtslage in der Türkei ab.<sup>526</sup>

Widersprüche würden auch die Haltung der Bundesregierung zur Förderung der durch die Osterweiterung der EU betroffenen Grenzregionen durchziehen. So habe sich diese bis Ende 2000 strikt gegen eine Hilfe für die Grenzregionen zu den Erweiterungskandidaten ausgesprochen, der Bundeskanzler sich aber dann in Nizza für europäische Sondermaßnahmen in den Grenzregionen eingesetzt. Ebenso habe sich die Bundesregierung im Ministerrat gegen eine Erhöhung der Hilfen ausgesprochen und diese dann nach Nizza „wieder als ihren Erfolg verkauft“.<sup>527</sup>

Bei den Verhandlungen zur Altautorichtlinie beispielsweise, seien Koalitionsstreitigkeiten vor Brüsseler Publikum ausgetragen worden und hätten das Ansehen Deutschlands beschädigt. Noch vierzehn Tage vor der endgültigen Entscheidung habe der grüne Umweltminister Trittin die informelle Zustimmung signalisiert, den Richtlinienentwurf nicht verändern zu wollen, was zu einem Eklat innerhalb der Koalition und innerhalb der EU führte, da Schröder sich einschaltete und gegenteiliger Meinung war. „Schröder stellte Trittin vor die Wahl, entweder die Regelung zu kippen, oder selbst als Umweltminister gekippt zu werden“. Woraufhin Trittin innerhalb kürzester Zeit „die offizielle deutsche Position um 180 Grad“ änderte.<sup>528</sup>

#### **4.5.4 Positionen der B-Länder im Bundesrat**

Die Exekutivmacht der Bundesregierung wird von 16 Länderregierungen mit je eigener Gesetzgebungs-, Haushalts- und Verwaltungskompetenz begrenzt, so liegt beispielsweise die Bildungs- und Wissenschaftspolitik in der Zuständigkeit der Länder. Ca. 60 Prozent aller Bundesgesetze betreffen die Länder und bedürfen der Zustimmung des Bundesrates, welcher vor allem dann eine entscheidende Rolle spielt, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht denen des Bundestages entsprechen. Die Bundes-Oppositionsparteien können dann im Bundesrat die

---

<sup>526</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 35.

<sup>527</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): S. 37f.

<sup>528</sup> Vgl. CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): 38f.

Gesetzvorlagen der Bundesregierung blockieren oder die Regierung zu Zugeständnissen zwingen.<sup>529</sup>

#### **4.5.4.1 Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat**

Die Zusammensetzung des Bundesrates wandelt sich mit Veränderungen der parteipolitischen Zusammensetzung der Länderregierungen. Von der SPD geführte Bundesländer werden als „A-Länder“, von der CDU geführte Bundesländer als „B-Länder“ bezeichnet.

Die rot-grüne Bundesregierung verfügte nur von September 1998 (Regierungswechsel) bis Februar 1999 (Landtagswahl in Hessen) über eine eigene Mehrheit im Bundesrat und sie verlor durch die zahlreichen Niederlagen bei den folgenden Landtagswahlen immer mehr Stimmen bis die Union und die FDP im April 2002 eine eigene Mehrheit von 35 Stimmen erreichten. Spätestens ab diesem Zeitpunkt konnten Reformen nur noch mit Zustimmung der Union durchgesetzt werden.<sup>530</sup>

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Mehrheitsverhältnisse in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages:

---

<sup>529</sup> Vgl. Egle, Christoph (2006): Deutschland, in: Merkel, Wolfgang u.a. (2006): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie: Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. VS Verlag 2006, S. 154-196, hier S. 155.

<sup>530</sup> Vgl. Egle, Christoph (2006): S. 155.



**Abbildung 18: Entwicklung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat von 1998-2002**

Zeitraum und Bundesländer in denen gewählt wurde:	Stimmen der Regierungskoalition (A-Länder)	Unsichere Stimmen <sup>531</sup>	Stimmen der Opposition (B-Länder)
Seit Regierungsantritt SPD/Grüne	35	18	16
Seit 2/1999 (Hessen)	30	18	21
Seit 9/1999 (Brandenburg/Saarland)	23	22	24
Seit 9/1999 (Thüringen)	23	18	28
Seit 9/2001 (Hamburg)	20	18	31
Seit 4/2002 (Sachsen-Anhalt)	16	18	35

Quelle: Egle, Christoph (2006)<sup>532</sup>

#### 4.5.4.2 Bundesratsvorsitzende der CDU

Um nun die europapolitischen Positionen der B-Länder, also der CDU oder CSU-regierten Bundesländer zu erörtern, soll untersucht werden, ob die Bundesratsvorsitzenden der CDU die Europapolitik in ihren Redebeiträgen im Bundesrat im Zeitraum von September 1998 bis September 2002, thematisiert haben.

Die Wahl des Bundesratspräsidenten ist in Artikel 52 des Grundgesetzes geregelt:

(1) „Der Bundesrat wählt seinen Präsidenten auf ein Jahr.“ (...)

(3) „Der Bundesrat faßt (sic!) seine Beschlüsse mit mindestens der Mehrheit seiner Stimmen.“<sup>533</sup>

<sup>531</sup> SPD/FDP-Koalition; SPD/PDS-Koalition.

<sup>532</sup> Egle, Christoph (2006): S. 155.

<sup>533</sup> Homepage des Deutschen Bundestages, online abrufbar unter: [http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/Grundgesetz/gg\\_04.html](http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/Grundgesetz/gg_04.html), zuletzt überprüft am 07.02.2009.

Der Bundesratspräsident wird von den Mitgliedern des Bundesrates in der Regel einstimmig gewählt und wechselt jährlich zum 1. November, wobei man sich an eine Reihenfolge hält, die in der Königsteiner Vereinbarung vom 30. August 1950 festgelegt wurde. Demnach richtet sich die Abfolge vom bevölkerungsreichsten (Nordrhein-Westfalen) zum bevölkerungsärmsten Land (Bremen).<sup>534</sup>

**Abbildung 19: Gewählte Präsidenten des Bundesrates von Sept. 1998 bis Sept. 2002**

Bundesratspräsident	Partei	Bundesland	Amtszeit
Gerhard Schröder	SPD	Niedersachsen	01.11.1997 – 27.10.1998
Hans Eichel	SPD	Hessen	01.11.1998 – 07.04.1999 <sup>535</sup>
Roland Koch	CDU	Hessen	07.04.1999 – 31.10.1999
Kurt Biedenkopf	CDU	Sachsen	01.11.1999 – 31.10.2000
Kurt Beck	SPD	Rheinland-Pfalz	01.11.2000 – 31.10.2001
Klaus Wowereit	SPD	Berlin	01.11.2001 – 31.10.2002

Quelle: Eigene Recherche

Es sollen nun also die Antrittsreden, Redebeiträge und Rückblicke der Bundesratsvorsitzenden Roland Koch und Kurt Biedenkopf auf ihre Beschäftigung mit europapolitischen Themen hin untersucht werden

#### **4.5.4.2.1 Roland Koch in der Funktion als Bundesratspräsident**

Roland Koch erwähnt die Europapolitik in seiner Antrittsrede<sup>536</sup> überhaupt nicht,

<sup>534</sup> Vgl. Homepage des Deutschen Bundesrates. Online abrufbar unter: [http://www.bundesrat.de/nr\\_8340/DE/presse/faq-presse/faq-presse-node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bundesrat.de/nr_8340/DE/presse/faq-presse/faq-presse-node.html?__nnn=true), zuletzt überprüft am 08.02.2009.

<sup>535</sup> Am 07.04.1999 löste Roland Koch Hans Eichel als Ministerpräsident von Hessen ab daraus folgte ein Wechsel im Amt des Bundesratspräsidenten.

<sup>536</sup> Vgl. Plenarprotokoll 737 30.04.1999 S. 124C-126A: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 30.04.1999

ebenso nicht in seinem zweiten Redebeitrag am 11.06.1999<sup>537</sup>. In seiner Rede zu Ehren des scheidenden Bundespräsidenten Herzog und des neuen Bundespräsidenten Rau erwähnt er Europa nur am Rande: „Vor uns liegt ein neues Zeitalter, (...) ein europäisches Zeitalter, in dem die neuen Institutionen in den Köpfen und Herzen der Bürger verankert sein müssen.“<sup>538</sup> In seinen zwei weiteren Redebeiträgen<sup>539</sup> als Bundesratspräsident findet die Europapolitik wieder keine Erwähnung und auch in seiner Abtrittsrede am 15.10.1999<sup>540</sup> findet Europa keine Beachtung.

#### **4.5.4.2.2 Kurt Biedenkopf in der Funktion als Bundesratspräsident**

In seiner Antrittsrede am 05.11.1999 geht Kurt Biedenkopf ausgiebig auf die bundesstaatliche Ordnung in Europa ein. Die Integration sei nur mit einem bundesstaatlich verfassten Deutschland möglich und die föderale Ordnung Voraussetzung für die europäische Einigung gewesen.<sup>541</sup> „Deutschland ist nur als gelebter Bundesstaat europaverträglich. Als Zentralstaat in der Mitte Europas würde es, seiner Größe wegen, jede Integrationsordnung sprengen. Als zentralistischer Staat wäre Deutschland europaunverträglich.“<sup>542</sup> Es liege im Interesse des geeinten Europa, die bundesstaatliche Ordnung zu erhalten und zu wahren.

„Die Länder sind wichtige Anwälte guter Nachbarschaft in Europa. Sie bauen auf regionaler und kommunaler Ebene Brücken über die innereuropäischen Grenzen. Die Euroregionen sind schon lange zu einer wichtigen Form praktizierter europäischer Integration geworden. Sie machen Europa erlebbar für die Bürger beiderseits der Grenzen auch dort, wo ihnen die Europäische Union als eine eher abstrakte Struktur begegnet.“<sup>543</sup>

---

<sup>537</sup> Vgl. Plenarprotokoll 739 11.06.1999 S. 227A-B: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 11.06.1999.

<sup>538</sup> Plenarprotokoll 14/51 01.07.1999 S. 4359B-4361B: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 01.07.1999 Titel: 11. Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>539</sup> Vgl. Plenarprotokoll (Bundesrat) 741 09.07.1999 S. 259B-D: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 09.07.1999. Titel: Begrüßung des Vorsitzenden des Senats der Islamischen Republik Pakistan, Senator Wasim Sajjad, und einer Delegation. Vgl. Plenarprotokoll (Bundesrat) 742 24.09.1999 S. 297C: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 24.09.1999. Titel: Ernennung des Direktors des Bundesrates zum Honorarprofessor.

<sup>540</sup> Vgl. Plenarprotokoll (Bundesrat) 743 15.10.1999 S. 370A-371B: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 15.10.1999. Titel: Rückblick des Präsidenten.

<sup>541</sup> Vgl. Plenarprotokoll (Bundesrat) 744 05.11.1999 S. 390D-392C: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Roland Dr. Kurt Biedenkopf am 05.11.1999.

<sup>542</sup> Plenarprotokoll (Bundesrat) 744 05.11.1999 S. 391A: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Roland Dr. Kurt Biedenkopf am 05.11.1999.

<sup>543</sup> Plenarprotokoll (Bundesrat) 744 05.11.1999 S. 391A: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 05.11.1999.

Biedenkopf betont die Wichtigkeit der Aufgabe der ostdeutschen Länder, die östlichen Nachbarn Polen und Tschechien auf ihrem Weg in die europäische Gemeinschaft zu begleiten. Biedenkopf beklagt die Vermischung landes- und bundespolitischer Verantwortung sowie die Unübersichtlichkeit der europäischen Gesetzgebung und der Mitfinanzierung staatlicher Aufgaben durch die Europäische Union. Eine wirkliche Zukunft habe Europa nur als „ein Europa der Vielfalt der Regionen in der Einheit der Nationen“.<sup>544</sup>

Am 26.11.1999 drückt Biedenkopf während der Begrüßung des Präsidenten des Bundesrates der Republik Österreich seine Freude darüber aus, dass durch den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union die hervorragenden Beziehungen zwischen beiden Staaten weiter vertieft worden seien.<sup>545</sup>

Am 17.12.1999 erwähnt Kurt Biedenkopf die Europapolitik in seiner Gedenkansprache nur am Rande: „Wir versuchen, uns für die großen Veränderungen zu rüsten, die sich in Europa und der Welt vollziehen werden.“<sup>546</sup>

In den folgenden Beiträgen<sup>547</sup> erwähnt Biedenkopf die Europapolitik nicht mehr. Dann jedoch, in seiner Ansprache anlässlich der ersten Sitzung des Bundesrates in Berlin geht Biedenkopf auf die Fortentwicklung der europäischen Institutionen sowie die Zuständigkeiten der EU und der Mitgliedstaaten näher ein.<sup>548</sup>

„Wollte man eine europäische Verfassung schreiben, die nicht nur den institutionellen Bedürfnissen, sondern ebenso den historischen und politischen Erfahrungen Preußens Rechnung trägt, dann müsste man ihr auch die bundesstaatliche Ordnung Deutschlands als dem bevölkerungsreichsten Staat in der Mitte der Europäischen Union verankern. Denn erst die mit dieser Ordnung gewährleistete

---

<sup>544</sup> Plenarprotokoll (Bundesrat) 744 05.11.1999 S. 391f: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 05.11.1999.

<sup>545</sup> Vgl. Plenarprotokoll (Bundesrat) 745 26.11.1999 S. 411A-C: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 26.11.1999. Titel: Begrüßung des Präsidenten des Bundesrates der Republik Österreich, Jürgen Weiss, und einer Delegation.

<sup>546</sup> Vgl. Plenarprotokoll Bundesrat 746 17.12.1999 S. 475A-477A: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 17.12.1999. Titel: Gedenkansprache des Präsidenten zum Völkermord an Sinti und Roma im Nationalsozialismus.

<sup>547</sup> Vgl. Plenarprotokoll (Bundesrat) 746 17.12.1999 S. 475A-477A: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 17.12.1999. Titel: Gedenkansprache des Präsidenten zum Völkermord an Sinti und Roma im Nationalsozialismus. S. 477C: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 17.12.1999. Titel: Dank an ausgeschiedene Mitglieder des Bundesrates. Vgl. Plenarprotokoll (Bundesrat) 753 14.07.2000: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 14.07.2000. Titel: Gedenkworte zum Tode von Heinz Schleußer. S. 265A-B und: Ansprache des Bundesratspräsidenten aus Anlass der letzten Sitzung in Bonn. S. 265D-267B.

<sup>548</sup> Plenarprotokoll 754 29.09.2000 S. 333C-336A: Ansprache des Bundesratspräsidenten aus Anlass der ersten Sitzung in Berlin im ehemaligen Preußischen Herrenhaus am 29.09.2000.

Machtverteilung innerhalb Deutschlands und die Selbstständigkeit der Länder macht die deutsche Nation europaverträglich. Nur sie gibt den Ländern die Möglichkeit, nicht nur Anwälte guter Nachbarschaft mit unseren Nachbarn, sondern auch Brückenbauer in einem Europa der Vielfalt werden und diese Vielfalt zugleich mit Leben zu erfüllen.“<sup>549</sup>

Biedenkopf nennt drei Aufgaben, die dem Bundesrat gestellt sind:

1. Die Neuordnung der Finanzverfassung
2. Die Fortführung des Solidarpaktes und
3. Die Fortentwicklung der europäischen Institutionen sowie die Neubestimmung der Zuständigkeiten der Union und ihrer Mitgliedstaaten.

Die Europäische Union, so Biedenkopf, könne den gelebten Bundesstaat in Deutschland nicht ersetzen, ihn jedoch bereichern.<sup>550</sup>

In seinem Rückblick am 20.10.2000 nennt Biedenkopf Beratungsgegenstände des Bundesrats im letzten Jahr, denen man hervorgehobene Bedeutung beimessen könne. Als die Europapolitik betreffend kommen hierbei die Fragen der europäischen Regierungskonferenz und der Grundrechtscharta für Europa zur Sprache. Auch im kommenden Jahr werde man sich mit der Kompetenzneuordnung zwischen Bund und Ländern und zwischen der Europäischen Union und den Nationalstaaten befassen.<sup>551</sup>

#### **4.5.5 Finalität der EU**

1994 verfassten die beiden Christdemokraten Wolfgang Schäuble und Karl Lamers das „Schäuble-Lamers-Papier“<sup>552</sup>. Sie prägten darin den Begriff eines „Kerneuropa“, in dem einige integrationswillige Länder eine Motor-Rolle übernehmen. Eine exklusive Gruppe, bestehend aus Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten sollte darin enger kooperieren.

---

<sup>549</sup> Plenarprotokoll 754 29.09.2000 S. 335: Ansprache des Bundesratspräsidenten aus Anlass der ersten Sitzung in Berlin im ehemaligen Preußischen Herrenhaus am 29.09.2000.

<sup>550</sup> Vgl. Plenarprotokoll 754 29.09.2000 S. 335: Ansprache des Bundesratspräsidenten aus Anlass der ersten Sitzung in Berlin im ehemaligen Preußischen Herrenhaus am 29.09.2000.

<sup>551</sup> Vgl. Plenarprotokoll 755 20.10.2000 S. 406A: Rückblick des scheidenden Bundesratspräsidenten auf das Geschäftsjahr 1999/2000 am 20.10.2000.

<sup>552</sup> Vgl. Schäuble, Wolfgang; Lamers, Karl (1994): Überlegungen zur europäischen Politik. Herausgegeben von CDU/CSU. Online verfügbar unter <http://www.cducsu.de/upload/schaeublelamers94.pdf>, zuletzt aktualisiert am 12.12.2002, zuletzt geprüft am 14.02.2009.

Um den europäischen Einigungsprozess nicht stocken zu lassen werden im „Schäuble-Lamers-Papier“ fünf Punkte erörtert, die wichtig für die weitere Integration sind:

- Institutionelle Weiterentwicklung der Union, Verwirklichung der Subsidiarität einschließlich der Rückverlagerung von Kompetenzen
- Weitere Festigung des Kerns
- Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen
- Stärkung der Handlungsfähigkeit der Union in der Außen- und Sicherheitspolitik
- Osterweiterung<sup>553</sup>

Der feste Kern von derzeit 5-6 Ländern, gemeint sind Deutschland, Frankreich und die Benelux-Länder, habe die Aufgabe, „den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum entgegenzustellen“<sup>554</sup> Die Kerneuropa-Gruppe sei prinzipiell bereit, die anderen Mitgliedstaaten einzubeziehen, sobald diese bestimmte Kriterien erfüllten.

In einem zweiten Papier, den „Überlegungen zur europäischen Politik II - zum Fortgang des europäischen Einigungsprozesses, vom 3. Mai 1999 gehen sie der Frage nach, wie die EU und ihre Mitgliedsstaaten rechtlich und politisch verfasst sein sollten.“<sup>555</sup>

In seiner berühmten "Humboldt-Rede" im Mai 2000 gab Joschka Fischer der Debatte den jüngsten Impuls. Allerdings vertrat er die Ansicht, das "Kerneuropa" kein exklusiver Zirkel sein dürfe, sondern ein freiwilliges und jederzeit offenes Zentrum sein müsse.<sup>556</sup>

Mit dem Beitrag „Visionen genügen nicht“<sup>557</sup> antwortet MdB Friedbert Pflüger,

---

<sup>553</sup> Vgl. Schäuble, Wolfgang; Lamers, Karl (1994): S. 3.

<sup>554</sup> Schäuble, Wolfgang; Lamers, Karl (1994): S. 5.

<sup>555</sup> Vgl. Schäuble, Wolfgang/ Lamers, Karl (1999): Überlegungen zur europäischen Politik II – zum Fortgang des europäischen Einigungsprozesses, Bonn, 3. Mai 1999.

<sup>556</sup> Vgl. Kapitel 3.6.1 dieser Arbeit.

<sup>557</sup> Pflüger, Friedbert (2000): Visionen genügen nicht. Eine Antwort auf Joschka Fischer. In: Internationale Politik, H. 8, S. 21–22. Online verfügbar unter [http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang2000/august00/download/14f6651c189711db95a6c536139f9c5d9c5d/original\\_Pflueger\\_0008.pdf](http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang2000/august00/download/14f6651c189711db95a6c536139f9c5d9c5d/original_Pflueger_0008.pdf), zuletzt geprüft am 17.01.2009.

Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, auf Joschka Fischers Beitrag zur Finalitätsdebatte. Pflüger begrüßt die von Fischer angestoßene Debatte, die seit 1989/90 überfällig gewesen sei. Er kritisiert jedoch, dass Fischers Vision ein konkreter Bezug zu den Aufgaben der Gegenwart fehle, der Blick auf die realen Aufgaben dürfe jedoch nicht verloren gehen. Fischers Bewertung der Möglichkeiten und Chancen der Supranationalität in Europa erachtet Pflüger als zu pessimistisch. „Die schrittweise Vergemeinschaftung nationaler Politikbereiche und die Verflechtung der Zusammenarbeit in gemeinsamen europäischen Institutionen sind der eigentliche historische Integrationsfortschritt Europas.“ So habe auch in den Kernbereichen<sup>558</sup> die Methode Monnet noch Zukunft, müsse das Ziel eine wachsende Vergemeinschaftung bleiben. Die Forderung Fischers, das Europäische Parlament durch ein Forum zu ersetzen, in dem nur nationale Delegierte vertreten seien, bezeichnet Pflüger als Rückschritt, verkörpere doch das EP die Supranationalität Europas am besten. Pflüger erkennt, dass ein solches Doppelmandat in der Praxis nicht funktionieren kann. Pflüger stimmt einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten im Rahmen der Europawahlen zu, so könnten diese „bürger näher und spannender werden.“ Als größtes Manko an Fischers Beitrag wertet PFLÜGER den fehlenden Bezug zur aktuellen Regierungskonferenz, da ein Scheitern des europäischen Vertragswerks „die EU in die größte Krise ihrer Geschichte stürzen“ würde. Wichtiger als Visionen sei darum ein Durchbruch bei der nächsten Vertragsreform, wofür es jedoch einer gemeinsamen Initiative mit Frankreich bedürfe, wobei Pflüger daran erinnert, dass der „deutsch-französische Motor unter der Regierung Schröder-Fischer“ Schaden genommen habe. Hinsichtlich der Osterweiterung plädiert Pflüger auf eine rasche Vollendung, um die Unterstützung der Menschen in Europa nicht zu gefährden. In der Verleihung des Kandidatenstatus an die Türkei sieht Pflüger die Gefahr einer völligen Entgrenzung der Türkei, die Außengrenzen Europas seien eben nicht „mehr oder weniger vorgezeichnet“, wie Fischer sage.

Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat, im Rahmen der Vortragsreihe "Forum Constitutionis Europae" des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht, am 08.11.2001 eine europapolitische Grundsatzrede

---

<sup>558</sup> Pflüger nennt hier die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die innere und äußere Sicherheit.

gehalten. Kern der mit „Eckpunkte der europäischen Zukunftsdebatte“<sup>559</sup> übertitelten Rede waren Stoibers Vorschläge zu einer präziseren Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten.

#### 4.5.6 Fazit

Die Analyse der Positionen zur Europapolitik hat ergeben, dass zwischen den Parteien CDU und CSU, der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, der Gruppe der EVP-Abgeordneten im Europaparlament und der B-Länder im Bundesrat diesbezüglich Konsens herrscht. Lediglich in den Ausprägungen der Umsetzung einzelner Themen gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen Akteuren.

So möchte die CDU den Einigungsprozess energisch vorantreiben und zügig vertiefen. Hierzu müsse man die Zustimmung der Bürger erlangen. Die Handlungsfähigkeit der Institutionen müsse im Zuge der Erweiterung sichergestellt werden und die außenpolitische Handlungsfähigkeit durch einen eigenen Sicherheitsbeitrag unterstützt werden. Die CSU strebt ein „Europa der Nationen“ an. Sie fordert für die Europäische Union neben demokratischen und sozialen auch freiheitliche und föderale Strukturen, in welchen das Subsidiaritätsprinzip herrscht. Für die Bundesländer, ist laut Bundesratspräsident Biedenkopf, Integration nur mit einem bundesstaatlich verfassten Europa möglich. Deutschland sei nur als „gelebter Bundesstaat europaverträglich“. Biedenkopf sieht die Länder als wichtige Anwälte guter Nachbarschaft in Europa.

Die Erweiterung wird kollektiv begrüßt, solange die Beitrittskandidaten die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erfüllen. Man fordert eine zügige Erweiterung, die Beitrittsverhandlungen mit den ersten Staaten Mittel- und Osteuropas sollen bis Ende 2002 abgeschlossen sein. Auch die CSU ist für eine zügige Erweiterung, nennt aber keinen Zeithorizont und thematisiert vielmehr mögliche Probleme. Die Bundestagsfraktion spricht sich ebenso für den oben genannten zeitlichen Ablauf aus. Volker Rühe verlangt von der Bundesregierung eine

---

<sup>559</sup> Stoiber, Edmund (2001): Eckpunkte der europäischen Zukunftsdebatte, Rede am 08.11.2001 im Rahmen der Vortragsreihe "Forum Constitutionis Europae" des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin (Die Rede wurde aber in der Bayerischen Landesvertretung gehalten). Online abrufbar unter: <http://whi-berlin.de/documents/stoiber.pdf>, zuletzt geprüft am 24.11.2008.



Informationskampagne, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Biedenkopf betont die Aufgabe der ostdeutschen Länder, die östlichen Nachbarn auf dem Weg in die europäische Gemeinschaft zu begleiten. Bezüglich des Beitrittskandidatenstatus der Türkei wirft man der Bundesregierung vor, die Sorgen der Bevölkerung zur Erweiterung insgesamt durch die Verleihung des Kandidatenstatus an die Türkei verstärkt zu haben. Der Tradition Kohls folgend erklärte Rühe, man dürfe die Union nur so erweitern, dass man sie noch vertiefen könne. Der verfrühte Beitrittskandidatenstatus führe zu einer Entfremdung der Türkei, da man die hohen Erwartungen auf türkischer Seite so schnell nicht erfüllen könne. Auch die Gruppe der EVP-Abgeordneten wirft der Bundesregierung vor, ein unehrliches Spiel zu treiben.

Bezüglich der Reform der europäischen Institutionen fordert die CDU eine klare Zuständigkeitsverteilung zwischen der europäischen, der nationalen, der regionalen und der kommunalen Ebene. Auch die Rückverlagerung von Kompetenzen soll möglich sein. Die CSU fordert den Abbau von Zentralismus und Bürokratismus, um die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhöhen. Die EU soll Aufgaben nur dann übernehmen, wenn dies im Interesse der Bürger unbedingt notwendig ist. Auch die Bundestagsfraktion fordert eine klare Abgrenzung der Kompetenzen vor allem durch die Präzisierung des Subsidiaritätsprinzips. Die nationalen Parlamente sollen stärker an der Willensbildung beteiligt werden. Man fordert außerdem, die Regelungen des EU-Vertrages bezüglich der verstärkten Zusammenarbeit einzelner Mitgliedsstaaten zu vereinfachen. Die Gruppe der EVP-Abgeordneten kritisiert, dass von der Bundesregierung bisher keine Vorschläge für eine Kompetenzabgrenzung vorgelegt wurden, vielmehr seien entsprechende Bemühungen im Konvent behindert worden. Biedenkopf plädiert in seiner Funktion als Bundesratspräsident dafür, in einer europäischen Verfassung die bundesstaatliche Ordnung Deutschlands zu verankern. Wie die Untersuchung der Redebeiträge der CDU-Bundesratspräsidenten gezeigt hat, können diese sehr wohl europapolitische Positionen offenbaren. Zwar war die Auswertung der Redebeiträge des Bundesratspräsidenten Roland Koch diesbezüglich nicht gewinnbringend, die Auswertung der Redebeiträge des Bundesratspräsidenten Kurt Biedenkopf hingegen sehr wohl.

Die CDU sieht sich als „die deutsche Europapartei“, die mit ihren Kanzlern (von Adenauer bis zu Kohl) wesentliche Züge der deutschen Europapolitik geprägt hat. Die CDU sieht es als zwingende Aufgabe ihrer Politik an, den Bürgern zu vermitteln,

dass die engagierte Teilnahme an der europäischen Einigung nötig sei, um deutsche Interessen zu verwirklichen. Verlangt wird allerdings, dass Europa wirkungsvoller und transparenter gestaltet wird.

## **4.6 Der Stellenwert der Europapolitik im Bundestagswahlkampf 2002**

### **4.6.1 Ausgangslage**

Wie schon ausgeführt ist es sehr schwer, aus der Opposition heraus eine amtierende Regierung abzulösen. Eine inhaltlich-programmatische Abgrenzung zur amtierenden Regierung ist ebenso notwendig, wie die Fähigkeit, die politischen Alternativen zum Wähler zu transportieren. Gerade in einer Medienlandschaft ergeben sich für die Oppositionsparteien strukturelle Nachteile. Wie HUBER ausführt, wird dies schon bei den Spitzenkandidaten deutlich. So könne der Amtsinhaber u.a. die politische Szenerie besser gestalten, relativ leicht Nachrichten erzeugen und treffe beispielsweise bei Auslandsreisen einflussreichere und prominentere Regierungsvertreter als der Herausforderer. Die Union nominiere in Oppositionszeiten oftmals Ministerpräsidenten<sup>560</sup>, so HUBER, um diesem „Kanzlerbonus“ zumindest einen regionalen Amtsbonus entgegen zu setzten.<sup>561</sup> Auch bei innenpolitischen Krisen, wie z.B. der Oderflut 2002, hat der Amtsinhaber mehr Spielraum. So kann er Hilfsprogramme beschließen und so Handlungsfähigkeit beweisen, während die Opposition kaum etwas bewirken kann. Außerdem sind die Regierungsparteien auch in Zeiten außerhalb der Wahlkämpfe durch die Öffentlichkeitsarbeit der Institutionen der Bundesregierung präsent.

Die Jahre von 1998 bis 2002 waren von Stimmungsschwankungen in der Bevölkerung bezüglich ihrer politischen Präferenz geprägt, wie auch die Entwicklung der Antworten auf die Sonntagsfrage unten in Abbildung XX zeigt. Mehrere Ereignisse führten zu teils großen Veränderungen in der Beurteilung der Parteien. Deutlich vorne lag die Union demnach kurz nach dem Rücktritt Lafontaines im März 1999 und während des Einsatzes deutscher Truppen im Kosovo. Die CDU-

---

<sup>560</sup> Ausnahmen sind Ollenhauer, Barzel und im Bundestagswahlkampf 2005 Merkel.

<sup>561</sup> Vgl. Huber, Martin (2008): S. 25.

Spendenaffäre zum Jahreswechsel 1999/2000 führte zu einem Wechsel, nun löste die SPD die CDU bei der Sonntagsfrage ab und ging in Führung. Seit der Jahreswende 2001/2002 lag die Union dann wieder vorne bis Union und SPD dann im September 2002, möglicherweise durch ein Stimmungslupus für die SPD in Folge der Flutkatastrophe in Ostdeutschland, nahezu gleichauf waren.

Die Zeit zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2002 war noch von weiteren Höhen und Tiefen geprägt, wobei die Tiefen erst mal die amtierende Bundesregierung betrafen:

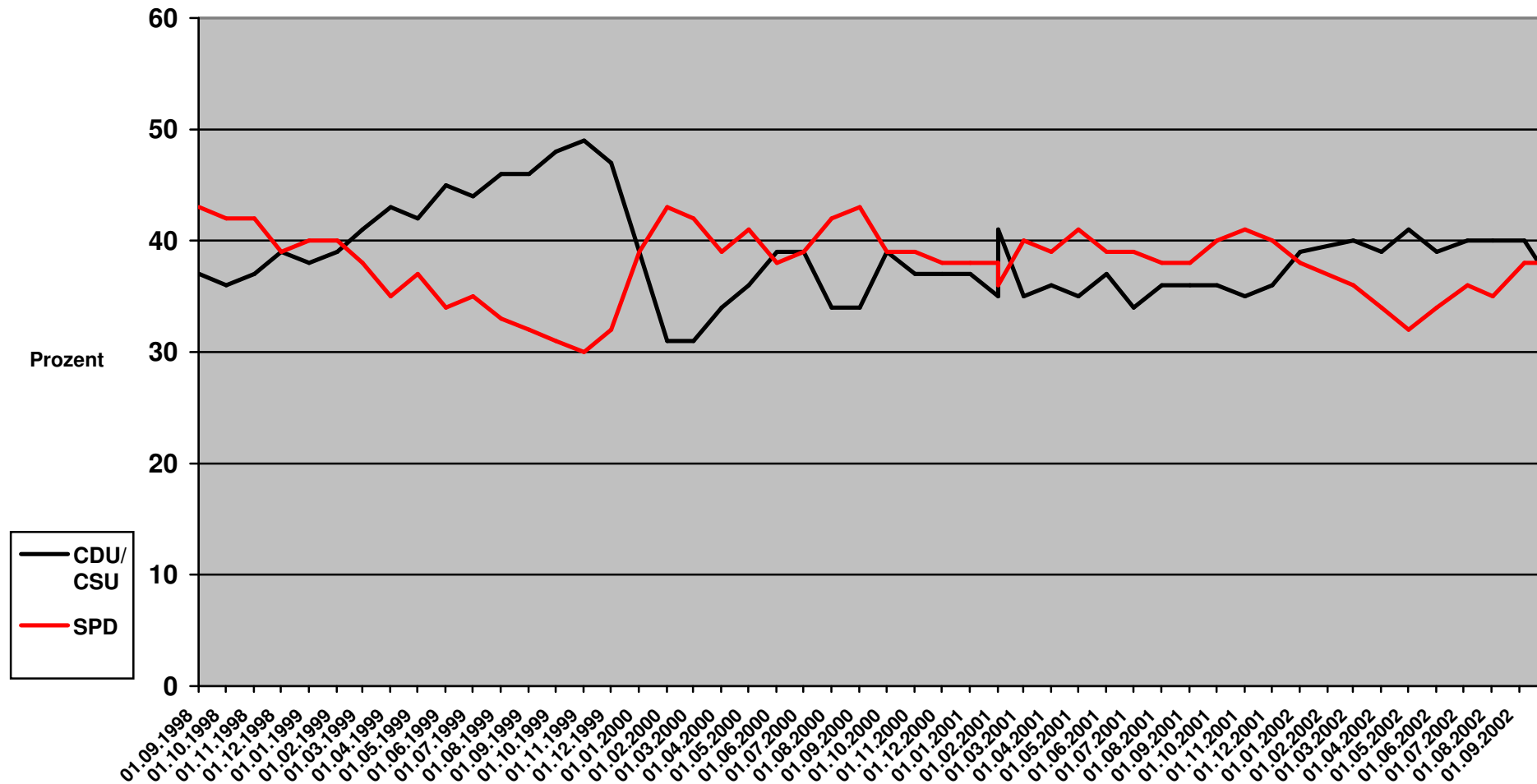
- Der Rücktritt des Bundeslandwirtschaftsministers Funke und der Gesundheitsministerin Fischer in Folge der BSE-Krise im Januar 2001.
- Die Ermittlungen gegen Bundesaußenminister Joschka Fischer im Februar 2001 bezüglich dessen Aussage im sogenannten Terrorismusprozess
- Im September 2001 die Kritik an Bundesverteidigungsminister Scharping bezüglich privater Nutzung der Flugbereitschaft der Bundeswehr.
- Am 11. September dann die Terroranschläge in New York und Washington, in Folge derer Bundeskanzler Schröder der amerikanischen Regierung die uneingeschränkte Solidarität im Kampf gegen den Terror versicherte, was zu Kritik aus den Reihen der rot-grünen Koalition führte. Schröder verknüpfte die Entscheidung über die deutsche Beteiligung an den Einsätzen in Afghanistan am 16. November mit der Vertrauensfrage und gewann diese.
- Anfang 2002 wurde der Euro offizielles Zahlungsmittel.
- Brüssel droht Deutschland den „blauen Brief“ an. Die Tatsache, dass Finanzminister Eichel diese Frühwarnung abwenden kann, gefährdet die Glaubwürdigkeit des gesamten Frühwarnsystems.<sup>562</sup>

Die Meinungsumfragen im Vorfeld der Wahl, siehe auch Abbildung 20 unten, ließen auf einen knappen Ausgang der Wahl schließen. Daraus ergab sich die Erkenntnis, dass die Wahl nicht frühzeitig entschieden war und in den letzten Wochen, womöglich Tagen, entschieden werden könnte.

---

<sup>562</sup> Vgl. zum „blauen Brief“ auch Kapitel 4.5.3.1 dieser Arbeit. Vgl. zum vorigen Abschnitt Voß, Jochen (2007): S. 80.

Abbildung 20: Sonntagsfrage: Verlauf von September 1998 bis September 2002



### 4.6.2 Die Kanzlerkandidatenfrage 2002

Den Kanzlerkandidaten zu benennen ist für die Doppelpartei CDU/CSU wohl etwas schwieriger als für die SPD, da sich natürlich erst die beiden Schwesternparteien einigen müssen, aus welchen Reihen der Kandidat gestellt werden soll. Die CSU war zur Bundestagswahl 2002 leistungsstark durch die Entwicklungen der vergangenen vier Jahre hervorgegangen und hatte ihren Einfluss auf die große Schwesterpartei erhöht. In der CDU gab es impliziert durch die Trennung von Fraktions- und Parteiführung zwei Anwärter auf die Kanzlerkandidatur.<sup>563</sup>

Die CDU entschied sich intern für Angela Merkel, die mit ihrer Rede auf dem Dresdener Parteitag am 3. Dezember 2001, ihren Willen bekundete, als Kanzlerkandidatin anzutreten. Zwar agierte Edmund Stoiber erst noch unverbindlich, doch Angela Merkel hatte mit innerparteiliche Konkurrenten zu kämpfen und auch die Mehrheit der älteren männlichen CDU-Mitglieder trauten einer Frau die Kanzlerkandidatur nicht zu. Die CSU verwies auf die Erfolge in Bayern unter Führung von Edmund Stoiber, auf die guten Umfrageergebnisse und drohte letztlich, die gemeinsame Fraktion entscheiden zu lassen, wenn sich die Vorsitzenden nicht einigen könnten. Angela Merkel überraschte dann am 11. Januar 2002 mit der Mitteilung, dass sie Edmund Stoiber die Kanzlerkandidatur angetragen habe.<sup>564</sup>

„Die Aussicht, die Stammwähler und Mitglieder zu halten, schien für den Erfolg bei der Bundestagswahl wichtiger zu sein als die Ansprache der Mitte, der Frauen und der Menschen in den neuen Bundesländer.“<sup>565</sup>

### 4.6.3 Wahlkampforganisation

2002 waren sich die CDU und die CSU einig, dass sie ihr Wahlkampfmanagement modernisieren musste, um bei der Bundestagswahl erfolgreich zu sein.<sup>566</sup> Von den Änderungen in der Parteiführung im Zuge der Spendenaffäre war jedoch auch die Bundesgeschäftsstelle betroffen, geeignete Mitarbeiter fehlten. Aufgrund großer Fluktuation sowie Einsparungen im Personalbereich konnte bis Anfang 2002 nicht

---

<sup>563</sup> Vgl. Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): S. 85.

<sup>564</sup> Vgl. Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): S. 86.

<sup>565</sup> Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): S. 86.

<sup>566</sup> Vgl. Voß, Jochen (2007): S. 117f.

geklärt werden, wer die Koordination des Bundestagswahlkampfes übernehmen sollte, da in der Geschäftsstelle niemand tätig war, der eine solche Aufgabe schon einmal ausgeführt hatte. Man hat daraufhin die Zusammenarbeit mit den Wahlexperten der Konrad-Adenauer-Stiftung intensiviert.<sup>567</sup>

Edmund Stoiber berief den ehemaligen Chefredakteur der „Bild am Sonntag“ Michael Spreng, der einst Gerhard Schröder nahegestanden habe, zu seinem persönlichen Wahlkampfberater, worin HOLTZ-BACHA eine Verschiebung „weg von der in parteipolitischen Überzeugungen gründenden hin zu einer von Inhalten unabhängigen, mehr an der Kampagnentechnik orientierten Beratungstätigkeit“, sieht.<sup>568</sup> Sprengs Strategie habe darauf gesetzt, so HOLTZ-BACHA, Stoiber als sachkompetenten Politiker darzustellen. Um Stoiber präsentabel für ganz Deutschland zu machen, habe man ihm „das Bayerische abgewöhnt“. Stoiber trat weniger in Tracht auf und um die Mitte für sich zu gewinnen sei Stoiber auf Fragen zum Zuwanderungsgesetz oder zu gleichgeschlechtlichen Ehen nicht mehr eingegangen. Stoiber thematisierte die Themen Wirtschaft und Arbeitslosigkeit und diese Themen bestimmten maßgeblich den gesamten Wahlkampf, wie auch Abbildung 21 weiter unten zeigt. Hiermit konnte man Schröder vorführen, der im Wahlkampf 1998 eine Senkung der Arbeitslosenzahlen versprochen hatte.<sup>569</sup>

Der SPD-Wahlkampf konzentrierte sich auf die Person des Bundeskanzlers.

„Schröder beherrschte den SPD-Wahlkampf, Werbekampagne wie Medienberichterstattung. Der Wahlparteitag Anfang Juni in Berlin war ganz auf Schröder zugeschnitten.[...] Schröder war auch das Thema in dem einzigen Fernsehspot, den die SPD für die Ausstrahlung im öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Fernsehen produzierte.“<sup>570</sup>

Nach der Bekanntgabe des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU polarisierte die Kampa<sup>571</sup> mit einer Plakat- und Anzeigenserie gegen Stoiber sowie einem Kinospot,

---

<sup>567</sup> Vgl. Bösch, Frank (2002): Macht und Machtverlust – Die Geschichte der CDU, S. 151.

<sup>568</sup> Holtz-Bacha, Christina (2003): Bundestagswahlkampf 2002: Ich oder der. In: Holtz-Bacha, Christina (Hg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 9–28, hier S. 12. Vgl. Huber, Martin (2008): S. 102.

<sup>569</sup> Vgl. Holtz-Bacha, Christina (2003): Bundestagswahlkampf 2002: Ich oder der. S. 12.

<sup>570</sup> Holtz-Bacha, Christina (2003): Bundestagswahlkampf 2002: Ich oder der. S. 11.

<sup>571</sup> Kampa bezeichnet die Wahlkampfzentrale der SPD in den Bundestagswahlkämpfen 1998 und 2002.

die das mutmaßlich veraltete Frauenbild Stoibers thematisierten.<sup>572</sup> Mit dieser Negativkampagne setzte die SPD 2002 ganz auf einen Personenwahlkampf.

Die Union war sich des medialen Vorteils Schröders bewusst und setzte dem einen auf Kompetenz ausgerichteten Wahlkampf entgegen. Ein zentraler Bestandteil der „Kompetenz-Kampagne“ war die Vorstellung eines Kompetenzteams<sup>573</sup>, deren Mitglieder die Fokussierung auf einzelne Themen personifizieren sollten. Die Union stellte ihrem Kandidaten eine Gruppe zur Seite, um den Team-Gedanken, der neben dem Kompetenz-Gedanken eine zentrale Rolle im Wahlkampf einnahm, Ausdruck zu verleihen. Diese Strategie stand im Gegensatz zur SPD, die den Kanzler als Einzelspieler kennzeichnete.<sup>574</sup>

Im Wahljahr 2002 setzte die CDU/CSU mit ihren Wahlkampsslogans auf wirtschaftspolitische Themen wie z.B. *„4 Millionen Arbeitslose: Das Armutszeugnis der SPD. Zeit für Taten. - CDU“*, *„Der Aufschwung beginnt mit den Köpfen. Zeit für Taten. - CDU“* (Porträts von Edmund Stoiber u. Angela Merkel) und *„Anpacken für den Aufschwung! – CSU näher am Menschen.“* (Porträt von Edmund Stoiber). Man griff aber auch Schröder an, mit *„Wenn mein Freund so viele Versprechen brechen würde wie der Kanzler, würde ich ihn rauswerfen. Zeit für Taten. - CDU“* (Porträt einer jungen Frau) erinnerte man an das gebrochene Versprechen, die Arbeitslosenzahlen maßgeblich zu senken.<sup>575</sup>

Um den Kanzlerkandidaten authentisch zu präsentieren und den kritischen Äußerungen der SPD den Wind aus den Segeln zu nehmen, versuchte man Stoibers Schwächen zu Stärken umzudeuten. So sollte sich dessen mediale Sperrigkeit durch des Slogan *„Kantig. Echt. Erfolgreich“* wandeln in einen Beweis für Seriosität.<sup>576</sup>

---

<sup>572</sup> Vgl. Holtz-Bacha, Christina (2003): Bundestagswahlkampf 2002: Ich oder der. S. 11f.

<sup>573</sup> Mitglieder des achtköpfigen Kompetenzteams waren z.B. Lothar Späth, Horst Seehofer, Anette Schavan und Katherina Reiche.

<sup>574</sup> Vgl. Huber, Martin (2008): S. 102f.

<sup>575</sup> Vgl. Feldkamp, Michael F. (2005): S. 11 ff. Weitere Slogans waren: *„Gemeinsam für Deutschland. Zeit für Taten. -CDU“* (Porträts von Edmund Stoiber und Angela Merkel); *„Kompetenz wählen. Mit beiden Stimmen. Zeit für Taten. - CDU“*; *„Gemeinsam mehr aus Deutschland machen. - CDU“* (Porträt von Edmund Stoiber); *„Zeit für Taten. Am 22. September ist Bundestagswahl. CDU“* (Porträt von Edmund Stoiber); *„Schönen Sommer und im Herbst kommt „Hoch Edmund“ – CSU Zeit für Taten“*; *„Bundestagswahl am 22. September CSU Zeit für Taten.“* (Porträt von Edmund Stoiber); *„Bundestagswahl am 22. September - Sozial ist, was Arbeit schafft. CSU Zeit für Taten.“*; *„Stoiber kommt – CSU - Näher am Menschen.“*

<sup>576</sup> Vgl. Huber, Martin (2008): S. 103.

Die Union rückte, wie gesagt, die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik und das gebrochene Versprechen Schröders, die Arbeitslosenzahlen zu senken in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Bis in den August 2002 hinein war die Union mit dieser Strategie tonangebend im Wahlkampf. Erst dann ermöglichten es externe Faktoren der SPD eigene Akzente zu setzen. Dies waren zum einen die Hochwasserkatastrophe in Ostdeutschland und zum anderen die Auseinandersetzung um einen deutschen Einsatz im Irak-Konflikt. Mit der Ablehnung eines Militäreinsatzes war Schröder gleicher Meinung mit einer Mehrheit der Bevölkerung. Hier punktete Schröder, obwohl die Union prinzipiell ebenfalls für eine friedliche Lösung eintrat. Besonders die Flutkatastrophe half Schröder in der Beliebtheit zu steigen.<sup>577</sup> Der Kanzlerbonus konnte in diesem Zusammenhang voll zum Tragen kommen.

Kurz vor der Wahl entschied sich die Union, angesichts fallender Umfragewerte, noch für einen Strategiewechsel und thematisierte nun doch das Thema Zuwanderung. Schwerpunkte dabei waren Defizite in der Integration sowie die Verbindung der Ausländerpolitik mit dem Arbeitsmarkt.<sup>578</sup>

#### **4.6.4 Stellenwert der Europapolitik**

Wie schon die Analyse des Stellenwerts der Europapolitik im Bundestagswahlkampf 1998<sup>579</sup> und der Europawahl 1999<sup>580</sup> gezeigt hat, spielt die deutsche Europapolitik in den bundesdeutschen Wahlen eher eine Nebenrolle. Auch im Wahljahr 2002 wurde den europapolitischen Fragen in den Wahlprogrammen wieder ein Platz am Ende des Themenkataloges zugewiesen.

---

<sup>577</sup> Vgl. Huber, Martin (2008): S. 102ff.

<sup>578</sup> Vgl. Huber, Martin (2008): S. 111.

<sup>579</sup> Vgl. Kapitel 4.1 dieser Arbeit.

<sup>580</sup> Vgl. Kapitel 4.3 dieser Arbeit.



**Abbildung 21: Wichtigste politische Themen im Bundestagswahlkampf 2002**

	Sep 01	Okt 01	Nov 01	Dez 01	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02
Arbeitslosigkeit	53	50	47	62	78	75	69	71	60	69	75	79	85
Politikerverdruss/Affären	7	5	11	8	7	8	16	9	10	9	11	11	5
Ausländer/Asylbewerber	7	6	5	8	8	9	15	13	8	14	10	7	5
Wirtschaftslage	10	9	11	13	14	13	10	14	14	11	17	16	14
Terror/Krieg/Frieden	41	54	49	23	10	9	8	9	11	-	4	6	16
Kriminalität/Ruhe/Ordnung	8	15	14	10	7	6	6	6	7	5	-	-	-
EU/Euro/Europa	3	3	4	6	5	4	5	-	-	-	-	-	-
Familie/Jugend/Kinder	4	-	-	-	-	4	5	7	5	5	4	5	5
Gesundheitswesen	5	2	2	5	5	3	5	5	2	4	4	4	-
Erfurt/Waffen/Gewalt	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
Kosten/Preise/Löhne	-	-	-	-	-	5	4	6	15	10*	9*	9*	-
Bildung/Schule	-	-	2	7	6	4	-	4	6	14	5	5	8
Steuern/Steuererhöhung	-	-	-	-	-	4	5	5	-	-	-	-	6
Rente/Alterssicherung	3	4	4	5	5	-	4	3	5	5	4	4	-

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung<sup>581</sup> \* Euro/Preiserhöhungen

Abbildung 21 zeigt, dass das Thema „Arbeitslosigkeit“ den Wahlkampf vollkommen beherrschte. Das Thema „Terror/Krieg/Frieden“ erhielt nur bis Ende 2001 sehr hohe Werte. Die Relevanz des Themas „EU/Euro/Europa“ wurde nur als gering eingeschätzt und spielte ab April 2002, also in der „heißen“ Wahlkampfphase überhaupt keine Rolle mehr.

<sup>581</sup> Graf, Jutta; Neu, Viola (2002): PolitikKompass: Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002. Herausgegeben von Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Arbeitspapier, Nr. 91). S. 65. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_874-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_874-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 01.10.2002, zuletzt geprüft am 06.02.2009.

Zumindest ein außenpolitisches Thema entwickelte sich 2002 zu einem Wahlkampfthema, denn durch die mögliche Irak-Intervention wurde die deutsche Außenpolitik ins Zentrum des Interesses gerückt. Der Kanzler selbst habe einen möglichen "Irak-Feldzug" zum Thema in „einem bislang fast themenlosen Wahlkampf“ gemacht, so DER SPIEGEL, was nicht nur der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Karl Lamers, mit Staunen wahrgenommen habe.<sup>582</sup> Sollte ein Wahlkampfthema doch separieren, so ist bei diesem Thema der Konsens groß und die Unterschiede mehr als gering. LAMERS, der selbst zu den Kritikern eines Militäreinsatzes gehört, kritisiert, die Behandlung dieses sensiblen Themas im Wahlkampf. "Es gab bislang in dieser Frage Positionsunterschiede allenfalls im Millimeterbereich", erklärt LAMERS. Wichtig sei Einigkeit, innenpolitisch sowie auf europäischer Ebene. "Nur wenn wir Europäer mit einer Stimme sprechen, haben wir eine Chance, auf den noch im Fluss befindlichen amerikanischen Willensbildungsprozess einzuwirken".<sup>583</sup>

Der Parteien übergreifende Konsens in der Außenpolitik, den die Solidarität mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September noch einmal bestätigt hatte, endete weniger als zwei Monate vor der Bundestagswahl. Die Diskussion über die deutsche Beteiligung an einem möglichen Krieg der USA gegen den Irak löste innenpolitische Themen wie Wirtschaft und Arbeit im Bundeswahlkampf ab. Das war überraschend, da es in der Vergangenheit nur wenige außenpolitische Themen gegeben hatte, die als wahlentscheidend angesehen wurden. Dies waren z.B. 1953 und 1957 die Westintegration und in den 1970er Jahren die Ostpolitik.<sup>584</sup>

Geschickt bediene Schröder die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen einen Irak-Krieg, denn eine Mehrheit der Deutschen sei gegen eine Beteiligung, so DER SPIEGEL.<sup>585</sup>

---

<sup>582</sup> Weiland, Severin (2002): Kriegspläne gegen Irak: Schröder und Stoiber werfen Nebelgranaten. 05.08.2002. In: SPIEGEL ONLINE. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,208316,00.html>, zuletzt geprüft am 03.02.2009.

<sup>583</sup> Zitiert nach: Weiland, Severin (2002).

<sup>584</sup> Vgl. Overhaus, Marco; Schieder, Siegfried (2002): Die außenpolitischen Positionen der Parteien im Bundestagswahlkampf 2002. In: PIN - Politik im Netz, Jg. 3, November 2002, H. 17. Online verfügbar unter <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/daparchive/dateien/2002/01300.pdf>, zuletzt geprüft am 03.02.2009. S. 3.

<sup>585</sup> Vgl. Weiland, Severin (2002): Kriegspläne gegen Irak: Schröder und Stoiber werfen Nebelgranaten. 05.08.2002. In: SPIEGEL ONLINE. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,208316,00.html>, zuletzt geprüft am 03.02.2009.

Schröder erklärte, Deutschland würde sich unter keinen Umständen an einer gegen Bagdad gerichteten Militäraktion beteiligen, auch nicht dann, wenn der UNO-Sicherheitsrat ein militärisches Vorgehen autorisieren sollte.<sup>586</sup> Die Offenbarung Schröders habe im August zu einer Debatte geführt, die den Eindruck erweckt habe, „als ob sich innenpolitisch zwei Lager unversöhnlich nicht nur in der Irak-Frage, sondern auch in der Bewertung der transatlantischen Beziehungen insgesamt gegenüberstünden.[...] Dieser Eindruck grundsätzlicher außenpolitischer Differenzen verstärkte sich, als Schröder Anfang August den Begriff des „deutschen Weges“ in den Wahlkampf einbrachte. Obwohl er diesen Begriff vor allem auf wirtschafts- und innenpolitische Themen bezog, wurde er in der Folge nicht zuletzt von einigen Tageszeitungen mit einem deutschen außenpolitischen „Sonderweg“ gleichgesetzt.“<sup>587</sup>

#### **4.6.5 Ergebnis der Bundestagswahl 2002**

Am 22. September wurde die rot-grüne Bundesregierung knapp im Amt bestätigt. Das Wahlergebnis wurde von einem kurzfristigen Stimmungsumschwung bestimmt, denn zum Ende des Wahlkampfes stieg die Zufriedenheit mit der Regierung stark an. Waren im Laufe des Jahres 2002 noch mehr als zwei Drittel der Bundesbürger mit der Regierung unzufrieden, sank dieser Anteil nach der Flutkatastrophe auf 58 Prozent, was der beste Wert der Regierung in diesem Jahr war. Der Meinungswandel lässt sich laut KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG auf die Anhänger der Regierungsparteien zurückführen.<sup>588</sup>

##### **4.6.5.1 Wahlergebnis**

Die SPD konnte trotz Stimmenverlusten von 2,4 Prozentpunkten erneut die Regierung bilden.

---

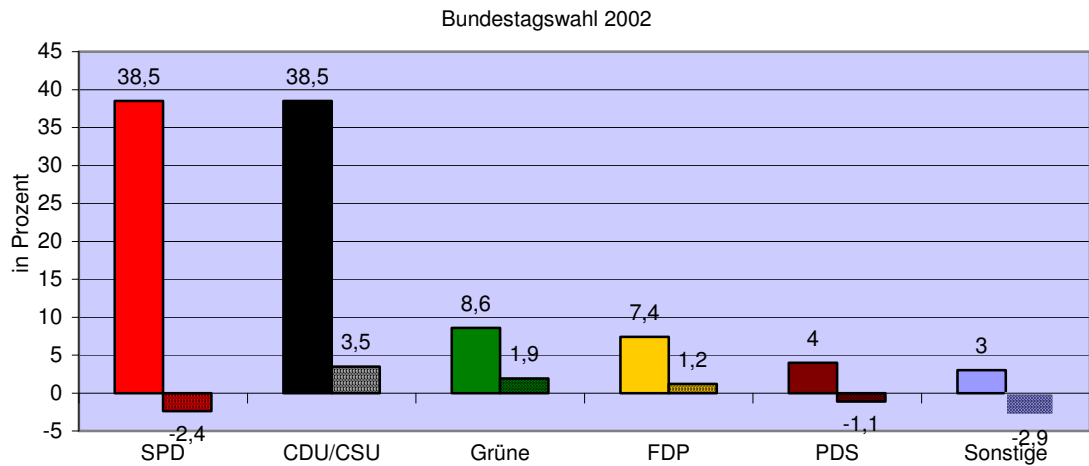
<sup>586</sup> Vgl. International Herald Tribune v. 07./08.09.2002 zitiert nach: Overhaus, Marco; Schieder, Siegfried (2002): Die außenpolitischen Positionen der Parteien im Bundestagswahlkampf 2002. In: PIN - Politik im Netz, Jg. 3, November 2002, H. 17. Online verfügbar unter <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/daparchive/dateien/2002/01300.pdf>, zuletzt geprüft am 03.02.2009. S. 4.

<sup>587</sup> Overhaus, Marco; Schieder, Siegfried (2002): S. 4f.

<sup>588</sup> Vgl. Graf, Jutta; Neu, Viola (2002): S. 57.

**Abbildung 22: Wahlergebnis Bundestagswahl 2002 (in Prozent)**

**–Stimmanteil und Veränderung zur letzten Bundestagswahl–**



Quelle: Bundeswahlleiter<sup>589</sup>

**Abbildung 23 : Vergleich der Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 und 2002  
–Zweitstimmen–**

	2002		1998	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Wahlberechtigte	61 432 868	X	60 762 751	X
Wähler <sup>590</sup>	48 582 761	79,1	27 468 932	82,2
Ungültige Stimmen	586 281	1,2	638 575	1,3
Gültig, davon:	47 996 480	X	49 308 512	X
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	18 488 668	38,5	20 181 269	40,9
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	14 167 561	29,5	14 004 908	28,4
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	4 315 080	9,0	3 324 480	6,7
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	4 110 355	8,6	3 301 624	6,7
Freie Demokratische Partei (FDP)	3 538 815	7,4	3 080 955	6,2
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	1 916 702	4,0	2 515 454	5,1
Sonstige	1 459 299	3,0	2 899 822	5,9

Quelle: Bundeswahlleiter<sup>591</sup>

<sup>589</sup> Homepage des Bundeswahlleiters. Online abrufbar unter <http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen>, zuletzt überprüft am 08.02.2009.

#### 4.6.5.2 Wahlbeteiligung

**Abbildung 24: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen bis 2002 in der Bundesrepublik Deutschland**

Jahr	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002
Wahlbeteiligung in Prozent	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7	88,6	89,1	84,3	77,8	79,0	82,2	79,1

Quelle: Bundeswahlleiter<sup>592</sup>

#### 4.6.6 Fazit

Zwar konnte die Union 2002 ihr Ergebnis verglichen mit der Bundestagswahl 1998 verbessern, sie verfehlte aber denkbar knapp die Rückkehr an die Regierungsmacht. Die Ausgangslage war für die Union bei dieser Bundestagswahl um ein vielfaches schwieriger als bei der letzten Bundestagswahl. Die Unionsparteien führten ihren Wahlkampf aus der Opposition heraus, während die SPD den „Kanzlerbonus“ nutzen konnte.

Da jedoch die Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich hierbei auf Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen bezieht, zeigt, dass die Themen „Flutkatastrophe“ sowie „Terror/Krieg/Frieden“ nur kurzfristig vor der Wahl enorme Wichtigkeit erlangten, diese aber auch schnell wieder abnahm, muss man zu dem Schluss kommen, dass es nicht die Themen an sich waren, die der SPD aus dem Meinungstief heraushalfen. Vielmehr konnte die Regierung durch die mediale Konzentration auf diese Themen Handlungsfähigkeit beweisen und Entscheidungskraft zeigen.<sup>593</sup>

---

<sup>590</sup> Wahlbeteiligung

<sup>591</sup> Homepage des Bundeswahlleiters. Online abrufbar unter <http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen>, zuletzt überprüft am 08.02.2009.

<sup>592</sup> Homepage des Bundeswahlleiters. Online abrufbar unter <http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen>, zuletzt überprüft am 08.02.2009.

<sup>593</sup> Vgl. Graf, Jutta; Neu, Viola (2002): S. 64.

Wieder spielten die europapolitischen Themen im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle, die Union rückte die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik und die nicht gesunkenen Arbeitslosenzahlen in den Vordergrund.

## **5 Abschließende Betrachtungen**

In der Bundesrepublik war die Außen- und Europapolitik über Jahrzehnte hinweg kaum umstritten und innerhalb des Parteiensystems herrschte ein hohes Maß an Kontinuität und Konsens in außenpolitischen Grundsatzfragen.

Wie die Überprüfung der Handlungsspielräume der CDU/CSU in der Opposition in Kapitel 4.4 gezeigt hat, nimmt die Europapolitik innerhalb der genutzten Mitwirkungsmöglichkeiten keine herausragende Stellung ein. Die Untersuchung der im Oppositionszeitraum in Anspruch genommen parlamentarischen Mitwirkungsrechte hat ergeben, dass die Union diese in der Oppositionszeit verstärkt nutzt, allerdings der Anteil der Anfragen mit europapolitischem Bezug, im Verhältnis zu den eingebrachten Anfragen insgesamt, gering ist. Auch die Untersuchung der Nutzung der Aktuellen Stunden hat gezeigt, dass die Union diese in der Oppositionszeit zwar verstärkt nutzt, jedoch nur wenige der beantragten Aktuellen Stunden einen europapolitischen Bezug aufweisen.

Des weiteren sollte die Annahme überprüft werden, dass die Europapolitik in den deutschen Wahlkämpfen keine entscheidende Rolle spielt. Bezüglich der Bundestagswahlkämpfe 1998 und 2002 bestätigte sich diese Annahme. Die Rolle der Europapolitik im Wahlkampf zu Europawahl 1999 ist differenzierter zu betrachten. Dass die Europapolitik in den Bundestagswahlkämpfen nur eine Nebenrolle spielt, zeigt sich schon in den Wahlprogrammen. Hier werden europapolitische Themen traditionell am Ende des Themenkatalogs behandelt. Dies halten alle großen Parteien so. Hieraus lässt sich schließen, dass die Europapolitik als weniger wahlentscheidend eingeschätzt wird und man von einem geringen Interesse der Bevölkerung an diesem Themenkomplex ausgeht. Dementsprechend spielt die Europapolitik im Wahlkampf kaum eine Rolle. Von einigen Ausnahmen abgesehen, z.B. dem möglichen Beitritt der Türkei zur EU, ist eine gegensätzliche Positionierung zu zentralen europapolitischen Themen in Deutschland selten. Die europäische Integration ist in der Regel parteiübergreifender Konsens. Aus diesem Grund eignet sich die Europapolitik auch nicht wirklich als Wahlkampfthema, denn der Wahlkampf lebt

von Gegensätzen, um zu polarisieren. Mit Konsens, also mit Europa, lassen sich keine Stimmen gewinnen. Viele Bürger haben noch nicht verinnerlicht, wie eng Politik in Deutschland mit der europäischen Ebene verbunden ist.

Wie in Kapitel 4.1.4 dargelegt, plante die CDU im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 zunächst, die Einführung des Euro zu thematisieren. Diese Idee wurde jedoch schon Anfang 1998 revidiert, da die Stimmung zum Euro in der Bevölkerung gespalten war und man aufgrund des zeitlichen Abstands den „Euro-Gipfel“ nicht für den Wahlkampf nutzen konnte. Lediglich zwei Wahlkampfslogans der CDU thematisierten die Europapolitik. Die Rolle der Europapolitik im Bundestagswahlkampf 1998 kann somit als äußerst gering eingeschätzt werden. Letztlich kann man sogar von einer Negativrolle der Europapolitik für die Union sprechen, betrachtet man die negativen Meldungen des Streits um die EZB und die damit verbundene Schädigung des Images von Helmut Kohl als „Euro-Kanzler“.

Bei der Bundestagswahl 2002 war die Ausgangslage für die Union um ein Vielfaches schlechter als zur Wahl 1998, da sie nun versuchen musste, aus der Opposition heraus die amtierende Regierung abzulösen. Gerade in einer Mediengesellschaft ergeben sich für die Opposition strukturelle Nachteile, man kann beispielsweise keinen Kanzlerbonus nutzen. Wie in Kapitel 4.6.4 dargelegt, spielte die Europapolitik auch im Bundestagswahlkampf 2002 nur eine Nebenrolle. Lediglich ein außenpolitisches Thema, die mögliche Irak-Intervention, konnte es mit dem Hauptthema des Wahlkampfes „Arbeitslosigkeit“ aufnehmen.

Selbst bei den Europawahlen ist nicht davon auszugehen, dass die Europapolitik ausschlaggebend für die Wahlentscheidung der Bevölkerung ist. Wie in Kapitel 4.3 dargelegt, nutzten die Bürger die Europawahl 1999 als Denkmittelwahl und stimmten eben nicht vorrangig über europäische Politik ab. Vielmehr bestimmte die Enttäuschung über die ersten Entscheidungen der 1998 neu gewählten rot-grünen Bundesregierung das Wahlverhalten. Dennoch hat eine Untersuchung der Inhalte der Europawahlprogramme gezeigt, dass europapolitische Themen sehr wohl in den Vordergrund gerückt wurden. Hierbei diskutieren die Unionsparteien die EU-Themen intensiver und kontroverser als beispielsweise die SPD. Bei einem umfassenden Europakonsens der etablierten deutschen Parteien gibt es Konfliktpotential lediglich in der unterschiedlichen Akzentsetzung innerhalb der Europapolitik. Wie schon bei den behandelten Bundestagswahlen scheint der pro-europäische Konsens der deutschen Parteien dafür verantwortlich zu sein, dass

potenziell kontroverse europapolitische Themen im Vorfeld von Europawahlen nicht kontrovers diskutiert werden.

Die Analyse der Positionen zur Europapolitik hat ergeben, dass innerhalb der Parteien bis hin zu den Abgeordneten im Europaparlament grundsätzlich Konsens herrscht. Lediglich in den Ausprägungen der Umsetzung einzelner Themen gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen Akteuren. So wird die Erweiterung kollektiv begrüßt, wobei die CSU sich zwar auch für eine zügige Erweiterung ausspricht, sich aber zeitlich nicht festlegt und vielmehr mögliche Probleme thematisiert. Bezüglich des Beitrittskandidatenstatus der Türkei wirft man der Bundesregierung vor, die Sorgen der Bevölkerung zur Erweiterung insgesamt durch die Verleihung des Kandidatenstatus an die Türkei verstärkt zu haben. Der verfrühte Beitrittskandidatenstatus führe zu einer Entfremdung der Türkei, da man die hohen Erwartungen auf türkischer Seite so schnell nicht erfüllen könne.

Als eine Generallinie der Europapolitik der CDU/CSU kann das Streben nach der europäischen Einigung betrachtet werden. Der Wunsch nach europäischer Integration bestimmte seit der Gründung der Bundesrepublik maßgeblich die Bemühungen in der deutschen Außenpolitik. Das Ziel der Einbindung Deutschlands in ein vereintes Europa wurde sogar im Grundgesetz der Bundesrepublik festgeschrieben. Nachdem die europäische Einigung in den ersten Jahrzehnten noch als Mittel zur Erreichung der deutschen Wiedervereinigung angesehen wurde, überwogen später politische und wirtschaftliche Gründe. Auch in der ersten Oppositionszeit von 1969 bis 1982 änderte die Union ihre außen- und europapolitischen Ziele nicht. Sie verfolgte weiterhin als Hauptziele die Überwindung der Teilung Deutschlands, die Einigung Europas und die Mitarbeit im Atlantischen Bündnis. Auch während seiner anschließenden Regierungszeit definiert Helmut Kohl die europäische Einigung als vorrangiges Ziel und auch nach der Wiedervereinigung konnte Deutschland von einem vereinigten Europa nur profitieren. Auch in der Opposition von 1998 bis 2002 möchte die Union den Einigungsprozess energisch vorantreiben und zügig vertiefen.

Eine weitere Generallinie sind die Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen. Dies war auch schon ein Hauptziel des ersten christdemokratischen Kanzlers Konrad Adenauer, neben der Westbindung und der guten politischen Verbindungen zu den USA. Die gestörten deutsch-französischen Beziehungen bedingten in den sechziger Jahren eine integrationspolitische



Stagnation. Während der Regierungszeit der ersten sozialdemokratischen Kanzler Brandt und Schmidt verbesserte sich die Beziehung zu Frankreich wieder und die siebziger Jahre erwiesen sich als Motor der Integrationspolitik. Der deutsch-französische Motor funktionierte auch in der Regierungszeit Helmut Kohls, kam aber unter der Regierung Schröder-Fischer wiederum ins Stocken, wie von christdemokratischer Seite aus kritisiert wurde.

Seit der Regierungszeit Helmut Kohls ist das Thema Osterweiterung der EU eine weitere Grundlinie christdemokratischer Europapolitik. Auch nach dem Regierungswechsel hatte die Osterweiterung in der Strategie der Europapolitik der sozialdemokratischen Bundesregierung Priorität. Die Erweiterung wird auch von der Union in der Opposition begrüßt, mit der Betonung darauf, dass die Beitrittskandidaten die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllen. Die CSU thematisiert offener mögliche Probleme der Erweiterung. Die Entscheidung, der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen, empfindet man, wie gesagt, als verfrüht.

Helmut Kohl hat es in seiner langjährigen Amtszeit geschafft, ein von Vertrauen und Respekt geprägtes Verhältnis zu den Partnerstaaten in Europa aufzubauen. Auch die kleineren Mitgliedsländer oder Beitrittskandidaten bezog er mit ein, was dankbar aufgenommen wurde und wichtig für die Integration Europas war, da sich niemand ausgeschlossen fühlte. Dieses Vertrauen litt unter Gerhard Schröder als Bundeskanzler. Der als „Euroskeptiker“ bekannte sozialdemokratische Kanzler musste erstmal die „europapolitische Schulbank drücken“ und irritierte im In- und Ausland mit seinem neuen Politikstil.

Unterschiede zwischen Oppositions- und Regierungsrolle der CDU/CSU konnten innerhalb der Positionen bzgl. der Europapolitik nicht festgemacht werden. Die Parteiorganisation wurde nicht durch den Wechsel in die Opposition maßgeblich beeinflusst, sondern durch die erforderlichen personellen Konsequenzen nach der Spendenaffäre der CDU.

Es ließen sich jedoch Unterschiede zwischen der CDU und der CSU bezüglich des Umgangs mit der Oppositionsrolle ausmachen. Der Machtwechsel von 1998 führte zu einer Veränderung im Verhältnis der Schwesterparteien. Nach der Spendenaffäre der CDU ergab sich eine Stärkung der CSU gegenüber der CDU. Die CSU versuchte sich als „Speerspitze“ der Opposition im Bund zu formieren und bestimmte

maßgeblich die Oppositionsstrategie. Die Dominanz der CSU gipfelte in der Nominierung Edmund Stoibers als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2002.

Wie im Verlauf dieser Studie dargelegt, verfolgt die Opposition das Ziel, dem Bürger Alternativen anzubieten, um die amtierende Regierung möglichst bald abzulösen. Oppositionelle Kritik zielt aus diesem Grund auf die öffentliche Wahrnehmung und benutzt somit andere Mittel als die Regierungsmehrheit. Die Handlungsspielräume der Union haben sich durch den Wechsel in die Opposition maßgeblich verändert. Man konnte den Staatapparat und die Staatsstrukturen nicht mehr nutzen. Auch auf den „Kanzlerbonus“ konnte man bei den folgenden Wahlkämpfen nicht zurückgreifen. Dennoch hat die Union die ihr zur Verfügung stehenden Mitwirkungsmöglichkeiten rege genutzt.

Man unterscheidet bezüglich des oppositionellen Verhaltens zwischen kompetitiver Opposition und kooperativer Opposition, es treten jedoch vor allem Mischformen auf. WOZNY hat bezüglich der allgemeinen Oppositionsstrategie der CDU/CSU in der Opposition festgestellt, dass im Laufe der 14. Legislaturperiode erwartungsgemäß von einer Vermischung beider Strategievarianten auszugehen ist. WOZNY macht jedoch einen deutlichen Trend in Richtung der kompetitiven Oppositionsstrategie aus.<sup>594</sup> Im Bereich der Europapolitik kann man jedoch aufgrund des umfassenden Konsens der etablierten deutschen Parteien in den wichtigen Themenbereichen nicht von einer auf Konfrontation ausgelegten Oppositionsstrategie sprechen. Es herrscht vielmehr eine Kooperative Oppositionsstrategie vor, da die Union grundsätzlich die Ziele der Bundesregierung mit trägt, sich die Unterschiede lediglich in der unterschiedlichen Akzentsetzung innerhalb der Europapolitik offenbaren. Bezüglich der Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an die Türkei zielte die Oppositionsstrategie der Union jedoch auf Konfrontation und nahm somit eher kompetitive Züge an.

Die wesentliche Annahme dieser Arbeit, dass die europapolitische Strategie der CDU/CSU unabhängig von Regierungsverantwortung oder Opposition beibehalten wird, hat sich im Verlauf der Untersuchung bestätigt.

---

<sup>594</sup> Wozny, Benjamin (2008): S. 66.

## Abkürzungsverzeichnis

A.d.R.	Ausschuss der Regionen
ÄndAntr	Änderungsantrag
Antr	Antrag
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
ECU	Engl. für Europäische Währungseinheit
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EntschlAntr	Entschließungsantrag
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
Europol	European Law Enforcement Organisation
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FDP	Freie Demokratische Partei
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GG	Grundgesetz
Grüne	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
MdEP	Mitglied des Europaparlaments
NATO	Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft
PartG	Gesetz über die politischen Parteien
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
WEU	Westeuropäische Union
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Verlauf der Sonntagsfrage von November 1997 bis September 1998	Seite 78
Abbildung 2	Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 –Zweitstimmen–	Seite 84
Abbildung 3	Inhaber führender Parteiämter in der CDU in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages	Seite 90
Abbildung 4	Inhaber führender Parteiämter in der CSU in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages:	Seite 94
Abbildung 5	Die Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien nach Themenbereichen und Top-Themen (nach Parteianteilen gewichtete Aussagen), Auszug außen- und europapolitischer Themenbereiche	Seite 100
Abbildung 6	Die Inhaltsschwerpunkte der Wahlprogramme nach Parteien (nur SPD, CDU, CSU und Grüne) (in Prozentanteilen sämtlicher Inhalte)	Seite 102
Abbildung 7	Wahlergebnis der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland von 1999	Seite 107
Abbildung 8	Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Europa	Seite 108
Abbildung 9	Wahlbeteiligung im Bundesgebiet an den Europawahlen seit 1979	Seite 109
Abbildung 10	Große Anfragen der CDU/CSU-Fraktion in der 13. und 14. Wahlperiode	Seite 117
Abbildung 11	Große Anfragen mit europapolitischen Themen, gestellt von der CDU/CSU	Seite 118
Abbildung 12	Kleine Anfragen in der 13. und 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages	Seite 119
Abbildung 13	Ausgewählte Kleine Anfragen der CDU/CSU in der 14. Wahlperiode, die Europapolitik betreffend	Seite 119
Abbildung 14	Von der Fraktion der CDU/CSU bzw. von Mitgliedern dieser Fraktion gestellte Anträge in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages	Seite 122

Abbildung 15	Themen der Aktuellen Stunden mit Europapolitischen Bezug, die in der 14. Wahlperiode von der CDU/CSU-Fraktion beantragt wurden	Seite 128
Abbildung 16	Regierungsbefragungen mit europapolitischem Inhalt	Seite 129
Abbildung 17	Gesetzentwürfe unter Beteiligung der CDU/CSU	Seite 132
Abbildung 18	Entwicklung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat von 1998-2002	Seite 168
Abbildung 19	Gewählte Präsidenten des Bundesrates von Sept. 1998 bis Sept. 2002	Seite 169
Abbildung 20	Sonntagsfrage: Verlauf von September 1998 bis September 2002	Seite 179
Abbildung 21	Wichtigste politische Themen im Bundestagswahlkampf 2002	Seite 184
Abbildung 22	Wahlergebnis Bundestagswahl 2002 (in Prozent)	Seite 187
Abbildung 23	Vergleich der Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 und 2002 -Zweitstimmen-	Seite 187
Abbildung 24	Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen bis 2002 in der Bundesrepublik Deutschland	Seite 188

## Anhang

Wahlergebnis der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland von 1999<sup>595</sup>

	Anzahl	in %	Sitze
Wahlberechtigte	60 786 904	-	-
Wähler	27 468 932	45,2 <sup>596</sup>	-
Ungültige Stimmen	409 659	1,5	-
davon:	27 059 273	98,5	99
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	10 628 224	39,3	43
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	8 307 085	30,7	33
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	2 540 007	9,4	10
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	1 741 494	6,4	7
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	1 567 745	5,8	6
Freie Demokratische Partei (FDP)	820 371	3,0	-
DIE REPUBLIKANER (REP)	461 038	1,7	-
Mensch Umwelt Tierschutz – Die Tierschutzpartei	185 186	0,7	-
DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE)	112 142	0,4	-
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	107 662	0,4	-
Feministische Partei DIE FRAUEN	100 128	0,4	-
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)	100 048	0,4	-
AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD)	97 984	0,4	-
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	71 430	0,3	-
Partei bibeltreuer Christen (PBC)	68 732	0,3	-
DIE NATURGESETZ PARTEI; AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)	38 139	0,1	-
Automobile-Steuerzahler-Partei (ASP)	34 029	0,1	-

<sup>595</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Europawahl 1999, Heft 5; Internetseite des Bundeswahlleiters:  
<http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/>. Zuletzt überprüft am 05.02.2009.

<sup>596</sup> Wahlbeteiligung

CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)	30 746	0,1	-
Bayernpartei	14 950	0,1	-
Humanistische Partei (HP)	11 505	0,0	
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	9 431	0,0	-
Deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM)	7 080	0,0	-
FAMILIEN PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE)	4 117	0,0	-

### Verzeichnis der Drucksachen 14. Wahlperiode:

#### Gesetzentwürfe mit Beteiligung der CDU/CSU

Nummer der Bundestags-Drucksache	Datum	Eingebracht von	Titel
14/41	17. 11. 98	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Fraktion der F.D.P.	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes
14/43	17. 11. 98	Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Ergänzung des DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes
14/91	01. 12. 98	Hartmut Büttner (Schönebeck); u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Viertes Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen- Gesetzes
14/162	08. 12. 98	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung
14/163	08. 12. 98	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit
14/401	23. 02. 99	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland
14/535	16. 03. 99	Dr. Jürgen Rüttgers; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
14/539	16. 03. 99	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Fraktion der F.D.P.	Gesetz zur Änderung von Vorschriften über parlamentarische Gremien

14/544	16. 03. 99	Wolfgang Dehnel; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Zweites Gesetz zur Änderung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes
14/545	16. 03. 99	Norbert Geis; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches
14/546	16. 03. 99	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches
14/673	26. 03. 99	Dr. Michael Luther; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung von Forderungen der Bauhandwerker
14/886	03. 05. 99	Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid); u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Zehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
14/985	06. 05. 99	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zum verbesserten Schutz der Bundeswehr vor Verunglimpfung
14/1001	06. 05. 99	Dr. Michael Luther; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Verbesserung der beruflichen Rehabilitation der Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet
14/1009	06. 05. 99	Manfred Grund; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Erstes Gesetz zur Änderung des Vertriebenen-zuwendungsgesetzes
14/1107	01. 06. 99	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Drittes Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz
14/1145	15. 06. 99	Klaus Riegert; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Verbesserung der Vereinsförderung und der Vereinfachung der Besteuerung der ehrenamtlich Tätigen
14/1184	17.06.99	Monika Brudlewsky <sup>597</sup> ; u. a.	Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes
14/1211	22.06.99	Fraktion der CDU/CSU	Erstes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes
14/1315	29.06.99	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Fernmeldeanlagen
14/1661	28.09.99	Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte
14/1662	28.09.99	Erwin Marschewski; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister und zur Einrichtung einer Warndatei
14/1714	05.10.99	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Beschleunigung von Strafverfahren

---

<sup>597</sup> Bundestagsabgeordnete der CDU



14/2763	22.02.2000	Dr.-Ing. Dietmar Kansy; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes und des Altschuldenhilfe-Gesetzes
14/2809	24.02.2000	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN; Fraktion der F.D.P.	Gesetz zur Änderung des Übergangsgesetzes aus Anlass des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften
14/2903	14.03.2000	Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Umsetzung einer Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung
14/2904	14.03.2000	Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Stabilisierung des Mitgliederkreises von Bundesknappschaft und See-Krankenkasse
14/2992	21.03.2000	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege und des Jugendgerichtsgesetzes
14/3206	13.04.2000	Bernd Reuter; u. a.; Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN; Fraktion der F.D.P.; Fraktion der PDS	Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
14/3189	12.04.2000	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Verbesserung der gesetzlichen Maßnahmen gegenüber Kinder- und Jugenddelinquenz
14/3292	09.05.2000	Karl-Josef Laumann; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zum Fortbestand befristeter Arbeitsverhältnisse
14/3665	27.06.2000	Günter Nooke; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Drittes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht
14/3778	04.07.2000	Johannes Singhammer; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit
14/3777	04.07.2000	Wolfgang Bosbach; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Fortentwicklung der beamtenrechtlichen Altersteilzeit
14/4097	15.09.2000	Peter Rauen; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Ökosteuer-Abschaffungsgesetz
14/4070	12.09.2000	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Fünftes Gesetz zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes
14/4144	26.09.2000	Klaus Brähmig; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz über eine einmalige Entschädigung an die Heimkehrer aus dem Beitrittsgebiet

14/4131	26.09.2000	Dr.-Ing. Dietmar Kansy; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Eigenheimzulagengesetzes
14/4250	10.10.2000	Ilse Aigner; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Erstes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes
14/4247	10.10.2000	Wolfgang Bosbach; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2000/2001
14/4425 (neu)	12.10.2000	Wolfgang Bosbach; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Personenstandsgesetzes
14/4380	24.10.2000	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Fraktion der F.D.P.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a)
14/4558	07.11.2000	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Strafrechtsänderungsgesetz (Stärkung des Toleranzgebotes durch einen besseren Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen gemäß § 166 StGB)
14/4754	27.11.2000	Wolfgang Bosbach; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Versammlungsgesetzes
14/4938 (neu)	05.12.2000	Gerda Hasselfeldt; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Erhöhung des Trinkgeldfreibetrages
14/5135	23.01.2001	Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen
14/5225	06.02.2001	Fraktion der CDU/CSU	GKV-Budgetaufhebungsgesetz
14/5224	06.02.2001	Klaus Riebert; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Vereinen und Organisationen
14/5547	13.03.2001	Fraktion der CDU/CSU	Pflege-Leistungs-Verbesserungsgesetz
14/5694	28.03.2001	Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Einführung des Wohnortprinzips bei den Vereinbarungen über die ärztliche Gesamtvergütung
14/6370	21.06.2001	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIEGRÜNEN; Fraktion der FDP; Fraktion der PDS	Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

14/6311	19.06.2001	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIEGRÜNEN; Fraktion der FDP; Fraktion der PDS	Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
14/6633	03.07.2001	Gerda Hasselfeldt; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zum Bürokratieabbau für kleine und mittelständische Betriebe
14/6538	03.07.2001	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Erstes Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes
14/6709	19.07.2001	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Sexualverbrechen und anderen schweren Straftaten
14/6834	29.08.2001	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Straftaten der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus
14/7441	13.11.2001	Dr. Norbert Röttgen; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes
14/7616	26.11.2001	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor angedrohten und vorgetäuschten Straftaten
14/8108	29.01.2002	Wolfgang Börnßen (Bönstrup); u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Seeunfalluntersuchungsänderungsgesetz
14/8394	27.02.2002	Dr. Maria Böhmer <sup>598</sup> , u. a.	Stammzellgesetz
14/8365	26.02.2002	Fraktion der CDU/CSU	OFFENSIV-Gesetz
14/8364	26.02.2002	Ulf Fink; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Personalverstärkungsgesetz Pflege
14/8490	12.03.2002	Fraktion der CDU/CSU	Nachtragshaushaltsgesetz 2002
14/8583	19.03.2002	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIEGRÜNEN; Fraktion der FDP	Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto und zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

---

<sup>598</sup> Bundestagsabgeordnete der CDU.

14/8788	16.04.2002	Norbert Geis; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Gesetz zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes
14/8783	16.04.2002	Dr. Michael Luther; u. a.; Fraktion der CDU/CSU	Forderungssicherungsgesetz
14/8778	16.04.2002	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Fraktion der FDP	Achtes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes
14/8860	23.04.2002	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIEGRÜNEN; Fraktion der FDP	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)
14/8856	23.04.2002	Harald Frieze; u. a.; Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Fraktion der FDP	Gesetz zur Regelung anonymer Geburten
14/9543	25.06.2002	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Fraktion der FDP	Gesetz zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen
14/9022	14.05.2002	Klaus Riegert; u. a.; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion der FDP	Dopingopfer-Hilfegesetz
14/9032	14.05.2002	Fraktion der SPD; Fraktion der CDU/CSU; Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN/ Fraktion der FDP; Fraktion der PDS	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
14/9132	16.05.2002	Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten <sup>599</sup> ; u. a.	Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuchs (Kommunale Rechte bei Windkraftanlagen stärken)

### Landesparteitage der CSU

62. Parteitag am 28.08.1998 in München, Motto: „Mit Bayern gewinnt Deutschland“

63. Parteitag am 16.01.1999 in München, Motto: „Die Kraft die bewegt“

64. Parteitag vom 8.-9.10.1999 in Nürnberg,

---

<sup>599</sup> Bundestagsabgeordneter der CDU.

Motto: „Zukunft für Generationen. innovativ . sozial . gerecht“

65. Parteitag vom 17.-18.11.2000 in München,

Motto: „Mit uns. menschlich sozial modern

66. Parteitag vom 12.-13.10.2001 in Nürnberg,

Motto: „Deutschlands Zukunft: Wir packen an“<sup>600</sup>

---

<sup>600</sup> Vgl. Hanns-Seidel-Stiftung: Die CSU-Parteitage. Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung online abrufbar unter: <http://www.hss.de/downloads/PT.pdf>, zuletzt überprüft am 10.02.2009.

## Literaturverzeichnis

### Aufsätze, Artikel, Monographien und Sammelbände

(O.A.) (1998): "Eine blamable Vorstellung". In: DER SPIEGEL, H. 20, S. 34–37.  
Online verfügbar unter  
<http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=7891226&aref=image017/SP1998/020/SP199802000340037.pdf&thumb=false>, zuletzt geprüft am 30.01.2009.

Agenda 2000 - Stärkung und Erweiterung der Europäischen Union,  
Informationsbroschüre für die breite Öffentlichkeit online abrufbar unter:  
[http://ec.europa.eu/agenda2000/public\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/agenda2000/public_de.pdf). Zuletzt überprüft am 22.11.2008.

Auswärtiges Amt (Hg.) (1995): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.  
Verlag Wissenschaft und Politik.

Bahr, Egon: Wandel durch Annäherung. Online verfügbar: Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung: [http://www.fes.de/archiv/\\_stichwort/tutzinger\\_rede.pdf](http://www.fes.de/archiv/_stichwort/tutzinger_rede.pdf), zuletzt geprüft am 12.11.08.

Baring, Arnulf (1969): Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München-Wien 1969. Zitiert nach Schukraft, Corina (2002): Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren: Weichenstellungen unter Konrad Adenauer und Bewahrung des Status quo unter seinen Nachfolgern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder Leske + Budrich, Opladen 2002.

Baring, Arnulf; Schöllgen, Gregor (2006): Kanzler, Krisen, Koalitionen. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. 1. Aufl. München: Pantheon.

Bergmann, Knut (2002): Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl.

Beyerlein, Andrea (1999): SPD-Chef Reiche spricht von einer Denkmittelwahl. In: Berliner Zeitung Archiv, 15.06.1999. Online verfügbar unter  
<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0615/none/0009/index.html>, zuletzt geprüft am 29.12.2008.

Binder, Tanja; Wüst, Andreas M. (2004): Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1979-1999. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 17. Online verfügbar unter [http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/manifestos/apuz04\\_final.pdf](http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/manifestos/apuz04_final.pdf), zuletzt geprüft am 05.02.2009.

Biografie Helmut Schmidts auf der Homepage des Deutschen Historischen Museums. Online abrufbar unter:  
<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/SchmidtHelmut/>, zuletzt überprüft am 08.01.2009.

Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU – Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart München 2001.

Bösch, Frank: Macht und Machtverlust – Die Geschichte der CDU, Berlin 2002.

Bundesministerium der Justiz, online abrufbar unter:

[http://www.bmj.bund.de/enid/Studien\\_\\_Untersuchungen\\_und\\_Fachbuecher/Eurojust\\_1eo.html](http://www.bmj.bund.de/enid/Studien__Untersuchungen_und_Fachbuecher/Eurojust_1eo.html), zuletzt überprüft am 10.03.2009.

Bundeszentrale für politische Bildung, Internetauftritt:

[http://www.bpb.de/themen/QQSEUT,0,0,Bundestagswahlen\\_19492005.html](http://www.bpb.de/themen/QQSEUT,0,0,Bundestagswahlen_19492005.html). Zuletzt überprüft am 21.02.2009.

Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Parlamentarische Demokratie, Informationen zur politischen Bildung Nr. 295, 2007,

Burtscheidt, C. (2008): Interview mit CSU-Experte Oberreuter "Stoibers Reformpolitik war unglücklich" Süddeutsche Zeitung 31.07.2008. Online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/410/304386/text/>. Zuletzt überprüft am 23.12.2008.

CDU: Homepage online abrufbar unter:

[http://www.freundeskreis.cdu.de/politikaz/3518\\_5581.htm](http://www.freundeskreis.cdu.de/politikaz/3518_5581.htm); zuletzt überprüft am 22.01.2009.

CDU (2007): Homepage des 14. Parteitages der CDU. Online verfügbar unter <http://www.cdu.de/pt-dresden/pt-zahlen.htm>, zuletzt aktualisiert am 06.12.2007, zuletzt geprüft am 22.01.2009.

CDU (2007): Homepage des 15. Parteitages der CDU Deutschlands. Online verfügbar unter <http://www.cdu.de/pt-frankfurt/home.htm>, zuletzt aktualisiert am 06.12.2007, zuletzt geprüft am 22.01.2009.

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (2002): Europapolitik von Rot/Grün 1998 bis 2002. Ahnungslos + Konzeptionslos = Ergebnislos. Unter Mitarbeit von Markus Ferber. Online verfügbar unter [http://www.freundeskreis.cdu.de/doc/pdfc/posarg-endg\\_version09.pdf](http://www.freundeskreis.cdu.de/doc/pdfc/posarg-endg_version09.pdf), zuletzt aktualisiert am 11.07.2002, zuletzt geprüft am 22.01.2009.

Deggerich, Markus (2001): Ist doch nur Papier. Schröders Europa. In: SPIEGEL ONLINE, 07.05.2001. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,132560,00.html>, zuletzt geprüft am 18.01.2009.

DER SPIEGEL 14/1998 (1998): "Da will ich ran". Gerhard Schröder auf Euro-Kurs: Als Kanzler will er ein "guter Europäer" werden und die neue Währung stark machen. Online verfügbar unter <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=7851986&aref=image017/SP1998/014/SP199801400450045.pdf&thumb=false>, zuletzt aktualisiert am 13.07.1998, zuletzt geprüft am 20.11.2008.

Döhner, Jeannette (2005): Die Europawahlen 1994 und 1999 in Deutschland. Eine Studie über die meinungsbildende Kraft der Printmedien und deren Einfluss auf das Wählerverhalten. Als Dissertation angenommen an der Justus-Liebig-Universität 2005.

- Egle, Christoph: Deutschland, in: Merkel, Wolfgang u.a. (2006): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie: Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. VS Verlag 2006, S. 154-196.
- Europäisches Parlament (1999): Tampere Europäischer Rat 15. und 16. Oktober 1999 – Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Online abrufbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/summits/tam\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/tam_de.htm); Zuletzt überprüft am 21.02.2009.
- Feldkamp, Michael F. (2005): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Verwaltung des Deutschen Bundestages, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden; 2005. PDF-Ausgabe online verfügbar unter <http://www.bundestag.de/wissen/archiv/dbuch/Datenhandbuch.pdf>, zuletzt aktualisiert am 04.07.2005, zuletzt geprüft am 29.11.2008.
- Genscher, Hans-Dietrich (2005): Mit ihm auf dem Weg zur Einheit. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6330-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6330-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 16.11.2008.
- González, Felipe (2005): Helmut Kohl- Ein engagierter Bürger. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6332-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6332-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 16.11.2008.
- Gorbatschow, Michail Sergejewitsch (2005): Bürger Kohl. Veröffentlichung anlässlich des 75. Geburtstages von Helmut Kohl. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6319-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6319-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 17.11.2008.
- Graf, Jutta; Neu, Viola (2002): PolitikKompass: Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002. Herausgegeben von Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Arbeitspapier, Nr. 91). Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_874-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_874-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 01.10.2002, zuletzt geprüft am 06.02.2009.
- Handelsblatt, 30.04.2001: SPD lässt Details der geforderten EU-Reform noch offen.
- Hanns-Seidel-Stiftung (Internetauftritt über Franz Josef Strauss) (2006): Franz Josef Strauß - Parteivorsitzender - Vierte Partei. Online verfügbar unter [http://www.fjs.de/parteivorsitzender/vierte\\_partei.html](http://www.fjs.de/parteivorsitzender/vierte_partei.html), zuletzt aktualisiert am 22.02.2006, zuletzt geprüft am 17.11.2008.
- Hanns-Seidel-Stiftung: Die CSU-Parteitage. Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung online abrufbar unter: <http://www.hss.de/downloads/PT.pdf>, zuletzt überprüft am 10.02.2009.
- Hartenstein, Wolfgang (2002): Fünf Jahrzehnte Wahlen in der Bundesrepublik: Stabilität und Wandel. Ausdruck aus dem Internet-Angebot der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte (B 21/2002). Online abrufbar unter: [http://www.bpb.de/publikationen/3WNLSH,0,F%FCnf\\_Jahrzehnte\\_Wahlen\\_in\\_der\\_Bundesrepublik:\\_Stabilit%EA4t\\_und\\_Wandel.html](http://www.bpb.de/publikationen/3WNLSH,0,F%FCnf_Jahrzehnte_Wahlen_in_der_Bundesrepublik:_Stabilit%EA4t_und_Wandel.html). Zuletzt geprüft am 08.12.2008.
- Helms, Ludger (2000): Opposition nach dem Machtwechsel. Ein Vergleich der CDU/CSU-Opposition im 6. und 14. Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 10, H. 2, S. 511–537.



Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen. Opladen: Leske + Budrich (UTB Politikwissenschaft, 2242).

Herzog, Roman (2005): Loyalität, Dankbarkeit und Treue. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6331-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6331-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 17.11.2008.

Holtz-Bacha, Christina (2003): Bundestagswahlkampf 2002: Ich oder der. In: Holtz-Bacha, Christina (Hg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 9–28.

Homepage der Deutschen Bundestages, online abrufbar unter: [http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/Grundgesetz/gg\\_04.html](http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/Grundgesetz/gg_04.html), zuletzt überprüft am 07.02.2009.

Homepage der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen, online abrufbar unter: <http://www.karlspreis.de/index.php?id=12&doc=13>, zuletzt überprüft am 08.01.2009.

Homepage des Deutschen Bundesrates. Online abrufbar unter: [http://www.bundesrat.de/nn\\_8340/DE/presse/faq-presse/faq-presse-node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bundesrat.de/nn_8340/DE/presse/faq-presse/faq-presse-node.html?__nnn=true), zuletzt überprüft am 08.02.2009.

Homepage des Bundeswahlleiters online abrufbar unter: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1998.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1998.html), zuletzt überprüft am 21.01.2009.

Homepage des Bundeswahlleiters. Online abrufbar unter <http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen>, zuletzt überprüft am 08.02.2009.

Homepage des Bundeswahlleiters unter: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1949.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1949.html). Zuletzt überprüft am 25.11.2008.

Homepage des Bundeswahlleiters. Online abrufbar unter: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1980.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1980.html). Zuletzt überprüft am 13.01.2009.

Huber, Martin (2008): Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002. München: Utz (Beiträge zur Politikwissenschaft, 10).

Infratest dimap: Verlauf Sonntagsfrage seit 1997. Herausgegeben von Infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH. Online verfügbar unter <http://www.infratest-dimap.de/?id=51>, zuletzt geprüft am 31.01.2009.

Internetseite des Bundeswahlleiters:

Bundestagswahl 1998:

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1998.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1998.html). Zuletzt überprüft am 22.11.2008.

Europawahl 1999:

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/fruehere\\_europawahlen/ew1999.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/fruehere_europawahlen/ew1999.html). Zuletzt überprüft am 23.11.2008.

Europawahlen allgemein:

<http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/>. Zuletzt überprüft am 05.02.2009.

Bundestagswahl 2002:

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw2002.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw2002.html). Zuletzt überprüft am 07.03.2009.

Karama, Miriam (2001): Struktur und Wandel der Legitimationsideen deutscher Europapolitik. Bonn: Europa-Union-Verl. (Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, 6).

Keßler, Ulrike (2002): Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl: Europäische Integration als "kategorischer Imperativ". In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Opladen: Leske + Budrich, S. 116–166.

Kleinmann, Hans-Otto: 1969-1982, in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hrsg.: Becker, W.; Buchstab, G.; Doering-Manteuffel, A.; Morsey, R. i.A. der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, 2002.

Konrad-Adenauer-Stiftung: Biografie Konrad Adenauer. 05.01.1876-19.04.1967. Online abrufbar über die Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: <http://www.kas.de/wf/de/71.3717/>. Zuletzt überprüft am 21.02.2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.); Becker, Felix (Verantw. Red) (1995): Kleine Geschichte der CDU. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1995.

Korte, Karl-Rudolf (2000): Wahlen in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. (Politik kurzgefasst). Online verfügbar unter <http://korte-wahlenbuch.bpb.de/>, zuletzt aktualisiert am 04.01.2005, zuletzt geprüft am 03.12.2008.

Korte, Karl-Rudolf (2000): Deutschland in der EU, in: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der Europäischen Integration, Bonn 2000, S. 100-105.

Lamatsch, Dorothea (2004): Deutsche Europapolitik der Regierung Schröder 1998 - 2002. Von den strategischen Hügeln zur Mühsal der Ebene. Hamburg: Kovac (Schriften zur Europapolitik, 3).

Langguth, Gerd: Ist die These „vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ widerlegt? Online abrufbar unter: [http://www.gerd-langguth.de/artikel/sozialdemokr\\_jahrhundert.htm](http://www.gerd-langguth.de/artikel/sozialdemokr_jahrhundert.htm). Zuletzt überprüft am 22.11.2008.

Leuchtweis, Nicole (2002): Deutsche Europapolitik zwischen Aufbruchstimmung und Weltwirtschaftskrise: Willy Brandt und Helmut Schmidt. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Opladen: Leske + Budrich, S. 63–113.

Mayer, Tilman (Hg.) (2002): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. München: Olzog.

Merkel, Angela (2005): Was bleiben wird. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_6318-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_6318-544-1-30.pdf), zuletzt aktualisiert am 02.03.2005, zuletzt geprüft am 16.11.2008.

Meyers Lexikon online: Helmut Kohl. Online verfügbar unter <http://lexikon.meyers.de/wissen/Helmut+Kohl>, zuletzt geprüft am 10.01.2009.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Deutsche Leadership in der Europäischen Union. Die Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung 1998-2002. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Opladen: Leske + Budrich .

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2002): Neue Akzente in der deutschen Europapolitik unter Gerhard Schröder. Die deutsche Europapolitik unter Gerhard Schröder ... nur ein neuer Stil oder auch eine neue Ausrichtung. Online verfügbar unter <http://www.integrace.cz/integrace/cislo12/Boquete-de.pdf>, zuletzt aktualisiert am 10.04.2002, zuletzt geprüft am 19.11.2008.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.) (2002): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Opladen: Leske + Budrich.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/ Schukraft, Corina: 50 Jahre deutsche Europapolitik – ein Resümee. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Leske + Budrich, Opladen, Offenbach, 2002. S. 221-228.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Deutsche Leadership in der Europäischen Union? Die Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung 1998-2002. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Leske + Budrich, Opladen, Offenbach, 2002. S. 167-220.

Noelle-Neumann, Elisabeth; Herdegen, Gerhard: Die Europäische Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung: Informationsdefizite und enttäuschte Erwartungen, in: Integration 3/1983. Zitiert nach Leuchtweis, Nicole: Deutsche Europapolitik zwischen Aufbruchstimmung und Weltwirtschaftskrise: Willy Brandt und Helmut Schmidt. S. 64. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder Leske + Budrich, Opladen 2002.

Nölkensmeier, Petra (1999): Die SPD fürchtet keine Protestwahl - Interview mit Klaus Hänsch. In: SPIEGEL ONLINE, 07.06.1999. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,23848,00.html>, zuletzt geprüft am 29.12.2008.

Oberreuter, Heinrich (2002): Speerspitze der Opposition - die Rolle der CSU seit 1998. In: Mayer, Tilman (Hg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. München: Olzog, S. 89-101.

Osterheld, Horst (2006): Innenansichten der Macht. Erinnerungen an die Große Koalition der Jahre 1966 bis 1969. Die Politische Meinung Nr. 442, September 2006.

Overhaus, Marco; Schieder, Siegfried (2002): Die außenpolitischen Positionen der Parteien im Bundestagswahlkampf 2002. In: PIN - Politik im Netz, Jg. 3, November 2002, H. 17. Online verfügbar unter <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/daparchive/dateien/2002/01300.pdf>, zuletzt geprüft am 03.02.2009.

Presse-Kommuniqué im Anschluss an die erste Tagung des Besonderen Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die vom 8. bis zum 10. September 1952 in Luxemburg stattfand. Quelle: Entwurf. Protokoll der ersten Sitzung des Rates in Luxemburg vom 8. bis 10. September 1952, Prot R 1/52. Luxemburg: Rat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 22.09.1952. Archives centrales du Conseil de l'Union européenne, B-1048 Bruxelles/Brüssel, rue de la Loi/Wetstraat, 175. Online abrufbar unter : <http://www.ena.lu/>. Zuletzt überprüft am 07.01.2009.

Reichart-Dreyer, Ingrid (2002): CDU - Kräfte sammeln in der Opposition: Die Union auf der Suche nach Identität und Profil. In: Mayer, Tilman (Hg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998. München: Olzog, S. 72–88.

Rinsche, Günter/ Friedrich, Ingo (Hrsg.): Europa als Auftrag – Die Politik deutscher Christdemokraten im Europäischen Parlament 1957-1997. Von den Römischen Verträgen zur Politischen Union. Böhlau Verlag. Köln, Weimar, Wien, 1997.

Schlieben, Michael (2007): Politische Führung in der Opposition. Die CDU nach dem Machtverlust 1998. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Schmalz, Uwe (2002): Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Die Frage von Kontinuität und Wandel, in: Schneider, Heinrich ... (Hrsg.) (2002): Eine neue deutsche Europapolitik?: Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen. Bonn: Europa Union Verlag, S. 15-68.

Schmitt, Karl: 1990-2000; in: Becker, Winfried u. a. (Hg.) (2002): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn: Schöningh.

Schubert, Klaus; Klein, Martina (1997): Das Politiklexikon. Bonn: Dietz.

Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006. Online verfügbar aus der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung unter: [http://www.bpb.de/wissen/H75VXG,0,0,Begriffe\\_nachschlagen.html](http://www.bpb.de/wissen/H75VXG,0,0,Begriffe_nachschlagen.html), zuletzt überprüft am 15.01.2009

Schukraft, Corina (2002): Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren: Weichenstellungen unter Konrad Adenauer und Bewahrung des Status quo unter seinen Nachfolgern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. In: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Opladen: Leske + Budrich, S. 9–62.

Spiegel Online (2002): Chaotische Vorbereitungen für EU-Konvent, 24.01.2002. Online abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,178838,00.html>, zuletzt überprüft am 24.01.2009.

Spiegel Online (2002): Seltene Einstimmigkeit bei der Wahl des Bundestagsdelegierten 31.01.2002. Online abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,179957,00.html>, zuletzt überprüft am 24.01.2009.

Statistisches Bundesamt (2000): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999. Stuttgart 2000, Fachserie 1, Heft 5.

Strohmeier, Gerd (1999): Eine nationale "Denkzettel-Wahl". Analyse. In: SPIEGEL ONLINE, 10.06.1999. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,26411,00.html>, zuletzt geprüft am 29.12.2008.

Tagungsbericht *Willy Brandt und die europäische Einigung*. 08.06.2006-10.06.2006, Metz. In: H-Soz-u-Kult, 11.07.2006, online abrufbar unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1225>. Zuletzt überprüft am 21.02.2009.

Voß, Jochen: Symbolische Politik im Wahlkampf, Tectum Verlag Marburg 2007

Weiche Faktoren, Definition im Projektmanagement-Glossar. Online verfügbar unter <http://www.projektmagazin.de/glossar/gl-0737.html>, zuletzt geprüft am 08.12.2008.

Weidenfeld, Werner (Hg.) (1998): Deutsche Europapolitik. Optionen wirksamer Interessenvertretung. Bonn: Europa-Union-Verl. (Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, 2).

Weiland, Severin (2002): Kriegspläne gegen Irak: Schröder und Stoiber werfen Nebelgranaten. 05.08.2002. In: SPIEGEL ONLINE. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,208316,00.html>, zuletzt geprüft am 03.02.2009.

Wernicke, Christian (1998): Nachsitzen für Schröder. Was weiß der Kanzlerkandidat von Europa. DIE ZEIT. Online verfügbar unter [http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/1998/29/199829.europapolitik\\_.xml.pdf](http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/1998/29/199829.europapolitik_.xml.pdf), zuletzt aktualisiert am 21.11.2008, zuletzt geprüft am 21.11.2008.

Wernicke, Christian: Schröder: „Jetzt sind die Pragmatiker die Visionäre“, DIE ZEIT online 29/1998, S. 4. Online abrufbar unter: [http://www.zeit.de/1998/29/Schroeder\\_Jetzt\\_sind\\_die\\_Pragmatiker\\_die\\_Visionaere](http://www.zeit.de/1998/29/Schroeder_Jetzt_sind_die_Pragmatiker_die_Visionaere). Zuletzt überprüft am 22.11.2008.

Wozny, Benjamin (2008): Die CDU/CSU in der Opposition 1998 bis 2005. Politische Opposition zwischen Konfrontation, Kooperation und Regeneration. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.

Zandonella, Bruno: Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2005. Online verfügbar unter: [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=USJR16](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=USJR16). Zuletzt geprüft am 06.01.2009.

Zein, Henrik (2007): Die Organisatorische Entwicklung der CDU in der Opposition (1969-1982 und 1998-2005). Magisterarbeit im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.

Zöpel, Christoph (2000): Die Reform der europäischen Institutionen vor der Erweiterung: Die Regierungskonferenz 2000. Vortrag im Rahmen des Forum Constitutionis Europae (FCE 2/00) am Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin am 27. Januar 2000, S. 2.

Zundel, Rolf (2008): In Bonn beginnt ein neues Spiel. Online verfügbar unter <http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/1976/13/In-Bonn-beginnt-ein-neues-Spiel.pdf>, zuletzt aktualisiert am 17.11.2008, zuletzt geprüft am 17.11.2008.

## **Quellen: Dokumente, Reden und Programme**

### **Bundesrat: Redebeiträge von Roland Koch in seiner Funktion als Bundesratspräsident:**

- Plenarprotokoll (Bundesrat) 737 30.04.1999 S. 124C-126A: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 30.04.1999
- Plenarprotokoll (Bundesrat) 739 11.06.1999 S. 227A-B: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 11.06.1999. Titel: Worte des Gedenkens zum Tode des früheren Niedersächsischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel.
- Plenarprotokoll (Bundestag) 14/51 01.07.1999 S. 4359B-4361B: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 01.07.1999 Titel: 11. Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland.
- Plenarprotokoll (Bundesrat) 741 09.07.1999 S. 259B-D: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 09.07.1999. Titel: Begrüßung des Vorsitzenden des Senats der Islamischen Republik Pakistan, Senator Wasim Sajjad, und einer Delegation.
- Plenarprotokoll (Bundesrat) 742 24.09.1999 S. 297C: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 24.09.1999. Titel: Ernennung des Direktors des Bundesrates zum Honorarprofessor.
- Plenarprotokoll (Bundesrat) 743 15.10.1999 S. 370A-371B: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Roland Koch am 15.10.1999. Titel: Rückblick des Präsidenten.

### **Bundesrat: Redebeiträge von Dr. Kurt Biedenkopf in seiner Funktion als Bundesratspräsident:**

- Plenarprotokoll (Bundesrat) 744 05.11.1999 S. 389C-392C: Ansprache des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 05.11.1999.
- Plenarprotokoll (Bundesrat) 745 26.11.1999 S. 411A-C: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 26.11.1999. Titel: Begrüßung des Präsidenten des Bundesrates der Republik Österreich, Jürgen Weiss, und einer Delegation.
- Plenarprotokoll (Bundesrat) 746 17.12.1999 S. 477C: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 17.12.1999. Titel: Dank an ausgeschiedene Mitglieder des Bundesrates.
- Plenarprotokoll (Bundesrat) 746 17.12.1999 S. 475A-477A: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 17.12.1999. Titel: Gedenkansprache des Präsidenten zum Völkermord an Sinti und Roma im Nationalsozialismus. S. 477C: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates

Dr. Kurt Biedenkopf am 17.12.1999. Titel: Dank an ausgeschiedene Mitglieder des Bundesrates.

Plenarprotokoll (Bundesrat) 753 14.07.2000: Redebeitrag des Präsidenten des Bundesrates Dr. Kurt Biedenkopf am 14.07.2000. Titel: Gedenkworte zum Tode von Heinz Schleußer. S. 265A-B und: Ansprache des Bundesratspräsidenten aus Anlass der letzten Sitzung in Bonn. S. 265D-267B.

Plenarprotokoll 754 29.09.2000 S. 333C-336A: Ansprache des Bundesratspräsidenten aus Anlass der ersten Sitzung in Berlin im ehemaligen Preußischen Herrenhaus am 29.09.2000.

Plenarprotokoll 755 20.10.2000 S. 405B-406B: Rückblick des scheidenden Bundesratspräsidenten auf das Geschäftsjahr 1999/2000 am 20.10.2000.

CDU (1998): Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands Bremen 1998. Beschluß des Parteitages der CDU-Deutschlands vom 17.-19. Mai 1998. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/programme/1998\\_Zukunftsprogramm-der-CDU-Bremen.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/programme/1998_Zukunftsprogramm-der-CDU-Bremen.pdf), zuletzt aktualisiert am 16.02.2006, zuletzt geprüft am 02.01.2009.

CDU (2001): Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft Beschlüsse des 14. Parteitages der CDU Deutschlands. Homepage des 14. Parteitages der CDU. Online verfügbar unter <http://www.cdu.de/pt-dresden/antrag-beschluss/beschl-freie.pdf>, zuletzt aktualisiert am 04.12.2001, zuletzt geprüft am 11.02.2009.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (1998): Protokoll 11. Parteitag der CDU Deutschlands am 7. November 1998 in Bonn. Herausgegeben von CDU-Bundesgeschäftsstelle. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/protokolle/1998\\_2\\_Bonn\\_11\\_Parteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/protokolle/1998_2_Bonn_11_Parteitag.pdf), zuletzt aktualisiert am 01.10.2008, zuletzt geprüft am 09.02.2009.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Erfurter Leitsätze - Aufbruch '99. Beschluß des 12. Parteitags in Erfurt vom 25. bis 27. April 1999. Online verfügbar unter [http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/12pt\\_erfurter\\_leitsaetze.pdf](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/12pt_erfurter_leitsaetze.pdf), zuletzt aktualisiert am 19.11.2004, zuletzt geprüft am 03.12.2008.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Europa muß man richtig machen. Online verfügbar unter [www.cdu.de/doc/pdfc/12pt\\_europa\\_machen.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdfc/12pt_europa_machen.pdf), zuletzt aktualisiert am 19.11.2004, zuletzt geprüft am 08.02.2009.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (2004): Sonstige Beschlüsse des 13. Parteitages der CDU Deutschlands. Online verfügbar unter [http://www.cdu.de/doc/pdfc/13pt\\_sonstige\\_beschluesse.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdfc/13pt_sonstige_beschluesse.pdf), zuletzt aktualisiert am 19.11.2004, zuletzt geprüft am 11.02.2009.

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Zweiter Entwurf eines Konzeptes zur Bundestagswahl 98, 26-seitiges, unveröffentlichtes Manuskript, erarbeitet von der Abteilung Grundsatzfragen/Politische Planung, ohne Ortsangabe, 11. November 1997, S. 7. Zitiert nach Bergmann, Knut (2002): Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 109.

Clement, Wolfgang (2001): Europa gestalten – nicht verwalten. Rede am 12.02.2001 im Rahmen der Vortragsreihe "Forum Constitutionis Europae" des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin.

CSU: Das Programm für Bayerns Zukunft zur Landtagswahl am 13. September 1998. Online verfügbar unter [http://www.hss.de/downloads/CSU-Programm\\_LTW\\_1998.pdf](http://www.hss.de/downloads/CSU-Programm_LTW_1998.pdf), zuletzt geprüft am 10.02.2009.

CSU-Landesleitung (2002): Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 1993. Online verfügbar unter <http://hss-rd.nt.e-7.com/downloads/1993-Grundsatzprogramm.pdf>, zuletzt aktualisiert am 30.04.2002, zuletzt geprüft am 10.02.2009.

Deutscher Bundestag (2007): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Stand Januar 2007. Herausgegeben von Deutscher Bundestag - Referat Öffentlichkeitsarbeit. Online verfügbar unter [http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/gg\\_jan2007.pdf](http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/gg_jan2007.pdf), zuletzt aktualisiert am 14.03.2007, zuletzt geprüft am 06.01.2009.

Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3377 vom 16.05.2000

Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3872 vom 04.07.2000

Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/396 vom 22.09.1999

Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/4732 vom 27.11.2000

Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5232 vom 07.02.2001

Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5448 vom 06.03.2001

Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht , 113. Sitzung des Deutschen Bundestages, Berlin, Mittwoch, den 5. Juli 2000.

Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, 155. Sitzung des Deutschen Bundestages, Berlin, Donnerstag, den 8. März 2001.

Die Bundesregierung (2001): Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Nizza vor dem Deutschen Bundestag am 19. Januar 2001 in Berlin, Bulletin Nr. 06-2 vom 19.01.2001. Online abrufbar unter:

[http://www.bundesregierung.de/nn\\_1514/Content/DE/Bulletin/2001\\_\\_2005/2001/01/2001-01-19-regierungserklaerung-von-bundestkanzler-gerhard-schroeder-zu-den-ergebnissen-des-europaeischen.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1514/Content/DE/Bulletin/2001__2005/2001/01/2001-01-19-regierungserklaerung-von-bundestkanzler-gerhard-schroeder-zu-den-ergebnissen-des-europaeischen.html), zuletzt überprüft am 21.02.2009.

Fischer, Joschka (1999): Rede des Bundesministers des Auswärtigen und EU-Ratsvorsitzenden, Joschka Fischer, zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union vor dem Europäischen Parlament am 21. Juli 1999 in Straßburg (gekürzt), in: Internationale Politik, November 1999. Online abrufbar unter: <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1999/november99/rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-und-eu-ratsvorsitzenden--joschka-fischer--zum-ende-der-deutschen-ratsprasidentschaft-in-der-europaischen-union-vor-dem-europaischen-parlament-am-21--juli-1999-in-strassburg--gekurtzt-.html> . Zuletzt überprüft am 21.02.2009.



Fischer, Joschka: Vom Staatenbund zur Föderation: Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. Rede in der Humboldt-Universität in Berlin am 12. Mai 2000.

Pflüger, Friedbert (2000): Visionen genügen nicht. Eine Antwort auf Joschka Fischer. In: Internationale Politik, H. 8, S. 21–22. Online verfügbar unter [http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang2000/august00/download/14f6651c189711db95a6c536139f9c5d9c5d/original\\_Pflueger\\_0008.pdf](http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang2000/august00/download/14f6651c189711db95a6c536139f9c5d9c5d/original_Pflueger_0008.pdf), zuletzt geprüft am 17.01.2009.

Rau, Johannes: Plädoyer für eine Europäische Verfassung. Rede vor dem Europäischen Parlament am 04.04.2001 in Straßburg.

Schäuble, Wolfgang/ Lamers, Karl: Überlegungen zur europäischen Politik II – zum Fortgang des europäischen Einigungsprozesses, Bonn, 3. Mai 1999.

Schäuble, Wolfgang; Lamers, Karl (1994): Überlegungen zur europäischen Politik. Herausgegeben von CDU/CSU. Online verfügbar unter <http://www.cdusu.de/upload/schaeublelamers94.pdf>, zuletzt aktualisiert am 12.12.2002, zuletzt geprüft am 14.02.2009.

SPD: Europapolitik der SPD-Bundestagsfraktion in der 14. Legislaturperiode 1998–2002 – eine Bilanz. PDF-Dokument Online abrufbar unter [http://www.spdfraktion.de/rs\\_datei/0,,2398,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/rs_datei/0,,2398,00.pdf), zuletzt überprüft am 15.01.2009.

SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.10.1998. Online verfügbar unter [http://www.boell.de/downloads/stiftung/1998\\_Koalitionsvertrag.pdf](http://www.boell.de/downloads/stiftung/1998_Koalitionsvertrag.pdf), zuletzt aktualisiert am 30.12.2003, zuletzt geprüft am 20.11.2008.

Stoiber, Edmund (2001): Eckpunkte der europäischen Zukunftsdebatte, Rede am 08.11.2001 im Rahmen der Vortragsreihe "Forum Constitutionis Europae" des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin (Die Rede wurde aber in der Bayerischen Landesvertretung gehalten). Online abrufbar unter: <http://whi-berlin.de/documents/stoiber.pdf>, zuletzt geprüft am 24.11.2008.

Verzeichnisse der Drucksachen:

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode, Bonn 1998.

- Drucksachen Band 621, Drucksachen 14/1—14/80
- Drucksachen Band 622, Drucksachen 14/81—14/240
- Drucksachen Band 623, Drucksachen 14/241—14/330
- Drucksachen Band 624, Drucksachen 14/331—14/430
- Drucksachen Band 625, Drucksachen 14/431—14/513
- Drucksachen Band 626, Drucksachen 14/514—14/580
- Drucksachen Band 627, Drucksachen 14/581—14/700
- Drucksachen Band 628, Drucksachen 14/701—14/780
- Drucksachen Band 629, Drucksachen 14/781—14/900
- Drucksachen Band 630, Drucksachen 14/901—14/1060
- Drucksachen Band 631, Drucksachen 14/1061—14/1150
- Drucksachen Band 632, Drucksachen 14/1151—14/1320

- Drucksachen Band 633, Drucksachen 14/1321—14/1410
- Drucksachen Band 634, Drucksachen 14/1411—14/1500
- Drucksachen Band 635, Drucksachen 14/1501—14/1620
- Drucksachen Band 636, Drucksachen 14/1621—14/1730
- Drucksachen Band 637, Drucksachen 14/1731—14/1870
- Drucksachen Band 638, Drucksachen 14/1871—14/2000
- Drucksachen Band 639, Drucksachen 14/2001—14/2170
- Drucksachen Band 640, Drucksachen 14/2171—14/2300
- Drucksachen Band 641, Drucksachen 14/2301—14/2470
- Drucksachen Band 642, Drucksachen 14/2471—14/2560
- Drucksachen Band 643, Drucksachen 14/2561—14/2674
- Drucksachen Band 644, Drucksachen 14/2675—14/2834
- Drucksachen Band 645, Drucksachen 14/2835—14/2960
- Drucksachen Band 646, Drucksachen 14/2961—14/3150
- Drucksachen Band 647, Drucksachen 14/3151—14/3250
- Drucksachen Band 648, Drucksachen 14/3251—14/3362
- Drucksachen Band 649, Drucksachen 14/3363—14/3440
- Drucksachen Band 650, Drucksachen 14/3441—14/3550
- Drucksachen Band 651, Drucksachen 14/3551—14/3680
- Drucksachen Band 652, Drucksachen 14/3681—14/3820
- Drucksachen Band 653, Drucksachen 14/3821—14/3920
- Drucksachen Band 654, Drucksachen 14/3921—14/4002
- Drucksachen Band 655, Drucksachen 14/4003—14/4115
- Drucksachen Band 656, Drucksachen 14/4116—14/4228
- Drucksachen Band 657, Drucksachen 14/4229—14/4329
- Drucksachen Band 658, Drucksachen 14/4330—14/4460
- Drucksachen Band 659, Drucksachen 14/4461—14/4590
- Drucksachen Band 660, Drucksachen 14/4591—14/4700
- Drucksachen Band 661, Drucksachen 14/4701—14/4799
- Drucksachen Band 662, Drucksachen 14/4800—14/4990
- Drucksachen Band 663, Drucksachen 14/4991—14/5065
- Drucksachen Band 664, Drucksachen 14/5066—14/5165
- Drucksachen Band 665, Drucksachen 14/5166—14/5310
- Drucksachen Band 666, Drucksachen 14/5311—14/5440
- Drucksachen Band 667, Drucksachen 14/5441—14/5580
- Drucksachen Band 668, Drucksachen 14/5581—14/5661
- Drucksachen Band 669, Drucksachen 14/5662—14/5725
- Drucksachen Band 670, Drucksachen 14/5726—14/5810
- Drucksachen Band 671, Drucksachen 14/5811—14/5925
- Drucksachen Band 672, Drucksachen 14/5926—14/5989
- Drucksachen Band 673, Drucksachen 14/5990—14/6050
- Drucksachen Band 674, Drucksachen 14/6051—14/6200
- Drucksachen Band 675, Drucksachen 14/6201—14/6299
- Drucksachen Band 676, Drucksachen 14/6300—14/6380
- Drucksachen Band 677, Drucksachen 14/6381—14/6499
- Drucksachen Band 678, Drucksachen 14/6500—14/6670
- Drucksachen Band 679, Drucksachen 14/6671—14/6720
- Drucksachen Band 680, Drucksachen 14/6721—14/6810
- Drucksachen Band 681, Drucksachen 14/6811—14/6875
- Drucksachen Band 682, Drucksachen 14/6876—14/6950
- Drucksachen Band 683, Drucksachen 14/6951—14/7040

- Drucksachen Band 684, Drucksachen 14/7041—14/7125
- Drucksachen Band 685, Drucksachen 14/7126—14/7250
- Drucksachen Band 686, Drucksachen 14/7251—14/7349
- Drucksachen Band 687, Drucksachen 14/7350—14/7490
- Drucksachen Band 688, Drucksachen 14/7491—14/7600
- Drucksachen Band 689, Drucksachen 14/7601—14/7720
- Drucksachen Band 690, Drucksachen 14/7721—14/7830
- Drucksachen Band 691, Drucksachen 14/7831—14/7945
- Drucksachen Band 692, Drucksachen 14/7946—14/8020
- Drucksachen Band 693, Drucksachen 14/8021—14/8140
- Drucksachen Band 694, Drucksachen 14/8141—14/8205
- Drucksachen Band 695, Drucksachen 14/8206—14/8325
- Drucksachen Band 696, Drucksachen 14/8326—14/8450
- Drucksachen Band 697, Drucksachen 14/8451—14/8550
- Drucksachen Band 698, Drucksachen 14/8551—14/8699
- Drucksachen Band 699, Drucksachen 14/8700—14/8766
- Drucksachen Band 700, Drucksachen 14/8767—14/8815
- Drucksachen Band 701, Drucksachen 14/8816—14/8890
- Drucksachen Band 702, Drucksachen 14/8891—14/8950
- Drucksachen Band 703, Drucksachen 14/8951—14/9005
- Drucksachen Band 704, Drucksachen 14/9006—14/9155
- Drucksachen Band 705, Drucksachen 14/9156—14/9209
- Drucksachen Band 706, Drucksachen 14/9210—14/9300
- Drucksachen Band 707, Drucksachen 14/9301—14/9400
- Drucksachen Band 708, Drucksachen 14/9401—14/9499
- Drucksachen Band 709, Drucksachen 14/9500—14/9620
- Drucksachen Band 710, Drucksachen 14/9621—14/9780
- Drucksachen Band 711, Drucksachen 14/9781—14/9885
- Drucksachen Band 712, Drucksachen 14/9886—14/9950
- Drucksachen Band 713, Drucksachen 14/9951—14/10006

## **Erklärung**

Hiermit versichere ich, dass ich die oben genannte Dissertation selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet und sämtliche Stellen, die den benutzten Werken im Wortlaut oder dem Sinne nach entnommen sind, mit Quellenangaben kenntlich gemacht habe.

Biebertal, den 03. April 2009